

Planung und Begrenzung der Gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik nach der Osterweiterung der
Europäischen Union – Die Europäische Sicherheitsstrategie
und Flexibilisierungsmöglichkeiten in den Verträgen von
Nizza und Lissabon

Dissertation
zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt von

Eike-Christian Meyer
aus Nienburg/Weser
Göttingen 2008

1. Gutachter: Professor Dr. Ernst Kuper
2. Gutachterin: Professor Dr. Ursula Birsl

Tag der mündlichen Prüfung: 27. April 2009

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	6
2.	Forschungsstand	9
3.	Theoretische Ansätze zur Beschreibung von Außenpolitik	15
3.1.	Der Realismus	15
3.2.	Der Liberalismus	18
3.3.	Bewertung beider Theorieansätze	19
3.4.	Der europäische Integrationsprozess.....	20
3.4.1.	Theoretische Ansätze	20
3.4.2.	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	21
4.	Die Europäische Sicherheitsstrategie	25
5.	Ziele der Mitgliedsstaaten	36
5.1.	Deutschland.....	36
5.2.	Frankreich.....	42
5.3.	Großbritannien	52
5.4.	Litauen.....	56
5.5.	Österreich	61
5.6.	Polen.....	64
5.7.	Tschechische Republik.....	73
6.	Haltungen zu weiteren Erweiterungen	77
7.	Beitritt der Türkei.....	91
8.	Zwischenergebnis.....	111
9.	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Nachbarschaftspolitik.....	114
9.1.	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	114
9.2.	Die Europäische Nachbarschaftspolitik	142
10.	Verhältnis der EU zu anderen internationalen Akteuren	153
10.1.	Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten	153
10.2.	Beziehungen zwischen der EU und der NATO	161
10.3.	Perspektiven der Kooperation zwischen Europäischer Union, NATO und den Vereinigten Staaten	163
10.4.	Beziehungen zwischen der EU und Russland	168
10.4.1.	Grundlagen und Probleme der gegenseitigen Beziehungen.....	168
10.4.2.	Kaliningrad.....	177
10.4.3.	GUS-Raum	180
10.4.4.	Folgerungen für die EU-Politik gegenüber Russland	181
11.	Modelle für die Zukunft	184
11.1.	Rechtliche Grundlagen im Vertrag von Nizza	187
11.2.	Rechtliche Grundlagen im Vertrag von Lissabon	188
11.3.	Kriterien zur Gründung außenpolitischer Gruppen.....	189
12.	Zusammenfassung	194
13.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	199
13.1.	Quellen	199
13.2.	Zeitungsartikel.....	207
13.3.	Sekundärliteratur	213
14.	Anhang	240
14.1.	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	240
14.2.	Abkürzungsverzeichnis	240
14.3.	Onlineressourcen.....	242

14.3.1.	staatliche Organe und Politiker	242
14.3.2.	internationale Organisationen	243
14.3.3.	wissenschaftliche Einrichtungen	243
15.	Lebenslauf	246
16.	Eidesstattliche Erklärung.....	247

1. Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, in welcher Form die in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 definierten außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Europäischen Union erreicht werden können. Mit der Annahme der Sicherheitsstrategie hat sich die Union erstmals in ihrer Geschichte ein Grundsatzdokument für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gegeben, in dem sie ihre allgemeinen Ziele festlegt. Seitdem die Union in den 90er Jahren durch die Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien gezwungen wurde, sich außen- und sicherheitspolitisch zu betätigen, hat sie auf diesem Gebiet enorme Fortschritte gemacht. Angesichts der Herausforderung aus dem Stand heraus eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen, sind Defizite nachvollziehbar. Insbesondere deshalb, weil sich die Anforderungen an die Außen- und Sicherheitspolitik zeitgleich veränderten und die Staaten zunächst nicht wussten, wie sie den neuen Herausforderungen begegnen sollten.

Die Europäische Sicherheitsstrategie zieht eine Grenze zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Es wird in einem ersten Schritt untersucht, in welcher Form sich die Sicherheitsstrategie als solche heranziehen lässt, um den Mitgliederkreis der Europäischen Union zu definieren. Die Frage der territorialen Finalität gewinnt aus mehreren Gründen zunehmend an Gewicht. Zum einen gerät die EU institutionell immer mehr an ihre Grenzen. Zum anderen wächst das Gefälle zwischen den EU-Staaten und den beitragswilligen Staaten. Diese sind zudem in aller Regel instabile Staaten und somit ein Sicherheitsrisiko. Am wichtigsten in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass die Bevölkerung weiteren Neuaufnahmen skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Und ohne Rückhalt in der Bevölkerung lässt sich ein politisches Regime auf Dauer nicht etablieren. Die Zustimmung der Bevölkerung lässt sich aber nur gewinnen, wenn diese den Eindruck hat, dass ein klares Ziel, von dem sie Nutzen hat, verfolgt wird.

Im Anschluss werden die außen- und europapolitischen Ziele ausgewählter EU-Staaten analysiert. Deutschland, Frankreich und Großbritannien wurden ausgewählt, da sie einerseits die größten EU-Staaten sind und andererseits die unterschiedlichen Ziele im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Integrationsziele abdecken. Weiterhin sind sie militärisch die potentesten EU-Staaten. Aus dem Bereich der seit 2004 beigetretenen Staaten werden Litauen, Polen und Tschechien untersucht. Polen ist das größte Land der Osterweiterung 2004 und steht zudem stellvertretend für die agrarisch geprägten Neumitglieder. Litauen wurde als Vertreter des Baltikums ausgewählt, Tschechien als

Beispiel für die industriell geprägten Neumitglieder. Als Vertreter der neutralen EU-Staaten wird die österreichische Politik untersucht. Besondere Aufmerksamkeit wird der Haltung dieser Staaten zu weiteren Erweiterungen gewidmet.

Der Beitritt der Türkei stellt eine der größten Belastungsproben für die EU dar. Die Bevölkerung lehnt einen Beitritt überwiegend ab, die Regierungen sind geteilter Meinung. Der Grund für diese Situation liegt darin, dass die Türkei von den meisten Menschen nicht als europäischer, sondern als asiatischer Staat wahrgenommen wird. Ein weiteres Problem im Rahmen der Debatte um den Beitritt der Türkei ist die Tatsache, dass die EU gezwungen wird, ihre oftmals nicht klar definierten und unterschiedlichen Positionen festzulegen. Dies gilt insbesondere in der Frage des Minderheitenschutzes. Es wird untersucht, ob und welche Vorteile die EU aus außen- und sicherheitspolitischer Sicht von einer Mitgliedschaft der Türkei hätte.

Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sind die Beziehungen zu internationalen Akteuren wie den USA oder Russland von entscheidender Bedeutung. Die USA sind der wichtigste Verbündete der europäischen Staaten im Bereich der Sicherheitspolitik. Ohne amerikanische Unterstützung sind die europäischen Staaten im Bereich der militärischen Krisenbewältigung nur sehr begrenzt handlungsfähig. Weiterhin beeinflussen die USA als Schutzmacht der meisten europäischen Staaten die europäische Politik indirekt, da sich insbesondere die osteuropäischen Staaten das Wohlwollen der USA erhalten wollen. Neben den USA spielt die NATO eine wichtige Rolle. Für die meisten EU-Staaten, besonders für die seit 2004 beigetretenen, ist die NATO die zentrale Sicherheitsorganisation in Europa. Aber nicht nur aus diesem Grund ist das Verhältnis beider Organisationen zueinander von Belang. Die EU nutzt die militärischen Strukturen der NATO. Es ist eine absurde Situation, dass sich beide Organisationen in ihren Fähigkeiten ergänzen, aber aufgrund der Streitigkeiten ihrer Mitglieder untereinander bislang keine wirkliche Kooperation entwickeln konnten, obwohl viele Staaten Mitglied in beiden Organisationen sind.

Russland ist in zweifacher Hinsicht für die europäische Politik von Bedeutung. Zum einen aus wirtschaftlicher Sicht, da Europa einen Großteil seiner Energie aus Russland bezieht und zum anderen aus sicherheitspolitischer Sicht. Russland stellt in seinem aktuellen Zustand ein Sicherheitsrisiko dar. Dies gilt insbesondere für die Region Kaliningrad. Dort finden sich auf engstem Raum alle der so genannten weichen Sicherheitsrisiken (Umweltzerstörung, Migration, soziale Spannungen, Kriminalität). Russland stellt in diesem Sinne sowohl einen Empfänger als auch einen Gestalter der europäischen Politik dar.

Die sicherheitspolitischen Probleme im europäischen Umfeld sind vielfältig und von Region zu Region verschieden. Aus diesem Grund sollen abschließend Möglichkeiten vorgestellt werden, wie die EU ihr außenpolitisches Handeln effektiv gestalten kann. Da die intergouvernementale Struktur der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht zur Debatte steht, müssen andere Möglichkeiten der Flexibilisierung untersucht werden. Die Untersuchung wird sowohl an den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon (VL) als auch an denen des Vertrags von Nizza (EU-V) durchgeführt, da dieser zumindest bis zu den Wahlen zum Europaparlament 2009 in Kraft bleiben wird. Der ursprünglich geplante Termin für das Inkrafttreten, der 1. Januar 2009, wird sich aufgrund der Ablehnung des Vertrages durch die irische Bevölkerung im Juni 2008 wohl nicht einhalten lassen.

Bis zum Ende des Kalten Krieges wurde Sicherheitspolitik vorwiegend militärisch definiert. In den 1990er Jahren setzte sich zunehmend der so genannte erweiterte Sicherheitsbegriff durch. Dieser enthält neben militärischen Aspekten auch zivile Elemente, wie organisierte Kriminalität, Umweltzerstörung, Staatszerfall und Terrorismus, die die Sicherheit einer Gesellschaft bedrohen können. Angesichts des breiten Bedrohungsspektrums müssen die Reaktionen auf Bedrohungen weit gefächert sein, was dazu führt dass die Grenzen zwischen den einzelnen Politikfeldern im Bereich Sicherheitspolitik verschwimmen.

Aber nicht nur aus diesem Grund müssen die Verfahren der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickelt werden. Die EU-Bürger und die politischen Eliten verhalten sich widersprüchlich: Die Bürger wünschen sich zwar eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wollen aber die staatliche Souveränität nicht aufgeben, da sie keine europäische Identität verspüren und die politischen Eliten sind nicht dazu bereit, ihr Vetorecht und damit Macht aufzugeben.

Um diesen Widerspruch aufzulösen werden in der Arbeit Handlungsformate entwickelt, die ein sichtbares europäisches Vorgehen ermöglichen, ohne dass die nationale Souveränität aufgegeben wird. In thematisch und geografisch flexiblen Gruppen werden einzelne Staaten bzw. Staatengruppen mit der Wahrnehmung der Interessen der EU beauftragt. Durch dieses Vorgehen kann ein sichtbarer europäisches Vorgehen geschaffen werden, ohne dass die nationalstaatliche Souveränität aufgegeben wird. Durch die Beschlussfassung im Rat und die Kontrollmöglichkeiten in den Verträgen ist zudem sichergestellt, dass alle Staaten letzten Endes eingebunden sind und sich die Gruppen nicht verselbstständigen.

Der Zeitraum der Untersuchung erstreckt sich von der Ablehnung des Verfassungsvertrags (VVE) in Frankreich und den Niederlanden bis zum Europäischen Gipfel im März 2008.

2. Forschungsstand

Seit der Irakkrise 2003 und der Annahme der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) durch den Europäischen Rat im Dezember des gleichen Jahres haben sich zahlreiche Arbeiten mit dem Dokument an sich¹ und den Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen befasst.² Zugespielt formuliert verlief die Argumentationslinie so, dass es auf der einen Seite die seit dem 11. September 2001 zu allem entschlossenen USA und auf der anderen Seite das handlungsunfähige Europa gab. Insbesondere der NATO wurde in diesem Kontext oftmals lediglich die Rolle eines Selbstbedienungsladens der USA prophezeit, da diese über die so genannten „Koalitionen der Willigen“ ihre Ziele durchsetzen würden.³ Dabei ist allerdings übersehen worden, dass solche Aussagen lediglich für die jeweils amtierende Administration gelten können. Die Wechsel in den Administrationen fallen in den USA wesentlich stärker aus als in Europa und der amerikanische Präsident hat die Möglichkeit, seiner Präsidentschaft einen sehr persönlichen Stempel aufzudrücken. Allerdings hat sich auch erwiesen, dass die USA im Irak und in Afghanistan mit ihrer Strategie gescheitert sind und auf die Hilfe Europas angewiesen sind, weil sie nur begrenzte Fähigkeiten im zivilen Wiederaufbau besitzen.

Der zweite Schwerpunkt im Rahmen der Analyse des transatlantischen Verhältnisses beschäftigt sich mit der nationalen Sicherheitsstrategie der USA (NSS) und der ESS. Beide Dokumente sind mehrfach miteinander verglichen worden.⁴ Diese Vergleiche sind allerdings wenig hilfreich. Die NSS definiert konkrete Handlungsweisen der USA in bestimmten Situationen. Das europäische Papier ist ein erstmaliges Grundlagenpapier, in dem allgemeine außen- und sicherheitspolitische Ziele definiert werden. Die ESS enthält keinerlei konkrete Handlungsoptionen und sollte im Wesentlichen die generelle Handlungsfähigkeit Europas

¹ So etwa Bailes (1), Alyson J.K.: Die Europäische Sicherheitsstrategie: programmatische und praktische Perspektiven für GASP und ESVP, in: *integration* 2/2005, 28. Jg., Berlin 2005, S.107-118; Heisbourg, François (Hrsg.): *European Security Strategy: Is it for real?*, ESF Working Paper 14, Brüssel Oktober 2003, auf: http://aei.pitt.edu/1838/01/ESF_WP14.pdf, am 12.07.2006; Overhaus (2), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): *The European Security Strategy – Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action? Perspectives from Germany, France, Great Britain and the United States*, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr.13, 24.06.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue13.pdf>, am 17.01.2006

² vgl. Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit*, Wiesbaden 2005; Varwick (3), Johannes: *Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen 2005

³ Vgl. Heisbourg, a.a.O., S.5f.

⁴ bspw. Riemer, Andrea K./Hauser, Gunther: *Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik* 2/2004, Köln 2004, auf: <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/downloads/aipa0204.pdf>, am 14.11.2006 oder auch Reschke, Jörg: *Das strategische Dreieck USA-EU-NATO muss leistungsfähiger werden – Eine vergleichende Analyse der EU-Sicherheitsstrategie und der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA*, auf: <http://www.eurodefense.de/images/StrategischesDreieckUSAEUNATO.pdf>, am 05.09.2006

nach der Irakkrise 2003 demonstrieren. Beide Dokumente sind von daher nicht miteinander zu vergleichen. Ein weiteres Manko dieser Vergleiche ist die Tatsache, dass sie sich immer auf die 2002 veröffentlichte Sicherheitsstrategie der USA stützen. Es wird in aller Regel übersehen, dass die USA alle zwei bis vier Jahre ihre Sicherheitsstrategie aktualisieren. Die derzeit aktuelle Strategie stammt aus dem Jahr 2006 und wurde bislang nicht zu Vergleichen herangezogen. Eine allgemeine Analyse der außen- und sicherheitspolitischen Ziele der USA anhand der verschiedenen Sicherheitsstrategien liegt noch nicht vor.

Generell belassen es die meisten Texte bei der Analyse der Ursachen des Zerwürfnisses von 2003. Strategien und Perspektiven zur Vermeidung eines neuerlichen Bruchs bleiben in aller Regel aus.

In Bezug auf die europäischen Staaten werden im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik oftmals die drei großen EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien herangezogen.⁵ Diese sind zwar militärisch wie politisch die stärksten EU-Staaten, allerdings reicht ihre politische Macht nicht mehr aus, um die Union alleine gestalten zu können. Allerdings bilden ihre Positionen einen guten Mittelwert aus allen politischen Lagern der EU ab. Von den EU-Staaten zeichnet sich insbesondere Polen durch einen Führungsanspruch aus, den es aber aufgrund seiner schwachen wirtschaftlichen Lage nur bedingt ausfüllen kann. Allerdings gibt es nur wenige Arbeiten, die sich mit der Außenpolitik der 2004 beigetretenen Staaten beschäftigen. Lediglich in Sammelbänden und Aufsätzen sind kurze Abrisse aufzufinden.⁶

Im Bereich der Sicherheitspolitik und der GASP ganz allgemein finden sich eine Reihe von Texten, in denen die neuen EU-Staaten behandelt werden.⁷ Die Autoren geben treffend die Vorbehalte und sich aus der Mitgliedschaft für die weitere Integration ergebenden Probleme wider. Allerdings ist auch an dieser Stelle anzumerken, dass Lösungsvorschläge zur Beseitigung der bestehenden Probleme rar sind.

⁵ vgl. Hilz, Wolfram: Europas verhindertes Führungstrio – Die Sicherheitspolitik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens in den Neunzigern, Paderborn u.a. 2005; Kaim, Markus: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Präferenzbildungs- und Aushandlungsprozesse in der Europäischen Union (1990-2005), Baden-Baden 2007

⁶ vgl. Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/ Gerke, Ines (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001; bspw. auch: Lang (1), Kai-Olaf: Polen und der Osten – Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer „Ostpolitik“, SWP-Aktuell 22/2005, Berlin Mai 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2208, am 13.06.2006;

⁷ vgl. Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, vgl. auch: Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf>, am 03.06.2008, vgl. auch: Khol (1), Radek: Policies of the Visegrad Countries towards CFSP/ESDP, Working Paper 3/2003, Institute of International Relations, Prag August 2003, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001595/01/Policies_of_the_Visegrad_countries.pdf, am 27.08.2005

Ein weiterer Grund für die Fixierung auf die drei großen EU-Staaten mag in den sprachlichen Barrieren liegen. Allerdings finden sich gerade in den mittel- und osteuropäischen Staaten zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen, die ihre Arbeiten online zur Verfügung stellen, zum Teil in englischer Sprache. An dieser Stelle ist das „Policy Documentation Center“ aus Ungarn zu erwähnen.⁸ Das Center sammelt und stellt Texte verschiedener wissenschaftlicher Institutionen, insbesondere aus dem osteuropäischen Raum, online zur Verfügung. Eine weitere Seite, auf der zu aktuellen Themen Texte publiziert werden ist das „European Institute for Security Studies“⁹, wobei der Schwerpunkt der Publikationen auf den Gebieten der GASP und ESVP liegt. Eine ausführlichere Auflistung wissenschaftlicher Institutionen mit Onlinepublikationen findet sich im Anhang.

Der Beitritt der Türkei ist sicherlich eine der am intensivsten geführten Debatten in der Geschichte der EU. Die Intensität der Debatte führt mitunter dazu, dass sie polemisch bzw. anhand von Argumentationslinien geführt wird, die nicht zur Klärung der Frage beitragen können.¹⁰ Eine sicherheitspolitische Analyse legt Erich Reiter vor.¹¹ Reiter legt dort schlüssig dar, welche Auswirkungen ein Beitritt der Türkei auf die Rolle der EU als sicherheitspolitischer Akteur hat. In eine allgemeinere Richtung geht die Arbeit von Sammi Sandawi¹². Weitere wichtige Arbeiten im Zusammenhang mit dem Türkei-Beitritt sind Studien von Kramer¹³ und Karakas¹⁴. Die Heftigkeit der Debatte liegt sicherlich auch mit daran, dass die Kosten eines Beitritts nicht genau abgeschätzt werden können und sich die EU in eine schwierige Situation gebracht hat: In den 60er Jahren hat sie ein Mitgliedschaftsversprechen abgegeben, die Bevölkerung aber betrachtet die Türkei mehrheitlich nicht als einen europäischen Staat. In der Frage des Minderheitenschutzes in der Türkei und dessen Kompatibilität mit dem innerhalb der EU praktizierten ist die Arbeit von

⁸ Erreichbar unter: <http://pdc.ceu.hu>

⁹ Erreichbar unter: <http://www.iss.europa.eu>

¹⁰ vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Verblindetes Harakiri – Der Türkei-Beitritt zerstört die EU, in APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.6-8, vgl. auch: Gerhards, Jürgen: Passt die Türkei kulturell zur EU?, in: APuZ 38/2004, Bonn 13.09.2004, S.1-20

¹¹ vgl. Reiter (2), Erich: Die Situation der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung - Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur EU, auf: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/06_sit_eu_tr.pdf, am 24.05.2006

¹² Sandawi, Sammi: Machtkonstellationen im Schwarzmeerraum – Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei und anderer Anrainer, in: integration 2/2006, 29. Jg., Berlin 2006, S.134-148

¹³ Kramer (1), Heinz: Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.9-17, ders.: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, SWP-Studie 34/2003, Berlin August 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=155, am 15.05.2005

¹⁴ vgl. Karakas, Cemal: Für eine abgestufte Integration – Zur Debatte um den EU-Beitritt der Türkei, HSFK Standpunkt Nr.4/2005, auf: [http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-4-2005\(druckfrei\).pdf](http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-4-2005(druckfrei).pdf), am 24.01.2006

Arndt Künnecke¹⁵ zu erwähnen. In seiner Studie entwickelt er praktikable Vorgehensweisen, die es beiden Seiten erlauben, dieses schwierige Thema angemessen zu behandeln.

Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist Allgemein festzustellen, dass es keinen Mangel an Literatur gibt. Begünstigt wurde diese Entwicklung sicherlich durch den Bedeutungsgewinn, den dieses Politikfeld in den letzten Jahren, speziell seit der Annahme der ESS, erfahren hat. Die Zahl der Darstellungen zur Geschichte und Struktur der GASP ist zu groß, als dass an dieser Stelle darauf ausführlich eingegangen werden kann.¹⁶ Hervorzuheben ist an dieser Stelle aber die Arbeit von Elfriede Regelsberger über die Nutzung der Instrumente der GASP.¹⁷ In ihrer Analyse arbeitet sie heraus, dass die Union zwar Schwierigkeiten hat gemeinsame Strategien zu verabschieden und umzusetzen, in vielen Sachfragen hingegen –entgegen dem öffentlichen Eindruck – sehr wohl handlungsfähig ist.

Das Fehlen einer gesamteuropäischen Strategie für den Umgang mit wichtigen internationalen Akteuren spiegelt sich auch in der Wissenschaft wider. Da es jenseits der Absichtserklärungen keine gemeinsame Position der Staaten gibt, ist die EU-Politik nicht besonders ausgeprägt. Das Verhältnis zu Russland ist hierbei das schwierigste. Neben der Tatsache, dass Russland die EU in seiner Nachbarschaft als Konkurrenz auffasst, kommt erschwerend hinzu dass es keine einheitliche Bewertung Russlands gibt. Die neuen EU-Staaten sehen Russland primär kritisch, während insbesondere Deutschland und Frankreich Russland deutlich positiver bewerten. So ist es nicht weiter erstaunlich, dass es nur wenige Arbeiten gibt, die sich mit der EU als Akteur in den Beziehungen zu Russland befassen.¹⁸ Vielmehr werden die Positionen der einzelnen Staaten analysiert.¹⁹ Ein anderer Ansatz beschäftigt sich mit einzelnen Themen der beiderseitigen Beziehungen. So sind Aspekte der

¹⁵ vgl. Künnecke, Arndt: Eine Hürde auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft? – Der unterschiedliche Minderheitenbegriff der EU und der Türkei, Hamburg 2007

¹⁶ Für einen Überblick über die Geschichte und Probleme der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik siehe: Fröhlich (2), Stefan: Die Europäische Union als globaler Akteur: eine Einführung, Wiesbaden 2008

¹⁷ vgl. Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) – Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden 2004

¹⁸ vgl. Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006; vgl. auch: Lynch (1), Dov (Ed.): EU-Russian security dimensions, Occasional Paper 46, Institute for Security Studies, Paris Juli 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ46.pdf>, am 03.06.2008; Adomeit, Hannes/Lindner, Rainer: Die „Gemeinsamen Räume“ Russlands und der EU - Wunschbild oder Wirklichkeit?, SWP-Studie 34/2005, Berlin November 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2565, am 29.06.2005, vgl. auch: Menkiszak, Marek: Russia vs. The European Union: a „strategic partnership“ crisis, CES Studie 22, Warschau Januar 2006, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001897/01/Russia_vs_EU.pdf, am 11.09.2006

¹⁹ vgl. Lopata, Raimundas u.a.: Lithuania's Security and Foreign Policy Strategy – White Paper, auf: <http://www.tsūmi.vu.lt/files/mprojektai/finallithsecpapergalutinis.pdf>, am 14.12.2005; vgl. auch: Missiroli (1), a.a.O., vgl. auch: Bynander, Fredrik: Poland and the Czech Republic: new members torn between the EU and NATO, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan, a.a.O.), S-63-83

Energieversorgung durch die wiederkehrenden Konflikte zwischen Russland und der Ukraine in den Blickpunkt der Wissenschaft getreten.²⁰

Für die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten lässt sich, mit Unterschieden, ähnliches konstatieren, wie für die Beziehungen zu Russland. Das Fehlen einer klaren europäischen Strategie zwingt die Wissenschaft sich auf die Ursachen der Krisen der letzten Jahre zu fokussieren.²¹ Gleichwohl gibt es einen grundlegenden Unterschied, der die Analyse erleichtert: Die Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Staaten werden als unverzichtbar angesehen und die USA genießen in allen europäischen Staaten trotz aller Differenzen der letzten Jahre ein positives Bild. Die unterschiedlichen Ansichten über die Rolle, die die USA in Europa spielen sollen, erschweren allerdings eine europäische Politik. Im Sicherheitssektor verläuft die Kooperation in aller Regel über die NATO. Diese Kooperation ist sehr formalisiert und nicht sehr stark ausgeprägt.²² Die Kooperation zwischen beiden Organisationen wird unter anderem durch den Zypern-Konflikt belastet, da sich die Türkei weigert mit Zypern zusammenzuarbeiten. Die Kooperation findet in aller Regel auf niedriger Ebene statt. Der erweiterte Sicherheitsbegriff verlangt ein Handeln, das sich nicht mehr nur auf ein Feld – militärisch oder zivil – beschränkt, sondern einen umfassenden Ansatz. Aus dieser Erkenntnis heraus, haben sich Ideen entwickelt, die auf eine Arbeitsteilung bzw. Rollenspezialisierung hinauslaufen.²³ Mit diesen Ansätzen wird die Idee der Rüstungskooperation noch einen Schritt weiterentwickelt.

Es ist in der Wissenschaft unumstritten, dass der erweiterte Sicherheitsbegriff die politische Realität treffend wieder gibt. In den letzten Jahren hat die Relevanz nichtstaatlicher Akteure für die Sicherheit zugenommen. Diese sind sowohl Teil der Sicherheitsprobleme als auch der Lösung dieser sind.²⁴ Allerdings ist es noch nicht gelungen ein befriedigendes Konzept über die Einbindung nichtstaatlicher Akteure in die internationale Politik zu entwickeln. Diese Frage ist Teil einer größeren Frage, der sowohl die Politik als auch die Wissenschaft bislang

²⁰ vgl. Lang (2), Kai-Olaf: Polens Energiepolitik – Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland, SWP-Studie 13/2007, Berlin Juni 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4059, am 31.07.2007

²¹ vgl. Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005

²² vgl. Hofmann, Stephanie/Reynolds, Christopher: Die EU-NATO-Beziehungen – Zeit für Tauwetter, SWP-Aktuell 37/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4164, am 31.07.2007, vgl. auch: Varwick (3), Johannes: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrent, Rivalität?, Opladen 2005

²³ Vgl. Bochert, Heiko/ Rummel, Reinhardt: Von segmentierter zu vernetzter Sicherheit in der EU-25, auf: http://www.bochert.ch/paper/Sicherheit_EU25.pdf, am 18.04.2006

²⁴ vgl. Möckli (2), Daniel: Der Privatsektor als neuer Akteur der Sicherheitspolitik, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 2. Jg., Nr. 6, Zürich Januar 2007, auf: <http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=SSN&fileid=465E241F-FACF-0088-3E75-5ADBFAE1CEC&lng=de>, am 31.07.2007

relativ ratlos gegenüberstehen: der Reform und der Weiterentwicklung des Völkerrechts. Das Völkerrecht und die Vereinten Nationen (VN) sind nach wie vor auf staatliche Akteure als Träger der internationalen Politik ausgerichtet. Da sich aber im Bereich der Sicherheitspolitik universelle Werte durchgesetzt haben, stellt sich die Frage, wann in welcher Form Gewalt angewandt werden darf. Die Antworten auf solche Fragen sind vage, was sicherlich auch daran liegt, dass die meisten Staaten den klassischen Vorstellungen über die internationale Politik verhaftet geblieben sind. Dies wird besonders an der Debatte über die Reform des Weltsicherheitsrates deutlich, der in seiner Zusammensetzung die Machtverteilung der 50er und 60er Jahre wieder gibt und nicht die aktuelle Situation.

3. Theoretische Ansätze zur Beschreibung von Außenpolitik²⁵

3.1. Der Realismus

Der Realismus wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Hans J. Morgenthau entwickelt. Die theoretische Grundannahme bestand für ihn darin, dass die Rolle der Macht in der Politik nicht überwunden werden könne. Staaten könnten zwar aus unterschiedlichen Motiven heraus handeln, allerdings bleibe Macht immer das Mittel zur Erreichung der staatlichen Ziele.²⁶ Das internationale System unterliegt seiner Meinung nach keiner Beschränkung durch eine Zentralgewalt, sondern wird bestimmt durch die Nationalstaaten, die versuchen ihre Interessen gegen die Interessen anderer Staaten durchzusetzen.²⁷ Um diese Interessen durchzusetzen, streben die Staaten nach Macht, die damit die zentrale Motivation für staatliches Handeln wird.²⁸ Die Staaten werden im Realismus demnach als rational auftretende Akteure wahrgenommen. Das zentrale Ziel der Staaten ist die Sicherung der eigenen Existenz. Von daher spielen in der Außenpolitik Sicherheitsfragen die maßgebliche Rolle.²⁹

Da alle Staaten versuchen ihre Interessen im internationalen System durchzusetzen, ist ein permanentes Gegeneinander zu konstatieren. Das Durchsetzen der Interessen geschieht zwangsläufig auf Kosten anderer, sodass nach Ansicht der Realisten der Frieden nur im Rahmen einer Balance of Power möglich ist.³⁰ Da der Staat von Interessen geleitet wird, wird Macht über Fähigkeit, seine Interessen gegen andere durchzusetzen, definiert.³¹ Die sich aus dem internationalen System ergebende Staatenkonkurrenz bedeutet für den einzelnen Staat, dass er gezwungen ist seine Souveränität zu erhalten. Aus diesem Grund genießt die Sicherung der eigenen Grenzen eine hohe Priorität.³²

²⁵ Ein Überblick über die wichtigsten Theorien mit weiterführenden Literaturhinweisen findet sich bei: Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 3. erweiterte Auflage, Baden-Baden 2004

²⁶ vgl. Jacobs, Andreas: Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.39-63, S.45

²⁷ vgl. ebenda, S.47

²⁸ vgl. ebenda, S.49f.

²⁹ vgl. Kaim, Markus: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Präferenzbildungs- und Aushandlungsprozesse in der Europäischen Union (1990-2005), Baden-Baden 2007, S.44

³⁰ vgl. Silber, Stephanie: Die EU und ihre Außen- und Verteidigungspolitik - zwischen Macht und Ohnmacht, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen - Abteilung Europarecht, Göttinger Online-Beiträge zum Europarecht Nr.15, Göttingen 23.11.2004, auf: <http://www.europarecht.uni-goettingen.de/Paper15.pdf>, am 28.02.2006, S.18f.

³¹ vgl. Silber, a.a.O., S.19

³² vgl. Roos, Christof: Die Osterweiterung der EU und die EU-Außengrenze in Osteuropa. Konsequenzen und Strategien für die mitteleuropäischen Beitrittsstaaten und ihre östlichen Nachbarn, in: Suchoples,

Mit dem Streben nach Macht zur Existenzsicherung in einem anarchisch angelegten internationalen System liegt der Gedanke nahe, dass Staaten eine Kooperation vermeiden. Dass diese dennoch auch in Sicherheitsfragen stattfindet, wird von realistischer Seite dadurch erklärt, dass sich die Staaten einen spezifischen Nutzen von der Kooperation versprechen und die Interessen der Partner kompatibel sind.³³

Spätere Vertreter des Realismus haben durchaus gesehen, dass sich zum Beispiel das Völkerrecht positiv auf die Struktur des internationalen Systems auswirkt und die Anarchie des internationalen Systems abschwächt.³⁴

John H. Herz hat in seinem Aufsatz „Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma“ das Fehlen einer übergeordneten Instanz für das auf Sicherheit fixierte Verhalten von Staaten verantwortlich gemacht. Jede Gruppe, die nicht unter dem Schutz einer höheren Macht steht, muss die eigene Vernichtung durch eine andere Gruppierung fürchten. Der einzige Ausweg, um diesem Schicksal zu entgehen ist die Anhäufung von Macht. Das Schließen von Allianzen würde diese Konflikte lediglich auf eine höhere Ebene verlagern.³⁵

Der Neorealismus hat diesen Aspekt aufgegriffen und zu einer zentralen These gemacht. Da es keine zentrale Ordnungsinstanz im internationalen System gibt, hängt nach der neorealistischen Theorie der Frieden von demjenigen Akteur ab, der am ehesten bereit ist Gewalt einzusetzen. Sobald einige Staaten gewaltbereit sind, müssen auch alle anderen Staaten gewaltbereit sein, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Daraus ergibt sich für die Staaten der Zwang, sich im internationalen System helfen zu müssen.³⁶ Die Grundprämisse hat sich im Neorealismus also dahingehend verschoben, dass die Staaten nicht mehr primär um Macht sondern um Sicherheit konkurrieren.³⁷

Die Vertreter des Neorealismus definieren das internationale System ebenfalls als dezentral. Die Staaten würden in einem anarchistischen Nebeneinander existieren.³⁸ Daraus

Jarosław/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005, S.349-386, S.331

³³ vgl. Kaim, a.a.O., S.44

³⁴ vgl. Jacobs, a.a.O., S.55

³⁵ vgl. Herz, John H.: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma, in: ders., Staatenwelt und Weltpolitik – Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter, Hamburg 1974, S.39-56, S.39f.

³⁶ vgl. Krell, a.a.O., S.162f, vgl. auch: Schörnig, Niklas: Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.65-92, S.65

³⁷ vgl. ebenda, S.164f.

³⁸ vgl. Meier-Walser (2), Reinhard C.: Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik, Hanns Seidel Stiftung, aktuelle analysen 35, München 2004, auf: <http://www.hss.de/downloads/aa35.pdf>, am 25.10.2006, S.10

wiederum ziehen sie den Schluss, dass die Staaten um ihre Sicherheit zu gewährleisten, ein Erfolg versprechendes Verhaltensmuster verfolgen, da es keine Instanz gibt, die das staatliche Überleben garantiert.³⁹ Zwar wird die Kooperation im Interesse der eigenen Sicherheit als notwendig angesehen, allerdings birgt sie auch Gefahren für die eigene Sicherheit. So wird von einigen Neorealisten die These vertreten, dass die Kooperation zwar aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus vorteilhaft wäre, aber durch die entstehenden Abhängigkeiten Gefahren für die eigene Sicherheit berge.⁴⁰

Allerdings ist der Neorealismus der Kooperation gegenüber grundsätzlich aufgeschlossen. Die Sicherheit, nach der die Staaten im anarchischen internationalen System streben, ist erst dann gegeben, wenn es ein Machtgleichgewicht gibt, das sicherstellt, dass ein Angriff für den Angriff selber zum Risiko wird. Von daher müssen die Staaten entweder durch Bündnisse oder eigene Machtmittel versuchen dieses Gleichgewicht herzustellen.⁴¹ Somit ist im Neorealismus die Kooperation im Wesentlichen auf reine Bündnisse beschränkt.

Die realistische Schule vermag sicherlich das Verhalten von Staaten in der internationalen Politik zu erklären. Allerdings werden verschiedene Probleme aufgeworfen. Zum einen stellt sie Interessen als Motivation staatlichen Handelns dar, da diese kompromissfähig sind, während universelle Werte diese Eigenschaft nicht aufweisen.⁴² Dies ist insofern problematisch, als dass sich universelle Werte zumindest in Europa und Nordamerika als Leitlinien der Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt haben.

Ein anderer Aspekt ist, dass die Rolle von Gesellschaften in Bezug auf die Ausbildung von Interessen keine Rolle spielt.⁴³ Der Realismus beschränkt sich darauf, die Staaten als einheitliche Akteure zu beschreiben. Innere Akteure, die die Interessen des Staates beeinflussen können, finden keine Berücksichtigung. Gleiches gilt für international agierende nichtstaatliche Akteure, die für die Ausbildung der Interessen eines Staates eine Rolle spielen können.

Ferner gibt es Schwierigkeiten die andauernde europäische Zusammenarbeit und deren Einfluss auf die Staaten mit realistischen Argumenten zu erklären. Kaim weist zu Recht darauf hin, dass es die Kontinuität der Zusammenarbeit im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU auch nach dem Ende des Kalten Krieges mit diesem

³⁹ vgl. ebenda, S.10

⁴⁰ vgl. ebenda, S.12, vgl. auch: Schörnig, a.a.O., S.76f.

⁴¹ vgl. Schörnig, a.a.O., S.74f.

⁴² vgl. Krell, a.a.O., S.153f.

⁴³ vgl. Kaim, a.a.O., S.48

theoretischen Ansatz nur unter Schwierigkeiten zu erklären ist.⁴⁴ So sieht beispielsweise der Neorealismus die Struktur des internationalen Systems als gegeben und nicht veränderbar an.⁴⁵ Dabei ist festzuhalten, dass sich durch die europäische Integration die Struktur des Systems auf regionaler Ebene geändert hat, ohne dass die Staaten ihre Souveränität aufgegeben haben.

3.2. Der Liberalismus

Der Liberalismus hat nach 1990 eine Renaissance erfahren. Die zunehmende Vergesellschaftung der Außenpolitik hat den Blick auf die Gesellschaft als die treibende Kraft des staatlichen Handelns in der internationalen Politik gelenkt.⁴⁶ Gemeint ist hiermit, dass die Gesellschaft innerhalb eines Staates die Interessen formuliert, die der Staat nach außen vertritt. Damit verfolgen die liberalen Ansätze einen Zwei-Ebenen-Ansatz, wie er sich aus der Regimetheorie heraus entwickelt hat. Demzufolge müssen die Regierenden bei Verhandlungen nicht nur dafür Sorge trage, dass sie ihre Interessen nach außen vertreten, sondern auch sicherstellen, dass die angestrebten Ergebnisse mit den wesentlichen gesellschaftlichen Interessen vereinbar sind.⁴⁷

Vertreter der liberalen Theorien gehen davon aus, dass im Zentrum allen staatlichen Handelns der einzelne Mensch steht. Zur Postulierung seiner Interessen schließt er sich zwar zu Gruppen zusammen. Aber deren Handeln lasse sich immer wieder auf den einzelnen Mensch zurückverfolgen.⁴⁸

Aus diesen Ansätzen hat sich der liberale Intergouvernementalismus ergeben, der verschiedene theoretische Ansätze in sich vereint. Zum einen realistische Ansätze, die die Außenpolitik als von außen beeinflusst betrachten, liberale, die sich auf die innere Ausbildung von Interessen beruft und drittens intergouvernementalistische Ansätze bezüglich der Verhandlungen zwischen Staaten.⁴⁹ Damit räumen sie dem Menschen einen Vorrang vor

⁴⁴ vgl. ebenda, S.49

⁴⁵ vgl. Schörnig, a.a.O., S.88

⁴⁶ vgl. Schieder (2), Siegfried: Neuer Liberalismus, in: ders./Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.175-211, S.176

⁴⁷ vgl. Zangl, Bernhard: Regimetheorie, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.121-144, S.136

⁴⁸ vgl. Schieder (2), a.a.O., S.180f.

⁴⁹ vgl. Moravcsik, Andrew: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 31, Nr.4, Dezember 1993, S.473-524, S.480

dem Staat ein. Der Staat wird somit lediglich ein „Transmissionsriemen dominanter gesellschaftlicher Interessen“.⁵⁰

Dieser Theorieansatz geht davon aus, dass die internationale Kooperation die Staaten zwar nach außen hin Einschränkungen unterwerfe, den Regierungen aber nach innen mehr Einfluss verschaffe, weil sie den Zugang zu Machtressourcen wie Informationen oder Initiativen durch gezielte Aktionen beeinflussen können.⁵¹ Gleichzeitig geht dieser Ansatz nicht davon aus, dass die Staaten durch die EU an Bedeutung verlieren und schließlich überflüssig werden.⁵² Vielmehr gehen die Vertreter des liberalen Intergouvernementalismus davon aus, dass die Regierungen über Handlungsfreiheit verfügen. Im Bereich der GASP ist diese ihrer Ansicht nach am ausgeprägtesten, da sich der Zweck der GASP, die Produktion von Sicherheit, nicht in einem klaren Kosten-Nutzen-Bild ablichten lasse.⁵³ Diese Argumentation scheint insbesondere unter dem Aspekt der Prävention gemäß des erweiterten Sicherheitsbegriffs zu greifen. Im Gegensatz zum klassischen, militärischen Sicherheitsbegriff, bei dem eine Bedrohung klar ersichtlich ist, lassen sich jetzt Bedrohungen nicht mehr deutlich erkennen. So ist bspw. ein vereitelter terroristischer Anschlag im Vorfeld für den normalen Bürger nicht zu erkennen. Gleichwohl bedeutet diese Handlungsfreiheit nicht, dass sich die Regierungen aus der Kooperation innerhalb der GASP zurückziehen können, da die Bürger mehrheitlich eine stärker sichtbare europäische Außenpolitik wünschen.

3.3. Bewertung beider Theorieansätze

Beide Theorien beschreiben einzelne Aspekte des internationalen Handelns von Staaten, sind aber nicht mehr in vollem Maße gültig.

Eine der grundlegenden Schwächen des Realismus/Neorealismus ist die Fixierung auf den Staat und das Ignorieren der Vorgänge innerhalb eines Staates.⁵⁴ Gleiches gilt für die Rolle von nichtstaatlichen Akteuren, wie etwa Nichtregierungsorganisationen (NGO). Dieses Manko schmälert die Bedeutung des Realismus für die Analyse der internationalen Beziehungen. Der liberale Ansatz, wonach der Austausch von Menschen das Handeln des Staates beeinflusst, trifft im Kontext der Globalisierung eher. Gleiches gilt für international agierende NGOs. Dennoch ist der Realismus für die Analyse der internationalen Politik

⁵⁰ ebenda, S.183

⁵¹ vgl. Kaim, a.a.O., S.66

⁵² vgl. Moravcsik, a.a.O., S.491

⁵³ vgl. Kaim, a.a.O., S.67

⁵⁴ vgl. Krell, a.a.O., S.169

wichtig, da die liberale Theorie den Staat als Akteur weitestgehend vernachlässigt. Trotz Globalisierung ist, das haben die Jahre seit 1990 deutlich gezeigt, der Nationalstaat die einzige funktionierende Einheit im internationalen System. Die Vereinten Nationen als globale politische Organisation standen oft genug Entwicklungen hilflos gegenüber, weil sich ihre Mitglieder nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen konnten. Konflikte wie in Bosnien oder dem Kosovo wurden daher von regionalen Organisationen unter Führung der USA beigelegt. Für den Nationalstaat bedeutet aber der zunehmende Austausch von Menschen und die gleichzeitige Handlungsunfähigkeit globaler Organisationen ein Dilemma: Der Staat muss Entscheidungen für eine größere Gruppe als sein Volk treffen, kann diese aber nicht treffen,⁵⁵ da er teilweise auf die betroffenen Personen keinen Zugriff hat.

Ein weiterer Schwachpunkt der realistischen Theorie ist die Vermeidung von Abhängigkeit von einem anderen Akteur. Die Angst der Staaten vor Abhängigkeiten ist heute geringer als früher. Die Staaten sind heutzutage zwingend aufeinander angewiesen, da sie als einzelner Staat nicht mehr in der Lage sind, Probleme zu lösen.⁵⁶ Neben der Sicherheitspolitik gilt dieses in besonderem Maße für die Wirtschaftspolitik. Das Eingehen von notwendigen und nicht vermeidbaren Abhängigkeiten schwächt also den Realismus als Beschreibungsmöglichkeit für die internationalen Bedingungen. Der liberale Intergouvernementalismus versucht die Lücke zwischen dem Realismus und dem Liberalismus zu schließen. Die Verbindung von innerstaatlicher Interessensartikulation, außenpolitischem Auftreten und intergouvernementalistischen Verhaltensweisen der Staaten ermöglicht die analytische Einbindung der wichtigsten Akteure der internationalen Politik.

3.4. Der europäische Integrationsprozess

3.4.1. Theoretische Ansätze

Für die europäische Integration werden in aller Regel nicht Theorien wie der Realismus oder der Liberalismus herangezogen, sondern die Wissenschaft bedient sich des Funktionalismus und des Föderalismus, um die Integration theoretisch zu beschreiben. Beide Ansätze sind in relativ kurzer Form zu charakterisieren.⁵⁷ Dem Föderalismus liegt das Motto

⁵⁵ vgl. Popov, Emil: Vom Absterben des Nationalstaates als Determinante europäischer Einigung oder das Ende nationalstaatlicher Souveränität, Dissertation Aachen 2002, auf: http://sylvester.bth.rwth-aachen.de/dissertationen/2002/070/02_070.pdf, am 01.02.2005, S.167

⁵⁶ vgl. Krell, a.a.O., S.170

⁵⁷ Eine ausführliche Darstellung dieser Ansätze findet sich bei: Rosamond, Ben: Theories of European Integration, Baingstoke, 2000, Kapitel 2 und 3

„function follows form“ zugrunde,⁵⁸ der Funktionalismus hat das entgegen gesetzte Prinzip⁵⁹. Hinzu kommt beim Funktionalismus, dass dieser von einer gemeinsamen Grundlage der Kooperation ausgeht, die sich anschließend auf andere Bereiche ausdehnt.⁶⁰ Prinzipiell lässt sich festhalten, dass, nachdem die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) und Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gescheitert waren, die europäische Integration mit dem Ausgangspunkt der Montanunion zum größten Teil nach dem Muster des Funktionalismus verlief. Der Funktionalismus geht grundsätzlich davon aus, dass sich aus Kooperation in einem fest umrissenen Politikfeld der Druck nach weiterer Kooperation in einem anderen Bereich ergibt, um die Gewinne aus der bestehenden Kooperation effektiv abschöpfen zu können. Auf diese Weise werden ausgehend von einem nebensächlichen Politikfeld durch die so genannten spill-over-Effekte auch die Politikfelder, die den „high politics“⁶¹ zugerechnet werden, Gegenstand der Kooperation.⁶²

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelte sich aus einem informellen Konsultationsmechanismus zu einem fest gefügten institutionellen Gebilde. Von daher könnte man zu dem Schluss gelangen, dass die Logik des Funktionalismus greift. Allerdings haben die Nationalstaaten dafür gesorgt, dass die GASP nicht vergemeinschaftet wird, sondern weiterhin eine Kooperation zwischen den Staaten bleibt. Insbesondere im Vertrag von Lissabon haben sie festgelegt, dass die EU bzw. die Europäische Kommission keinerlei Befugnisse in diesem Politikfeld hat.⁶³

3.4.2. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Betrachtet man die internationale Sicherheitslage, dann wird schnell deutlich, dass sie seit dem Ende des Kalten Krieges unwägbar geworden ist.⁶⁴ Dies liegt daran, dass sich die Zahl der Akteure vervielfacht hat und diese keineswegs alle staatlicher Natur sind. Daher ist eine

⁵⁸ vgl. Wesner, Hanna: Die russisch-europäische Partnerschaft und die Region Kaliningrad. Zwischen Misstrauen und Integration, in: Suchoples, Jarosław/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005, S.419-449, S.439

⁵⁹ vgl. Rosamond, a.a.O., S.35

⁶⁰ vgl. Wesner, a.a.O., S.440, vgl. auch: Krell, a.a.O., S.241: Ausgangspunkt der Kooperation sind „weiche“ Fragen wie wirtschaftliche Kooperation und erst später „harte“ Sicherheits- und Machtfragen.

⁶¹ Dieser Begriff umfasst diejenigen Politikfelder, die mit Fragen der Souveränität zu tun haben, wie etwa Außen- oder Verteidigungspolitik.

⁶² vgl. Rosamond, a.a.O., S.51f., vgl. auch: Kaim, a.a.O., S.60f.

⁶³ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/94935.pdf, am 29.06.2007, FN 22, S.26f.

⁶⁴ vgl. Jäger, Thomas: Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen unter den Bedingungen machtpolitischer Asymmetrie und kultureller Differenz, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.13-33, S.16

große Anzahl von Akteuren mit herkömmlichen Mitteln wie beispielsweise Sanktionen überhaupt nicht zu treffen. Die wissenschaftliche Analyse hat seit dem 11. September 2001 gezeigt, dass Begriffe wie „Idealismus“, „Realismus“ oder „Institutionalismus“ nur noch eingeschränkt greifen.⁶⁵

Das Auftreten der EU auf der internationalen Ebene wird als „Netzwerk-Governance“ oder „post-national“ beschrieben.⁶⁶ Zumindest für den Bereich der GASP kann die Bezeichnung post-national allerdings nicht greifen, da gerade in diesem Bereich die Nationalstaaten die Träger der Politik sind. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Mitgliedsstaaten der EU in der Lage sind, gemeinsame Interessen zu definieren und diese in der nationalstaatlichen Politik umzusetzen. Zurzeit scheint dies noch nur in den Gebieten zu funktionieren, die nicht primäre nationale Interessen berühren.⁶⁷ Fortschritte in Richtung Vergemeinschaftung der GASP sind auf mittlere Sicht unwahrscheinlich, da die Staaten insgesamt noch den neorealistischen Denkmustern verhaftet sind und von daher nicht bereit sein werden, ihre nationale Autonomie aufzugeben.⁶⁸ Hierzu gehört auch die Tatsache, dass die Staaten – verständlicherweise – bisher nur dann bereit waren Souveränitätsrechte abzutreten, wenn sie davon überzeugt waren, dass sie größere Vorteile von einem gemeinsamen Vorgehen als von einer uneingeschränkten Nutzung der Souveränität hatten.⁶⁹ Ein weiterer Aspekt ist die eher neoliberal ausgerichtete Politik der EU. Dadurch gerät die GASP in ein Spannungsverhältnis zwischen den Akteuren.⁷⁰ Dieses Spannungsverhältnis wird noch dadurch verstärkt, dass die EU selber einen zwiespältigen Prozess durchläuft. Nach innen ist sie dabei die Grenzen aufzulösen, nach außen versucht sie die Grenzen zu schließen bzw. eine Abgrenzung zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern durchzuführen.⁷¹

Aufgrund dieses Spannungsverhältnisses, aber auch weil sowohl die nationale als auch intergouvernementale Ebene überfordert werden, wird immer wieder postuliert, die supranationale Ebene im Bereich GASP stärker auszubauen.⁷² Allerdings ist dieses nicht das

⁶⁵ vgl. Pradetto, August: Unfreiwillige Polarisierung durch vorsätzlichen Unilateralismus: Politpsychologische Aspekte der US-Außenpolitik seit dem 11. September 2001, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.35-55, S.54f.

⁶⁶ vgl. Ekengren, Magnus/Engelbrekt, Kjell: The impact on EU actorness: enhanced capacity, weakened cohesiveness, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S. 18-43, S.19

⁶⁷ vgl. Silber, a.a.O., S.26

⁶⁸ vgl. ebenda, S.21

⁶⁹ vgl. Popov, a.a.O., S.206f.

⁷⁰ vgl. Silber, a.a.O., S.25

⁷¹ vgl. Roos, a.a.O., S.353

⁷² vgl. Behr, Hartmut: Globalisierung als Motor regionaler Integration - Untersuchungen zum Selbstverständnis des „Akteurs EU“, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.135-154, S.140 und 144f.

Ziel der EU. Der Hohe Vertreter für die GASP, Javier Solana, erklärte 2001 zum Ziel der GASP, dass Europa mit einer gemeinsamen, aber nicht mit einer einzigen Stimme in der Welt sprechen solle.⁷³ Die Staaten sollen demnach nicht unter eine zentrale Instanz im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik gestellt werden, auch wenn durch die Begrifflichkeiten (europäischer Außenminister) des gescheiterten Verfassungsvertragsentwurfs teilweise der Eindruck erweckt wurde. Diese Problematik hat sich allerdings mit dem EU-Gipfel im Juni 2007 erledigt, da auf alle staatlichen Symbole verzichtet werden wird.⁷⁴

Die Wissenschaft betont immer wieder die Feststellung, dass die EU kein Akteur traditionellen Zuschnitts ist.⁷⁵ Obwohl sie bei Weitem kein Staat ist – der Vertrag von Nizza verweigert ihr die Rechtspersönlichkeit – werden ihr staatsähnliche Qualitäten zugesprochen. Diese Qualität resultiert aus der Schaffung eines politischen Raumes, ohne wie ein Staat über ein fest umrissenes Territorium im Sinne von Weber zu verfügen.⁷⁶ Mit dem Vertrag von Lissabon ändert sich diese Situation ein wenig. Die EU erhält eine einheitliche Rechtspersönlichkeit. Allerdings bleibt der Bereich der GASP davon ausgespart, da die Kommission hier explizit keine neuen Kompetenzen erhält.⁷⁷

Die bisherige Geschichte der GASP hat gezeigt, dass die dargelegten Theorieansätze für sie nur höchst begrenzt anwendbar sind. Der Funktionalismus zielt zwar in seinem Kerngedanken auf eine pragmatische, an den Interessen der Bürger ausgerichteten Politik der internationalen Kooperation ab⁷⁸, allerdings haben sich die Nationalstaaten in diesem Politikfeld den von der funktionalistischen Theorie postulierten spill-over-Effekten widersetzt. Bei allen Neuverhandlungen haben die Staaten ihre Position gewahrt und somit eine Stärkung der supranationalen Ebene verhindert. Im Bereich der GASP kann somit der Funktionalismus aufgrund seiner Ausrichtung auf supranationale Regimes nur begrenzt herangezogen werden.

Von den dargelegten Theoriesträngen erscheint der liberale Intergouvernementalismus am ehesten geeignet, eine Analyse der GASP durchzuführen. Zumindest lassen sich mit diesem

⁷³ vgl. ebenda, S.149

⁷⁴ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/94935.pdf, am 29.06.2007, S.16

⁷⁵ vgl. Missiroli (2), Antonio: The EU and its changing neighbourhoods: stabilisation, integration and partnership, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.9-33, S.9; vgl. auch: Ekengren/Engelbrekt, a.a.O., S.19

⁷⁶ vgl. Behr, a.a.O., S.144

⁷⁷ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., FN 22, S.26f.

⁷⁸ vgl. Rosamond, a.a.O., S.33

Ansatz die Positionen der einzelnen Staaten herleiten und analysieren. Die Position der Europäischen Kommission kann nur bedingt untersucht werden, da sie in weiten Teilen unabhängig ist und weniger Rücksichten auf innenpolitische Verhältnisse nehmen muss.

4. Die Europäische Sicherheitsstrategie

Die inhaltliche Grundlage der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird in den nächsten Jahren die im Dezember 2003 verabschiedete „Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“⁷⁹ sein. Dieser Text an sich stellt für manchen Beobachter ein Wunder dar.⁸⁰ Auf den ersten Blick mag diese Einschätzung stimmen, besonders wenn man sich vor Augen hält, dass Europa Anfang 2003 heillos zerstritten war. Auf den zweiten Blick hingegen ist die ESS gar nicht so verwunderlich. Zum einen haben sich Rückschläge immer wieder als Motor für die weitere europäische Integration herausgestellt – ein Phänomen, das einer eingehenderen Untersuchung wert ist. Zum anderen ist die ESS von Javier Solana darauf ausgerichtet worden, politische Differenzen zu überbrücken.⁸¹ Damit verfügt die ESS, obwohl ihrer Natur nach ein nach außen gerichtetes Dokument, über einen primär nach innen wirkenden Charakter. Von daher ist es auch fehl am Platze von einer Strategie im engeren Sinne zu reden. Man sollte sie vielmehr als ein Konzept zur Weiterentwicklung von GASP und Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) begreifen. Der nächste Schritt muss dementsprechend in der Erarbeitung von konkreten Plänen und Strategien liegen, die klar und deutlich die Handlungsweisen der EU bei bestimmten Ereignissen definieren.⁸² Erst wenn dieses geschehen ist, kann man die europäische Sicherheitsstrategie mit der anderer Staaten, wie beispielsweise der der USA, effektiv vergleichen und Gemeinsamkeiten oder Unterschiede herausstellen, wie es einige Autoren versuchen.⁸³

Berücksichtigt man die oben genannten Aspekte, dann verliert die oftmals geäußerte Kritik an den thematischen Auslassungen ihre Berechtigung und Wirksamkeit, da die ESS lediglich so etwas wie einen „roten Faden“ darstellen soll.⁸⁴

Allerdings sind trotz ihres vorläufigen Charakters Mängel zu konstatieren. So wären klarere Aussagen zur Zusammenarbeit mit der NATO und den USA angebracht gewesen. An dieser

⁷⁹ Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 12.12.2003, auf: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, am 18.04.2006

⁸⁰ vgl. Ehrhart (3), Hans-Georg: Die EU und das Leitbild „Friedensmacht“: Außen- und sicherheitspolitische Konzepte nach dem Irak-Krieg, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.87-99, S.94

⁸¹ vgl. Reiter (1), Erich: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: APuZ 3-4/2004, Bonn 19.01.2004, S.26-31, S.29

⁸² vgl. ebenda, S.30; vgl. auch: Cloos, Jim: EU Foreign Policy: Where Next after the European Security Strategy, in: Deighton, Anne/Mauer, Victor: Securing Europe? Implementing the European Security Strategy, Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik Nr.77, Zürich 2006, auf: http://cms.isn.ch/public/docs/doc_11113_290_en.pdf, am 29.01.2008, S.119-127, S.122

⁸³ vgl. Riemer/Hauser, a.a.O., S.3f.

⁸⁴ vgl. Bailes (1), Alyson J.K.: Die Europäische Sicherheitsstrategie: programmatische und praktische Perspektiven für GASP und ESVP, in: integration 2/2005, 28. Jg., Berlin 2005, S.107-118, S.109

Stelle bringt die ESS lediglich unverbindliche Aussagen wie das Ziel einer „wirkungsvolle[n], ausgewogene[n] Partnerschaft mit den USA“, da die „transatlantischen Beziehungen [...] unersetzliche“ seien.⁸⁵ Weitere Kritikpunkte sind das Fehlen einer zeitlichen Referenz, wann die EU handlungsfähig sein möchte sowie eine Antwort auf die Frage, wie mit der zunehmenden Verknüpfung zwischen äußerer und innerer Sicherheit umgegangen werden soll.⁸⁶ Da die ESS die Problematik nach der Grenzziehung zwischen äußerer und innerer Sicherheit aufwirft, wären einige grundsätzliche Aussagen angebracht gewesen.

Problematisch für die Umsetzung der ESS ist die Tatsache, dass die einzelnen Länder zum Teil sehr unterschiedliche nationale Strategien aufweisen,⁸⁷ die eine gemeinsame politische Umsetzung erschweren. Dieses Thema wird so lange akut bleiben, bis es den EU-Staaten gelingt, ihre nationalen Interessen in Einklang mit den Interessen der EU zu bringen.⁸⁸ Europäische Solidarität wird es erst dann geben, wenn die Staaten nicht auf den kurzfristigen nationalen Vorteil fixiert sind. Die Entwicklung einer genuin europäischen Solidarität benötigt aber nicht nur die politischen Eliten. Sie muss vielmehr auch von den Bürgern getragen werden. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn die Verantwortung für das Gemeinwohl nicht mehr nur beim Staat angesiedelt wird.⁸⁹ Dies bedeutet, dass zum einen die Arbeit der EU auf diesem Sektor stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden muss, wie es auf dem Europäischen Rat im Dezember 2006 beschlossen wurde,⁹⁰ und zum anderen die Politiker auf nationaler Ebene die EU nicht länger als Sündenbock für unbequeme innenpolitische Entscheidungen missbrauchen dürfen. Insbesondere eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit würde dem Wunsch der EU-Bürger nach einer stärkeren Rolle der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik entgegenkommen.⁹¹

⁸⁵ Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S.13

⁸⁶ vgl. Reiter, Erich/Frank, Johann: The European Security Strategy from the Austrian Perspective. A Valuable Contribution to the Further Europeanization of Austria's Security Policy, in: Overhaus (1), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European Security Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action. Perspectives from Italy, Poland, Austria and Finland, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr. 14, 14.10.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf>, am 17.01.2006, S.16-21, S.19f.

⁸⁷ vgl. Heise, Volker/Schmidt, Peter: NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.65-86, S.67 und Cameron, Fraser: Europas neue Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, 59. Jg., Januar 2004, S.39-50, S.44

⁸⁸ vgl. Nissen, Sylke: Europäische Identität und die Zukunft Europas, in: APuZ 38/2004, Bonn 13.09.2004, S.21-29, S.29

⁸⁹ vgl. Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Grundlagen europäischer Solidarität, in: FAZ, Nr.140, 20.06.2003, S.8

⁹⁰ vgl. Europäischer Rat 14./15. Dezember 2006 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/92219.pdf, am 05.01.2007, S.2

⁹¹ vgl. Eurobarometer 67, auf: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb_67_first_de.pdf, am 01.09.2007, S.13

Die Vielzahl der Strategien, die Fixierung auf den kurzfristigen Vorteil und die Vielzahl von Ansprechpartnern (Ratspräsident, Kommissionspräsident, Hoher Vertreter, Kommissar für auswärtige Beziehungen), die mindestens bis 2009 erhalten bleiben wird, erschweren es Drittstaaten, die Politik der EU einzuordnen. Teilweise wird aufgrund dieser Struktur der Eindruck der Schwäche erweckt.⁹² Zudem neigen einige Staaten wie Russland dazu, ihre Anliegen bilateral mit den einzelnen Staaten zu regeln und nicht die EU-Ebene zu nutzen.

Ein weiterer in der ESS angesprochener Punkt ist die Weiterentwicklung des Völkerrechts.⁹³ Dieses ist unumgänglich, da sich in den letzten Jahren seit Ende des Kalten Krieges erhebliche Änderungen ergeben haben. Durch den erweiterten Sicherheitsbegriff, der sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durchsetzte, sind wesentlich mehr Staaten in der Lage, global Macht zu projizieren.⁹⁴ Die neuen, im Allgemeinen anerkannten Bedrohungsformen lösen zunehmend die Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit auf.⁹⁵ Darauf muss auch das Völkerrecht reagieren. Eine Weiterentwicklung ist zudem notwendig, weil die Charta der VN ausgehöhlt wurde. So wurde 2003 beispielsweise der Art. 51 der Charta ignoriert, ohne dass dieses Verhalten in irgendeiner Form Konsequenzen gehabt hätte.⁹⁶ Wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, waren die Anschuldigungen, die gegen den Irak vorgebracht wurden, nicht haltbar. Es wurden keine Beweise für die Produktion von Massenvernichtungswaffen (MVW) oder eine aktive Unterstützung des Terrorismus gefunden. Die Vereinten Nationen haben in ihrer Machtlosigkeit das Bild vermittelt, dass in den internationalen Beziehungen das Recht des Stärkeren und nicht das Völkerrecht gilt.

Die ESS bekennt sich zwar zum erweiterten Sicherheitsbegriff, allerdings wird dieser in dem Papier nicht mit letzter Konsequenz verfolgt. So werden zwar nichtstaatliche Akteure als Teil der Bedrohungen ausgemacht, aber als Lösungsansatz tauchen sie nicht mit auf.⁹⁷ Dies ist ein eindeutiges Manko des Solana-Papiers.

⁹² vgl. Ortega, Martin: Conclusion - 'Region-building' in Europe and across the world, in: Ortega, Martin (Ed.): Global views on the European Union, Chaillot Paper 72, Paris November 2004, auf:

<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp072.pdf>, am 03.06.2008, S.117-128, S.120

⁹³ vgl. Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S.9

⁹⁴ vgl. Aichner, Meinrad: Welche NATO hat Zukunft? Der Wandlungsprozess der Nordatlantischen Allianz seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes: ein Prozess des Zerfalls oder ein Aufbruch zur Erneuerung, Dissertation Münster 2004, auf: http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=972767320&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=972767320.pdf, am 01.02.2006, S.166

⁹⁵ vgl. Verteidigung neu definieren - Interview mit Verteidigungsminister Jung, in: FAZ, Nr.101, 02.05.2006, S.5

⁹⁶ vgl. Kamp, Karl-Heinz: Preemptive Strikes - Eine neue sicherheitspolitische Realität, in: Internationale Politik, 59. Jg., Juni 2004, S.42-47, S.44

⁹⁷ vgl. Müller-Kraenner, Sascha: Diesseits des transatlantischen Verhältnisses - Europas neue Sicherheitsstrategie im Vergleich zu den Plänen der US-Regierung Georg W. Bushs, auf: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/hbs.html>, am 26.04.2006, o.S.

Insgesamt verzichtet die EU aber auf ein klares Freund-Feind-Schema und versucht, die Aufgaben der GASP rein funktional und sachorientiert zu definieren. So heißt es in dem Papier, dass Konflikten und Bedrohungen nicht frühzeitig genug vorgebeugt werden kann und die Union daher bereit sein muss, bereits vor Ausbruch einer Krise zu handeln.⁹⁸ Der funktionelle und pragmatische Ansatz wird am Begriff „Prävention“ deutlich. Die EU hat sich von der alten militärisch geprägten Diktion gelöst und sieht präventives Handeln als einen breiten Instrumentenmix aus allen Politikbereichen an.⁹⁹

Ein neuer Punkt der europäischen Sicherheitsagenda wurde auf dem Europäischen Gipfel in Brüssel 2007 eingebracht. Auf Betreiben der deutschen Ratspräsidentschaft wurde Javier Solana damit beauftragt, dem Europäischen Rat im März 2008 einen Bericht über die Zusammenhänge von Klimawandel und internationaler Sicherheit vorzulegen.¹⁰⁰ In dem Papier werden erstmals die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit untersucht.¹⁰¹ Insbesondere werden Konflikte aufgrund neu erschließbarer Ressourcen in den Polarregionen, Veränderungen in der Landmasse, umweltbedingter Migration, Energieversorgung und Zugang zu Ressourcen wie Wasser prognostiziert.¹⁰² Als Folge werden zum einen ein stärkeres Engagement der EU auf multilateraler Ebene und die Entwicklung einer europäischen Migrationspolitik vorgeschlagen.¹⁰³ In Bezug auf die Kooperation mit Drittstaaten schlagen die Autoren des Papiers eine Anpassung der einzelnen Regionalstrategien der EU an Aspekte des Klimaschutzes, die Entwicklung einer Strategie für die Ressourcennutzung der Arktis und eine engere Kooperation über die Auswirkungen des Klimawandels mit Drittstaaten vor.¹⁰⁴ Das Papier bleibt insgesamt vage, sodass der Erfolg seiner Umsetzung in konkrete politische Aktionen abzuwarten bleibt.

Der in der ESS betonte Vorbildcharakter der EU für andere Regionen ist abstrakt zu sehen. Die europäische Integration lässt sich aus vielerlei Gründen nicht direkt auf andere Regionen übertragen.¹⁰⁵ Allerdings können die Erfahrungen der EU mit den grundsätzlichen Integrationsmechanismen von Nutzen sein. So könnte der Aufbau des Integrationsprozesses mitsamt Hilfestellung bei der Umsetzung (zunächst wirtschaftliche Integration, später weitere

⁹⁸ vgl. Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S.7

⁹⁹ vgl. Müller-Kraenner, a.a.O., o.S.

¹⁰⁰ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.11

¹⁰¹ vgl. Hoher Vertreter für die GASP/Europäische Kommission: Klimawandel und internationale Sicherheit – Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat, Brüssel 2008, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/99391.pdf, am 22.03.2008

¹⁰² vgl. ebenda, S.3ff.

¹⁰³ vgl. ebenda, S.10

¹⁰⁴ vgl. ebenda, S.11

¹⁰⁵ vgl. Ortega, a.a.O., S.121

Politikbereiche), also das Bereitstellen von Know-how ein effektives außenpolitisches Instrument werden. Mit der Afrikanischen Union (AU) wird dieses bereits praktiziert.¹⁰⁶ In ihrem eigenen Interesse sollte die EU regionale Integration in anderen Teilen der Welt unterstützen. Regionale Organisationen haben ihren Wert für den Erhalt des Friedens bewiesen, da die lokalen Machthaber in den Aufbau eingebunden sind. Durch diese Eigenverantwortung wird zum einen Vertrauen zwischen den Akteuren aufgebaut und zum anderen wird, insbesondere bei militärischen Einsätzen, der Eindruck von Hegemonie und Fremdherrschaft vermieden.¹⁰⁷ Zu diesem Schluss kommt auch Großbritannien in der nationalen Sicherheitsstrategie vom März 2008 mit Bezug auf Kriseneinsätze im Allgemeinen. Dort heißt es, dass lokale Kräfte eingebunden sein müssten, da die Akzeptanz fremder Truppen in der Bevölkerung zeitlich begrenzt sei.¹⁰⁸

Die Bedeutung der GASP für die globale Politik wird daran deutlich, dass sich Nicht-EU-Staaten in die GASP integrieren,¹⁰⁹ in dem sie sich beispielsweise gemeinsamen Standpunkten anschließen.

Ziel der GASP ist „good governance“.¹¹⁰ Dieses Ziel benötigt einen regionalen Kontext, da ein einzelner Staat die meisten der heutigen Sicherheitsprobleme nicht alleine lösen kann. Good governance lässt sich allerdings nur dann verwirklichen, wenn auch nichtstaatliche Akteure integriert sind. In einigen Bereichen, die von der EU als besonders wichtig angesehen werden, wie zum Beispiel Bekämpfung der Armut, ist dieses zwingend notwendig.¹¹¹ Die EU hat, wie bereits oben erwähnt, diese Akteure nicht in ihre generellen Lösungsansätze mit einbezogen. Von daher versucht die EU mit ihrer Strategie neue Probleme mit alten Handlungsmustern zu lösen.¹¹² Trotz aller Mängel formuliert die

¹⁰⁶ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.13

¹⁰⁷ vgl. Ortega, a.a.O., S.124

¹⁰⁸ vgl. Vereinigtes Königreich: The National Security Strategy of the United Kingdom – Security in an interdependent world, London 2008, auf:

http://www.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf, am 23.03.2008, S.35

¹⁰⁹ vgl. Vahl (2), Marius: Models for the European Neighbourhood Policy - The European Economic Area and the Northern Dimension, CEPS Working Document 218, Brüssel Februar 2005,

http://shop.ceps.be/download.php?item_id=1192, am 17.10.2005, S.8

¹¹⁰ vgl. Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S.4: Viele der sicherheitspolitischen Herausforderungen haben ihre Ursache im Scheitern eines Staates.

¹¹¹ vgl. Europäische Kommission (4): Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee - Governance and Development, COM(2003) 615 final, Brüssel 20.10.2003, auf: http://www.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2003/com2003_0615en01.pdf, am 24.01.2006, S6

¹¹² vgl. Müller-Kraenner, a.a.O., o.S.

Europäische Union nach Ehrhart das Idealbild einer Friedensmacht, die in der Lage ist, in allen Politikbereichen aktiv zu werden.¹¹³

Die in der GASP und der ESS geforderte Solidarität zwingt die EU zu etwas, was bisher vermieden wurde: Eine Debatte über den Zweck und das Ziel der EU zu führen.¹¹⁴ Fairerweise muss man feststellen, dass die ESS den Auftakt dieser Debatte bildet, da sie als politisches Ziel einen „Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“ entlang der Außengrenzen der EU formuliert.¹¹⁵ Soll die ESS konsequent umgesetzt werden, dann muss die Frage der territorialen Finalität beantwortet werden. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass dieser Aspekt nur ein Teil der Debatte nach der endgültigen Gestalt der EU ist. Die einsetzende Debatte hat neue Bruchlinien aufgezeigt. Solange die Frage nach der Endgestalt der EU nicht gestellt wurde, konnten die Staaten den Standpunkt vertreten, dass ihre Integrationsziele von anderen Staaten geteilt werden. Tatsächlich aber verlief die Entwicklung der Integrationsziele nicht parallel.¹¹⁶

Die EU setzt sich mit der ESS das Ziel zu handeln, bevor eine Krise eskaliert.¹¹⁷ Dafür ist es aber notwendig, dass die Mitglieder, auch wenn sie damit noch Schwierigkeiten haben, ihre nationalen Politiken zugunsten der EU-Politik zurückstellen. Dieses ist aber mit der ESS nur schwer zu erreichen, weil die ESS für die Mitgliedsstaaten lediglich eine politische aber keine rechtliche Bindung bedeutet.¹¹⁸

Für die in dieser Arbeit behandelte Thematik, welche Perspektiven sich für die GASP aus der ESS ergeben, lassen sich drei relevante Fragen ausmachen: Wo liegen die geografischen Grenzen der EU, welche Aufgaben soll sie wahrnehmen und wie soll sie organisiert sein?

Die Beantwortung der Frage nach den Außengrenzen kann anhand von verschiedenen Kriterien erfolgen. Die Kopenhagener Kriterien grenzen zwar den Kreis der möglichen Mitglieder auf demokratische, marktwirtschaftliche und rechtsstaatliche Länder ein. Zudem muss die EU in der Lage sein, trotz neuer Mitglieder die Integration zu vertiefen.¹¹⁹ Diese

¹¹³ vgl. Ehrhart (6), Hans-Georg: Europa in neuer Rolle: als „Friedensmacht“, in: Das Parlament, 18-19/2005, auf: <http://www.das-parlament.de/2005/18-19/Thema/028.html>, am 10.10.2006, o.S.

¹¹⁴ vgl. Böckenförde, a.a.O., S.8

¹¹⁵ Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S.8

¹¹⁶ vgl. Sturm, Roland: Politische und ökonomische Integration - Das Problem der Finalität Europas, in: Politische Studien 405, 57. Jg., Januar/Februar 2006, hrsg. v. Hanns Seidel Stiftung, München 2006, auf: <http://www.hss.de/downloads/PolitischeStudien405.pdf>, am 25.10.2006, S.24-32, S.31

¹¹⁷ vgl. Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S.11; vgl. auch: Europäischer Rat 17./18. Juni 2004: Headline Goal 2010, auf: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/2010%20Headline%20Goal.pdf>, am 05.07.2005, S.1

¹¹⁸ vgl. Reiter (1), a.a.O., S.26

¹¹⁹ Europäischer Rat 21./22. Juni 1993 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, am 15.08.2007, S.13

Kriterien sind allerdings nicht an objektiv feststellbare Werte gebunden. Ihre jeweilige Auslegung ist daher politisch motiviert. Für die Festlegung der Außengrenzen sind sie von daher nur sehr begrenzt zu gebrauchen.

Es gibt die Möglichkeit, die Mitgliedschaft an kulturelle Kriterien zu knüpfen. Dieses im Allgemeinen zuverlässige Mittel zur Identifizierung einer Gruppe kann auf die EU allerdings nicht angewandt werden, da sie sich strikt gegen die Aufnahme von kulturellen Dimensionen in das Selbstbild gewehrt hat, wie die Debatte um die Aufnahme eines christlichen Gottesbezuges in den Verfassungsvertragsentwurf gezeigt hat.

Die Grenzfrage kann aber auch mit geografischen Aspekten nur bedingt beantwortet werden. Die nordafrikanischen Staaten, die teilweise Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet haben, können über Artikel 49 EU-V ausgeschlossen werden. Dieser Artikel legt fest, dass nur europäische Staaten Mitglied der EU sein können, die sich zu den Werten der Union bekennen.¹²⁰ Der Vertrag von Lissabon verpflichtet die beitrittswilligen Staaten nicht nur zum Bekenntnis zu den Werten der Union, sondern auch zu deren Förderung.¹²¹

An dieser Stelle beginnen allerdings die Probleme. Eine der grundlegenden Fragen, die sich aus Art. 49 ergeben, ist die Frage nach der Definition „Europa“. Ist ein europäischer Staat ein Staat, der Mitglied im Europarat ist? Dann ist die Türkei ein europäischer Staat. Die EU könnte bei Zugrundelegung dieser Definition auf insgesamt 46 Mitglieder anwachsen.¹²² Die endgültigen Grenzen könnten dann wie folgt aussehen:

¹²⁰ vgl. Art. 49 EU-V, in: Vertrag von Nizza – Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, deutsche Begleitgesetze, hrsg. von Thomas Läufer, Bonn 2002, im Folgenden als EU-V angegeben.

¹²¹ vgl. Art. 49 Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Brüssel 2008, auf: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655-re1.de08.pdf>, am 04.06.2008, im Folgenden als VL angegeben.

¹²² Europarat (1): http://www.coe.int/T/D/Com/Europarat_kurz/Mitgliedslander/default.asp, am 01.03.2007

Abbildung 1: Außengrenzen der EU bei Mitgliedschaft von allen Europaratstaaten



Quelle: Europarat, auf: http://www.coe.int/T/D/Com/Europarat_kurz/Mitgliedslaender/default.asp, am 01.03.2007

Abgesehen von Russland, Weißrussland, den drei EFTA-Staaten Island, Norwegen, Schweiz und den Kleinststaaten streben zurzeit alle anderen Mitglieder des Europarates in die EU. Das Kriterium der Mitgliedschaft im Europarat ließe sich also generell als Abgrenzungskriterium nutzen. Folgt man dieser Definition, dann ist die Türkei, über deren Zugehörigkeit heftig debattiert wird, klar und deutlich ein europäischer Staat, dem die Mitgliedschaft nicht per se verwehrt werden kann, obwohl sie geografisch mit einem großen Teil ihres Staatsgebietes in Asien liegt. Bei einem Beitritt der Türkei könnte man aus geografischen Aspekten heraus einen eventuellen Beitrittswunsch Russlands – auch wenn dieser nicht wahrscheinlich ist – nicht abschlagen. Das Mitgliedschaftskriterium Europarat weist also Schwächen auf, da es als sicher gilt, dass die EU nicht in der Lage ist, einen Beitritt Russlands zu verkraften. Es müssen also zusätzliche Kriterien angewandt werden, um die Außengrenzen der EU zu fixieren. Die aktuelle Streitfrage betrifft die Türkei. Eine wie auch immer geartete Antwort auf diese Frage hat weit reichende Konsequenzen. Die Türkei ist von allen Staaten, die sich um die Mitgliedschaft der EU bemühen, der größte und bevölkerungsreichste Staat.

Tabelle 1 - Übersicht über beitrittswillige Länder Osteuropas

Land	Größe in km ²	Bevölkerung
Türkei	780.580	70.175.100
Ukraine	603.700	46.710.800
Aserbaidschan	86.600	7.961.700
Georgien	69.700	4.661.500
Moldawien	33.843	4.446.700
Armenien	29.800	2.976.400

Quelle: <http://www.welt-in-zahlen.de>, am 10.08.2007, Zahlen aus 2006

Wird die Türkei Mitglied der Europäischen Union, werden die anderen Staaten mit Nachdruck darauf bestehen, dass ihnen das gleiche Recht eingeräumt wird. Hier ist jedoch eindeutig festzuhalten, dass die EU allein schon aus finanziellen Erwägungen heraus mit der Mitgliedschaft dieser Staaten überfordert wäre. Zudem wäre der Beitrittswunsch anderer Staaten kaum noch mit rationalen Argumenten abzuwehren.¹²³ Diese Aussage von Maurer ist dahin gehend zu verstehen, dass es der EU nach einem Beitritt der Türkei kaum noch möglich wäre, anderen Staaten den Beitritt unter Verweis auf wirtschaftliche Leistungskraft, Größe oder geografische Lage zu verweigern.

Da die geografische Komponente allein nicht ausreicht, um eine schlüssige und sinnvolle Definierung der Außengrenzen vorzunehmen, muss eine weitere, eine politische Komponente angewendet werden.¹²⁴ Diese lässt sich am besten über den politischen Mehrwert eines beitrittswilligen Staates definieren: Kann der entsprechende Staat mit seinen Instrumenten und seinem Einfluss die Union verstärken oder würde sein Beitritt für eine Destabilisierung der EU sorgen?¹²⁵ An dieser Frage muss sich das Kriterium der Außengrenzen messen. Die EU ist kein Selbstzweck und sie kann ihre Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn sie in sich stark und geschlossen ist. Je mehr Mitglieder es gibt, desto schwieriger wird es, Entscheidungen zu treffen. Die Schwierigkeiten, mit denen die EU zu kämpfen hat, sind während des Europäischen Rates im Juni 2007 in Brüssel deutlich zutage getreten. Hinzu kommt, dass es sich bei den meisten der beitrittswilligen Staaten nicht um leistungsfähige

¹²³ vgl. Maurer (1), Andreas: Alternativen denken! Die Mitgliedschaftspolitik der Europäischen Union vor dem Hintergrund der Beziehungen zur Türkei, SWP-Aktuell 36/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4106, am 31.07.2007, S.1

¹²⁴ vgl. Bocklet, Reinhold: Die Europäische Union und die Türkei, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.155-173, S.171

¹²⁵ vgl. Bailes (2), Alyson, J.K.: Thoughts on Civilisation, Security, Integration and Reform, in: Tassinari, Fabrizio/Joenniemi, Perti/Jakobsen, Uffe: Wider Europe – Nordic and Baltic lessons to post-enlargement Europe, auf: <http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2006/Wider%20Europe/Wider%20Europe.pdf>, Kopenhagen 2006, am 05.04.2007, S.29-38, S.31

Staaten handelt, sondern um Schwellenländer. Der politische Mehrwert einer Mitgliedschaft hat also nicht nur eine nach außen gerichtete, sondern auch eine nach innen zielende Dimension. Die EU muss ihre innere Stabilität wahren, wenn sie die sich selbst gesteckten Aufgaben erfüllen will.

Diese innere Komponente beinhaltet aber auch eine Debatte über die Endgestalt der EU. Diese Frage muss geklärt sein, wenn man entscheiden muss, ob ein Staat zur EU gehören soll oder ob dessen Interessen nicht mit denen der EU kompatibel sind.

Die nächste sich aus der ESS ergebende Frage bezieht sich auf die Aufgaben und den Wirkungskreis der GASP. Allgemein kann man festhalten, dass die GASP der Durchsetzung europäischer Interessen in der Welt dienen soll. Was sind nun die europäischen Interessen? Diese sind bislang nicht eindeutig definiert worden. Die ESS gibt zwar die Richtung vor, aber bis aus den vielschichtigen Interessenlagen der Nationalstaaten europäische Interessen gewachsen sind, wird es noch einige Jahre dauern. Es ist daher wahrscheinlich, dass die EU sich in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig im Bereich Krisenmanagement engagieren wird. Allerdings hat sich die EU bislang immer nur dann zu einem Einsatz entschließen können, wenn eine Krise eskalierte. Zuletzt 2006 im Kongo und im Libanon, auch wenn dieser Einsatz nicht offiziell unter EU-Mandat stattfindet. Die EU ist noch weit davon entfernt, wirklich global handeln zu können. Lediglich Frankreich und Großbritannien besitzen die Fähigkeiten, ihre Truppen aus eigener Kraft in entfernteren Regionen einzusetzen und versorgen zu können.¹²⁶ Aus diesem Grund sollte sich die EU auf zwei Aspekte im Rahmen der GASP konzentrieren: Zum einen sollte die direkte Nachbarschaft stabilisiert und entwickelt werden, insbesondere der GUS-Raum, und zum anderen sollte die EU durch Wissenstransfer an andere regionale Organisationen, zum Beispiel die AU, diese in die Lage versetzen, effizient das eigene Umfeld zu gestalten.

Die Frage nach der Vertretung der EU auf globaler Ebene ist schwierig zu beantworten. Generell sollte diese beim Hohen Vertreter für die GASP liegen. Allerdings ist die EU auf die Mitgliedsstaaten angewiesen. Die Beschlüsse des Brüsseler Gipfels haben deren Position gestärkt.¹²⁷ Die Staaten müssen von daher die Interessen der EU stärker berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für Frankreich und Großbritannien, da beide Staaten ständige Mitglieder im Weltsicherheitsrat sind. Ein Sitz für die EU im Weltsicherheitsrat würde zwar die optimale Lösung sein, doch ist diese Option auf mittlere Sicht utopisch: Die Staaten werden nicht

¹²⁶ vgl. Morin, Hervé: Rede auf der Sommeruniversität für Verteidigung, Toulouse 11.09.2007, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/morin_toulouse_11.9.pdf, am 23.04.2008, S.2

¹²⁷ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.26f.

bereit sein, das Statussymbol der Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat zugunsten der EU aufzugeben.¹²⁸ Hinzu kommt, dass die VN lediglich Staaten, aber keine Organisationen als Mitglieder akzeptieren.¹²⁹

Es stellt sich nun die Frage, wie die GASP organisiert sein soll. Selbstverständlich wäre die Konzentration aller außen- und sicherheitspolitischen Belange an einer Stelle die optimale Lösung. Allerdings scheitert dieser Ansatz an verschiedenen Hindernissen. Einerseits an den Staaten, die nicht bereit sind, diesen Kernbereich der staatlichen Souveränität aufzugeben. Andererseits an der Machtbalance innerhalb der Europäischen Union. Die Grenzen zwischen den einzelnen Politikfeldern verschwimmen immer mehr und die Konzentration an einer Stelle würde, bedingt durch die Verschmelzung verschiedener Direktionen mit der GASP, die mühsam ausgehandelte Macht- und Repräsentationsbalance innerhalb der EU gefährden. Hinzu kommt, dass es zurzeit keinerlei konkrete Modelle gibt, die eine klare Abgrenzung zwischen den verschiedenen Bereichen ermöglichen.

Der Vertrag von Lissabon bietet immerhin einen Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht. Allerdings sollte auch die Entwicklungszusammenarbeit in die GASP integriert werden. Sie gewinnt einen immer größeren sicherheitspolitischen Stellenwert, sodass dieser Schritt gerechtfertigt scheint. Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts ist sehr komplex und erfordert einen breiten Instrumentenmix, der jeder Situation individuell angepasst sein muss. Hinzu kommt, dass die einzelnen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit nicht immer die gleichen Ziele in den Zielstaaten verfolgen. Unabhängig davon, ob die Entwicklungszusammenarbeit nun in die GASP integriert wird oder nicht, eine bessere Koordination auf EU-Ebene erscheint zwingend geboten. Die gleiche Ansicht vertritt der für Entwicklung zuständige EU-Kommissar Louis Michel. Er fordert, dass die EU den Vorrang in der Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit haben müsse.¹³⁰

¹²⁸ vgl. Polen soll missachtet werden, auf: <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/518/119374>, am 20.06.2007, o.S.

¹²⁹ vgl. Charta der Vereinten Nationen: Kapitel II, Artikel 3 und 4 VN-Charta, auf: http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=196&limit=1&limitstart=2, am 02.03.2007

¹³⁰ vgl. Geteilte Arbeit ist bessere Arbeit, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/Dossier/1/kapitel/125891/Dossierid/125918/n1/Themen/n2/AussenSicherheit/id/124956/name/Geteilte+Arbeit+ist+bessere+Arbeit>, am 27.07.2006, o.S., vgl. auch: Benennung nationaler Interessen statt „Methode Monnet“ - Interview mit Prof. Stefan Brüne, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/127474/name/Benennung+nationaler+Interessen+statt+Methode+Monnet/Dossier/1/Dossierid/125918/Dossiername/Herausforderungen+der+Entwicklungspolitik/kapitel/125891/b2/Au%C3%9Fen+&+Sicherheit/n1/Themen/n2/AussenSicherheit>, am 27.07.2006, o.S.

5. Ziele der Mitgliedsstaaten

5.1. Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland spielt als größter und bevölkerungsreichster Mitgliedsstaat der EU eine wichtige Rolle im Rahmen der GASP. Deutschland betrachtet multinationale Organisationen als wichtige Faktoren der internationalen Stabilität. In Europa ist die EU für Deutschland die wichtigste Organisation.¹³¹ Im Rahmen der Sicherheitspolitik setzt sich Deutschland für den erweiterten Sicherheitsbegriff ein, wobei nach Möglichkeit lokale Akteure in einen Friedensprozess eingebunden werden sollen.¹³² Um diesen Ansatz durchzusetzen, setzt sich die Bundesrepublik für eine Stärkung der VN ein.¹³³ So wird beispielsweise betont, dass ein militärischer Einsatz im Rahmen der Sicherheitspolitik nur mit einem Mandat der VN stattfinden kann.¹³⁴ Derlei Aussagen sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da Deutschland als Mitglied der NATO seit der Annahme des Strategischen Konzepts von 1999 auch Einsätze ohne VN-Mandat befürwortet bzw. durchführt (Kosovo 1999). Diese Spannung ist allerdings bei allen Doppelmitgliedern von EU und NATO festzustellen.

Ein wichtiges Mittel der deutschen Sicherheitspolitik stellt die Entwicklungszusammenarbeit dar. Diese soll nach Möglichkeit mit lokalen Akteuren durchgeführt werden und in eine regionale Kooperation eingebettet sein.¹³⁵ Ziel dieser Politik ist die Vernetzung der sicherheitspolitisch relevanten Akteure.¹³⁶ Da der erweiterte Sicherheitsbegriff wirtschaftliches Wachstum als Grundlage eines sicheren Umfelds ansieht, betrachtet die Bundesrepublik Entwicklungspolitik als ein zentrales Mittel der Krisenprävention.¹³⁷ Um die Effizienz zu steigern, soll das Bewusstsein für Krisenprävention im Rahmen der Finanz-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik gesteigert werden.¹³⁸ Der Staat als solcher ist allerdings nur begrenzt in der Lage, solche Hilfe zu leisten. Deutschland sucht

¹³¹ vgl. Krause (3), Joachim: Verantwortung für die Freiheit - Deutschlands Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert, Kiel 2004, auf: <http://www.politik.uni-kiel.de/publikationen/verantwortungfuerdiefreiheit.pdf>, am 02.02.2005, S.6 und 4

¹³² vgl. ebenda, S.8f.

¹³³ vgl. ebenda, a.a.O., S.5

¹³⁴ vgl. Irlenkäuser, Jan: A Secure Europe in a Better World - The European Union's Security Strategy. A German Perspective, in: Overhaus (2), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European Security Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action? Perspectives from Germany, France, Great Britain and the United States, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr.13, 24.06.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue13.pdf>, am 17.01.2006, S.7-14, S.12

¹³⁵ vgl. Krause (3), a.a.O., S.16

¹³⁶ vgl. ebenda, S.11

¹³⁷ vgl. ebenda, S.17

¹³⁸ vgl. Bundesrepublik Deutschland (1): Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Berlin Mai 2004, auf: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/aktionsplan.pdf>, am 16.07.2006, S.1

daher nach Wegen, die Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu verbessern.¹³⁹ Hier ist allerdings noch ein hoher Handlungsbedarf zu konstatieren, da die Kooperation noch nicht über Ansätze hinweggekommen ist.

Das viel gescholtene Wort des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch rührte nicht aus der Überzeugung heraus, dass die vitalen Interessen Deutschlands in dieser Region beheimatet sind, sondern aus der Erkenntnis, dass die heutigen Sicherheitsprobleme international miteinander vernetzt sind und somit langfristig auch Deutschland berühren werden.¹⁴⁰ Aus diesem Grund berühren selbst geografisch ferne Szenarien die deutschen Interessen mittelbar, da sie zum Beispiel Auswirkungen auf den Zugang zu Rohstoffen haben können. Aufgrund seiner Armut an Bodenschätzen benötigt Deutschland einen ungehinderten Zugang.¹⁴¹ Insbesondere für den Bereich der Energieversorgung ist aufgrund der Importabhängigkeit ein globales Engagement von strategischer Bedeutung.

Es ist notwendig, dass die Konfliktbewältigung langfristig angelegt ist. Zu kurz angelegte Projekte können unter Umständen eine Situation verschärfen.¹⁴² Hierzu ist es allerdings notwendig, dass diese Thematiken aus dem politischen Alltagsgeschäft herausgehalten werden. Dies bedeutet nicht den Verzicht auf eine öffentliche Debatte über Sinn und Zweck eines Engagements. Eine solche Diskussion ist in einer Demokratie notwendig. Sie darf nur nicht, wie die Irakfrage seitens des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2002, instrumentalisiert und populistisch behandelt werden.

In Deutschland muss ein Umdenken stattfinden. Mit dem Ende des Kalten Krieges haben sich nicht nur das politische Umfeld, sondern auch die Aufgaben der Sicherheitspolitik verändert. Oftmals kann erst mit militärischen oder paramilitärischen Verbänden das Umfeld für den Aufbau ziviler Strukturen geschaffen werden. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat Deutschland die zivile Seite der Außenpolitik bevorzugt,¹⁴³ da es sich nach innen und außen einem erheblichen Rechtfertigungsdruck mit Verweis auf die NS-Zeit ausgesetzt sah. Dementsprechend war Deutschland peinlichst darauf bedacht, lediglich als Zivilmacht

¹³⁹ vgl. Krause (3), a.a.O., S.16, vgl. Bundesrepublik Deutschland (1), a.a.O., S.1

¹⁴⁰ vgl. Diedrichs, Udo: Deutschland in der EU und in der Welt: Von den Kosten und Nutzen einer europäisierten Außenpolitik, in: Wessels, Wolfgang/Diedrichs, Udo (Hrsg.): Die Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands? Studie zu Kosten und Nutzen der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Januar 2006, S.116-134, S.117

¹⁴¹ vgl. Krause (3), a.a.O., S.4, vgl. auch: Argirakos (2), Dimitrios: Über das Wesen der Außenpolitik, auf: http://www2.dias-online.org/direktorien/ord_int/050502_49, am 26.11.2005, o.S.

¹⁴² vgl. Bundesrepublik Deutschland (1), a.a.O., S.9

¹⁴³ vgl. Pachta, Lukáš: European Security and Defence Policy in the Light of the Transatlantic Relationship, in: Král, David/Pachta, Lukáš: Enlarged European Union and its Foreign Policy: Issues, Challenges, Perspectives, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7152_1.pdf, am 15.08.2007, S.105

aufzutreten, um nicht den Anschein eines neuen deutschen Nationalismus zu erwecken.¹⁴⁴ Diese Befürchtungen erscheinen heute obsolet, da Deutschland durch seine freiwillige Einbindung in internationale Strukturen gar nicht mehr in der Lage ist, eine expansive, nationalistisch ausgerichtete Politik zu verfolgen. Vielmehr werden solche Argumente genutzt, um notwendige Reformen und Modernisierungen – aus verschiedenen Gründen (bspw. Kostengründe, ideologische Vorbehalte) – zu verhindern und die bequeme Rolle des Geldgebers zu erhalten.

Es wird zwar zu Recht darauf verwiesen, dass eine aktive Beteiligung an Einsätzen wie etwa im Irak oder Afghanistan das terroristische Risiko für Deutschland steigern kann. Allerdings wird im Rahmen einer solchen Argumentation übersehen, dass ohne internationales Engagement in Krisenregionen die Gefahren insgesamt vielfältiger und größer sein werden.

Da Deutschland als Staat allein nicht in der Lage ist, weltweit ein genügendes Gewicht zur Erreichung seiner Ziele zu entwickeln, bietet sich die GASP als Hebel geradezu an.¹⁴⁵ Deutschland ist zwar global betrachtet lediglich eine Regionalmacht, in Europa hat es aber aufgrund seiner Bevölkerung und Wirtschaftskraft den Status einer Großmacht. Somit besteht für Deutschland die Möglichkeit, dass die eigenen Positionen in der EU durchgesetzt werden und international mit ausreichend Gewicht vertreten werden können. Die Grundlage für das internationale Auftreten der EU sieht Deutschland in der ESS, die den Rahmen für die Beziehungen zu den USA bildet, die europäische Integration vorantreiben und das Fehlen einer eigenen Sicherheitsstrategie kompensieren soll.¹⁴⁶ Der letztgenannte Punkt ist einzuschränken, da mit dem 2006 vorgelegten Weißbuch der erste Schritt zu einer von Interessen geleiteten Sicherheitskultur getan sein könnte.

In Bezug auf weitere Beitritte ist die Bundesrepublik nicht bereit, über die bisher verbindlichen Zusagen hinauszugehen. So wird seit dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel immer wieder betont, dass die Verhandlungen mit der Türkei ergebnisoffen geführt werden müssten.¹⁴⁷ Bevor aber weitere Staaten beitreten könnten, müssten die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem VVE geklärt werden. Immer wieder ist von deutschen Politikern der gescheiterte VVE als die Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von

¹⁴⁴ vgl. Hilz, Wolfram: Europas verhindertes Führungstrio - Die Sicherheitspolitik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens ins den Neunzigern, Paderborn u.a. 2005, S.401f.

¹⁴⁵ vgl. Diedrichs, a.a.O., S.125

¹⁴⁶ vgl. Irenkäufer, a.a.O., S.7

¹⁴⁷ vgl. Scharioth, Klaus: Aktuelle Fragen zur Europapolitik, auf: [http://www.iep-berlin.de/index.php?id=57&L=1%2Findex.php%3Fsite1%3Dhttp%3A%2F%2Fsecretagent.by.ru%2Fr57.php%3F%3F&tx_ttnews\[tt_news\]=100&tx_ttnews\[backPid\]=55&cHash=044efd61e1](http://www.iep-berlin.de/index.php?id=57&L=1%2Findex.php%3Fsite1%3Dhttp%3A%2F%2Fsecretagent.by.ru%2Fr57.php%3F%3F&tx_ttnews[tt_news]=100&tx_ttnews[backPid]=55&cHash=044efd61e1), am 12.06.2005, o.S.

Europa bezeichnet worden.¹⁴⁸ Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, müsse der VVE dementsprechend als Ganzes umgesetzt werden, da das Umsetzen von einzelnen Teilen lediglich Minimalergebnisse bringen würde.¹⁴⁹ Diesen Aussagen ist nicht ohne weiteres zuzustimmen. Eine Art Vereinigte Staaten von Europa kann erst dann konstituiert werden, wenn hierzu seitens der Bevölkerung der entsprechende Wille aufgebracht wird. Dieses ist aber im Moment nicht abzusehen. Das Festhalten am Gesamtpaket mag seine guten Gründe haben, dennoch ist das entscheidende Kriterium die Handlungsfähigkeit der Union. Gerade im Rahmen der GASP hat man den Aufbau der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) vorgezogen, ohne den Gesamtvertrag in Kraft zu setzen. In Bezug auf die Umsetzung des VVE als Gesamtpaket hat sich die Bundesregierung durchsetzen können. Dieses kann ohne weiteres auf den Vertrag von Lissabon übertragen werden, da dieser in der Substanz mit dem VVE identisch ist.

Deutschland tritt dafür ein, dass die europäische Integration von allen Staaten mitgetragen wird. Einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, wie es Italien angekündigt hat,¹⁵⁰ erteilte Bundeskanzlerin Merkel Ende Juni 2007 eine Absage.¹⁵¹ Allerdings wird diese Position auf Dauer nicht haltbar sein. Um die anstehenden Herausforderungen auf den verschiedenen Politikgebieten bewältigen zu können, benötigt die EU verschiedene Geschwindigkeiten. Aufgrund der Heterogenität der Mitglieder sind nicht alle Staaten in der Lage Gleiches zu leisten, oder sie sind nicht bereit dazu. Gleichwohl erwarten die Bürger von der EU eine effektive Lösung der Probleme.¹⁵² Hinzu kommt, dass bereits jetzt nicht alle Staaten an allen Integrationsschritten teilnehmen.

Allgemein lässt sich festhalten, dass Deutschland eine Mittlerposition zwischen Frankreich auf der einen und den USA und Großbritannien auf der anderen Seite eingenommen hat.¹⁵³ Ein weiterer Grund für die positive Resonanz, die die europäische Integration bei den politischen Eliten findet, ist in der Vergangenheit auszumachen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland aus seiner europäischen Ausrichtung seine Identität bezogen und

¹⁴⁸ vgl. Bury, Hans Martin: Die Europäische Verfassung ist die Geburtsurkunde der Vereinigten Staaten von Europa, auf: <http://www.schozach-bottwartal.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=701&mode=thread&order=0&thold=0&POSTNUKESID=4ef14cf5f3feebd9d1c0407ae319ea0>, am 30.01.2008, o.S.

¹⁴⁹ vgl. Scharioth, a.a.O., o.S.

¹⁵⁰ vgl. Schwerer Abschied, in: FAZ, Nr.147, 28.06.2007, S.10

¹⁵¹ vgl. Merkel gegen eine EU der zwei Geschwindigkeiten, in: FAZ, Nr.147, 28.06.2007, S.1f.: Italiens Staatspräsident Napolitano vertritt die Ansicht, dass es nur diesen Ausweg gebe; vgl. auch: Stimme der Unzufriedenen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.143, 25.06.2007, S.2: Der italienische Ministerpräsident Romano Prodi kündigte an, nach der Regierungskonferenz eine verstärkte Zusammenarbeit suchen zu wollen.

¹⁵² vgl. Emmanouilidis, Janis A.: Austritt oder Neugründung – (Irr-)Wege aus Europas Verfassungsdilemma, spotlight europe #2007/02, Juni 2007, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Common/Document/field/document/id/63923>, am 13.06.2007, S.5

¹⁵³ vgl. Hiltz, a.a.O., S.45

sich zudem als einer der Gewinner der Integration erwiesen, da es wesentlich mehr gewonnen als verloren hat.¹⁵⁴ Aus diesen Gründen ist Deutschland eher als andere Staaten bereit, seine nationale Politik in ein europäisches Vorgehen einzubetten.¹⁵⁵ Hinzu kommt, dass aus deutscher Sicht die europäischen Interessen lediglich gemeinsam im Rahmen eines multilateralen Vorgehens formuliert und umgesetzt werden können, da es keinen europäischen Staat gibt, dessen Ressourcen ein ähnlich unilaterales Vorgehen wie die USA erlauben.¹⁵⁶ Daher ist es nur konsequent, dass die ESVP als Schlüsselprojekt einer politischen Union betrachtet wird.¹⁵⁷

Zusammen mit Frankreich hat sich Deutschland auf das langfristige Ziel einer Sicherheits- und Verteidigungsunion festgelegt.¹⁵⁸ Sowohl Frankreich als auch Deutschland sind allerdings nicht mehr in der Position, in der sie vor der Osterweiterung waren. In der Vergangenheit haben beide Staaten durch Visionen und eigene Zugeständnisse die europäische Integration vorangetrieben.¹⁵⁹ Seit der Osterweiterung reicht dieser „Motor“ allerdings nicht mehr aus. Daher sind die Beziehungen zu Polen als einem der skeptischsten Neumitglieder für das Tempo der weiteren Integration wichtig.¹⁶⁰ Im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ sollten Deutschland, Frankreich und Polen – allein schon aus nationalem Interesse heraus – weitergehende Integrationsideen entwickeln und durchsetzen.¹⁶¹

Der damalige Bundeskanzler Schröder hat die These vertreten, dass die Erweiterung 2004 die Möglichkeiten zur Verbesserung der Interessenkoordination der EU gebracht hat.¹⁶² Diese These erscheint zweifelhaft. Bereits vor der Erweiterung 2004 war die EU in außenpolitischen Fragen oftmals zerstritten. Hinzu kommt, dass die neuen Mitglieder die EU mehr als eine wirtschaftliche Vereinigung sehen und weniger als einen Garanten ihrer Staatlichkeit, die sie wesentlich stärker von den USA garantiert sehen. Abgesehen davon, dass sich genuin europäische Interessen erst entwickeln müssen, wird die Meinungsfindung

¹⁵⁴ vgl. ebenda, S.41

¹⁵⁵ vgl. Irlenkäuser, a.a.O., S.8

¹⁵⁶ vgl. ebenda, S.11

¹⁵⁷ vgl. Siedschlag, Alexander: Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung, auf: http://www2.dias-online.org/direktorien/sec_def/040502_45, am 26.11.2005, o.S.

¹⁵⁸ vgl. Schwarzer, Daniela: Deutschland und Frankreich - Duo ohne Führungswillen - Das bilaterale Verhältnis in der erweiterten Union, SWP-Studie 15/2006, Berlin Juli 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3111, am 15.10.2006, S.24, vgl. auch: Auswärtiges Amt (1): Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel 29.04.2003, auf: <http://www.nachtwei.de/sicherheitspolitik/Deutschland%20Frankreich%20Luxemburg%20und%20Belgien.htm>, am 30.01.2008, o.S.

¹⁵⁹ vgl. Hilz, a.a.O., S.71

¹⁶⁰ vgl. Wir teilen grundlegende Ziele und Werte, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 100, 02.05.2005, S.5

¹⁶¹ vgl. Krause (3), a.a.O., S.5

¹⁶² vgl. Schröder (2), Gerhard: Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 30.04.2004, auf: http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/reden/europapolitik/30042004_schroeder_eu.pdf, am 10.08.2007, S.3

in der erweiterten EU schwierig. Zwar haben sich die außenpolitischen Positionen von den drei großen Mitgliedern Deutschland, Frankreich und Großbritannien seit 1990 angenähert, aber mehr als ein fallweiser kleinster gemeinsamer Nenner konnte bislang nicht entwickelt werden.¹⁶³ Für die außenpolitische Handlungsfähigkeit ist allerdings ein gemeinsames Agieren dieser drei Staaten unerlässlich. Deutschland verfolgt von den drei großen Staaten den europafreundlichsten Kurs. Zum einen, weil es wie bereits erwähnt, alleine global kaum Gewicht entfalten kann, und zum anderen definiert Deutschland seine Sicherheitsinteressen über die EU.¹⁶⁴ Die Umsetzung dieser Interessen könnte im Rahmen der ENP geschehen, da diese politikfeldübergreifend angelegt ist.

Die Bundesrepublik verfolgt zwei große außenpolitische Ziele: Einmal soll die Transformation der osteuropäischen Länder weiterhin gefördert werden. Zum zweiten setzt sich Deutschland für den Abbau von Handelsbeschränkungen ein, um die weltweite Armut zu bekämpfen.¹⁶⁵ Der Abbau von Handelsbeschränkungen ist nicht uneigennützig, da Deutschland mit seiner auf den Export ausgerichteten Wirtschaft an einem ungehinderten Warenaustausch ein grundlegendes Interesse hat.¹⁶⁶

Die Beziehungen zu den USA sind für Deutschland unersetzlich.¹⁶⁷ Von daher versucht Deutschland im Rahmen der ESVP die Kooperation zwischen EU und NATO, und damit auch mit den USA, zu intensivieren.¹⁶⁸ Allerdings wird die EU in den 2003 veröffentlichten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ sicherheitspolitisch mit der NATO gleichgestellt.¹⁶⁹ Das deutsche Ziel der ESVP ist die Anbindung der USA an Europa durch die Bereitschaft, größere Lasten zu übernehmen, und Handlungsfähigkeit für den Fall, dass die USA nicht eingreifen wollen. Zudem hofft man dadurch die NATO reformieren zu können, und somit auch mehr Einfluss zu erhalten.¹⁷⁰ Letzten Endes geht es also darum, politische Gleichberechtigung zu erlangen.¹⁷¹

¹⁶³ vgl. Hilz, a.a.O., S.375

¹⁶⁴ vgl. Bundesrepublik Deutschland (1), a.a.O., S.27

¹⁶⁵ vgl. Krause (3), a.a.O., S.17

¹⁶⁶ vgl. Bundesrepublik Deutschland (3): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, auf: <http://www.weissbuch.de>, am 25.10.2006, S.21f.

¹⁶⁷ vgl. Krause (3), a.a.O., S.5

¹⁶⁸ vgl. Bundesrepublik Deutschland (6): ESVP-Präsidentschaftsprogramm, auf: http://www.eu2007.de/de/Policy_Areas/General_Affairs_and_External_Relations/ESDP/Presidency_Programme_ESDP.html, am 30.01.2008, o.S.

¹⁶⁹ vgl. Bundesrepublik Deutschland (4): Verteidigungspolitische Richtlinien 2003, auf: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/vpr2003.html>, am 27.07.2006, o.S.

¹⁷⁰ vgl. Ehrhart (4), Hans-Georg: Die Europäische Union, die ESVP und das neue Sicherheitsdilemma, in: WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Nr.83, 11. Jg., Potsdam 2003, S.135-144, auf: <http://www.weltpolitik.net/texte/policy/concordia/ESVP-Ehrhart.pdf>, am 17.05.2005, S.140

¹⁷¹ vgl. Kaim, a.a.O., S.358

Nach dem Willen Deutschlands soll sich die NATO wieder zu einem permanenten Konsultationsforum entwickeln.¹⁷² Gleichzeitig soll die NATO die Grundlage der kollektiven Verteidigung bleiben.¹⁷³

In Bezug auf Russland zielt Deutschland auf eine strategische Partnerschaft ab, da es für den Kontinent ein wichtiger Stabilitätsfaktor ist.¹⁷⁴ Im Weißbuch 2006 wird dementsprechend festgestellt: „Zugleich gilt es, eine dauerhafte und belastbare Sicherheitspartnerschaft mit Russland zu entwickeln und zu vertiefen.“¹⁷⁵ Richtigerweise wird festgestellt, dass diese Partnerschaft erst noch entwickelt werden muss. Deutschland hat ein enormes Interesse daran, dass Russland transformiert wird.¹⁷⁶ Die Regierung Schröder versuchte, dieses über eine zunehmende Verflechtung zu erreichen.¹⁷⁷ Diese Politik wird von der Regierung Merkel grundsätzlich fortgesetzt, wenn auch die Nähe nicht mehr so groß ist. Laut einem Papier des Auswärtigen Amtes soll die Verflechtung so gestaltet werden, dass sie irreversibel ist. Ziel der Verflechtung sind eine Freihandelszone und gemeinsame Militäreinsätze. Der Erfolg dieses Vorhabens wird angesichts der Haltung von Ex-Präsident Wladimir Putin abzuwarten sein.¹⁷⁸ Gleiches gilt für seinen Nachfolger seit März 2008, Dmitri Medwedew, der eine ähnliche Haltung wie Putin vertritt. Dennoch hält Außenminister Steinmeier am Ziel der Verflechtung fest.¹⁷⁹

5.2. Frankreich

Frankreich gehört, bei allen Forderungen nach mehr europäischer Unabhängigkeit, zu den Staaten, die ihre nationale Souveränität nicht eingeschränkt wissen möchten.¹⁸⁰ Grund für

¹⁷² vgl. Merkel (1), Angela: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, auf: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=170&, am 04.03.2006, o.S.

¹⁷³ vgl. Bundesrepublik Deutschland (3), a.a.O., S.48

¹⁷⁴ vgl. Brisant und gefährlich: Interview mit Außenminister Steinmeier, in: Der SPIEGEL 5/2006, Hamburg 30.01.2006, S.26-29, S.27f.

¹⁷⁵ Bundesrepublik Deutschland (3), a.a.O., S.23

¹⁷⁶ vgl. ebenda, S.56

¹⁷⁷ vgl. Hacke (1), Christian: Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, in: APuZ 43/2006, Bonn 23.10.2006, S.30-37, S.35

¹⁷⁸ vgl. Die neue Eiszeit, in: Der SPIEGEL 21/2007, Hamburg 21.05.2007, S.24-26, S.26

¹⁷⁹ vgl. Steinmeier (3), Frank-Walter: Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik. Die Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland und den östlichen Nachbarn, auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2008/080304-BM-Ostpolitik.html>, am 10.03.2008, o.S.

¹⁸⁰ vgl. Hiltz, a.a.O., S.389

diese Einstellung ist die Vergangenheit als Weltmacht. Für die französische Identität ist die weltpolitische Bedeutung nach wie vor wichtig.¹⁸¹

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges steht die französische Außenpolitik im Spannungsbogen zwischen Weltmachtanspruch, Aufgabe des Kolonialreichs und dem Streben nach einer hegemonialen Position in Europa.¹⁸² Allerdings geht diese Konzeption mittlerweile an der Realität vorbei, da Frankreich nur noch im Weltsicherheitsrat als ständiges Mitglied eine globale Rolle spielt.¹⁸³ Aus dem Verständnis heraus eine Weltmacht zu sein, gewinnt der Sitz im Weltsicherheitsrat den Rang eines Instrumentes zur Wahrung dieser Position. Daher wird Frankreich auch nur schwer davon zu überzeugen sein, diesen Sitz zugunsten eines europäischen Sitzes, sofern dieser im Rahmen einer Reform der VN geschaffen werden sollte, aufzugeben.¹⁸⁴

Mit dem Anspruch Weltmacht zu sein, verbindet sich auch die Fähigkeit militärisch unilateral handeln zu können. Eine rein auf multilaterales Handeln abgestellte Politik kam und kommt für Frankreich nicht in Frage, da dieses bedeuten würde, dass man über die Einbindung in die NATO von den USA abhängig sein würde. Zusammen mit dem Bestreben nach europäischer Integration bilden diese beiden Zielsetzungen die Hauptrichtungen französischer Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁸⁵ In den Kontext des unilateralen Handelns und der Rolle als Weltmacht fallen auch die Äußerungen des damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac Anfang 2006 über den Einsatz von Nuklearwaffen. In einer Rede vor Angehörigen der strategischen Luft- und Seestreitkräfte am 19. Januar 2006 hatte Chirac betont, dass die nukleare Abschreckung die Garantie der französischen Sicherheit sei. Im Einsatz gegen Terroristen sei sie zwar nicht tauglich, allerdings müssten diejenigen Staatsführer, die Terroristen für ihre Zwecke nutzen sowohl mit einer konventionellen als

¹⁸¹ vgl. Stark, Hans: Frankreichs Außenpolitik zwischen Anpassungsdruck und Status Quo, in: Staack, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Europa nach dem Irak-Krieg – Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden 2004, S.257-278, S.257

¹⁸² vgl. Hilz, a.a.O., S.52

¹⁸³ vgl. Erlanger, Steven: Anatomy of a breakdown, in: Lindberg, Tod (Ed.): Beyond Paradise and Power - Europe America and the Future of a Troubled Partnership, New York, London 2005, S.11-23, S.15

¹⁸⁴ vgl. Heumann, Hans-Dieter: Multipolarität und „Europe puissance“ - Auf der Suche nach der Logik der französischen Außenpolitik, in: Internationale Politik, 60. Jg., April 2005, S.116-123, S.118, vgl. auch: Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.26, Fußnote 22: Dort wird eine von der Regierungskonferenz zu verabschiedende Erklärung angeführt, in der er heißt: „Zusätzlich zu den in [Artikel 11 Absatz 1] genannten besonderen Verfahren betont die Konferenz, dass die Bestimmungen zur GASP, [...] die bestehenden Rechtsgrundlagen, Zuständigkeiten und Befugnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Formulierung und die Durchführung ihrer Außenpolitik [...] und ihre Beteiligung an internationalen Organisationen, einschließlich der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der VN, nicht berühren.“ (Hervorhebung durch Verfasser), vgl. auch: Martens (2), Stephan: Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy, in: APuZ 38/2007, Bonn 17.09.2007, S.18-25, S.22

¹⁸⁵ vgl. Hilz, a.a.O., S.53

auch einer anderen Reaktion Frankreichs rechnen.¹⁸⁶ Wörtlich sagte er: „Aber unser Konzept der Anwendung von Nuklearwaffen bleibt gleich. [...] Dies darf jedoch keinesfalls Zweifel an unserer Absicht und unserer Fähigkeit entstehen lassen unsere Atomwaffen einzusetzen. Die glaubwürdige Drohung ihres Einsatzes lastet pausenlos auf den Staatschefs, die feindliche Absichten uns gegenüber haben.“¹⁸⁷ In die gleiche Richtung gehen die Aussagen seines Nachfolgers Nicolas Sarkozy. Anlässlich der Vorstellung des U-Bootes „Le Terrible“ am 21. März 2008 in Cherbourg sagte er, dass sich all jene, die Frankreichs vitale Interessen bedrohen, einer „ernsthaften Reaktion“ aussetzen würden, „die inakzeptable Schäden für sie zur Folge haben würde, die in keinem Verhältnis zu ihren Zielen stehen würden.“¹⁸⁸

Die französische Position lässt sich wie folgt zusammenfassen: Nuklearwaffen als Abschreckung, völlige Unabhängigkeit in militärischen Handlungsoptionen und der Wille, eine weltpolitische Rolle zu spielen.¹⁸⁹ Das Streben nach einer hegemonialen Position in Europa wird auch daran deutlich, dass Frankreich in den 90er Jahren bestrebt war, den amerikanischen Einfluss in Europa zurückzudrängen¹⁹⁰ und damit zu einem multipolaren System zurückzukehren.¹⁹¹ Frankreich versucht seine Großmachtposition über die EU wiederzuerlangen, indem dort Kapazitäten aufgebaut werden, die Frankreich selber nicht besitzt.¹⁹²

Frankreichs Außenpolitik ist aufgrund der Geschichte als koloniale Großmacht durch ein dichtes Netz von Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien geprägt. Dieses Netz wird auch nicht durch den vorgesehenen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) ersetzt werden können.¹⁹³ Dieses sollte auch nicht das Ziel der europäischen Politik sein, sondern die bestehenden Kontakte sollten für die europäischen Ziele genutzt werden.

Die Bereitschaft, sich an solchen Integrationsschritten zu beteiligen rührt aus dem Bewusstsein, dass Frankreich nur noch über eine begrenzte Ausstrahlungskraft als Weltmacht verfügt.¹⁹⁴ Aus diesem Grund gewinnt der Gedanke eines Europas unter französischem Einfluss an Bedeutung. Die internationale Rolle Europas soll gestärkt werden, wozu auch die

¹⁸⁶ vgl. Chirac, Jacques: Rede vor den strategischen Luft- und Seestreitkräften in L'île Longue (Auszüge), Brest 19. Januar 2006, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/chirac_nucleaire.pdf, am 12.02.2006, S.2f.

¹⁸⁷ ebenda, S.3

¹⁸⁸ Sarkozy (2), Nicolas: Vorstellung des atomgetriebenen U-Boots *Le Terrible* – Rede von Staatspräsident Sarkozy, Cherbourg, 21.März 2008 (vorläufige Übersetzung), auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/Sarkozy_cherbourg_desarmement.pdf, am 23.04.2008, S.5

¹⁸⁹ vgl. Hiltz, a.a.O., S.55, vgl. auch: Kaim, a.a.O., S.267

¹⁹⁰ vgl. ebenda, S.378

¹⁹¹ vgl. Glennon, Michael J.: Der Traum, in: FAZ, Nr.144, 25.06.2003, S.7

¹⁹² vgl. Kaim, a.a.O., S.170

¹⁹³ vgl. Maurer, Andreas/Reichel, Sarah: Der Europäische Auswärtige Dienst, SWP-Aktuell 53, Berlin November 2004, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1757, am 15.09.2005, S.6

¹⁹⁴ vgl. Heumann, a.a.O., S.117

Entwicklung einer effektiven GASP gehört. Dieses Europa soll zwar die Zusammenarbeit mit den USA fortsetzen, aber insgesamt eigenständiger agieren.¹⁹⁵ Als dahin gehendes Ziel der französischen Politik hat der damalige französische Premierminister Jean-Pierre Raffarin Ende 2004 die Unabhängigkeit Europas in allen Fragen mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Bezügen erklärt.¹⁹⁶ Vor dem Hintergrund des oben Ausgeführten hat es den Schein, dass Frankreich nicht primär die Komplettierung der europäischen Integration verfolgt, sondern die Unterstützung seiner nationalen Interessen, da Frankreich die EU als Zentrum seiner Sicherheitspolitik ansieht.¹⁹⁷ Diese These wird gestützt durch die Tatsache, dass Frankreich zwar ein starkes Europa immer wieder gefordert hat, aber zu den notwendigen Kompetenzübertragungen oftmals nicht bereit war.¹⁹⁸

Generell ist Frankreich also bereit, seinen Platz in der EU einzunehmen und auszufüllen, indem es die EU voranbringt.¹⁹⁹ Geeignet dazu erscheint ihm ein Kerneuropa unter deutsch-französischer Führung.²⁰⁰ Hier wird noch einmal deutlich, dass sich Frankreich als Führungsmacht in Europa sieht. Der Gedanke eines Kerneuropas würde es Frankreich erlauben, die Integrationsschritte nach seinen Vorstellungen zu prägen. Aus diesem Grund wurde Ende 2003 die Idee des Europas der zwei Geschwindigkeiten von Frankreich auch auf Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen ausgeweitet,²⁰¹ wogegen es sich bis dahin immer gewehrt hatte. Sein verteidigungspolitisches Kerneuropakonzept sieht ein Bündnis zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit zwischenstaatlicher Entscheidungsstruktur vor.²⁰²

¹⁹⁵ vgl. Woyke, Wichard: Frankreich, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.77-87, S.86f.

¹⁹⁶ vgl. Kupferschmidt, Frank: Strategische Partnerschaft in der Bewährung - Die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea, SWP-Studie 7/2006, Berlin April 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2925, am 15.08.2006, S.27f.

¹⁹⁷ vgl. Frank, Johann/Sandawi, Sammi: Möglichkeiten und Grenzen der EU-Streitkräfteintegration - Chancen und Perspektiven für kleinere Staaten am Beispiel Österreichs, Wien Oktober 2005, auf: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_30_strtkrftint_10.pdf, am 01.06.2006, S.19; vgl. auch: Deutschland ist größter Truppensteller für NATO-Einsätze, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.9/10, Berlin, 28.02./07.03.2005, S.11

¹⁹⁸ vgl. Stark, a.a.O., S.263

¹⁹⁹ vgl. Villepin (2), Dominique de: Regierungserklärung vor der Nationalversammlung am 08.06.2005, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/vil-declaration_politique_generale.pdf, am 10.08.2007, S.12

²⁰⁰ vgl. Blumenwitz, Dieter: Der Europäische Verfassungsvertrag - Die Chancen und Gefahren des Entwurfs für das Gelingen von Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.115-134, S.127

²⁰¹ vgl. Earle, Caroline R.: European Capacities for Peace Operations: Taking Stock, Washington 2004, auf: <http://www.stimson.org/fopo/pdf/Earle-EuropeanCapacitiesforPeaceOperations-TakingStock.pdf>, am 19.09.2005, S.14

²⁰² vgl. Schmidt, Peter: ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel, SWP-Aktuell 20/2003, Berlin Mai 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=125, am 13.08.2006, S.5

Das Primat der EU im Bereich der Sicherheitspolitik wird von Frankreich durch die universellere Sicherheitsstruktur der EU gegenüber der NATO begründet.²⁰³ Richtig ist, dass die EU über ein breiter gefächertes Instrumentarium als die NATO verfügt, dennoch darf nicht vergessen werden, dass die EU noch nicht in der Lage ist, langfristige und komplexe militärische Operationen aus eigener Kraft zu gestalten und von daher auf die NATO angewiesen ist. Frankreich sind diese Mängel bewusst, weswegen es die EU langfristig als einen machtvollen und selbstbewussten Akteur in allen Feldern der globalen Politik etablieren will.²⁰⁴

Ein solches Europa kann aus französischer Sicht nur dann erreicht werden, wenn es nicht endlos erweitert wird. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy vertritt die Position, dass Europa nur dann politisch stark sein kann, wenn es seine Grenzen kennt und dadurch eine Identität entwickelt. Aus diesem Grund sei es widersprüchlich, wenn sich die EU eine Verfassung geben wolle, aber gleichzeitig seine Identität auflöse, indem die Zahl der Mitglieder unaufhörlich gesteigert werde.²⁰⁵ Angesichts der fehlenden spezifisch europäischen Identifikation ist diese Aussage dahingehend zu verstehen, dass kein Staat aufgenommen werden sollte, der als einem anderen Kulturkreis angehörig wahrgenommen wird.

Dieser Aspekt war einer der Gründe für die Ablehnung des VVE in Frankreich. Obwohl die Frage eines möglichen Türkei-Beitrittes im VVE nicht zur Debatte stand, prägte diese Frage die vorhergehenden Kampagnen. Das „Nein“ der Franzosen zum Entwurf wird aus diesem Grund als eine Forderung nach klaren Außengrenzen gewertet.²⁰⁶ Um der Stimmung in der Bevölkerung Rechnung zu tragen, hat Frankreich seine Verfassung dahin gehend geändert, dass zu jedem weiteren Beitritt nach dem Kroatiens die Bevölkerung per Referendum zustimmen muss.²⁰⁷ Durch diesen Schritt ist deutlich geworden, dass Frankreich an einer

²⁰³ vgl. Pachta, a.a.O., S.104

²⁰⁴ vgl. Renne, Barbara: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Probleme und Perspektiven der EU-Eingreiftruppe unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur NATO-Response Force, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 134, Hamburg Januar 2004, auf: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/hb/hb134.pdf>, am 25.10.2004, S.44

²⁰⁵ vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Frankreich: zurück in Europa, aber mit welchem Kurs?, in: APuZ 38/2007, Bonn 17.09.2007, S.11-18, S.15

²⁰⁶ vgl. Holm, Ulla: EU's Neighbourhood Policy - A question of space and security, DIIS Working Paper 2005/22, Kopenhagen 2005, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2005/22_uho_EUs_Neighbourhood.pdf.pdf, am 03.08.2006, S.6

²⁰⁷ vgl. New EU 'consensus' over enlargement highly fragile, auf: <http://euobserver.com/15/23119>, am 25.12.2006, o.S.; vgl. auch: Lefebvre, Maxime: France and the European Neighbourhood Policy, in: Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006, S.17-25, S.17; Der Zwang für ein Referendum betrifft

Erweiterung nach Osten mittelfristig kein Interesse hat. Allerdings könnte sich diese Bestimmung für die zugesicherten Mitgliedschaften der Staaten des westlichen Balkans als Bumerang erweisen und somit die Glaubwürdigkeit der EU gefährden. Zu dieser Erkenntnis ist die französische Regierung von Premierminister François Villon auch gelangt. Der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im Außenministerium Jean-Pierre Jouyet wird in der Tageszeitung Le Figaro dahin gehend zitiert, dass es Überlegungen gibt, die entsprechende Verfassungsvorschrift zu ändern oder abzuschaffen. „This put France into difficulty as regards countries which have an indisputable and undisputed vocation to join the EU, such as Macedonia or the Balkans“, gibt der französische Politiker als Grund für die Überlegungen an.²⁰⁸ An diesen Aussagen wird deutlich, dass die Verfassungsänderung ein innenpolitisch motivierter aktionistischer Akt gewesen ist.

Ein weiterer Vorstoß Frankreichs, der sich aus dem „Nein“ zum VVE ergeben hat, war die Anregung eine Bestimmung in die Verträge aufzunehmen, die es erlaubt einen Staat als Mitglied aufgrund der öffentlichen Meinung oder der Gefahr einer Überdehnung der EU abzuweisen.²⁰⁹ So verständlich das Bemühen um eine Regelung weiterer Beitritte ist, so untauglich sind die gemachten Vorschläge. Durch sie würde die Frage nach weiteren Beitritten zum Spielball der öffentlichen Meinung und dadurch kaum noch politisch stabil zu behandeln sein. Allerdings sind die Gründe, warum Frankreich weiteren Beitritten skeptisch gegenübersteht, nicht von der Hand zu weisen: Die politischen Ambitionen könnten bei zu vielen Mitgliedern an Substanz verlieren und die GASP damit zu einer symbolischen Politik verkommen.²¹⁰ Die Mitgliedschaft des westlichen Balkans in der EU steht für Frankreich nicht zur Debatte. Einen Beitritt der Türkei lehnt der französische Präsident Sarkozy allerdings ab. Seiner Meinung nach soll die EU sich nach der Lösung der Verfassungskrise der Frage der Außengrenzen stellen. Aus diesem Grund wollte er auf dem EU-Gipfel im Dezember 2007 über den Beitritt der Türkei beraten lassen.²¹¹

Das langfristige politische Ziel Frankreichs auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ist eine Verteidigungsunion.²¹² Um die Entwicklung in diese Richtung in Gang zu setzen, schwebt

alle Staaten, mit denen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nach dem 01.07.2005 beschlossen wurde/wird.

²⁰⁸ zitiert nach: France considers dropping Turkey referendum, auf: http://euobserver.com/15/24775?rss_rk=1, am 25.09.2007, o.S., vgl. auch: Sarkozy will Verfassung ändern, in: FAZ, Nr.83, 09.04.2008, S.6

²⁰⁹ vgl. Ukraine chaos poses questions on EU enlargement, auf: <http://euobserver.com/9/22084>, am 15.07.2007, o.S.

²¹⁰ vgl. Lefebvre, a.a.O., S.20

²¹¹ vgl. Türkei-Beitritt später beraten, auf:

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E8DAAB1F724BCD8F5FC4F1B4EA9~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 01.06.2007, o.S.

²¹² vgl. Auswärtiges Amt (1), a.a.O., o.S.

Frankreich eine engere Zusammenarbeit der so genannten „G5“ im Bereich Sicherheitspolitik an.²¹³ Dieses gilt auch für den Bereich der inneren Sicherheit.

Vor der Osterweiterung 2004 genoss die deutsch-französische Partnerschaft den Ruf, der Motor der europäischen Integration zu sein. Sechs Wochen nach der Osterweiterung hat Sarkozy in einem Interview mit der Financial Times festgestellt, dass diese Partnerschaft alleine nicht mehr genüge, um die EU voranzubringen. Um einen Integrationsstillstand abzuwenden, schlug er eine enge Kooperation der sechs Gründungsstaaten der EU vor.²¹⁴ Dieser Vorschlag kann als Fortsetzung des als „Pralinengipfel“ verspotteten Gipfels von Tervuren im April 2003 gesehen werden. Da sich die EU insbesondere auf dem Verteidigungssektor, der als klassisches Gebiet der staatlichen Souveränität angesehen wird, schwer damit tut, integrative Schritte zu unternehmen, scheint ein Vorgehen außerhalb der EU vorerst die einzige Möglichkeit zu sein, hier weitere Fortschritte zu erzielen. Es wäre zumindest nicht das erste Mal, dass bilaterale Absprachen ihren Eingang in die EU finden.

Frankreich ist der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gegenüber sehr aufgeschlossen, da es weitere Expansionen der EU nach Osten und Südosten verhindern möchte.²¹⁵ Generell hat Frankreich nichts gegen tiefere Beziehungen zu den östlichen Staaten einzuwenden, sofern diese nicht in der Mitgliedschaft in der EU münden.²¹⁶ Aus diesem Grund tritt Frankreich dafür ein, dass diese Politik von den Aspekten, die mit einem möglichen Beitritt eines Zielstaates verbunden sind, losgelöst betrachtet wird.²¹⁷ Aufgrund seiner geografischen Lage hat Frankreich ein höheres Interesse am Mittelmeerraum als an den Staaten Osteuropas. Daher hat sich Frankreich in der Entstehungsphase der ENP dafür eingesetzt, dass 2/3 der für die ENP bereitgestellten Gelder in den Mittelmeerraum fließen und die östlichen Staaten lediglich die restliche Summe erhalten.²¹⁸ An dieser grundsätzlichen Verteilung hat sich auch im aktuellen Finanzplan der Union nichts geändert.²¹⁹

Frankreich hat, wie bereits oben erwähnt, ein starkes Interesse an einem außenpolitisch handlungsfähigen Europa. Die vorherrschende Meinung ist, dass Europa die Wahl hat

²¹³ vgl. Villepin (1), Dominique de: Für ein neues politisches Europa, in: FAZ, Nr.148, 29.06.2005, S.10; Mitglieder dieser Gruppe sind: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien

²¹⁴ vgl. Guérot, Ulrike: Wer soll Europa führen, in: Internationale Politik, 59. Jg., Juli 2004, S.87-89, S.87

²¹⁵ vgl. Lefebvre, a.a.O., S.17

²¹⁶ vgl. ebenda, S.23

²¹⁷ vgl. ebenda, S.25

²¹⁸ vgl. ebenda, S.21f.

²¹⁹ vgl. Europäische Kommission (5): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) - Finanzierung 2007-2013, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/0703_enpi_figures_de.pdf, am 10.07.2007, S.2

zwischen einer gigantischen Freihandelszone und einem politischen Europa mit gestalterischen Fähigkeiten.²²⁰ Frankreich tritt für das politische Europa ein, auch aus der Überzeugung heraus, dass die Welt Europa benötige, um einen Zusammenprall der Kulturen zu verhindern. Damit die europäische Stimme in der Welt wahrgenommen wird, benötige es dringend einen Außenminister.²²¹ Der Bedeutung einer zentralen Instanz für die Rolle Europas in der Welt ist zuzustimmen. Allerdings scheint die These, dass ein politisches Europa einen Zusammenprall der Kulturen verhindern kann, reichlich übertrieben. Da die These des Kulturkampfes auf eine Auseinandersetzung zwischen den christlich und islamisch geprägten Staaten angewendet wird, stellt sich die Frage, inwieweit ein politisches Europa angesichts der Berührungspunkte (sowohl an den Außengrenzen als auch bedingt durch Einwanderung im Innern) dieser beiden Religionen effektiv ein solches Szenario verhindern könnte. Die Unruhen in Frankreich 2006 haben sehr deutlich gezeigt, dass ein solcher Zusammenprall der Kulturen nicht mehr nur an den Außengrenzen der EU stattfindet. Im Bereich der Bekämpfung des religiös motivierten Terrorismus mag ein politisches Europa zu einer solchen kämpferischen Rolle fähig sein. Aber hierzu werden in erster Linie die einzelnen Mitgliedsstaaten benötigt, die ihre Politik koordinieren müssen.

Im Bereich Verteidigung vertritt Frankreich, entsprechend der Auffassung, dass Europa eine eigenständige Verteidigungspolitik benötigt, den Standpunkt, dass die Fortschritte der letzten Jahre die Grundlage für eine weitere Kooperation bilden sollten.²²² Die gemeinsame Verteidigung soll sicherstellen, dass die EU in der Lage ist, sich als politische Einheit zu Themen wie der Sicherung der Außengrenzen zu äußern und entsprechende Aufgaben wahrzunehmen. Die gemeinsame Verteidigung würde in diesem Sektor auch das Auftreten nach außen stärken.²²³ Präsident Sarkozy folgt dieser Linie und hat im Februar 2008 vorgeschlagen, dass die sechs größten EU-Staaten²²⁴ gemeinsame Verteidigungsstrukturen aufbauen. Die teilnehmenden Staaten sollen jährlich 2% ihres BIP für den Verteidigungshaushalt aufwenden, einen gemeinsamen Rüstungsmarkt errichten und 10000 Soldaten für Interventionseinsätze bereithalten. Frankreich plant, die Initiative nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages 2009 offiziell vorzustellen.²²⁵ Auch im Bereich der Krisenbewältigung verfüge Europa über die nötigen Strategien und Mittel, um Stabilität in

²²⁰ vgl. Villepin (1), a.a.O., S.10

²²¹ vgl. Raffarin, Jean-Pierre: Europa: Die richtige Antwort ist „ja“, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/raffarin_le_monde.pdf, am 04.07.2005, S.1

²²² vgl. ebenda, S.10

²²³ vgl. Barnier, Michel: Europäische Verteidigung, in: La Tribune, 17.05.2005, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/article.php3?id_article=611, am 04.07.2005, o.S.

²²⁴ gemeint sind: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien

²²⁵ vgl. France to push for intervention force created by EU big six, auf: <http://euobserver.com/13/25667>, am 17.04.2008, o.S.

Regionen zu schaffen, die zuvor von Krisen geplagt wurden.²²⁶ Diese Ansicht von Dominique de Villepin erscheint aber eher eine für die Öffentlichkeit gedachte Äußerung zu sein. In den vergangenen Jahren war Europa angesichts von Krisen zunächst immer von Uneinigkeit betroffen. Erst wenn der Druck von außen zu stark wurde, konnte sich die EU auf eine Strategie einigen, die allerdings auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner basierte. Bis es eine effektive und einheitliche Strategiekultur der EU gibt, werden wohl noch einige Jahre vergehen.

Einer der Hauptkooperationspartner in der EU ist für Frankreich die Bundesrepublik Deutschland. In seiner Regierungserklärung am 08.06.2005 hat der damalige Premierminister de Villepin angedeutet, wie er sich ein weiteres gemeinsames Vorgehen vorstellt. Beide Länder kooperieren bereits in der Außen- und Sicherheitspolitik und besitzen eine gemeinsame Energie-, Forschungs- und Sozialpolitik.²²⁷ Es erscheint allerdings unwahrscheinlich, dass Deutschland gewillt ist, in der Außen- und Sicherheitspolitik den ihm zugedachten Part des Juniorpartners wahrzunehmen. Neben Deutschland spielt Großbritannien in der Außen- und Sicherheitspolitik eine bedeutsame Rolle für Frankreich, da es militärisch gesehen einer der potentesten Staaten der EU ist. Alle drei Staaten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – haben sich zwar seit 1990 in ihren Positionen angenähert, aber insgesamt ist festzuhalten, dass es noch keinen gemeinsamen Kern für eine Kooperation gibt.²²⁸ Dieser These von Hilz ist nicht ohne weiteres zuzustimmen. Sicherlich gibt es in den Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik Unterschiede zwischen den Staaten. Allerdings hat sich im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm gezeigt, dass diese drei Staaten in der Lage sind, gemeinsam mit anderen Akteuren aufzutreten und Ergebnisse zu erzielen, auch wenn der Iran sich bislang geweigert hat eine kooperativere Linie einzuschlagen. Einschränkend ist allerdings anzumerken, dass das E3-Konzept nur dann funktioniert, wenn es nicht im Widerspruch zu Positionen der USA steht, da ansonsten Großbritannien nicht aktiv teilnehmen würde.

In seiner Politik strebt Frankreich danach, Führung zu zeigen. Aus diesem Grund sucht es sich den jeweils den Partner, der am besten passt. Das britisch-französische Treffen von St. Malo zeigt dies deutlich.²²⁹ 1998 war Deutschland in den Augen Frankreichs für die militärischen Aspekte der europäischen Außenpolitik kein Ansprechpartner. Ziel der Initiative war es, dass beide Seiten Strukturen etablieren wollten, die es ihnen gestatten, die

²²⁶ vgl. Villepin (1), a.a.O., S.10

²²⁷ vgl. Sehnsucht nach Harmonie, in: Der SPIEGEL, Nr.24, Hamburg 13.06.2005, S.112-113, S.113

²²⁸ vgl. Hilz, a.a.O., S.375

²²⁹ vgl. ebenda, S.378f.

Entwicklung von innen heraus zu kontrollieren.²³⁰ Da Frankreich seine Führung in den einzelnen Politikfeldern durchsetzen möchte, bedeutet dies, dass die Kooperation kein Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck ist.²³¹ Von daher betrachtet Frankreich die ESVP auch nur als ein Vehikel, um seine Ziele durchzusetzen. Durch die ESVP soll Europa in die Lage versetzt werden, die Kriterien einer Großmacht zu erfüllen.²³² Auf lange Sicht soll nach gemeinsamer Auffassung von Deutschland und Frankreich die ESVP in einer Sicherheits- und Verteidigungsunion münden.²³³

In Bezug auf die NATO verfolgt Frankreich mit seinem Engagement in der GASP und ESVP das Ziel, die EU zum Hauptpartner der NATO oder genauer der USA werden zu lassen.²³⁴ Zu diesem Zweck soll die NATO als reine Militärorganisation bestehen.²³⁵ Dies bedeutet für die EU, dass sie einen hybriden Charakter annehmen muss, um eigenständig sowohl zivil als auch militärisch handeln zu können. Dadurch soll laut Siedschlag langfristig die NATO als die führende europäische Sicherheitsorganisation abgelöst und durch die EU ersetzt werden.²³⁶ Diese Aussage ist differenziert zu betrachten. Wenn vitale Interessen der USA bedroht waren, hat sich Frankreich in der Vergangenheit immer an die Seite der USA gestellt.²³⁷ Diese Haltung liegt darin begründet, dass Frankreich trotz aller antiamerikanischen Tendenzen der Überzeugung ist, dass die USA für die Stabilität in Europa unverzichtbar sind. Der Einfluss der USA in Europa wird allerdings seit dem Wegfall der Bedrohung durch die Sowjetunion als zu groß angesehen.²³⁸ Zudem hat Präsident Sarkozy angekündigt, dass sich Frankreich wieder stärker in der NATO engagieren werde.²³⁹ Die britische Zeitung „The Guardian“ wird mit den Worten zitiert: „At the end of the french presidency [...] the moment will have come to conclude this process and to take the necessary decisions for France to take its full place in NATO structures.“²⁴⁰ Die französische Position hat sich also massiv verändert. Dies liegt daran, dass Sarkozy nicht mehr der

²³⁰ vgl. ebenda, S.388

²³¹ vgl. ebenda, S.401f., vgl. auch: Kaim, a.a.O., S.91: Frankreich fordert Integration, zeigt aber deutliche Zurückhaltung, wenn es der Integration aber nicht seinen nationalen Interessen dient.

²³² vgl. Pachta, a.a.O., S.103

²³³ vgl. Schwarzer, a.a.O., S.24

²³⁴ vgl. Morisse-Schilbach, Melanie: Führungsanspruch mit Hindernissen – Frankreich in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Reader Sicherheitspolitik 3/07, auf: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/intpol/prof/mms_files/Morisse-Schilbach_ReaderSicherheitspolitik_0307.pdf, am 30.01.2008, S.82-88, S.84

²³⁵ vgl. Paris will mit USA solidarisch zusammenarbeiten - Frankreichs Verteidigungsministerin Alliot-Marie über die Nuklearstrategie und die neuen globalen Bedrohungen: auf: <http://www.welt.de/data/2006/02/04/840741.html?prx=1>, am 06.02.2006, o.S.

²³⁶ vgl. Siedschlag, a.a.O., o.S.

²³⁷ vgl. Kaim, a.a.O., S.337

²³⁸ vgl. ebenda, S.342

²³⁹ vgl. Sarkozys Parforceritt, in: FAZ, Nr.83, 09.04.2008, S.10

²⁴⁰ zitiert nach: France signals full return to NATO, auf: <http://euobserver.com/13/25921>, am 16.04.2008, o.S.

Generation von Politikern angehört, die die französische Unabhängigkeit unter allen Umständen wahren wollen. Er ist sich bewusst, dass er die französischen Interessen auf globaler Ebene nur mit Unterstützung der europäischen Staaten durchsetzen kann.²⁴¹ In diesen Befund passt auch der Beginn einer Kooperation mit Großbritannien auf dem Gebiet der Flugzeugträgerentwicklung und Ausbildung der Besatzungen. Beide Staaten haben sich mit dieser Vereinbarung von der nationalen Eigenständigkeit verabschiedet und sich bilateralen Zwängen unterworfen.²⁴² Dieses Projekt scheint allerdings mit Schwierigkeiten behaftet zu sein. So hat Großbritannien angekündigt zwei neue Flugzeugträger zu bauen, weil Frankreich sich aus finanziellen Gründen nicht auf ein gemeinsames Projekt festlegen wollte. Gleichzeitig hat Sarkozy Italien angeboten, einen gemeinsamen Flugzeugträger zu bauen.²⁴³

5.3. Großbritannien

Eine der grundlegenden Konstanten der britischen Politik ist das Bestreben, die eigene Souveränität so weit wie möglich zu erhalten,²⁴⁴ da man überzeugt ist, dass der Nationalstaat die tragende Rolle in der Politik spielt.²⁴⁵ Aus diesem Grund setzte sich Großbritannien erfolgreich für die Streichung aller staatlichen Symbole aus den europäischen Verträgen ein.²⁴⁶

Die britische Außenpolitik ist sehr pragmatisch ausgerichtet und weist nur wenige Dogmen auf. Weiterhin wird sie von personellen Veränderungen nur schwach beeinflusst.²⁴⁷ Die pragmatische britische Einstellung wird am britischen Leitbild für die EU deutlich: Einfache und transparente Strukturen, die Institutionen sollen zudem nicht zur Verregelung des nationalstaatlichen Handelns genutzt werden.²⁴⁸ Deutlich wird die pragmatische Einstellung Großbritanniens anhand der Verhandlungen zur Solidaritätsklausel im gescheiterten VVE. Nach den Terroranschlägen von Madrid und London war die britische Verhandlungsposition

²⁴¹ vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, a.a.O., S.14

²⁴² vgl. Kaim, a.a.O., S.272

²⁴³ Vgl. Sarkozy will Flugzeugträger mit Italien bauen, in: FAZ, Nr.47, 25.02.2009, S.1

²⁴⁴ vgl. Hiltz, a.a.O., S.388

²⁴⁵ vgl. Lehmkuhl, Ursula/Gossel, Daniel: Großbritannien, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.96-111, S.109

²⁴⁶ vgl. Polen soll missachtet werden, a.a.O., o.S., vgl. auch: Ein letzter Versuch, auf:

<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/523/119379/>, am 20.06.2007, o.S.: Außenministerin Beckett sprach sich gegen eine einheitliche Rechtspersönlichkeit der EU aus, verlangte eine Beschneidung der GSAP und bezeichnete einen europäischen Außenminister und europäischen Diplomatischen Dienst als überflüssig.

²⁴⁷ vgl. Lehmkuhl/Gossel, a.a.O., S.103ff.

²⁴⁸ vgl. Kaim, a.a.O., S.130

flexibler. In diesem Fall wirkten Kräfte von außen auf die britische Politik ein.²⁴⁹ Zudem war ein klar erkennbarer Nutzen einer Solidaritätsklausel sichtbar.

Der ausgeprägte Wille, eine globale Rolle zu spielen, hat bislang einen Souveränitätsverzicht im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik ausgeschlossen.²⁵⁰ In Europa möchte Großbritannien eine klare Trennung der Politikbereiche. In der Wirtschaftspolitik sollen die Kräfte des Marktes die maßgebliche Rolle spielen, in der Außen- und Sicherheitspolitik der Nationalstaat.²⁵¹ Deutlich wird dies an den Äußerungen des damaligen britischen Premierministers Tony Blair vor dem EU-Gipfel im Juni 2007: „Es darf nichts geben, was in irgendeiner Weise unsere Fähigkeit verringert, unsere eigene Außen- und Verteidigungspolitik zu verfolgen und unseren Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu behalten“.²⁵² Eine solche Haltung ist als überholt anzusehen, da aufgrund der Globalisierung die Grenzen zwischen den einzelnen Politikbereichen zunehmend aufgelöst werden. So gewinnen vermehrt auch wirtschaftliche Akteure Gewicht bei der Lösung von Sicherheitsproblemen.

Großbritannien sieht sich selber als Weltmacht. In der Realität freilich hat sich Großbritannien, trotz seiner Stellung als einer der international handlungsfähigsten Akteure, zu einer größeren Regionalmacht zurückentwickelt.²⁵³ Um die Fähigkeitslücken auszugleichen, orientiert sich Großbritannien an den USA und sucht im Bereich der militärischen Intervention die Partnerschaft mit den USA.²⁵⁴ Hinzu kommt, dass Großbritannien Sicherheitsprobleme in erster Linie als militärische Probleme betrachtet und dementsprechend reagiert. Aus dem Angeführten ergeben sich drei Grundprinzipien des britischen Handelns: Bereitschaft zur Übernahme globaler ordnungspolitischer Aufgaben, Anlehnung der Sicherheitspolitik an die USA und der Unterhalt eigener Nuklearwaffen als Ausdruck des Weltmachtanspruchs.²⁵⁵

Die pragmatische Ausrichtung der britischen Sicherheitspolitik wird daran deutlich, dass es immer mehrdimensional gehandelt hat. So wurden die jeweils geeigneten Partner wie VN oder Ad-hoc-Koalitionen eingesetzt oder unilateral gehandelt.²⁵⁶ Europa war in dieser Hinsicht nie ein primärer Handlungsrahmen für Großbritannien. Auch die europäische

²⁴⁹ vgl. ebenda, S.265

²⁵⁰ vgl. Hilz, a.a.O., S.63

²⁵¹ vgl. ebenda, S.65, vgl. auch: Hierlemann, Dominik/Seeger, Sarah: Wer will was und warum? FAQ's zum Verfassungsgipfel, spotlight europe #2007/03, Juni 2007, auf: http://www.cap.lmu.de/download/spotlight/Spotlight_2007_03_de.pdf, am 17.06.2007, S.2

²⁵² zitiert nach: Polen soll missachtet werden, a.a.O., o.S.

²⁵³ vgl. Lehmkuhl/Gossel, a.a.O., S.102

²⁵⁴ vgl. Hilz, a.a.O., S.401f.

²⁵⁵ vgl. Lehmkuhl/Gossel, a.a.O., S.106, ähnlich auch: Kaim, a.a.O., S.267

²⁵⁶ vgl. Hilz, a.a.O., S.63, vgl. auch: Vereinigtes Königreich, a.a.O., S.8: Dort heißt es, dass für manche Aufgaben kleinere Koalitionen besser geeignet seien.

Integration wurde nicht per se als nationales Interesse aufgefasst. Bei allen Schritten musste ein nationaler Vorteil sichtbar sein.²⁵⁷ Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die britische Politik – trotz aller Konstanten – mehrdeutig ist. Es wird an den engen Beziehungen zu den USA festgehalten, unabhängig von der Frage, welche Partei dort regiert bei gleichzeitigem Bekenntnis zur EU. Großbritannien ist sich bewusst, dass es ohne Partner nur noch bedingt eine weltpolitische Rolle spielen kann. Allerdings wird versucht, die eigene Souveränität so weit wie möglich zu erhalten, um die eigenen Interessen verfolgen zu können.²⁵⁸ Die Erkenntnis, alleine nur noch bedingt handlungsfähig zu sein, hat sich auch in der Sicherheitsstrategie vom März 2008 niedergeschlagen. Dort heißt es: „The ultimate responsibility for our national security lies with the United Kingdom, but collective action [...] remains the most effective way of managing and reducing the threats we face, and the only prospect of eliminating any of them completely.“²⁵⁹

Aufgrund der Beziehungen zu den USA spielt die NATO in der britischen Sicherheitspolitik die dominierende Rolle. Um sie handlungsfähig zu erhalten, wird einer NATO-Reform großes Gewicht beigemessen.²⁶⁰ Die ESVP soll lediglich dazu dienen, dass die Fähigkeiten der NATO gestärkt werden, sie soll also der NATO untergeordnet sein. Damit soll erreicht werden, dass Europa für die USA weiterhin ein interessanter Partner bleibt und diese sich nicht von Europa abwenden.²⁶¹

Aufgrund des Bestrebens, die nationale Souveränität zu erhalten, wird Großbritannien im Bereich der GASP nicht vom nationalen Veto-Recht abgehen.²⁶² Britische Alleingänge sind allerdings seit den 1990er Jahren seltener geworden, da erkannt wurde, dass im Alleingang die Positionen nur schwer durchzusetzen sind und Widerstand provozieren.²⁶³ Um das Primat der NATO nicht zu gefährden, lehnt Großbritannien strikt die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der ESVP ab.²⁶⁴ Aus den gleichen Gründen lehnt Großbritannien bisher auch eine europäische Armee ab. Eine europäische Armee liegt weit jenseits der Vorstellungen, die Großbritannien für Integrationsprojekte akzeptiert.²⁶⁵

²⁵⁷ vgl. ebenda, S.65f.

²⁵⁸ vgl. Wallace, William: Das Führungstrio Deutschland - Frankreich - Großbritannien: Europas zentrales Problem?, auf: http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2005/Wallace.pdf, am 27.06.2006, S.328-331, S.329

²⁵⁹ Vereinigtes Königreich, a.a.O., S.7

²⁶⁰ vgl. Reid, John: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, auf: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=165&, am 06.07.2006, o.S.

²⁶¹ vgl. vgl. Renne, a.a.O., S.42ff.

²⁶² vgl. Blumenwitz, a.a.O., S.127, vgl. auch: Lehmkuhl/Gossel, a.a.O., S.106

²⁶³ vgl. Lehmkuhl/Gossel, a.a.O., S.107

²⁶⁴ vgl. Blumenwitz, a.a.O., S.125

²⁶⁵ vgl. Kaim, a.a.O., S.255

Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben sich zwar seit den 90er Jahren in ihren Positionen angenähert, aber es hat sich insgesamt noch kein gemeinsamer Nenner entwickelt.²⁶⁶ Das britische Engagement in der ESVP seit 1998 stellt keine Kehrtwende der Politik dar, sondern wurde aus der Erkenntnis heraus geboren, dass Großbritannien isoliert war und dadurch keine Führung in seinem Sinne ausüben konnte. Mit der Initiative von St. Malo wollte sich Großbritannien in die Strukturen einbinden, um diese von innen heraus zu kontrollieren.²⁶⁷ Großbritannien verfolgt in diesem Bereich daher keine Vervollständigung der europäischen Integration, sondern nationale Interessen.²⁶⁸ Aus diesem Grund stand es einer vorgezogenen Installation des europäischen Außenministers ablehnend gegenüber.²⁶⁹ Ebenso lehnt es ein Kerneuropa innerhalb der ESVP ab.²⁷⁰ Europa soll nach britischen Vorstellungen kein globaler Akteur sein, sondern außen- und sicherheitspolitisch lediglich an seiner Peripherie eingreifen.²⁷¹ Diese Position sollte allerdings überdacht werden, da die EU allein aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts eine globale Macht darstellt und sicherheitspolitische Risiken wesentlich schwieriger als noch vor ein paar Jahren regional einzugrenzen sind.

Insgesamt kann man die Integrationsbestrebungen Großbritanniens als funktionalistisch einordnen. Supranationale Konzepte, wie sie beispielsweise aus Frankreich vorgelegt wurden, wurden abgelehnt.²⁷² Kerneuropaideen im Rahmen der strukturierten Zusammenarbeit werden als Gefahr für die Bindungen an die USA gesehen und daher negativ beurteilt.²⁷³ Da Großbritannien aber versucht, über die Teilnahme die Strukturen von innen heraus zu beeinflussen, würde es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit an einem solchen Projekt beteiligen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der ESVP.²⁷⁴

²⁶⁶ vgl. Hiltz, a.a.O., S.375

²⁶⁷ vgl. ebenda, S.388

²⁶⁸ vgl. Frank/Sandawi, a.a.O., S.19, vgl. auch: Kaim, a.a.O., S.130f.: Mit dem Engagement innerhalb der ESVP zementiert die britische Regierung ihren Anspruch auf eine Führungsrolle in der EU.

²⁶⁹ vgl. Maurer (2), Andreas: Die Stimme Europas in der Welt stärken, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.11-14, S.12

²⁷⁰ vgl. Pachta, a.a.O., S.102f.

²⁷¹ vgl. Siedschlag, a.a.O., o.S.

²⁷² vgl. Lehmkuhl/Gossel, a.a.O., S.103

²⁷³ vgl. Flechtner, Stefanie: Neue Impulse in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik - Der Verfassungsentwurf des Konvents und die Sicherheitsstrategie von Solana, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01969.pdf>, am 02.02.2005, S.7

²⁷⁴ vgl. Kaim, a.a.O., S.253

5.4. Litauen

In der litauischen Außenpolitik gibt es eine Konstante: Nie wieder soll eine politische Situation entstehen, in der Litauen gegen seinen Willen seine staatliche Souveränität verliert. Von daher soll alles unternommen werden, dass Litauen nie wieder Objekt der internationalen Politik wird.²⁷⁵ Aus diesem Grund ist Neutralität nach 1990 nie eine Option für Litauen gewesen.²⁷⁶ Die litauische Politik wird sehr stark von den umliegenden Subregionen Skandinavien, Zentraleuropa und der GUS beeinflusst. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Demokratie, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung.²⁷⁷ Allerdings ist die Identifikation als Nordeuropäer nur schwach ausgeprägt. Vielmehr begreifen sich die Litauer, im Gegensatz zu den anderen baltischen Staaten, als Zentraleuropäer. Dies wird unter anderem an der strategischen Partnerschaft mit Polen deutlich,²⁷⁸ die allerdings nicht ganz spannungsfrei ist.²⁷⁹ Trotz der Identifikation als Zentraleuropäer wird Litauen auch weiterhin mit den anderen baltischen Staaten eng zusammenarbeiten, beispielsweise im Ostseerat.²⁸⁰ Dies ist allein aufgrund der geringen Größe des Landes eine Notwendigkeit. Erleichtert wird eine baltische Kooperation durch ein hohes Maß an übereinstimmenden Interessen. Seine geografische Lage sollte Litauen dazu nutzen, die Kooperation zwischen den euro-atlantischen Strukturen und Russland auf allen Ebenen zu verbessern.²⁸¹

Das Verhältnis zu Russland ist von Misstrauen geprägt, da sich Litauen seit der Annahme der Doktrin vom „nahen Ausland“ 1992 von Russland bedroht fühlt.²⁸² Diese Doktrin besagt, dass die Staaten entlang der russischen Grenze und in der GUS als besonderes Einflussgebiet Russlands betrachtet werden. Aus diesem Grund wird Litauen auch seine amerikafreundliche und russlandkritische Haltung in den nächsten Jahren nicht aufgeben.²⁸³ Diese Tendenz dürfte sich aufgrund der russischen Energie- und Handelspolitik noch verstärkt haben.²⁸⁴

²⁷⁵ vgl. Vitkus, Gediminas: Lithuania, in: Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf:

<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf>, am 03.06.2008, S.14-18, S.17

²⁷⁶ vgl. Demuth, Andreas: Baltische Staaten, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.15-24, S.18

²⁷⁷ vgl. Lopata, Raimundas u.a.: Lithuania's Security and Foreign Policy Strategy - White Paper, auf: <http://www.tspmi.vu.lt/files/mprojektai/finallithsecpapergalutinis.pdf>, am 14.12.2005, S.1

²⁷⁸ vgl. Paulauskas, Kestutis: The Baltics: from nation states to member states, Occasional Paper 62, Februar 2006, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ62.pdf>, am 03.06.2008, S.25

²⁷⁹ vgl. Demuth, a.a.O., S.19

²⁸⁰ vgl. Lang (3), Kai-Olaf: Ostmitteleuropa nach dem Beitritt: Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale, SWP-Studie 2/2006, Berlin Februar 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2745, am 15.06.2006, S.13

²⁸¹ vgl. Lopata, a.a.O., S.29

²⁸² vgl. Demuth, a.a.O., S.19

²⁸³ vgl. Lang (3), a.a.O., S.7

²⁸⁴ vgl. Die neue Eiszeit, a.a.O., S.25

Im Gegensatz zu den anderen baltischen Staaten verfolgt Litauen einen breiteren regionalen Ansatz. So stehen neben der Region Kaliningrad vor allem die Ukraine und Weißrussland oben auf der litauischen Prioritätenliste.²⁸⁵ Die generell schwierigen Beziehungen zu Russland führen in Litauen zu einem verstärkten Interesse am Ausbau der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, d.h. der Ukraine und Weißrussland sowie den Staaten des südlichen Kaukasus.²⁸⁶

Insbesondere in den Beziehungen zur Ukraine arbeitet Litauen eng mit Polen zusammen,²⁸⁷ da es, genau wie Polen, auf lange Sicht den Beitritt der Ukraine zur Union anstrebt.²⁸⁸ Nicht zuletzt aus diesem Grund waren Polen und Litauen die aktivsten EU-Staaten während der Orangen Revolution in der Ukraine Ende 2004. Das hohe Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit der Ukraine wird auch daran deutlich, dass das litauisch-polnische Bataillon 2005 um ukrainische Truppen erweitert wurde.²⁸⁹

Eine bemerkenswerte Kooperation, die durchaus als Vorbild für die GASP dienen könnte, hat sich zwischen den baltischen Staaten und den Staaten im Südkaukasus entwickelt. Die baltischen Staaten arbeiten direkt mit den Staaten in den Bereichen Demokratisierung und Reform des Sicherheitssektors zusammen, während die EU 2004 lediglich die ENP auf diese Länder ausgeweitet hat.²⁹⁰ Insbesondere die Kooperation zwischen Litauen und Georgien im Rahmen dieses „3+3“ genannten Dialogs im militärischen und sicherheitspolitischen Bereich entwickelt sich sehr gut und wird als Motor des gesamten Prozesses gesehen.²⁹¹ Dieser Dialog ist vor allem deshalb erfolgreich, weil die baltischen Staaten über Erfahrungen im Rahmen einer staatlichen Transformation verfügen und somit wertvolle Hilfestellung leisten können. Die bereits jetzt bestehenden Formate könnten weiter spezialisiert werden. So könnten beispielsweise Estland und Lettland die kaukasischen Staaten betreuen, während sich Litauen und Polen auf die Ukraine und Weißrussland konzentrieren.²⁹² Diese Kooperation könnte auf informellem Weg in die EU integriert werden. Im Rat würden Ziele formuliert und Mittel bereitgestellt werden, die dann von den beteiligten Staaten um- bzw. eingesetzt werden. Auf diese Weise könnte die EU den Transformationsprozess unterstützen, ohne selbst in Erscheinung zu treten. Der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik würde die einzelnen Schritte koordinieren und den übrigen Mitgliedsstaaten Bericht erstatten.

²⁸⁵ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.22

²⁸⁶ vgl. Lang (3), a.a.O., S.41

²⁸⁷ vgl. ebenda, a.a.O., S.41

²⁸⁸ vgl. Kuzio, Taras: EU and Ukraine: a turning point in 2004?, Occasional Paper 47, Institute for Security Studies, Paris November 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ47.pdf>, am 03.06.2008, S.6

²⁸⁹ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.25

²⁹⁰ vgl. ebenda, S.26

²⁹¹ vgl. Lang (3), a.a.O., S.40

²⁹² vgl. Paulauskas, a.a.O., S.27

Obwohl die baltischen Staaten seit dem Erreichen der Mitgliedschaft in EU und NATO keinen unmittelbaren Zwang mehr zur Kooperation haben, werden sie weiterhin zusammenarbeiten, um ihre Aktivitäten und ihr Gewicht in beiden Organisationen optimal einbringen zu können.²⁹³ Dies ist insbesondere für Litauen wichtig, da Litauen alleine nicht in der Lage ist, ein großes Gewicht zu entfalten, sich aber deutlich gegen einen deutsch-französischen Führungskern ausspricht.²⁹⁴

Die generelle Haltung Litauens gegenüber einer sicherheitspolitischen Integration ist positiv. Sie wird als eine logische Folge der politischen und wirtschaftlichen Integration angesehen.²⁹⁵ Die kooperative Politik Litauens im Bereich Sicherheitspolitik mit den anderen baltischen Staaten und Polen ist eine direkte Folge der Unwägbarkeiten im GUS-Raum und der kritischen Haltung gegenüber der deutschen und französischen Russlandpolitik.²⁹⁶ Um seine Interessen wahrzunehmen, beansprucht Litauen für sich eine führende Rolle in der GASP. Angesichts dieses anspruchsvollen Ziels sollte Litauen darauf achten, seine knappen Ressourcen nicht zu zersplittern. Die Konzentration auf die Ausbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sollte daher das Kernziel der litauischen Außenpolitik sein.²⁹⁷ Die ESVP wird von Litauen als eine pragmatische Problemlösungsfähigkeit angesehen. Allerdings sind Zweifel an ihrer Wirksamkeit vorhanden. So erklärte der litauische Verteidigungsminister: „I [sic!] would be great of ESDP caused Europe to develop military capabilities. But it will not, so let's stop kidding ourselves, let's stop paying the lip service to all of this.“²⁹⁸ Die Fähigkeit der EU, wirksame militärische Fähigkeiten aufzubauen, wird ziemlich deutlich angezweifelt. Eine der litauischen Ängste im Rahmen des Aufbaus der ESVP ist, dass sie zu einer Entfremdung der USA von Europa führt. Eine ESVP, die die transatlantische Sicherheitsarchitektur stärkt, wird allerdings von Litauen schon seit einigen Jahren befürwortet.²⁹⁹

Litauen sieht sich selber als einen atlantisch ausgerichteten Staat, da die Mitgliedschaft in der NATO die Hauptgarantie der Sicherheit sei. Wörtlich heißt es auf der Homepage des litauischen Außenministeriums: „It is usually said that the Lithuanian security policy is Euro-Atlantic, based on the membership of our country in the North Atlantic Treaty Organization.

²⁹³ vgl. ebenda, S.23

²⁹⁴ vgl. Kamińska, Ewa (Ed.): *New Geopolitics of Central and Eastern Europe – Between Europe and United States*, Warschau 2005, auf: <http://www.batory.org.pl/doc/geopolityka.pdf>, am 15.07.2005, S.188

²⁹⁵ vgl. Vitkus, a.a.O., S.15

²⁹⁶ vgl. Lang (3), a.a.O., S.20

²⁹⁷ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.27f.

²⁹⁸ zitiert nach: Kamińska, a.a.O., S.187

²⁹⁹ vgl. Vitkus, a.a.O., S.15f.

This is the main guarantee of our security; [...]“.³⁰⁰ Einer der Gründe, warum der Beitritt zur NATO hohe Priorität genoss, war die Angst um die territoriale Integrität.³⁰¹ Diese Befürchtungen dürften sich mittlerweile etwas gelegt haben, da die NATO seit 2004 beispielsweise die Überwachung des litauischen Luftraums übernimmt. Ein Rückzug der NATO, in diesem Fall besonders der USA, aus dem Baltikum könnte die dortige Stabilität schwächen. Daher sind die baltischen Staaten stark an einer festen transatlantischen Partnerschaft interessiert.³⁰² Deshalb zielt die litauische Politik im Rahmen von GASP und ESVP darauf ab, alles zu verhindern, dass die USA sich aus der europäischen Sicherheitspolitik zurückziehen.³⁰³ Die Rolle der USA für das Sicherheitsgefühl der Litauer ist bedeutsam. So wird die NATO von der Bevölkerung als der eigentliche Garant der Sicherheit gesehen, während mit der EU politische und wirtschaftliche Stabilität verbunden werden.³⁰⁴ An dieser Einstellung wird sichtbar, dass sich trotz aller offiziellen Bekenntnisse der erweiterte Sicherheitsbegriff noch nicht durchgesetzt hat und die Bevölkerung immer noch in den klassischen Kategorien der Sicherheitspolitik denkt, d.h. Sicherheit in erster Linie mit militärischen Fragen in Verbindung bringt. Bei den politischen Eliten hat sich die Bedrohungsanalyse seit dem NATO-Beitritt verschoben. Die weichen Sicherheitsrisiken, die von Russland aus in die Region ausstrahlen, stehen nun im Vordergrund. Aus diesem Grund sucht Litauen die wirtschaftliche Kooperation mit Russland, um diese zu beseitigen.³⁰⁵ Allerdings sind die Beziehungen zu Russland aufgrund dessen aggressiver Energiepolitik angespannt. So drohte Litauen im Vorfeld des EU-Russland-Gipfels im Mai 2007 sein Veto für die Aufnahme über die Verhandlungen eines neuen Partnerschaftsabkommens mit Russland an. Erst müsse Russland seine Öllieferungen an Litauen wieder aufnehmen.³⁰⁶ Dieses Veto konnte erst im Mai 2008 überwunden werden. Litauen hat die Zusage erhalten, dass Energiefragen Teil der Gespräche mit Russland sein werden. Weiterhin sollen Themen wie Entschädigungen für die Deportierten in den 40er Jahren, Aufarbeitung der

³⁰⁰ Außenministerium Litauen: Lithuania's Security Policy, auf: <http://www.urm.lt/index.php?1409051452>, am 30.01.2008, o.S.

³⁰¹ vgl. Schmidt, Thomas: Die Außenpolitik der baltischen Staaten im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Opladen 2003, S.131, vgl. auch: Michta, Andrew A.: The Limits of Alliance - The United States, NATO and the EU in North and Central Europe, Lanham, u.a. 2006, S.78

³⁰² vgl. Lopata, a.a.O., S.2

³⁰³ vgl. ebenda, S.31

³⁰⁴ vgl. Demuth, a.a.O., S.23

³⁰⁵ vgl. Wesner, a.a.O., S.375

³⁰⁶ vgl. Wutausbruch in Brüssel – Beschwichtigung in Moskau, auf: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E5F5E7C1A698747EABA6D26EC18637694~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 16.05.2007

Vorkommnisse im Zuge der Unabhängigkeit 1991 und die eingefrorenen Konflikte in Georgien und Moldawien behandelt werden.³⁰⁷

Ein weiterer Grund für die enge Anlehnung an die USA ist die unsichere Nachbarschaft. Diese Bindung ist aufgrund der geografischen Lage Litauens und Polens enger als in den restlichen Neumitgliedern.³⁰⁸

Die Beziehungen zu Russland spielen in der litauischen Politik eine besondere Rolle. Nicht nur wegen der hohen Energieabhängigkeit, sondern auch weil Litauen durch die Probleme der Region Kaliningrad schwer belastet wird und, wie bereits oben erwähnt, sich durch Russland bedroht fühlt. Durch die Mitgliedschaft in EU und NATO hofft Litauen, dass sich seine Position gegenüber Russland verbessert.³⁰⁹ Trotz aller Probleme unterhält Litauen von den baltischen Staaten die besten Beziehungen zu Russland.³¹⁰ Dies liegt sicherlich auch mit daran, dass Russland ein vitales Interesse an Litauen hat, da es auf Litauen zur Versorgung von Kaliningrad angewiesen ist.³¹¹ Ein weiterer Aspekt dürfte sein, dass Litauen mit dem russischen Kernland keine gemeinsame Grenze hat.³¹² Nicht nur zu Russland, sondern auch zum gesamten GUS-Raum verfügt Litauen von allen baltischen Staaten über die besten Beziehungen.³¹³

Die Beziehungen zu Russland sollen langfristig verbessert werden. Als Testfall hierfür sieht die litauische Politik die Kooperation in Kaliningrad an.³¹⁴ Hier haben Litauen und Russland im Rahmen der Nördlichen Dimension Projekte ins Leben gerufen, die auf den Vorschlägen regionaler Behörden beruhen.³¹⁵ Inwieweit diese erfolgreich sind und damit einen Beitrag zur Stabilisierung der Region beitragen, ist angesichts der zentralistischen Tendenzen in Russland, die in Kaliningrad besonders stark zu spüren sind, abzuwarten. Gleichwohl erhofft

³⁰⁷ vgl. EU kann mit Russland verhandeln, in: FAZ, Nr.110, 13.05.2008, S.6

³⁰⁸ vgl. Král, David: Enlarging EU foreign policy - The role of new member states and candidate countries, in: Král, David/Pachta, Lukáš: Enlarged European Union and its Foreign Policy: Issues, Challenges, Perspectives, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7152_1.pdf, am 15.08.2007, S.24

³⁰⁹ vgl. Vitkus, a.a.O., S.17

³¹⁰ vgl. Oęcińska, Marzena: Die Politik der Republik Polen und Republik Litauen gegenüber Weissrussland und Kaliningrad (Russland) als Modell für die zukünftige Ostpolitik der EU, Diplomarbeit Nizza 2003, auf: <http://www.iehei.org/bibliotheque/memoires/OSCILOWSKA.pdf>, am 07.09.2005, S.50

³¹¹ vgl. Hyndle, Joanna/Kutysz, Miryna: Lithuania, Latvia and Estonia's aspirations to integrate with NATO and EU in the context of these countries' relations with Russia, CES Studies, Nr. 4, Januar 2002, auf: <http://pdc.ceu.hu/archive/00001680/01/le.asp.pdf>, am 28.10.2005, S.53, vgl. Demuth, a.a.O., S.21

³¹² vgl. Huisman, Sander: A new European Union policy for Kaliningrad, Occasional Paper 33, Paris März 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ33.pdf>, am 30.01.2008, S.30

³¹³ vgl. Demuth, a.a.O., S.19

³¹⁴ vgl. Lopata, a.a.O., S.19

³¹⁵ vgl. Oęcińska, a.a.O., S.52

sich Litauen eine Menge von der Kooperation und strebt langfristig mit Kaliningrad eine Freihandelszone an.³¹⁶

Litauen bemüht sich insgesamt um einen breiten und differenzierten Ansatz, um seine außenpolitische Ziele zu erreichen.

5.5. Österreich

Österreich ist einer der neutralen Staaten in der EU. Deswegen werfen einige der Entwicklungen in der Außen- und Sicherheitspolitik die Frage nach der Aufrechterhaltung der Neutralität auf. Prinzipiell sieht Österreich aufgrund der fehlenden Bindung an ein Militärbündnis die EU als zentrale Organisation seiner Sicherheitspolitik³¹⁷ und seine Sicherheit von daher als untrennbar mit der der EU verbunden.³¹⁸ Aus diesem Grund sind die politischen Eliten in Österreich der Auffassung, dass man die politischen Ziele nur dann durchsetzen kann, wenn man an allen Integrationsschritten teilnimmt,³¹⁹ und beteiligt sich dementsprechend an GASP und ESVP. Grundlage für dieses Verhalten ist die Erkenntnis, dass sich die österreichischen und europäischen Sicherheitsinteressen immer mehr verweben.³²⁰ Österreich ist daher bereit, seinen außenpolitischen Handlungsspielraum durch die Mitgliedschaft in der EU und der Teilnahme an der GASP einzuschränken.³²¹ Hierzu ist anzumerken, dass diese Bereitschaft für alle EU-Staaten gilt. Allerdings ist das Maß, nationale Belange zugunsten einer europäischen Politik zurückzustecken, unterschiedlich stark ausgeprägt.

Für Österreich ist festzustellen, dass es seine Rolle innerhalb der GASP noch ausbauen kann. Als eines der reichsten Länder der Welt kann, und sollte es in den Bereichen Präventivdiplomatie und Krisenmanagement eine größere Rolle spielen.³²² Dies kann aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit über die Mitgliedschaft in einer der vielen

³¹⁶ vgl. Oldberg, Ingmar: Kaliningrad between Moscow and Brussels, Center for Security Studies and Conflict Research, Working Paper 17, Zürich März 2002, auf: http://cms.isn.ch/public/docs/doc_440_290_en.pdf, am 15.08.2005, S.43

³¹⁷ vgl. Reiter/Frank, a.a.O., S.16

³¹⁸ vgl. Bundesregierung Österreich (1): Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin - Allgemeine Erwägungen, auf: http://www.bundeskanzleramt.at/2004/4/4/doktrin_d.pdf, am 24.05.2006, S.2

³¹⁹ vgl. Reiter/Frank, a.a.O., S.16

³²⁰ vgl. ebenda, S.17

³²¹ vgl. Gärtner, Heinz/Rendl, Andreas: Österreich, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.192-199, S.195

³²² vgl. ebenda, S.198; 2006 erwirtschaftete Österreich ein Bruttosozialprodukt von 296.885.000.000 \$ (Quelle: <http://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml>, am 15.08.2007)

internationalen Organisationen geschehen.³²³ Das geringe Gewicht Österreichs in der Außenpolitik liegt in der starken Personalisierung begründet. Aus diesem Grund wird langfristige und strategische Planung nicht zu den Charakteristika der österreichischen Außenpolitik gezählt. Gestützt wird diese Annahme durch das geringe Gewicht von Think Tanks für die Außenpolitik sowie das geringe Interesse der Bevölkerung für solche Fragen. Das öffentliche Interesse ist gering und in den Medien wird nur wenig und selektiv über außenpolitische Fragen berichtet.³²⁴ Die fehlende NATO-Mitgliedschaft schwächt zudem das österreichische Gewicht in Mitteleuropa, insbesondere in den 2004 neu beigetretenen Staaten, da diese ihre Sicherheitspolitik an der NATO und damit insbesondere an den USA orientieren. Zudem wird Österreich von seinen Nachbarn nicht als Regionalmacht wahrgenommen, weil Deutschland als ein größerer Nachbar einen wesentlich höheren Einfluss ausübt.³²⁵

Mit dem Staatsvertrag von 1955 wurde Österreich zur Neutralität verpflichtet und ein Großteil der Bevölkerung identifiziert sich damit. Diese Haltung ist in der Bevölkerung trotz der Entwicklungen seit 1990 ungebrochen. In Umfragen sprechen sich über 70% der Bevölkerung gegen einen Beitritt zur NATO aus.³²⁶ Allerdings kann Österreich eine klassische Neutralitätspolitik bedingt durch die Mitgliedschaft in der EU mit dem damit verbundenen Solidaritätsprinzip nicht mehr aufrechterhalten.³²⁷ Österreich bezeichnet sich daher folgerichtig auch nicht mehr als neutral, sondern als bündnisfrei.³²⁸ Innerhalb der Parteien gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit der Neutralität. Die Regierung aus ÖVP und FPÖ vertrat den Standpunkt, dass das Festhalten an der Neutralität nicht mehr den politischen Gegebenheiten entsprach, da Europa durch die seit 1990 aufgetretenen Sicherheitsbedrohungen als Ganzes betroffen sei. Lediglich mit Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung wurden daraus keine konkreten Schritte abgeleitet.³²⁹ In der zweiten Amtszeit der Regierung von Wolfgang Schüssel (ÖVP) wurde eine Annäherung an die NATO von der SPÖ und der Öffentlichkeit vehement zurückgewiesen.³³⁰ Die Positionen sind also dahin gehend zu charakterisieren, dass sich ÖVP und FPÖ für eine Annäherung an die NATO und damit für die Aufgabe der Neutralität aussprechen, während

³²³ vgl. Dančák, Břetislav/Hloušek, Vít: The Concept of Leadership in Central Europe: Discussing the Austrian und Polish Cases, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 35. Jg., Heft 2/2006, S.127-139, S.133

³²⁴ vgl. Gärtner/Rendl, a.a.O., S.197

³²⁵ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.131 und 133

³²⁶ vgl. Gärtner/Rendl, a.a.O., S.197

³²⁷ vgl. Frank/Sandawi, a.a.O., S.35; vgl. auch: Reiter/Frank, a.a.O., S.16

³²⁸ vgl. Bundesregierung Österreich (1), a.a.O., S.2

³²⁹ vgl. Frik, Silvana: Ist die schweizerische Sicherheitspolitik europafähig? Die Neutralität im Lichte der Entwicklungen der ESVP, Chur, Zürich 2002, S.154

³³⁰ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.131

die SPÖ dagegen ist.³³¹ Aus diesem Grund ist es als unwahrscheinlich anzusehen, dass sich unter der Großen Koalition unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ), die seit Januar 2007 im Amt ist, in dieser Frage die österreichische Position ändert. Die Stimmung in der österreichischen Öffentlichkeit ist, wie eigentlich überall in der EU, differenzierter zu betrachten. Zwar sprechen sich knapp 70% der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität aus, doch sprechen sich 73% der Bevölkerung für eine gemeinsame europäische Armee aus, die nach Ansicht von 63% der Befragten unter aktiver Beteiligung Österreichs aufgestellt werden sollte.³³² Diesem trägt die österreichische Politik insofern Rechnung, dass sie die ESS dahin gehend weiterentwickeln will, dass die europäischen Armeen stärker als bisher integriert werden und eine gemeinsame Verteidigungsdoktrin ausgearbeitet wird.³³³ Zudem soll über eine gemeinsame Militärdoktrin der Rüstungsbedarf koordiniert werden.³³⁴ Das letzte Ziel scheint mit der Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur erreicht zu sein, da diese Bedarf, Entwicklung und Anschaffung militärischer Güter koordinieren soll. Inwieweit diese neu geschaffene Agentur den hohen Erwartungen gerecht werden kann, bleibt allerdings abzuwarten. Da vom Prinzip der Neutralität nicht abgewichen werden soll, erscheint die Verwirklichung der österreichischen Ziele am ehesten über die Aufstellung von multinationalen Verbänden möglich zu sein.

Generell ist für die Außenpolitik Österreichs festzuhalten, dass sie traditionell sowohl nach Ost als auch nach West aktiv ist.³³⁵ Durch die Neutralität Österreichs siedelten sich in Wien zahlreiche internationale Organisationen an, sodass Wien während des Kalten Krieges ein hohes internationales Gewicht erlangte.

Im Rahmen der GASP betrachtet es Österreich als die größte Schwäche, dass es keine effektive Ziel-Mittel-Relation gibt.³³⁶ Eine effektivere Nutzung der vorhandenen Mittel ließe sich eventuell über eine Regionalisierung erreichen, beispielsweise nach dem Vorbild der Kooperation der baltischen Staaten mit den Staaten im Kaukasus. Diese These wird gestützt durch die Auffassung Österreichs, dass die ESS lediglich ein Grundsatzdokument ist, das durch verschiedene Substrategien untermauert und mit Substanz versehen werden muss.³³⁷ Neben dem Engagement in der EU spielt für Österreich die OSZE eine wichtige Rolle in der Wahrnehmung außenpolitischer Verantwortung. In den Bereichen Frühwarnung,

³³¹ vgl. Gärtner/Rendl, a.a.O., S.199

³³² vgl. Frank/Sandawi, a.a.O., S.35

³³³ vgl. Reiter/Frank, a.a.O., S.21

³³⁴ vgl. ebenda, S.19

³³⁵ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.129

³³⁶ vgl. Reiter/Frank, a.a.O., S.18

³³⁷ vgl. ebenda, S.18

Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge tritt Österreich für eine Stärkung dieser Organisation ein.³³⁸

Insgesamt ergibt sich so ein vielschichtiges und nicht ganz eindeutiges Bild der österreichischen Außenpolitik. Österreich ist bemüht, seine Politik den neuen Gegebenheiten anzupassen und eine aktivere Rolle bei der Bekämpfung moderner Sicherheitsbedrohungen wahrzunehmen und die EU darauf auszurichten. Durch das formelle Festhalten an der Neutralität, das bisweilen kontraproduktiv wirkt, bleibt der österreichische Einfluss eingeschränkt. So befürwortete Österreich innerhalb der EU den Einsatz im Kosovo. Aufgrund seiner Neutralität verweigerte es aber Transitrechte für die am Krieg beteiligten Nationen.³³⁹

5.6. Polen

Wie bei den meisten der anderen neuen EU-Mitgliedern auch zeigt die polnische Politik wenig Bereitschaft, Souveränitätsrechte an übergeordnete Organisationen abzugeben.³⁴⁰ Dies gilt insbesondere für den Bereich der Sicherheitspolitik, da Polen befürchtet, bei Entscheidungen nicht berücksichtigt zu werden.³⁴¹ Deutlich wird die polnische Angst übergangen zu werden an der harschen Reaktion über die deutsch-russischen Vereinbarungen zum Bau der Ostseegaspipeline.³⁴²

Um die staatliche Souveränität zu wahren, werden sowohl die EU als auch die NATO genutzt. Hierbei wird die NATO als Garant der „harten“ Sicherheit, die EU als Garant der „weichen“ Sicherheit angesehen.³⁴³ Diese Einteilung orientiert sich am klassischen Ansatz der Sicherheitspolitik, der klar zwischen äußerer und innerer Sicherheit unterscheidet. Sie steht im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen, nach denen sich Polen zum

³³⁸ vgl. Bundesregierung Österreich (1), a.a.O., S.6

³³⁹ vgl. Niederberger, Judith: Österreichische Sicherheitspolitik zwischen Solidarität und Neutralität, in: Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas (Hrsg.): Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, S.69-91, auf: <http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&v33=60194&id=212>, am 07.06.2006, S.84f.

³⁴⁰ vgl. Club im Club, in: Der SPIEGEL, Nr.51, Hamburg 19.12.2005, S.32, S.32, vgl. auch: Die Schlacht der Zwillinge, in: Der SPIEGEL, Nr.25, Hamburg 18.06.2007, S.24-38, S.28

³⁴¹ vgl. Frank, Cornelia: Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation, DIAS-Analyse Nr.17, Oktober 2005, auf: http://www2.dias-online.org/Dokumente/analyse/DIAS-Analyse-17_10.2005.pdf, am 17.11.2005, S.15, vgl. auch: Trzaskowski, Rafal: Poland, in: Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf>, am 03.06.2008, S.19-25, S.24

³⁴² vgl. vgl. Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel, auf: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,413931,00.html>, am 27.10.2006, o.S.

³⁴³ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.134, vgl. auch: Sikorsky, Radoslaw: Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, auf: http://www.securityconference.de/keonferenzen/rede.php?menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=206&, am 17.02.2008, o.S.

erweiterten Sicherheitsbegriff bekennt.³⁴⁴ Um die gewünschte Sicherheit zu gewähren, sieht Polen keine Alternative zu einer von den USA geführten Allianz.³⁴⁵ Der ausgeprägte Wunsch nach territorialer Integrität wird aus der polnischen Vergangenheit heraus verständlich. Neben den historischen Aspekt tritt die Tatsache, dass sich die polnische Nachbarschaft seit 1990 grundlegend geändert hat: Keiner seiner Nachbarn seit 1945 hat seine staatliche Identität gewahrt. Von daher hat Polen ein ausgeprägtes Bedürfnis nach territorialer Stabilität.³⁴⁶ Die historischen Erfahrungen veranlassen Polen auch einer europäischen Verteidigung skeptisch bis ablehnend gegenüberzustehen, da westliche Verteidigungszusagen nicht eingehalten wurden.³⁴⁷ Allerdings ist diese strikte Ablehnung nicht ganz nachzuvollziehen, da sich die NATO auf dem Prager Gipfel 2002 zu internationalen Einsätzen als Hauptaufgabe bekannt hat.³⁴⁸ Obwohl Polen seine territoriale Integrität in erster Linie durch die NATO garantiert sieht, hat es sich immer wieder für eine europäische Armee eingesetzt.³⁴⁹ Der Einsatz für eine europäische Armee kann als Versuch gewertet werden den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken.

In Hinblick auf internationale Einsätze bevorzugt Polen die Zuständigkeiten in folgender Reihenfolge: NATO, EU-Einsätze unter Berlin-Plus, reine EU-Aktionen.³⁵⁰

Die Angst, marginalisiert zu werden, spiegelt sich auch in der Ablehnung eines deutsch-französischen Führungskerns wider.³⁵¹ In dieser Frage sollte Polen eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland suchen, da beide Länder grundlegende Werte und Ziele teilen.³⁵² Allerdings sind die deutsch-polnischen Beziehungen in der Amtszeit der Brüder Kaczynski von polnischer Seite aus belastet gewesen. So wurden kurz vor dem Europäischen Rat in Brüssel 2007 die polnischen Forderungen mit den Bevölkerungsverlusten aus dem Zweiten Weltkrieg gerechtfertigt. Nach dem Gipfel wurde die Bundesrepublik mit der Weimarer Republik und deren Polenpolitik verglichen.³⁵³ Weiterhin wurden die Ergebnisse

³⁴⁴ vgl. Frank, a.a.O., S.8

³⁴⁵ vgl. ebenda, S.9

³⁴⁶ vgl. Bingen, Dieter: Polen, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.200-206, S.203

³⁴⁷ vgl. Siedschlag, a.a.O., o.S., vgl. auch: Miszczak (2), Krysztof: Polen und die Zukunft der europäischen Sicherheit, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.106-114, S.113

³⁴⁸ vgl. Frank, a.a.O., S.19

³⁴⁹ vgl. Wir sind doch keine Idioten – Interview mit Mariusz Muszynski, in: Der SPIEGEL 25/2007, Hamburg 18.06.2007, S.30-31., S.31

³⁵⁰ vgl. Miszczak (2), a.a.O., S.113

³⁵¹ vgl. Kamińska, a.a.O., S.188

³⁵² vgl. Wir teilen grundlegende Ziele und Werte, a.a.O., S.5

³⁵³ vgl. Polish PM ups ante in Germany war talk, auf: <http://www.euobserver.com/9/24372>, am 28.06.2007, o.S.; Während der Weimarer Republik versuchten die Regierungen die nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete zurückzuerlangen. Aus diesem Grund wurde die neue Ostgrenze von deutscher Seite aus nicht

des Europäischen Rates als Ergebnis einer dominanten deutschen Politik bezeichnet. So führte der damalige polnische Erziehungsminister Roman Giertych, der Parteivorsitzende der Liga der Polnischen Familien (LPR) aus, dass Bundeskanzlerin Merkel versucht habe Polen an die Wand zu drücken und sich die EU „immer mehr unter dem Diktat der deutschen Politik“ befinde.³⁵⁴ Diese Äußerungen laufen denen des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński zuwider, der nach dem Gipfel bekannt hatte, dass Polen aufgrund der auf dem Gipfel erfahrenen Solidarität „jetzt zu einer wesentlich tieferen Zusammenarbeit mit Frankreich, Großbritannien und Deutschland“ bereit sei und dass „Polen [nicht vorhat], das zu vergessen.“³⁵⁵ Der polnische Staatspräsident vertritt den Standpunkt, dass er sich auf dem Gipfel durchgesetzt hat. Diese Einschätzung erscheint auf den ersten Blick irrational. Da aber die Ergebnisse der auf dem Gipfel vereinbarten Regierungskonferenz durch die Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen, ist dieses nicht zwingend eine Fehleinschätzung, weil Polen nach wie vor die Kompromisse von Brüssel scheitern lassen kann.³⁵⁶ Ein solches Vorgehen wäre für Polen relativ gefahrlos, da kein Staat der EU gegen seinen Willen aus der Union ausscheiden kann.³⁵⁷ Die im November 2007 ins Amt gekommene Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk, hat sich im Ton zurückhaltender gezeigt, obwohl er insbesondere im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen nicht wesentlich andere Auffassungen vertritt als sein Vorgänger.

Ebenso wie den deutsch-französischen Führungsanspruch lehnt Polen die Idee des „Kerneuropa“ ab, da es Europa in verschiedene Kreise und damit in ein Zentrum und die Peripherie spalten würde.³⁵⁸ Auch hier tritt wieder die Angst vor einer möglichen Marginalisierung Polens hervor. Polen möchte zwar von seinen Nachbarn als regionale Führungsmacht anerkannt werden, allerdings fehlen ihm dafür die ökonomischen Voraussetzungen.³⁵⁹ Der Anspruch, als regionale Führungsmacht anerkannt zu werden, wird auch daran deutlich, dass Polen in den bilateralen Beziehungen zu Deutschland nicht die Rolle des Juniorpartners übernehmen möchte.³⁶⁰ Die Kooperation mit Deutschland,

anerkannt. Erst der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen vom 26. Januar 1934 brach scheinbar mit der revisionistischen Polenpolitik des Deutschen Reichs.

³⁵⁴ zitiert nach: Triumph und Isolation, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 143, 25.06.2007, S.2

³⁵⁵ zitiert nach: Polen nach dem EU-Gipfel, auf:

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E0922A1338263419C81894C01D47D223C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 25.06.2007, o.S.

³⁵⁶ vgl. Der polnische Patient, auf:

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E6A05DC1BFA13486EB0537B4346134FF6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 15.06.2007, o.S.

³⁵⁷ vgl. Emmanouilidis, a.a.O., S.3

³⁵⁸ vgl. Miszczak (2), a.a.O., S.112

³⁵⁹ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O, S.137

³⁶⁰ vgl. Michta, a.a.O., S.26

Frankreich und Großbritannien hat für Polen einen hohen Stellenwert. Für Polen bedeutet die enge Kooperation mit den USA, dass der eigene Wert in den Augen dieser drei Staaten gesteigert wird.³⁶¹ Aber nicht nur mit den großen Drei verfolgt Polen eine Kooperation. Auch im Rahmen der Visegradgruppe wurde im Mai 2004 eine weitere Kooperation vereinbart.³⁶² Weitere wichtige Partnerschaften ist Polen mit Litauen und Ukraine eingegangen.³⁶³ Es bleibt abzuwarten, wie sich die polnische Position angesichts dieser ambitionierten Ziele entwickelt. Polen stellt aufgrund seiner Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der EU lediglich eine Mittelmacht dar.³⁶⁴ Das Beharren auf der für Polen günstigen Stimmenverteilung macht aber deutlich, dass Polen sich selber als dem Kreis der großen EU-Staaten zugehörig sieht. Das Bestreben, die polnische Position gegenüber den großen Mitgliedsstaaten zu verbessern, ist seit 2003 eines der bestimmenden Motive der polnischen Außenpolitik.³⁶⁵

Nach dem Irakkrieg 2003 kam die Befürchtung auf, dass die neuen Mitglieder sich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen auf die Seite der USA stellen und somit die Rolle der EU in der Welt schwächen würden. Hierzu ist zweierlei festzustellen: Zum einen sind die neuen Mitglieder bei Weitem nicht der monolithische Block, als der sie stellenweise dargestellt wurden. Zum anderen hat sich insbesondere Polen in den meisten Fällen auf die Seiten der alten EU-Mitglieder gestellt und weniger auf die der neuen Mitglieder.³⁶⁶ In Bezug auf die Treue zu den USA macht sich in Polen zudem Enttäuschung darüber breit, dass die erhofften wirtschaftlichen Vorteile aus dem Engagement im Irak bislang ausgeblieben sind.³⁶⁷

Die polnische Außenpolitik verfolgt generell drei große Ziele: Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu den anderen Staaten Zentraleuropas. Weiterhin genießen die Mitgliedschaften in EU und NATO einen hohen Stellenwert und drittens die Beziehungen zu den GUS-Staaten.³⁶⁸ In den nächsten Jahren werden die Beziehungen zu den östlichen

³⁶¹ vgl. Miszczak (1), Krzysztof: The Role of Poland in the Euro-Atlantic Relationships, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.102-105, S.104

³⁶² vgl. Lang (3), a.a.O., S.13

³⁶³ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.134

³⁶⁴ vgl. Zaborowski, Marcin: From America's protégé to constructive European - Polish security policy in the twenty-first century, Occasional Paper 56, Paris Dezember 2004, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ56.pdf>, am 03.06.2008, S.22

³⁶⁵ vgl. Chichocki, Marek A.: Polen nach den Wahlen – Außenpolitische Grundlinien der neuen Regierung, in: integration 1/2006, 29. Jg., S.61-65, S.61

³⁶⁶ vgl. Kamińska, a.a.O., S.189

³⁶⁷ vgl. Polnisches Hoffen auf ein Jawort Amerikas, in: FAZ, Nr. 12, 15.01.2008, S.4

³⁶⁸ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.133

Nachbarn eine hohe Priorität genießen.³⁶⁹ Einer der Gründe, weshalb den östlichen Nachbarn eine solche Aufmerksamkeit gewidmet wird, liegt im Misstrauen gegenüber Russland, das aufgrund der Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg auch in den nächsten Jahren eine bestimmende Rolle in der polnischen Politik spielen wird.³⁷⁰ Gegenüber den östlichen Staaten, die nicht in der NATO organisiert sind, verfolgt Polen eine Politik der Einbindung.³⁷¹ Dies gilt insbesondere für die Ukraine, mit der Polen zusammen mit Litauen gemeinsame militärische Einheiten unterhält.

Das polnische Misstrauen gegenüber Russland wird auch an der Reaktion auf die ESS deutlich. Polen hat sich verstimmt darüber gezeigt, dass Russland dort als Partner bezeichnet wird. Aus polnischer Sicht wird Russland immer noch als Bedrohung aufgefasst.³⁷² Dieses Gefühl der Bedrohung dürfte sich allerdings im Zuge der Mitgliedschaft in der EU verringert haben. Polen ist als regional ausgerichtete Macht naturgemäß mehr an den Problemen in seiner Nachbarschaft interessiert als an weiter entfernten. Aus diesem Grund dürfte es schwer werden, Polen davon zu überzeugen, dass auch die weiter entfernten Konflikte für die EU bedeutsam sind und nicht nur die Konflikte an ihrer Peripherie.³⁷³

In Bezug auf weitere Erweiterungsrounden ist bei Polen eine generell positive Grundstimmung festzustellen. Dies gilt insbesondere für eine mögliche Mitgliedschaft von Moldawien und der Ukraine.³⁷⁴ Der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński sagte zu dieser Frage: „If the Western Balkans are to receive a European Perspective, we should not decline to give one to Ukraine, Moldova and Georgia.“³⁷⁵ Grund für das Beharren auf die Beitrittsperspektive für diese Staaten, aber auch für Weißrussland, ist die Ansicht, dass nur darüber die Bindung an den Westen ein ausreichender Anreiz für Reformen geschaffen

³⁶⁹ vgl. Buras, Piotr/Pomorska, Karolina: Poland and the European Neighbourhood Policy, in: Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006, S.34-43, S.41

³⁷⁰ vgl. Lang (3), a.a.O., S.7

³⁷¹ vgl. Bingen, a.a.O., S.204

³⁷² vgl. Osica, Olaf: A Secure Poland in a Better Union? The ESS as Seen from Warsaw's Perspective, in: Overhaus (1), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European Security Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action. Perspectives from Italy, Poland, Austria and Finland, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr. 14, 14.10.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf>, am 17.01.2006, S.9-15, S.12

³⁷³ vgl. ebenda, S.13

³⁷⁴ vgl. Cimoszewicz, Włodzimierz: The Eastern Dimension of the EU, in: Mazur-Barańska, Agnieszka/Stanisławski, Wojciech (Ed.): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warschau 2003, auf: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, am 15.07.2005, S.15-24, S.18, vgl. auch: Außenministerium Polen: Non-Paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement, Warschau 2003, in: Mazur-Barańska, Agnieszka/Stanisławski, Wojciech (Ed.): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warschau 2003, auf: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, am 15.07.2005, S.88, vgl. auch: Sikorsky, a.a.O., o.S.

³⁷⁵ zitiert nach: New EU 'consensus' over enlargement highly fragile, a.a.O., o.S.

werden kann.³⁷⁶ Zudem kommt in Hinblick auf die Ukraine noch hinzu, dass sie als natürlicher Puffer gegenüber Russland betrachtet wird.³⁷⁷ Das gleiche geopolitische Argument ist auch auf Weißrussland anwendbar, auch wenn dort zunächst ein Regimewechsel eintreten müsste, bevor die Mitgliedschaftsperspektive von Polen ernsthaft vertreten werden kann. Die Anerkennung der Ukraine als Beitrittskandidat wird von Polen mit Nachdruck vertreten, weil Polen die Ukraine als einen natürlichen Verbündeten betrachtet, dessen Mitgliedschaft das polnische Gewicht in der EU stärken würde.³⁷⁸ Der Aufnahme der Ukraine in die EU wird von daher eine hohe Priorität zugestanden.³⁷⁹

Das aktive Engagement in Richtung Ukraine ist in das grundsätzliche Ziel der Stärkung der EU-Ostpolitik eingebunden.³⁸⁰ Hierzu gehört das deutliche Auftreten während der Orangen Revolution 2004. Der damalige polnische Außenminister Stefan Meller hat Anfang 2006 gesagt, dass es aus polnischer Sicht vermieden werden müsse, dass die östlichen Nachbarn „eternal partners“ werden.³⁸¹ Aus diesem Grund sollen diese Staaten innerhalb der ENP das gleiche Gewicht erhalten wie die südlichen Nachbarstaaten. Die ENP wird von Polen insgesamt als ein erster Schritt in die richtige Richtung angesehen, allerdings sollte das Hauptziel der EU-Politik in diesem Raum der Beitritt der Staaten sein.³⁸² Im Hinblick auf die Mittelverteilung innerhalb der ENP sind Konflikte mit Frankreich zu erwarten, das den Schwerpunkt der ENP auf die Beziehungen zu den Mittelmeerstaaten setzt und eine dementsprechende Verteilung durchsetzen konnte. Polen tritt diesem unter Verweis darauf entgegen, dass man zwischen beiden Regionen deutlich unterscheiden müsse.³⁸³ Grundlage für diese Argumentation ist die generell nicht vorhandene Beitrittsfähigkeit der nordafrikanischen Staaten nach Art. 49 EU-V. Polen betrachtet daher konsequenterweise das Engagement der EU in Osteuropa im Rahmen der ENP als eine Vorstufe zum Beitritt.³⁸⁴ Als Antwort auf die französische Mittelmeerinitiative hat Polen zusammen mit Schweden im Mai 2008 eine Initiative mit dem Titel „Östliche Partnerschaft“ vorgestellt.³⁸⁵ Mit diesem Schritt

³⁷⁶ vgl. Lang (3), a.a.O., S.46, vgl. auch: Emerson (1), Michael: European Neighbourhood Policy: Strategy or Placebo?, CEPS Working Document 215, Brüssel November 2004, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1176, am 18.04.2006, S.16

³⁷⁷ vgl. Král, a.a.O., S.41

³⁷⁸ vgl. ebenda, S.40

³⁷⁹ vgl. Buras/Pomorska, a.a.O., S.42, vgl. auch: Republik Polen: The National Security Strategy of the Republic of Poland, Warschau Juli 2003, auf: <http://merln.ndu.edu/whitepapers/Poland-2003.pdf>, am 07.12.2005, o.S., vgl. auch: Oęcińska, a.a.O., S.9f.

³⁸⁰ vgl. Trzaskowski, a.a.O., S.24

³⁸¹ zitiert nach: Buras/Pomorska, a.a.O., S.38

³⁸² vgl. Buras/Pomorska, a.a.O., S.39

³⁸³ vgl. Král, a.a.O., S.41

³⁸⁴ vgl. Lang (3), a.a.O., S.5f.

³⁸⁵ Polish-Swedish Proposal Eastern Partnership, auf: http://www.euractiv.com/29/images/080523%20polish-swedish%20proposal_tcm29-172658.doc, am 04.06.2008

soll verhindert werden, dass sich die Schwerpunkte der EU zu sehr in den Süden verlagern. Im Rahmen der EU-Strukturen sollen konkrete Probleme gelöst werden. Teilnehmerstaaten der Initiative sollen neben Polen und Schweden die Ukraine, Georgien, Moldawien, Armenien, Aserbajdschan und Weißrussland sein.³⁸⁶ Die Kommission hat sich bislang nur zurückhaltend zu diesem Vorhaben geäußert.³⁸⁷ Ein Teil dieser Zurückhaltung mag darin begründet liegen, dass der polnische Außenminister Sikorski den darin angesprochenen Staaten ein Recht auf Beitritt eingeräumt hat.³⁸⁸

Die Betrachtung der polnischen Politik gegenüber der GASP führt zu dem Ergebnis, dass im Laufe der Jahre die polnische Position immer aufgeschlossener wurde, wenngleich die Grundkonstante der Anlehnung an die USA nie aufgegeben wurde.³⁸⁹ In den Jahren vor dem Beitritt wurden die meisten der GASP-Positionen von Polen mitgetragen.³⁹⁰ Es gab zwar Diskussionen über die GASP und auch die ESVP, allerdings wurden diese, wie in den meisten anderen Staaten auch, mehr von emotionalen Standpunkten denn von rationalen ausgeführt.³⁹¹ Insbesondere die ESVP wurde von Polen als bedrohlich wahrgenommen, weil Frankreich das Konzept einer Gegenmacht zu den USA verfolgte.³⁹² Dies steht aber im Gegensatz zu der polnischen Ausrichtung auf die USA als Sicherheitsgaranten. Polen strebt im Rahmen der ESVP lediglich eine Stärkung der NATO, aber keine autonomen Fähigkeiten der EU an.³⁹³ Neben der Kooperation mit den USA wird die polnische Außen- und Sicherheitspolitik auf eine Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, insbesondere Litauen, konzentriert sein. Beide Seiten haben ein reges Interesse an einem stabilen GUS-Raum, dessen Entwicklung zurzeit nicht absehbar ist, und sehen die deutsche und französische Russlandpolitik sehr kritisch.³⁹⁴ Das Bild der deutschen Politik hat sich zwar seit dem Regierungsantritt von Angela Merkel verbessert, wurde allerdings, wie bereits dargelegt, unter der Regierung von Jaroslaw Kaczynski immer noch sehr negativ bewertet.

Zu Beginn wurde die GASP in Polen als eine Bedrohung für die eigene Außenpolitik aufgefasst. Seitdem dies nicht mehr so ist, versucht Polen eine stärkere Ausrichtung nach Osten zu erreichen. Allerdings muss man feststellen, dass das ehrgeizige polnische Ziel der Etablierung einer östlichen Dimension, die Polens Nachbarstaaten auf den Beitritt vorbereiten

³⁸⁶ vgl. Antwort auf die Mittelmeerunion, in: FAZ, Nr. 123, 29.05.2008, S.6

³⁸⁷ vgl. Nach Mittelmeerunion Überlegungen zu „östlicher Partnerschaft“, auf: <http://derstandard.at/?url=/?id=3349842>, am 02.06.2008, o.S.

³⁸⁸ vgl. „Eastern Partnership‘ could lead to enlargement, Poland says, auf: <http://euobserver.com/24/26211>, am 04.06.2008, o.S.

³⁸⁹ vgl. Zaborowski, a.a.O., S.17

³⁹⁰ vgl. Trzaskowski, a.a.O., S.19f.

³⁹¹ vgl. Khol (1), a.a.O., S.7

³⁹² vgl. Frank, a.a.O., S.12

³⁹³ vgl. ebenda, S.13ff.

³⁹⁴ vgl. Lang (3), a.a.O., S.20

sollte, vorerst gescheitert ist.³⁹⁵ Wie sich die von Polen und Schweden ins Leben gerufene „Östliche Partnerschaft“³⁹⁶ entwickelt, bleibt abzuwarten.

Insgesamt versteht sich Polen im Rahmen der GASP als ein konstruktiver Partner und ist einer Stärkung der GASP gegenüber aufgeschlossen, sofern diese zu einer Stabilisierung des Ostens beiträgt.³⁹⁷ Ein absolutes Tabuthema für Polen ist allerdings eine flexible Integration in diesem Bereich in Form von einer Avantgarde, da man in Polen befürchtet, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Eine solche Entwicklung würde Polen nur dann mittragen, wenn es selbst an einer solchen Gruppe teilnimmt.³⁹⁸ Vorstellbar erscheint für Polen eine engere Zusammenarbeit der sechs größten Mitgliedsstaaten der EU. Allerdings ist es fraglich, ob Polen die nötigen Fähigkeiten zu einer solchen Zusammenarbeit besitzt.³⁹⁹ Eine Vertiefung der europäischen Sicherheitspolitik ist für Polen nur dann tragbar, wenn die Strukturen der NATO nicht dupliziert werden,⁴⁰⁰ da die NATO für Polen die wichtigste Sicherheitsorganisation in Europa ist und auf lange Sicht auch bleiben wird.⁴⁰¹ Allerdings hat sich Polen im April 2008 grundsätzlich einer verteidigungspolitischen Integration gegenüber aufgeschlossen gezeigt.⁴⁰²

Wie schon erwähnt, sieht Polen den Garanten seiner Sicherheit in den USA. Dieses Anlehnungsbedürfnis ist im Baltikum und Polen stärker ausgeprägt als bei den restlichen Neumitgliedern. Grund hierfür ist die unsichere Nachbarschaft und die Nähe zu Russland.⁴⁰³ Polen möchte einen größeren Einfluss Russlands in Mittel- und Osteuropa verhindern und versucht daher, das amerikanische Interesse an diesen Staaten hoch zu halten.⁴⁰⁴ Vor diesem Hintergrund ist auch das polnische Verhalten im Vorfeld des Irakkrieges zu werten. Es ging Polen in erster Linie darum, sich als verlässlicher Bündnispartner der USA darzustellen.⁴⁰⁵ Abgesehen von den extremen Parteien wurde diese Position von allen im polnischen Parlament vertretenen Parteien mitgetragen.⁴⁰⁶ Diese grundsätzliche Linie wird bis heute fortgeführt. Polen ist einer der Standorte des geplanten amerikanischen

³⁹⁵ vgl. Buras/Pomorska, a.a.O., S.34ff.

³⁹⁶ Für die Ziele der Partnerschaft siehe: Joint Declaration of the Prague Eastern Partnership Summit, auf: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/107589.pdf, am 23.06.2009

³⁹⁷ vgl. Trzaskowski, a.a.O., S.23

³⁹⁸ vgl. Zaborowski, a.a.O., S.21

³⁹⁹ vgl. ebenda, S.26

⁴⁰⁰ vgl. Trzaskowski, a.a.O., S.23

⁴⁰¹ vgl. Miszczak (1), a.a.O., S.102f.

⁴⁰² vgl. Poland indicates support for boosting EU's military role, auf: <http://euobserver.com/12/26046>, am 28.04.2008, o.S.

⁴⁰³ vgl. Král, a.a.O., S.24

⁴⁰⁴ vgl. Trzaskowski, a.a.O., S.20

⁴⁰⁵ vgl. Balibar Etienne/Krzemiński, Adam: Scheitert Europa?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2003, S.1441-1452, S.1445, vgl. auch: Miszczak (1), a.a.O., S.103

⁴⁰⁶ vgl. Miszczak (2), a.a.O., S.108

Raketenabwehrsystems. Für Polen bedeutet dies in erster Linie, dass sich die USA nach dem Aufbau dieses Systems nicht mehr ohne weiteres aus Polen zurückziehen können. Die Bindung zwischen beiden Staaten würde also dauerhaft gestärkt. Für die Regierung Kaczynski spielten internationale Proteste keine Rolle. Die Regierung Tusk verhält sich bei dieser Thematik zurückhaltender.⁴⁰⁷

Wie bereits oben ausgeführt wird die polnische Politik in weiten Teilen indirekt von Russland beeinflusst. Die Furcht vor Russland ist allerdings seit dem Beitritt zur NATO geringer geworden und Polen ist seither bestrebt, seine Beziehungen zu Russland zu verbessern.⁴⁰⁸ Dennoch wird Russland kritisch und misstrauisch beäugt. Insbesondere die Versuche Russlands, die Vorherrschaft im GUS-Raum zu erlangen, werden skeptisch beobachtet. Polen zielt auf Pluralität im GUS-Raum ab, um den russischen Einfluss in Zentral- und Osteuropa möglichst weit einzudämmen.⁴⁰⁹ Aus diesem Grund ist Polen auch bestrebt, die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszulösen und im Westen zu verankern.⁴¹⁰ Dies mag zwar das polnische Sicherheitsgefühl verstärken, allerdings erscheint dieses Vorhaben illusorisch, wenn man bedenkt, in welchem Maße die Ukraine wirtschaftlich mit Russland verbunden und von ihm abhängig ist. Generell wird Russland von Polen als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Da aus polnischer Sicht West- und Osteuropa militärisch nicht verbunden sind, bleiben die USA über den Art.5 des NATO-Vertrages die einzige militärische Sicherheitsgarantie.⁴¹¹ Das Eintreten für eine europäische Armee mag auch durch den Wunsch, die fehlende direkte militärische Sicherheitsgarantie durch die europäischen Staaten gegenüber Russland zu erreichen, motiviert sein.⁴¹²

Hier muss sich die polnische Position allerdings weiterentwickeln, wenn sie dauerhafte Ergebnisse erzielen will. Die Fixierung auf die territoriale Integrität des Landes hat seit dem Beitritt zur NATO deutlich an Dringlichkeit verloren. Vielmehr sollte Polen sich den erweiterten Sicherheitsbegriff zu Eigen machen und umsetzen.

Polen steht an der Spitze derjenigen Staaten, die innerhalb der EU eine härtere Position gegenüber Russland durchgesetzt haben. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, dass die

⁴⁰⁷ vgl. Polen rückt ab von Raketenabwehr, in: FAZ, Nr. 5, 07.01.2008, S.6

⁴⁰⁸ vgl. Oldberg, a.a.O., S.41

⁴⁰⁹ vgl. Lang (1), Kai-Olaf: Polen und der Osten – Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer „Ostpolitik“, SWP-Aktuell 22/2005, Berlin Mai 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2208, am 13.06.2006, S.1

⁴¹⁰ vgl. ebenda, S.3, vgl. auch: Lang (2), a.a.O, S.18

⁴¹¹ vgl. Bynander, Fredrik: Poland and the Czech Republic: new members torn between the EU and NATO, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S.63-83, S.76

⁴¹² vgl. Polnisches Hoffen auf ein Jawort Amerikas, a.a.O.: Da Polen nicht wie erhofft durch den Einsatz im Irak in den Kreis der engsten Verbündeten der USA aufgestiegen ist, ist das Vertrauen in die NATO angesichts der wachsenden Macht Russlands nicht „übermäßig groß.“

amerikanisch-russischen Beziehungen durch diese Politik nicht gestört wurden, da man einen Ansehens- und Positionsverlust in Washington befürchtete.⁴¹³ Die Anlehnung an die USA hat also nicht zwangsläufig einen störenden Charakter, sondern hat in diesem Fall eine mäßigende Wirkung.

Die Region Kaliningrad hat in Polen, anders als in Litauen, keinen besonders hohen Stellenwert. Die Zusammenarbeit verläuft nicht auf der nationalen Ebene, sondern auf der regionalen. Auch werden die Chancen, die sich im Rahmen der Nördlichen Dimension bieten, nicht ausreichend von Polen genutzt.⁴¹⁴

Die polnische Position kann also als sehr differenziert bezeichnet werden. Der allgemeine Konsens besteht aus der Anlehnung an die USA und die Versuche, die EU-Politik stärker auf die östlichen Nachbarn auszurichten und diese auf die Mitgliedschaft vorzubereiten.

5.7. Tschechische Republik

Die Tschechische Republik befürwortet im Allgemeinen eine stärkere Rolle der Europäischen Union in der Welt.⁴¹⁵ Die Identifikation mit den außenpolitischen Zielen und Verhaltensweisen der EU wird daran deutlich, dass sich Tschechien vor seinem Beitritt 2004 nur in wenigen Fällen nicht den Positionen der EU-15 angeschlossen hat.⁴¹⁶ Von daher kann man davon ausgehen, dass es die Positionen der GASP mittragen wird, sofern diese nicht in Widerspruch zu eigenen vitalen Interessen stehen.⁴¹⁷ Allerdings bedeutet dieses nicht, dass Tschechien sich den Interessen anderer Staaten unterordnet. Vielmehr verfolgt es eine sehr individuelle Strategie.⁴¹⁸ Dieses wird daran deutlich, dass sich Tschechien unter der Führung des damaligen konservativen Ministerpräsidenten Václav Klaus zunächst gegen ein gemeinsames Vorgehen aller Kandidatenländer ausgesprochen hat.⁴¹⁹ Die tschechische Politik ist von daher nicht so eindeutig ausgerichtet wie die Polens oder der baltischen Staaten, die wesentlich enger kooperieren. Unklar ist beispielsweise, ob Tschechien den

⁴¹³ vgl. Ekengren/Engelbrekt, a.a.O., S.29

⁴¹⁴ vgl. Ołecińska, a.a.O., S.54f.

⁴¹⁵ vgl. Khol (2), Radek: Czech Republic, in: Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf>, am 03.06.2008, S.26-30, S.29

⁴¹⁶ vgl. ebenda, S.26

⁴¹⁷ vgl. ebenda, S.29

⁴¹⁸ vgl. Dančák/Hloušek, a.a.O., S.137

⁴¹⁹ vgl. Kipke, Rüdiger: Tschechische Republik, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.266-270, S.269

Kandidatenstatus für die Ukraine befürwortet.⁴²⁰ Grundsätzlich ist aber eine Erweiterungsbereitschaft als gegeben anzusehen, da Tschechien einer tiefen Integration ablehnend gegenübersteht. Je größer die EU, so das tschechische Kalkül, desto eher wird eine politische Union zu verhindern sein. So sagte Klaus in einem Interview mit der FAZ 2005: „Ich bin gegen jede weitere Vertiefung und für die größtmögliche Erweiterung: Türkei, Marokko, Ukraine, Kasachstan – je mehr, desto besser.“⁴²¹ Die tschechischen Forderungen vor dem Europäischen Rat in Brüssel haben diese Position belegt. Tschechien forderte die Aufnahme eines Artikels in die europäischen Verträge, der explizit die Rückübertragung von Kompetenzen von der europäischen auf die nationale Ebene vorsieht, und konnte sich durchsetzen.⁴²²

Im Rahmen der GASP steht Tschechien einer Vergemeinschaftung ablehnend gegenüber.⁴²³ Gleiches gilt auch für die ESVP, wo es ebenfalls den intergouvernementalen Level bevorzugt.⁴²⁴ Aus diesem Grund werden auch die so genannten Directorate innerhalb der GASP abgelehnt, da diese in der Regel von Deutschland, Frankreich und Großbritannien dominiert werden⁴²⁵ und Tschechien somit nur eine untergeordnete Rolle spielen würde. Staatspräsident Klaus geht sogar so weit, dass er die GASP ablehnt. Seiner Meinung nach sei es unsinnig, eine solche Politik zu verfolgen, da die einzelnen Länder unterschiedliche Ziele und Prioritäten besäßen und von daher auch in unterschiedlichem Maß Vorteile daraus ziehen könnten.⁴²⁶ Diese Position greift allerdings zu kurz. Sicher kann die GASP nicht in gleichem Maße Vorteile für alle Staaten schaffen, aber angesichts der aktuellen Probleme ist, wie es von der Politik und Wissenschaft immer wieder betont wird, ein einzelner Staat nicht in der Lage, die meisten der Probleme zu bewältigen. Seinen Ansatz könnte man allerdings dahingehend auffassen und weiterentwickeln, dass die GASP sich nur auf wenige Kernpunkte konzentriert.

Eine ähnliche Auffassung vertritt Václav Klaus in Bezug auf den VVE beziehungsweise die europäische Integration im Allgemeinen. Vor dem Beitritt Tschechiens hat er die EU mit der

⁴²⁰ vgl. Král, a.a.O., S.43f.

⁴²¹ Ich habe Angst um Europa – Interview mit Vaclav Klaus, in: FAZ, Nr.62, 15.03.2005, S.5

⁴²² vgl. Die Frage der Stimmengewichtung ist nicht entscheidend – Interview mit Vaclav Klaus, in: FAZ, Nr. 140, 20.06.2007, S.6, vgl. auch: Europäischer Rat 21./21.06.2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.26

⁴²³ vgl. Khol (2), a.a.O., S.29

⁴²⁴ vgl. Khol (1), a.a.O., S.13

⁴²⁵ vgl. Bendieck (2), Annegret: Mehr Kohärenz und mehr Finanzklarheit für GASP und ESVP, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.15-18, S.16

⁴²⁶ vgl. Interview mit Vaclav Klaus, auf: <http://www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=2fRNkF0oHfkq>, am 13.06.2006, o.S.

UdSSR verglichen und einen europäischen Föderalismus abgelehnt. Bei solchen Äußerungen wurde ihm in Tschechien nur in wenigen Fällen widersprochen.⁴²⁷ Seine Position zur europäischen Integration ist schlicht und einfach: Klaus fordert den Verzicht auf weitere Integrationsschritte.⁴²⁸ So schlug er nach den gescheiterten Referenden zum VVE vor, dass sich die EU in Richtung eines losen Zusammenschlusses europäischer Staaten entwickeln solle.⁴²⁹ Da Václav Klaus den VVE offen ablehnt, betrachtete er die beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden als eine positive Entscheidung.⁴³⁰ In einem Artikel sagte er in Bezug auf die weitere Integration der EU: „The idea of building a „State of Europe“ must be forgotten.“⁴³¹

Wesentlich positiver als die Rolle der EU wird die der NATO in der Sicherheitspolitik angesehen. Dies liegt unter anderem daran, dass die neuen Mitgliedsstaaten ihre Sicherheit in erster Linie über die territoriale Integrität definieren.⁴³² So sieht Tschechien, wie die restlichen MOEL-Staaten auch, die NATO und damit insbesondere die USA als Schutzmacht an.⁴³³ Die kollektive Verteidigung wird dementsprechend bei der NATO angesiedelt und nicht im Rahmen der EU.⁴³⁴ Allerdings ist die Bindung an die USA in Tschechien geringer als in Polen oder Litauen.⁴³⁵ Dies liegt daran, dass in den beiden anderen Staaten das Gefühl der Bedrohung durch Russland wesentlich stärker ausgeprägt als in Tschechien, das nur EU-Staaten als Nachbarn hat. Trotz der Definition von Sicherheit über die territoriale Integrität proklamiert Tschechien den erweiterten Sicherheitsbegriff für sich und hat als strategisches Ziel seiner Politik die Verbesserung der Beziehungen zwischen NATO und der EU sowie eine Abstimmung der militärischen Fähigkeiten beider Organisationen verkündet.⁴³⁶ Tschechien befürwortet eine Trennung zwischen den Einsatzfeldern im Bereich Sicherheitspolitik zwischen der EU und der NATO. So soll die zivile Konfliktbewältigung im

⁴²⁷ Rothacher, Albrecht: Die EU 25 - Chancen, Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, in: APuZ 5-6/2004, Bonn 02.02.2004, S.25-34, S.26

⁴²⁸ vgl. Wege aus dem Dilemma gesucht, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.23/24, 06./13.06.2005, S.11

⁴²⁹ vgl. Lang (3), a.a.O., S.16

⁴³⁰ vgl. Europa im Jahr null, in: Der SPIEGEL, Nr.23/2005, Hamburg 06.06.2005, S.94-105, S.98

⁴³¹ Klaus, Václav: Why Europe must reject centralisation, auf:

<http://www.vaclavklaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=STtciajZmUpU>, am 17.10.2006, o.S.

⁴³² vgl. Plate, Bernard von: Die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses: Mehr als die NATO, SWP-Studie 17/2003, Berlin Mai 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=156, am 26.07.2005, S.16

⁴³³ vgl. Khol (2), a.a.O., S.27, vgl. auch: Die Frage der Stimmengewichtung ist nicht entscheidend – Interview mit Vaclav Klaus, a.a.O., S6: Tschechien sieht die transatlantischen Beziehungen als zweites Standbein seiner Außenpolitik neben der EU an.

⁴³⁴ vgl. Khol (1), a.a.O., S.14, vgl. auch: Winkler, Jan/Kurfürst, Jaroslav: Eine gemeinsame Sicherheitsstrategie für Europa - Die Prager Perspektive, in: Internationale Politik, 59. Jg., April 2004, S.47-52, S.50

⁴³⁵ vgl. ebenda, S.7

⁴³⁶ vgl. Tschechische Republik: Security Strategy of the Czech Republic, auf:

<http://www.czechembassy.org/www/mzv/defaultart.asp?id=24118&ido=7567&idj=2&amb=1&type=print>, o.S., am: 07.12.2005, vgl. auch: Khol (2), a.a.O., S.27

Rahmen der EU stattfinden, die militärische hingegen bei der NATO. Generell sollen beide Organisationen ein Verhältnis ohne Konkurrenz führen.⁴³⁷ Grund für diese Art der Arbeitsteilung ist die Erkenntnis, dass es sich keine Seite des Atlantiks leisten kann auf Dauer unilateral vorzugehen. Allerdings übersieht diese Konzeption, dass bei den heutigen Einsätzen im Rahmen des Krisenmanagements nur schwer eine genaue Differenzierung zwischen einer militärischen und zivilen Phase zu unterscheiden ist. Die Übergänge sind fließend. Aus diesem Grund haben sich mehrere europäische Staaten zusammengeschlossen und 2004 eine europäische Gendarmerietruppe ins Leben gerufen, die in den Übergangsphasen eingesetzt werden soll.⁴³⁸ Generell bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, wie das Verhältnis zwischen beiden Organisationen optimal gestaltet werden kann. Beide Seiten drängen in die bisherige Domäne des anderen: Die Wirtschaftsmacht EU möchte ihre militärischen Fähigkeiten verbessern, die Militärorganisation NATO ihre zivilen.

⁴³⁷ vgl. Khol (1), a.a.O., S.7

⁴³⁸ Paris will mit USA solidarisch zusammenarbeiten – Frankreichs Verteidigungsministerin Alliot-Marie über die Nuklearstrategie und die neuen globalen Bedrohungen, a.a.O., o.S.: An der Gendarmerietruppe beteiligen sich Frankreich, Italien, die Niederlande, Spanien und Portugal

6. Haltungen zu weiteren Erweiterungen

Da die EU-Verträge keine abschließende Beantwortung der Frage nach den endgültigen Außengrenzen der EU zulassen, können diese nur über die Einstellungen der verschiedenen Mitgliedsstaaten zu weiteren Erweiterungen definiert werden. Hierzu soll zunächst die Einstellung der Bevölkerung zu weiteren Neuaufnahmen betrachtet werden. Im Anschluss werden die Haltungen der Mitgliedsstaaten und die Erwartungen der beitriftswilligen Staaten untersucht. Abschließend werden einige Optionen für eine weitere Behandlung des Themas Erweiterungen aufgezeigt werden.

Zunächst lässt sich feststellen, dass die Bevölkerung der EU-15 bereits der Osterweiterung 2004 nicht nur positive Gefühle entgegenbrachte, sondern diese oftmals als eine Bedrohung für die eigene Situation wahrnahm.⁴³⁹ Aus diesem Grund haben zahlreiche Experten die Ablehnung des VVE in Frankreich und den Niederlanden als ein grundsätzliches „Nein“ zu weiteren Neuaufnahmen gewertet.⁴⁴⁰ Zwar steht die Erweiterungsfrage in keinem direkten Zusammenhang mit dem Entwurf, aber die Betrachtung insbesondere des französischen Referendums macht deutlich, dass sie eine der Entscheidenden bei der Meinungsfindung war. In Frankreich wurde die Frage nach der endgültigen Anzahl der Mitglieder zum Kernthema der politischen Auseinandersetzung im Vorfeld der Abstimmung. Aus diesem Grund hat Frankreich eine Verfassungsänderung vorgenommen, sodass jeder weitere Beitritt per Referendum angenommen werden muss.⁴⁴¹ Auf der EU-Ebene ist Frankreich in der Folge ebenfalls aktiv gewesen: Es wurde eine Regelung ins Gespräch gebracht, die es der EU ermöglichen soll Staaten abzulehnen, wenn die öffentliche Meinung dagegen ist oder die Gefahr einer Überdehnung der EU besteht.⁴⁴² Dieser Vorstoß ist als Aktionismus anzusehen. Die Gefahr einer Überdehnung der EU dürfte nur gering sein, da in absehbarer Zeit keine größere Gruppe von Staaten aufgenommen wird. Die Aufnahme von zehn neuen Staaten 2004 dürfte damit die größte Erweiterung der EU bleiben. Auch der Aspekt der öffentlichen Meinung ist nur bedingt tauglich, da die öffentliche Meinung durch gezielte Maßnahmen leicht zu beeinflussen ist.

⁴³⁹ vgl. Das Pathos hat ausgedient, in: Der SPIEGEL 19/2005, Hamburg 09.05.2005, S.20-24, S.20

⁴⁴⁰ vgl. Vahl (1), Marius: A privileged Partnership? EU-Russian Relations in a comparative Perspective, DIIS Working Paper 2006/3, Kopenhagen 2006, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2006/3_m_vahl_privileged_partnership.pdf, am 31.07.2006, S.20

⁴⁴¹ vgl. Lefebvre, a.a.O., S.17, vgl. auch: New EU 'consensus' over enlargement highly fragile, a.a.O., o.S.

⁴⁴² vgl. Ukraine chaos poses questions on EU enlargement, a.a.O., o.S.

Der Begriff „Beitrittsverhandlungen“ ist irreführend. Im Rahmen dieser Verhandlungen wird nicht über den Beitritt verhandelt, sondern die EU stellt fest, ob der betreffende Staat in der Lage ist, den gemeinschaftlichen Besitzstand zu übernehmen. Ist dieses der Fall, gelten die „Beitrittsverhandlungen“ als erfolgreich abgeschlossen. Dieser Abschluss ist aber nicht gleichbedeutend mit der Mitgliedschaft. Die Frage der Mitgliedschaft liegt in den Händen des Europäischen Rates und damit in den Händen der Mitgliedsstaaten. Diese müssen einstimmig für die Aufnahme sein. Da jeder Staat gemäß seinen Verfassungsvorschriften zu entscheiden hat, bietet sich jederzeit die Möglichkeit einen Beitritt abzulehnen.⁴⁴³

Die letzte Erweiterung um Bulgarien und Rumänien wurde in der Bevölkerung weitestgehend kritisch aufgenommen. Zum einen wurden beide Staaten weniger als Teil der europäischen Völkerfamilie angesehen, sondern vielmehr als Exporteure von Kriminalität.⁴⁴⁴ Und zum anderen wurden beide Staaten in Bezug auf die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien sehr nachsichtig behandelt.⁴⁴⁵ Die von der Kommission festgelegten Möglichkeiten zur Aussetzung von Hilfen können nur bedingt Kompensation schaffen. Es besteht die Gefahr, dass andere Staaten eine ähnliche Behandlung für sich einfordern, wenn Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollten. Es besteht also die Gefahr, dass die Kriterien dauerhaft aufgeweicht und verwässert werden.

In 15 der 27 Staaten übersteigt die Zahl der Beitrittsgegner die der Befürworter, zum Teil lehnen wie in Deutschland oder Österreich 69% bzw. 81% der Bürger einen türkischen EU-Beitritt ab.⁴⁴⁶ Bei den Balkanstaaten sieht die Sachlage differenzierter aus: Lediglich im Fall von Albanien übersteigt die Zahl der Beitrittsgegner die Zahl der Befürworter. Allerdings kann von den untersuchten Staaten lediglich Kroatien für sich in Anspruch nehmen, dass die Mehrheit der EU-Bürger seinen Beitritt befürwortet.⁴⁴⁷ Generell befürworten nur 49% der EU-Bürger weitere Neuaufnahmen.⁴⁴⁸ Von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren Aufnahmen in die EU kann also nicht gesprochen werden. Vielmehr sollte die EU dazu übergehen, den Bürgern das Ziel der Erweiterungen zu erklären. Gelingt dieses, dann werden auch die Zustimmungswerte steigen.

⁴⁴³ vgl. Art. 49 EU-V und Art. 49 VL; aus Gründen der Verständlichkeit wird der Begriff „Beitrittsverhandlungen“ in dieser Arbeit angewandt.

⁴⁴⁴ vgl. Das Pathos hat ausgedient, a.a.O., S.22

⁴⁴⁵ Emerson (2), Michael: Vade Mecum for the Next Enlargements of the European Union, CEPS Policy Brief 61, Brüssel Dezember 2004, auf: http://shop.ceps.be/download.php?item_id=1185, am 18.04.2006, S.1, vgl. auch: Gefährlicher Großmut, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.85, 14.04.2005, S.4

⁴⁴⁶ vgl. Special Eurobarometer – Attitudes towards European Union Enlargement, auf: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_255_en.pdf, am 01.09.2007, S.71: im Allgemeinen liegt der Ablehnungswert zwischen 40% und 60%.

⁴⁴⁷ vgl. ebenda, S.67

⁴⁴⁸ vgl. Eurobarometer 67, a.a.O., S.30

Aufgrund der vertraglichen Bestimmungen sind Neuaufnahmen nur dann möglich, wenn die Mitgliedsstaaten sich einstimmig für den Beitrittskandidaten nach Abschluss der Verhandlungen entscheiden.⁴⁴⁹ Daher ist es notwendig, die einzelnen Grundpositionen zu betrachten. Bevor dies im Folgenden geschieht, sollen einige allgemeine Bemerkungen über die Erweiterungsfrage gemacht werden. In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass die EU sich viel zu sehr mit Detailfragen beschäftigt. Sie hat den Blick für strategische Fragen verloren und sich zu sehr mit taktischen Elementen solcher Fragen beschäftigt.⁴⁵⁰ Diese Aussage wird gestützt durch die Entwicklung der ENP. Ausgehend von einem sehr allgemein gehaltenen Papier hat sich die EU in eine Debatte verstrickt, in denen die Nationalstaaten bemüht sind, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und die große Linie vernachlässigt haben. Begünstigt wurde diese Entwicklung sicherlich durch das Fehlen einer Vision für die endgültige Gestalt der EU.

Die EU muss sich generell stärker an den Grundsatz halten, dass nicht nur die Interessen der Beitrittskandidaten oder die nationalen Interessen der Mitglieder die Grundlage für eine Mitgliedschaft bilden. Vielmehr bildet die Fähigkeit der EU neue Mitglieder zu verkraften, die Grundlage für weitere Mitgliedschaften.⁴⁵¹ Weiterhin sollte berücksichtigt werden, ob ein Staat durch seine Mitgliedschaft die Fähigkeiten der EU verstärken kann.

Die Frage nach der Mitgliedschaft weiterer Staaten wird nicht nur durch die Gestaltung der finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen definiert. Hier spielt auch die Haltung der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Insbesondere nach der Osterweiterung der EU 2004 hat sich innerhalb der Bevölkerung eine ablehnende Haltung gegen weitere Neuaufnahmen ausgebreitet.⁴⁵² Neben der Skepsis, ob diese Erweiterungen für die eigenen Person Vorteile bieten, sind die Gründe auf anderem Gebiet zu suchen. Wichtig für die Haltung der Bevölkerung ist die Tatsache, dass die EU keine klare Antwort auf die Frage der endgültigen Grenzen anzubieten hat.⁴⁵³ Je weiter sich die EU geografisch ausdehnt, desto eher scheinen die Vorteile der Mitgliedschaft in der EU zu schwinden. Genährt werden solche Ängste durch Aussagen wie die des ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt. Dieser hat für die EU den Vergleich mit einem Fahrrad bemüht, dass fahren müsse, da es andernfalls

⁴⁴⁹ vgl. Art. 49 EU-V und Art. 49 VL

⁴⁵⁰ vgl. Lynch (4), Dov: The new Eastern Dimension of the enlarged EU, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.34-59, S.39

⁴⁵¹ vgl. Europäische Kommission (3): Communication from the Commission - 2005 enlargement strategy paper, COM(2005) 561, Brüssel 09.11.2005, auf: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2005/com2005_0561en01.pdf, am 18.11.2005, S.2f.

⁴⁵² vgl. Holm, a.a.O., S.6

⁴⁵³ vgl. Martens (1), Stephan: Das erweiterte Europa, in: APuZ 17/2004, Bonn 19.04.2004, S.3-5, S.5

umfalle.⁴⁵⁴ Dieser Vergleich beruht auf der Hoffnung, dass sich aus weiteren Neuaufnahmen der Druck auf Reformen verstärkt und letzten Endes eine vertiefte Integration stattfindet. Allerdings hinkt dieser Vergleich. Um im Bilde zu bleiben: Jedes Kind, das Fahrrad fahren lernt, lernt auch, dass man mit einem Fahrrad anhalten kann, ohne umzufallen. Der ungeschickte Vergleich mit dem Fahrrad weckt in der Bevölkerung lediglich Ängste, dass die Politik der EU ungesteuert und ziellos ist. Es entsteht der Eindruck, dass die EU neue Mitglieder aufnehmen muss, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. Solange die EU nicht glaubhaft machen kann, dass die europäische Integration kein Selbstzweck, sondern ein Weg zu einem klaren Ziel ist, wird sie das Vertrauen der Bevölkerung für ihre Politik nicht gewinnen können.

In Bezug auf weitere Osterweiterungen spielen Russland und die GUS eine wichtige Rolle. Eine weitere Ausdehnung der EU nach Osten bedeutet eine Ausdehnung auf das Gebiet der GUS. Allerdings hat die EU die GUS als Russlands vorrangige Einflusszone anerkannt und gesteht Russland den Status eines Integrationszentrums zu.⁴⁵⁵ Wird diese Aussage ernst genommen, dann dürfte die EU keinerlei weitere Osterweiterungen vornehmen, weil im anderen Fall Russlands Status als Integrationszentrum untergraben wird. Allerdings hat die EU in ihrer jetzigen Form kaum Gründe, interessierten Staaten wie beispielsweise der Ukraine den Beitrittswunsch abzuschlagen.⁴⁵⁶ Allerdings hätte die Eröffnung der Beitrittsperspektive für die Ukraine auch Auswirkungen auf die laufenden Verhandlungen mit der Türkei, da die Ukraine in Bezug auf die Größe in etwa mit der Türkei vergleichbar ist. Es sind zwar in den Bereichen Bevölkerung und Wirtschaftskraft erhebliche Unterschiede zu konstatieren, allerdings würde die Türkei darauf verweisen, dass sie die besseren Wirtschaftsdaten hat⁴⁵⁷ und somit eher die Mitgliedschaft in der EU verdient habe als die Ukraine.

⁴⁵⁴ Verhofstadt, Guy: Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa, auf:

http://www.pickings.de/tiki-read_article.php?articleId=1252, am 06.01.2006, o.S.

⁴⁵⁵ vgl. Meier, Christian: Osteuropa nach der EU-Osterweiterung: Die Ukraine und Russland, SWP-Arbeitspapier, Berlin Juli 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=265, am 15.07.2005, S.2

⁴⁵⁶ vgl. Gromadzki Grzegorz/Sushko, Olsandr/Vahl, Marius/Wolczuk, Katarzyna (Ed.): More than Neighbours - The Enlarged European Union and Ukraine - New Relations. Final Report, Warschau 2004, auf: http://www.batory.org.pl/doc/final_rep.pdf, am 15.07.2005, S.21

⁴⁵⁷ vgl. <http://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml>, am 11.03.2007, Vergleich der Türkei und der Ukraine in folgenden Bereich: Gesamtfläche in qm² (Türkei: 780 580, Ukraine: 603 700), Bevölkerung (Türkei: 70 175 100, Ukraine: 46 710 800), BSP in US-Dollar (Türkei: 347 664 000 000, Ukraine: 79 486 000 000), Zahlen aus 2006

Doch sind weitere Neuaufnahmen nicht nur aus diesem Grund problematisch: Die EU hat vor der Osterweiterung 2004 ihre Strukturen nicht den neuen Gegebenheiten angepasst.⁴⁵⁸ Sie muss daher mindestens bis 2009 mit dem nach allgemeiner Ansicht unzureichenden Vertragswerk von Nizza auskommen. An der Debatte über die institutionelle Neugestaltung der EU hat sich deutlich gezeigt, dass die meisten Staaten in erster Linie an der Wahrung ihrer Besitzstände interessiert sind und weniger an einer effektiven Struktur für die EU.⁴⁵⁹

Die in dieser Arbeit behandelten Staaten der EU lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: Großbritannien, Litauen, Polen und Tschechien sind weiteren Erweiterungen nicht abgeneigt. Deutschland, Frankreich und Österreich vertreten eine skeptische bis ablehnende Position.⁴⁶⁰

Die Haltung Großbritanniens ist generell weiteren Mitgliedern gegenüber aufgeschlossen. So hat sich der damalige britische Europaminister Douglas Alexander für weitere Neuaufnahmen ausgesprochen. Das Scheitern des VVE sei dabei kein Hindernis.⁴⁶¹ Der britische Außenminister David Miliband sagte in einer Rede am 15.11.2007 in Brüssel, dass die Erweiterung das mit Abstand beste Mittel sei, Wohlstand und Stabilität zu verbreiten.⁴⁶² Allerdings wird der Beitritt Kroatiens skeptisch beurteilt.⁴⁶³ Der Grund hierfür dürfte in der teilweise mangelhaften Kooperation Kroatiens mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal liegen. Die Weigerung gesuchte Personen, die in Kroatien teilweise als Volkshelden gelten, auszuliefern, hat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beinahe unmöglich gemacht. Lediglich die österreichische Drohung, gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu stimmen, und das Einlenken der kroatischen Regierung in letzter Sekunde haben dieses noch ermöglicht.⁴⁶⁴

Polen setzt sich am aktivsten für eine Verschiebung der EU-Grenzen nach Osten ein. So wird der Beitritt der Ukraine als ein Teil der polnischen Staatsraison begriffen. Es herrscht die feste Überzeugung, dass die Ukraine das gleiche Recht auf Beitrittsverhandlungen besitzt

⁴⁵⁸ vgl. Pehle, Heinrich/Sturm, Roland: Einleitung: Die Europäische Union nach der Osterweiterung – Perspektiven der EU-25, in: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, S.11-15, S.12

⁴⁵⁹ Dies ist zuletzt sichtbar geworden im Vorfeld des ER in Brüssel, als von verschiedenen Mitgliedern Forderungen erhoben wurden. So verlangte Großbritannien in Bezug auf die Grundrechtecharta und dem geplanten EAD Änderungen bzw. Ausnahmen für sich. Polen verlangte Änderungen an der Stimmgewichtung im Rat. vgl. hierzu: Bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts sind wir unerbittlich – Interview mit Manuel Barroso, in: FAZ, Nr. 168, 23.07.2007, S.6

⁴⁶⁰ vgl. Club im Club, a.a.O., S.32, vgl. auch: New EU ‘consensus‘ over enlargement highly fragile, a.a.O., o.S.

⁴⁶¹ vgl. Emerson, Michael/Aydini, Senem/de Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana: Just what is this ‘absorption capacity’ of the European Union?, CEPS Policy Brief 113, Brüssel September 2006, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1381, am 06.11.2006, S.3

⁴⁶² vgl. Miliband, David: Europa 2030: Vorbildmacht – keine Supermacht, auf: <http://www.britische-botschaft.de/de/news/items/071115a.htm>, o.S.

⁴⁶³ vgl. Wege aus dem Dilemma gesucht, a.a.O., S.11

⁴⁶⁴ vgl. Der Deal mit Wien, auf: <http://www.abendblatt.de/daten/2005/10/04/488696.html>, am 15.07.2007, o.S.

wie die Türkei.⁴⁶⁵ Ein weiteres Argument für das Einräumen der Beitrittsperspektive ist strategischer Natur. Nur mit der Aussicht auf die Vollmitgliedschaft in der EU werde die EU in der Lage sein, auf die Entwicklung in der Ukraine strategischen Einfluss zu nehmen.⁴⁶⁶ Allerdings ist die polnische Position innerhalb der EU isoliert, da die meisten Staaten einer neuen Osterweiterung derzeit skeptisch gegenüber stehen.⁴⁶⁷ Neben der Ukraine drängt Polen darauf, dass auch Weißrussland und Moldawien die Beitrittsperspektive eingeräumt bekommen. Bei allen drei Staaten steht die Mehrheit der EU-Staaten diesem Vorhaben allerdings ablehnend gegenüber. Grund dafür sind zum einen die Rücksicht auf russische Interessen in diesem Raum und zum anderen Zweifel, ob die EU in der Lage ist diese Staaten als Vollmitglieder zu verkraften.⁴⁶⁸ Weißrussland steht als Mitglied in seinem jetzigen Zustand nicht zur Debatte. Im Fall der Ukraine ist die EU an einem Staat interessiert, der sowohl nach Westen wie nach Osten offen ist.⁴⁶⁹ Die Ukraine soll so eine Brückenfunktion in Richtung Kaukasus und Zentralasien einnehmen. Die russische Position zum Engagement der EU im GUS-Raum ist eindeutig: Russland hat stets verärgert reagiert, wenn sich andere Staaten in der Region engagiert haben. Besonders deutlich ablesbar ist dieses an der heftigen Reaktion auf das polnische Engagement während der Orangen Revolution Ende 2004 in der Ukraine.⁴⁷⁰

Eines der Hauptargumente, das gegen weitere Neuaufnahmen vorgebracht wird, bezieht sich auf die Frage der Absorptionsfähigkeit der EU. Insbesondere Frankreich und Österreich, für Deutschland gilt dies etwas schwächer, haben diese Frage auf die Tagesordnung der EU gesetzt.⁴⁷¹ Die EU definiert den Begriff Absorptionsfähigkeit so, dass die Effizienz der EU in ihren Handlungen nicht durch den beitretenden Staat beeinträchtigt wird.⁴⁷² Ob dieses Gebot bei der Osterweiterung 2004 eingehalten wurde, sei dahingestellt. Ein Fortschritt kann allerdings festgestellt werden: Auf dem Europäischen Rat im Juni 2007 wurde beschlossen, dass die Kopenhagener Kriterien in die europäischen Verträge aufgenommen werden.⁴⁷³

⁴⁶⁵ vgl. Buras/Pomorska, a.a.O., S.40ff.

⁴⁶⁶ vgl. Emerson (1), a.a.O., S.16

⁴⁶⁷ vgl. New EU 'consensus' over enlargement highly fragile, a.a.O., o.S., vgl. auch: Zaborowski, a.a.O., S.23

⁴⁶⁸ vgl. Timmermann (1), Heinz: Russland und die EU-25 nach der Erweiterung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 35. Jg., Heft 2/2006, S.141-156, S.141, vgl. auch: Vahl (1), a.a.O., S.17

⁴⁶⁹ vgl. ebenda, S.150

⁴⁷⁰ vgl. Eiszeit im Osten Europas, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.21, 27.01.2005, S.7

⁴⁷¹ vgl. Durand, Guillaume/Missiroli, Antonio: Absorption capacity: old wine in new bottles?, EPC Policy Brief, Brüssel September 2006, auf: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/850239634_Absorption.pdf, am 20.10.2006, S.3, vgl. auch: Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela: Argumente für eine neue Erweiterungsstrategie – die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU, in: integration 2/2007, 30. Jg., S.117-128, S.118

⁴⁷² vgl. Kramer (5), Heinz: Wie „erweiterungsmüde“ ist die EU?, SWP-Aktuell 16/2007, Berlin März 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3819, am 10.05.2007, S.4

⁴⁷³ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.27

Dadurch werden die Kopenhagener Kriterien Teil des Europäischen Primärrechts und damit rechtlich verbindlich. Allerdings sind sie auch in Zukunft nicht an objektive messbare Kriterien gebunden, sondern bleiben politisch auslegbar.

Die französische Position ist in dieser Frage die härteste. Frankreich ist nur dann bereit, Neuaufnahmen zuzustimmen, wenn es vorher substanzielle Reformen und Klarheit über die endgültige Gestalt der EU gibt. Zudem muss die Zustimmung der Bevölkerung sichergestellt sein.⁴⁷⁴ Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat weiterhin deutlich gemacht, dass er einen Beitritt der Türkei strikt ablehnt.⁴⁷⁵ Aus diesem Grund hat er nach dem EU-Gipfel im Juni 2007 angekündigt, dass Frankreich Ende 2007 eine Debatte über die endgültigen Außengrenzen der EU beginnen wollte.⁴⁷⁶ Mit diesem Vorhaben konnte sich Präsident Sarkozy allerdings nicht durchsetzen.

Die Forderungen nach Reformen und Klarheit über die Gestalt der Union hingegen sind zu unterstützen. Antworten auf diese Fragen bedeuten Klarheit für die Staaten, die Mitglied der EU werden möchten, und geben auch der Bevölkerung Sicherheit. Dadurch würde auch die Akzeptanz der Union nach innen erhöht werden.

Frankreich und Deutschland haben 2000 erklärt, dass die EU nach der Osterweiterung 2004 ihre Grenzen nicht weiter nach Osten verschieben sollte.⁴⁷⁷ Die französische Position hat sich somit seither nicht geändert. In Deutschland ist die Sachlage anders. Hier sind die beiden großen Parteien CDU und SPD unterschiedlicher Ansicht. Die SPD ist grundsätzlich weiteren Mitgliedschaften, insbesondere der Türkei, gegenüber aufgeschlossen. Konservative Politiker hingegen fordern, dass das Ergebnis der Verhandlungen nicht von vornherein festgelegt werden dürfe. Allerdings ist als Grundtenor festzustellen, dass die EU keine neuen Mitglieder aufnehmen könne.⁴⁷⁸

In Bezug auf die Türkei hat die österreichische Regierung angekündigt, ohne durch die Verfassung dazu verpflichtet zu sein, ein Referendum durchführen zu wollen. Da die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gegen weitere Beitritte ist, kann dieses Vorgehen den Beitritt der Türkei scheitern lassen. Zudem sollen die Verhandlungen ergebnisoffen geführt werden.⁴⁷⁹ Der Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und

⁴⁷⁴ vgl. Emerson/Aydini/de Clerck-Sachsse/Noutcheva, a.a.O., S.3

⁴⁷⁵ vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, a.a.O., S.18, vgl. auch: Martens (2), a.a.O., S.19: Sarkozy wird mit den Worten „Die Türkei hat keinen Platz in Europa.“ zitiert.

⁴⁷⁶ vgl. EU risks credibility loss on enlargement, Turkey says, auf: <http://euobserver.com/15/24363>, am 27.06.2007, o.S.

⁴⁷⁷ vgl. Kuzio, a.a.O., S.11

⁴⁷⁸ vgl. Wissmann (1), Matthias: Das Modell der gestuften Mitgliedschaft - Neue Strategien für künftige Erweiterungsschritte der EU, in; Internationale Politik, 61.Jg, Mai 2006, S.64-68, S.64f.

⁴⁷⁹ vgl. Bundeskanzleramt Österreich – Regierungsprogramm 2007 – 2010: Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, auf: <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=19542>, am 20.07.2007, S.7f.

internationale Angelegenheiten Hans Winkler sagte in einem Zeitungsinterview, dass es „gescheit [sei], wenn man sich über Alternativen rechtzeitig den Kopf zerbricht“.⁴⁸⁰ Dieser Aussage ist zuzustimmen. Unabhängig davon, welches Ergebnis am Ende der Beitrittsverhandlungen steht, wird die EU mit den Konsequenzen umgehen müssen. Das türkische Beharren auf den Beitritt ist zwar verständlich, allerdings wird die Türkei akzeptieren müssen, dass sich die EU auch über Alternativen Gedanken macht.

Die Kommission ist in der Frage weiterer Mitglieder nur teilweise festgelegt. Für die Ukraine besitzt sie keine klare Strategie. Für die Formulierung der europäischen Politik gegenüber der Ukraine spielt die russische Position eine wichtige Rolle.⁴⁸¹ Die zurückhaltende Reaktion auf die ukrainischen Forderungen nach Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahr 2007⁴⁸² und der Hoffnung auf einen Beitritt 2011⁴⁸³ macht deutlich, dass die Kommission derzeit nicht an einer Mitgliedschaft der Ukraine interessiert ist. Der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi hat es in einem Interview mit der niederländischen Zeitung „De Volkskrant“ am 27.11.2003 sehr deutlich gemacht: „The Balkan countries will join as they belong. Turkey is officially a candidate that is clear. But Morocco, or Ukraine, or Moldova? I see no reason for that.“⁴⁸⁴ In die gleiche Richtung geht auch die Aussage des damaligen Erweiterungskommissars Günter Verheugen, der ausführte, dass die Grenzen der EU mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien sowie der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei zunächst fixiert seien.⁴⁸⁵ Diese Linie wird von Erweiterungskommissar Olli Rehn fortgesetzt. Er vertritt den Standpunkt, dass keine neuen Staaten den Kandidatenstatus eingeräumt bekommen sollten, da die Grenzen der EU erreicht seien.⁴⁸⁶ Aus diesem Grund wolle die Kommission die Zusammenarbeit mit der Ukraine zwar intensivieren, aber keinerlei Beitrittsdiskussionen führen. Als Ziel für die Verhandlungen mit der Türkei hat Rehn die Vollmitgliedschaft bezeichnet. Allerdings hätten die Regierungen es offen gehalten, ob dieses Ziel erreicht werden könne.⁴⁸⁷ In der

⁴⁸⁰ zitiert nach: Belafi, Matthias: Eine große Koalition gegen die Türkei – Der europapolitische Kurs der österreichischen Bundesregierung, in: CAP Aktuell, Nr.2, März 2007, auf:

<http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Aktuell-2007-02.pdf>, am 24.06.2007, S.5

⁴⁸¹ vgl. Kuzio, a.a.O., S.5f.

⁴⁸² vgl. Ukraine strebt EU-Beitritt an, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.11, 14.03.2005, S.1

⁴⁸³ vgl. Timmermann (2), Heinz: Die EU und die „Neuen Nachbarn“ Ukraine und Belarus, SWP-Studie 41/2003, Berlin Oktober 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=242, am 15.07.2005, S.12

⁴⁸⁴ zitiert nach: Kuzio, a.a.O., S.10

⁴⁸⁵ vgl. Ohne Erweiterung wäre alles viel schlechter - Interview mit Günter Verheugen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.134, 14.06.2005, S.9

⁴⁸⁶ vgl. Warnung vor weiteren Versprechen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.140, 21.06.2005, S.7

⁴⁸⁷ vgl. ebenda, S.7

Öffentlichkeit hat Rehn die Devise vertreten, dass im Zweifelsfall für den Kandidaten zu entscheiden sei.⁴⁸⁸ Diese Haltung ist gefährlich, weil in einer solchen Situation andere Staaten die gleiche Behandlung für sich einfordern könnten. Es ist festzuhalten, dass dieses Motto bereits praktiziert wurde, da Rumänien aufgenommen wurde, ohne dass die deutlich sichtbaren Mängel in der Beitrittsreife die verantwortlichen Politiker ernsthaft gestört hätten.⁴⁸⁹ Verheugen führte 2006 mit Bezug auf die Türkei aus, dass der beständige Blick auf die Schwächen der Türkei diese dazu verleiten könne, die Reformen zu stoppen und somit die Gefahr eines geopolitischen Scheiterns bestehe.⁴⁹⁰ An anderer Stelle stellte er fest, dass die Zukunft in den Ländern, denen keine Beitrittsperspektive eingeräumt worden sei, ungewiss ist.⁴⁹¹ Überspitzt formuliert bedeutet die Schlussfolgerung aus diesen Aussagen Verheugens, dass lediglich der Beitritt die von der EU gewünschte Stabilität erzeugt.

Generell vertritt die Kommission den Standpunkt, dass die jetzigen Kandidaten und die Staaten des westlichen Balkans vorerst das Ende aller weiteren Beitritte bedeuten sollen. Dies trifft natürlich auf den Widerstand der Staaten, die in Richtung EU drängen. So hat der georgische Präsident Mikheil Saakaschwili am 16.02.2004 in Berlin die Ansprüche Georgiens auf die EU-Mitgliedschaft deutlich gemacht.⁴⁹² In seinen Augen wäre der Beitritt der kaukasischen Staaten die endgültige Befreiung Europas.⁴⁹³ Gemeint ist in diesem Fall die Befreiung von der russischen Vorherrschaft. Die Ukraine fordert im Rahmen der Verhandlungen zu den ENP-Aktionsplänen ebenfalls sehr deutlich die Anerkennung als Beitrittskandidat.⁴⁹⁴ Allerdings sind die politischen Eliten in Kiew realistisch genug zu erkennen, dass diese im Moment nicht zu erlangen ist, da die EU zunächst die Osterweiterung 2004 und die Beitritte 2007 verkräften muss. Die Kooperation wird daher vorerst nicht über eine Zusammenarbeit innerhalb der ENP hinausgehen.⁴⁹⁵ Dies ist Anfang 2008 von Kommissionspräsident Barroso noch einmal deutlich gemacht worden. Bevor nach

⁴⁸⁸ vgl. Gefährlicher Großmut, a.a.O., S.4

⁴⁸⁹ vgl. ebenda, S.4; vgl. auch Augen zu und durch, in: Der SPIEGEL, Nr.16, Hamburg 18.04.2005, S.122-126, S.122: Der rumänische Staatspräsident Basescu sagte vor dem Europäischen Parlament, dass Rumänien nicht in der Lage sei den gemeinsamen Besitzstand zu übernehmen und nicht reif für den Beitritt sei.

⁴⁹⁰ vgl. Verheugen warns EU against 'dangerous spiral' on Turkey, auf: <http://euobserver.com/9/22593>, am 09.10.2006, o.S.

⁴⁹¹ vgl. Verheugen, Günter: Europas neue Identität – Zwei Jahre nach der Erweiterung: Resultate und Lektionen, in: Internationale Politik 61.Jg, Mai 2006, S.6-16, S.6

⁴⁹² vgl. Guérot, Ulrike/Witt, Andrea: Europas neue Geostrategie, in: APuZ 17/2004, Bonn 19.04.2004, S.6-12, S.12

⁴⁹³ Emerson (2), a.a.O., S.3

⁴⁹⁴ vgl. Ukraine takes EU to task for weak words on new treaty, auf: <http://euobserver.com/24/23317>, am 24.01.2007, o.S.

⁴⁹⁵ vgl. Meier, a.a.O., S.2

seinen Angaben eine engere Kooperation möglich ist, muss die Ukraine ihre Reformen fortsetzen und verstärken.⁴⁹⁶

Die Einbindung der Ukraine in die westlichen Strukturen ist für die Ukraine mit ihrer Fixierung auf die Sicherheitspolitik sehr wichtig. Es wird von ihrer Seite aus immer wieder betont, dass die Ukraine für den Westen zu wichtig sei, um zu scheitern.⁴⁹⁷ Das Misstrauen gegenüber Russland ist immer noch groß und wird durch die wiederkehrenden Konflikte um Energielieferungen weiter geschürt. Aus diesem Grund widersetzt sich die Ukraine jeder über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgehenden Integration innerhalb der GUS, da sie befürchtet, zu sehr in den russischen Sog zu geraten.⁴⁹⁸ Im Zusammenhang mit der Frage nach der Rolle Russlands in Bezug auf die Kooperation zwischen der EU und der Ukraine muss erwähnt werden, dass die ukrainische Unabhängigkeit in Russland als irreversibel gilt. Von daher muss Russland eine Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in Kauf nehmen.⁴⁹⁹

Da einige Staaten im GUS-Raum Beitrittsambitionen haben, stellt sich nun die Frage, in welcher Form mit ihnen umgegangen wird. Die Frage nach den Außengrenzen der EU wurde durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und noch stärker durch die Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei neu entfacht. Aufgrund der geltenden Rechtsgrundlage ist es schwierig zu definieren, warum beispielsweise die Ukraine nicht Mitglied werden sollte. Im Nachhinein erscheint es, dass der Beitrittsprozess insgesamt etwas behutsamer hätte vorgenommen werden sollen.⁵⁰⁰ Es lässt sich allerdings feststellen, dass den neuen Nachbarn der EU nach 2004 nicht die Möglichkeit auf Beitritt nach Art. 49 EU-V eingeräumt wurde. Die Kommission sucht nach Konzepten, mit denen die Außengrenzen der EU bei maximaler Sicherheit höchste Durchlässigkeit bieten.⁵⁰¹ Die angrenzenden Staaten sollen also eingebunden werden, ohne die Mitgliedschaft zu besitzen.

Eine Möglichkeit der Einbindung besteht in einer Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement und Krisenprävention, für die das Papier „Wider Europe“ Möglichkeiten

⁴⁹⁶ vgl. EU wants ‚political stability‘ in Ukraine before closer ties, auf: <http://euobserver.com/15/25553>, am 16.04.2008, o.S.

⁴⁹⁷ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.33

⁴⁹⁸ vgl. Timmermann (2), a.a.O., S.11

⁴⁹⁹ vgl. ebenda, S.20

⁵⁰⁰ vgl. Aufrüttelnder Weckruf birgt Chancen - Interview mit Werner Weidenfeld, auf: <http://www.cap.lmu.de/download/2005/tagesanzeiger.pdf>, am 31.05.2005, o.S.

⁵⁰¹ vgl. Timmermann (2), a.a.O., S.8

anbietet.⁵⁰² Dies bedeutet eine Kooperation in den Bereichen Militär-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik.

Die Grenzen der EU sind noch nicht definiert. Um effektive Politiken mit den ENP-Staaten zu entwickeln, sollte dieses allerdings in absehbarer Zeit geschehen.⁵⁰³ Solange die EU im Rahmen der ENP weiterhin fordert, dass sich die Staaten der EU angleichen, kann sie die Mitgliedschaft nicht ausschließen. Wenn es allerdings lediglich um die Entwicklung von Stabilität geht, dann kann die Politik eine andere sein.⁵⁰⁴ Durch das Fehlen einer klaren Endvorstellung für die EU werden die Kopenhagener Kriterien für die EU zu einem Dilemma. Wenn ein Staat sie erfüllt, wird die EU nicht vermeiden können, dass dieser Staat den Beitritt anstrebt.⁵⁰⁵ Allerdings bedeutet die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien kein Recht auf einen automatischen Beitritt.⁵⁰⁶ Aus Gründen der Selbsterhaltung ist allerdings eine über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit definierte Mitgliedschaft eines Staates nicht mehr möglich.⁵⁰⁷ Der Gründe hierfür sind einfach: Die Staaten wollen in den EU-Institutionen angemessen repräsentiert sein, sodass die Gefahr besteht, dass diese in einer unzumutbaren Weise aufgebläht werden. Ein weiterer Grund besteht in der Schwierigkeit, Entscheidungen rasch zu fällen, ohne dass diese zu sehr aufgeweicht werden. Die EU befindet sich aus diesen Gründen in einer Zwickmühle. Einerseits hat der geostrategische Ansatz mit dem Motto „Stabilität durch Mitgliedschaft“ seine Grenzen erreicht, andererseits muss die EU ihren Nachbarn einen richtigen Anreiz bieten, um Reformen ohne Mitgliedschaft zu erreichen.⁵⁰⁸ Allerdings wollen die meisten Nachbarstaaten der EU nicht auf die Beitrittsperspektive verzichten.

Die EU muss in der Lage sein sich weiterzuentwickeln, damit sie weitere Länder aufnehmen kann. Die neuen Staaten müssen in der Lage sein, ihre Rechte und Pflichten uneingeschränkt wahrzunehmen.⁵⁰⁹ Dies sind Selbstverständlichkeiten. Es stellt sich daher die Frage, warum Bulgarien und Rumänien zu diesem Zeitpunkt aufgenommen wurden. Insbesondere wenn man sich vor Augen hält, dass der rumänische Staatspräsident Traian Basescu vor dem Europäischen Parlament offen eingestanden hat, dass sein Land noch nicht

⁵⁰² vgl. ebenda, S.9

⁵⁰³ vgl. Schäuble, Wolfgang: Die europäische Integration voranbringen, auf: <http://www.wolfgang-schaeuble.de/texte/050128faz.pdf>, am 01.08.2007, S.4

⁵⁰⁴ vgl. Lynch (4), a.a.O., S.53

⁵⁰⁵ vgl. Vahl (2), a.a.O., S.10

⁵⁰⁶ vgl. Lippert (2), Barbara: Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-

Erweiterungspolitik, auf: http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2005/Lippert_01.pdf, am 27.06.2006, S.120

⁵⁰⁷ vgl. Martens (1), a.a.O., S.5

⁵⁰⁸ vgl. Guérot/Witt, a.a.O., S.11

⁵⁰⁹ vgl. Europäischer Rat 14./15. Dezember 2006, a.a.O., S.2

für den Beitritt bereit ist.⁵¹⁰ Kritiker führen aus, dass die EU den Versprechen der Beitrittskandidaten leichtfertig glaubt und diese nicht richtig überprüft.⁵¹¹ Sie fordern von daher eine Wende in der EU-Politik. Die EU müsse mit anderen Mitteln und Zielen als dem Mitgliedschaftsversprechen nach außen auftreten.⁵¹²

Unstrittig ist, dass die Erweiterungspolitik effektive Sicherheitspolitik bedeutet, da die Staaten, denen die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, sich bemühen, die vorgegebenen Werte so rasch wie möglich zu erreichen. Somit werden demokratische Werte erfolgreich exportiert.⁵¹³

Die Erweiterungspolitik kann dazu verleiten festzustellen, dass die EU ihrer Konstruktion und Zielsetzung nach kein Sicherheitssystem ist, sondern nur in ihrer Wirkung nach außen.⁵¹⁴ Hier ist anzumerken, dass diese Einschätzung nicht ganz richtig ist. Zwar ist die EU ihrer Geschichte nach primär auf die wirtschaftliche Integration ausgerichtet, aber ihre Wurzeln liegen in der Kontrolle der rüstungsrelevanten Schwerindustrie.⁵¹⁵ Sie sollte damit also Sicherheit vor neuer Rüstung bieten und besitzt damit die Grundlage eines Sicherheitssystems. Allerdings darf man nicht den Fehler machen, auf die EU als alleiniges Ordnungsmodell in Europa zu setzen. Eine solche Aufgabenstellung würde die EU überfordern.⁵¹⁶ Vielmehr sollten die osteuropäischen Staaten dazu ermutigt werden, eigene regionale Kooperationen einzugehen und über diesen Rahmen mit der EU zusammenzuarbeiten.

Da die osteuropäischen Staaten Demokratiedefizite aufweisen⁵¹⁷ und zudem auch wirtschaftlich schwächer sind als die EU-Staaten und somit die EU destabilisieren könnten, sollten keine neuen Erweiterungen geplant werden.⁵¹⁸ Eine spätere Aufnahme sollte allerdings nicht per se ausgeschlossen werden, da die Möglichkeit besteht, dass ein Staat

⁵¹⁰ vgl. Augen zu und durch, a.a.O., S.122

⁵¹¹ vgl. Braucht man die Serben? – Interview mit Erhard Busek, in: Der SPIEGEL, 19/2006, Hamburg 08.05.2006, S.152

⁵¹² vgl. Lynch (4), a.a.O., S.37

⁵¹³ vgl. Missiroli (2), a.a.O., S.17

⁵¹⁴ vgl. Verheugen, a.a.O., S.8

⁵¹⁵ vgl. Möckli (1), Daniel: The EU and the Transformation of European Security, CSS Analyses in Security Studies, Vol.2, No. 10, März 2007, auf:

<http://sel.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=26D4AA50-46D2-A9E8-F97A-2A2C340C2EC3&lng=en>, am 16.03.2007, S.1, vgl. auch: Kaim, a.a.O., S.273f.

⁵¹⁶ vgl. Varwick (2), Johannes: Finalität ohne Ende - Die Europäische Union ist nicht am Ende, aber die alten Leitbilder haben ihre Wirksamkeit verloren, in: Internationale Politik, 61. Jg., Mai 2006, S.69-77, S.77

⁵¹⁷ vgl. Emerson, a.a.O., S.4, Grafik 1

⁵¹⁸ vgl. Tassinari, Fabrizio: Security and Integration in the EU Neighbourhood - The Case for Regionalism, CEPS Working Document 226, Brüssel Juli 2005, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1251, am 10.08.2005, S.4

zukünftig einen Mehrwert für die EU darstellt.⁵¹⁹ Man sollte aber auch nicht so weit gehen zu sagen, man verzichte auf jegliche Abgrenzung, da Europa erst an der Stelle ende, wo die Menschen sich nicht mehr zu ihm bekennen.⁵²⁰

Möglichkeiten, die angrenzenden Staaten einzubinden, bestehen in den Modellen der „Erweiterten Assoziierten Mitgliedschaft“ (EAM) oder der „abgestuften Integration“. Die EAM bezieht sich auf wirtschaftliche Aspekte. Sie besteht im Wesentlichen in der Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ohne Teilnahme am Euro.⁵²¹ Voraussetzung ist allerdings eine klare Definition der Außengrenzen. Dieses Modell ist allerdings nicht uneingeschränkt anwendbar, da die dichten und intensiven Regelungen des Wirtschaftsbereichs die Staaten überfordern können.

Das Modell der abgestuften Integration bietet demgegenüber einige Vorteile. Grundlage ist die Vorstellung, dass in einigen ausgewählten Bereichen die Staaten integriert werden. Nach Erreichen von vorher festgelegten Zielen werden weitere Integrationsschritte vereinbart. Am Ende eines solchen Prozesses kann die Vollmitgliedschaft stehen. Die an der abgestuften Integration teilnehmenden Staaten würden für die jeweiligen Bereiche ein Mitentscheidungs-, aber kein Vetorecht besitzen. Rechtliche Grundlagen für ein solches Vorgehen könnten nach Karakas entweder Art. I-57 VVE oder Art. 310 EU-V sein.⁵²² Da Art. I-57 VVE (Art. 49 VL) die Aufnahme in die EU regelt, wäre an dieser Stelle Art. 8, 2 VL besser geeignet. In diesem Artikel wird der EU das Recht zugesprochen spezielle Abkommen mit Drittstaaten zu treffen, die gegenseitige Rechte und Pflichten umfassen können.⁵²³

Die EU gibt die Kriterien für die einzelnen Stufen der Mitgliedschaft vor. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass der Prozess jederzeit wieder ausgesetzt werden kann.⁵²⁴ Um eine solche abgestufte Integration möglichst reibungslos von statten gehen zu lassen, sollte sie in den am wenigsten integrierten Bereichen einsetzen. Das wäre das Gebiet der GASP.⁵²⁵

⁵¹⁹ vgl. Schwartz, Frank: Die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands: Ein Definitionsversuch, in: Wissenschaft und Technik 12/2005, auf: [http://www.sicherheitspolitik.de/index.php?id=121&tx_abdownloads_pi1\[action\]=getviewdetailsfordownload&tx_abdownloads_pi1\[uid\]=46&tx_abdownloads_pi1\[category_uid\]=2&cHash=a47940c346](http://www.sicherheitspolitik.de/index.php?id=121&tx_abdownloads_pi1[action]=getviewdetailsfordownload&tx_abdownloads_pi1[uid]=46&tx_abdownloads_pi1[category_uid]=2&cHash=a47940c346), am 30.01.2008, S.4

⁵²⁰ vgl. Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Europas Alternativen - Gestaltungsoptionen für die große EU, in: Internationale Politik, 59. Jg., April 2004, S.1-10, S.6

⁵²¹ vgl. Karakas, Cemal: Für eine abgestufte Integration - Zur Debatte um den EU-Beitritt der Türkei, HSFK Standpunkte Nr.4/2005, auf: [http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-4-2005\(druckfrei\).pdf](http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-4-2005(druckfrei).pdf), am 24.01.2006, S.9

⁵²² vgl. ebenda, S.10f.

⁵²³ vgl. Regierungskonferenz 2003/2004: Vorläufige konsolidierte Fassung des Vertrages über eine Verfassung für Europa, Brüssel 25.06.2004, auf: <http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00086.de04.pdf>, am 07.07.2004, Art. I-57; im Folgenden als VVE angegeben; vgl. Art. 8,2 VL

⁵²⁴ vgl. Wissmann (1), a.a.O., S.68

⁵²⁵ vgl. ebenda, S.66

Das Modell der abgestuften Integration bietet der EU die Möglichkeit, angrenzende Staaten sicherheitspolitisch einzubinden. Gegenüber der bisherigen Praktik, bei der sich die Staaten freiwillig einer Position der EU angeschlossen haben, würden sie in diesem Fall eingebunden werden, und die Beschlüsse der EU hätten für sie rechtliche Bindung. Der größte Vorteil jedoch ist, dass die Integration in kleinen Schritten erfolgt und jederzeit gestoppt werden kann. Damit wird keine Seite überfordert und den bestehenden Ängsten und Vorbehalten der Bevölkerungen gegenüber weiteren Erweiterungen wird Rechnung getragen. Zudem kann erprobt werden, in welcher Form ein Staat bereit ist, sich zu integrieren.

Unabhängig davon, für welche Strategie sich die EU letzten Endes entscheidet, müssen drei Kriterien berücksichtigt werden: Zum einen müssen die Vorgehensweisen gegenüber Drittstaaten differenziert werden, um den Erweiterungsdruck zu mindern und einen Beitrittsautomatismus zu vermeiden. Zweitens benötigt die EU für ihre Nachbarregionen klare Leitlinien und Strategien, aufgrund derer die Staaten in die Institutionen der EU eingebunden werden können. Und drittens müssen die Ziele dieser Politik der Bevölkerung vermittelt werden, um der Politik eine breitere Legitimationsbasis zu verschaffen.⁵²⁶

⁵²⁶ vgl. Faber, Anne: Die Weiterentwicklung der Europäischen Union: Vertiefung versus Erweiterung?, in: *integration*, 30. Jg., 2/2007, S.103-116, S.114

7. Beitritt der Türkei

Seit der Ankündigung, dass mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, ist eine heftige Diskussion darüber entbrannt, ob die Türkei Mitglied der EU werden sollte oder nicht. Grund für die Intensität der Debatte ist die Tatsache, dass erstmals mit einem Staat Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, der in der Öffentlichkeit nicht als europäischer Staat wahrgenommen wird.

In den intensiven und auch polemischen Diskussionen wurden verschiedene Argumente gebracht. Die meisten waren kultureller oder religiöser Natur,⁵²⁷ einige geografischer. Die meisten der Argumente taugen allerdings nicht zur Beantwortung der Frage, ob die Türkei EU-Mitglied werden sollte oder nicht. Kulturelle und religiöse Unterschiede spielen in den Verträgen keine Rolle.⁵²⁸ Sie können von daher nicht als offizielles Abgrenzungsmerkmal herangezogen werden. Einzig im Bereich der Minderheitenpolitik kann eine religiöse Definition in Frage kommen, da die Türkei ihre Minderheiten gemäß des Vertrages von Lausanne von 1913 nach religiösen Kriterien definiert.⁵²⁹ In Bezug auf die EU stellt sich daher die Frage, in welcher Form eine Minderheit definiert wird. Eine rechtlich verbindliche Definition einer Minderheit findet sich in den EU-Verträgen nicht. Lediglich im Vertrag von Lissabon wird die Wahrung der Rechte von Minderheiten als einer der Grundwerte der EU genannt.⁵³⁰ Auf Europaratsebene gibt es ebenfalls keine eindeutige Definition des Begriffs Minderheit. Das „Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ vom 01.02.1995⁵³¹ legt lediglich die Behandlung von Minderheiten fest. Von daher liegt die Definitionskompetenz bei den Mitgliedsstaaten. Zu diesem Schluss kommt auch die Bundesregierung in einer Stellungnahme vom Juli 2002. Dort heißt es: „Das Rahmenabkommen enthält keine Definition des Begriffs „nationale Minderheiten“. Gemäß dem „Erläuternden Bericht zum Rahmenübereinkommen“ ist beschlossen worden pragmatisch vorzugehen, gestützt auf die Erkenntnis, dass es nicht möglich gewesen ist, zu einer Definition zu gelangen, die von allen Mitgliedern des Europarates mitgetragen wird. Angesichts dieser Rechtslage nimmt Deutschland hinsichtlich der Anwendung des Abkommens auf die in Frage kommenden Gruppen eine Feststellungskompetenz in

⁵²⁷ vgl. Gerhards, Jürgen: a.a.O., S.14

⁵²⁸ vgl. Art. 49 u. 6, 1 EUV und Art. 49, 1 und 2 VL

⁵²⁹ vgl. Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923, Artikel 37-45, auf: <http://net.lib.byu.edu/~rdh7/wwi/1918p/lausanne.html>, am 09.07.2007

⁵³⁰ vgl. Art. 2 VL

⁵³¹ vgl. Europarat (4): Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, auf: <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm>, am 10.06.2007

Anspruch.“⁵³² Weiter werden in dem Papier die von Deutschland gewählten Kriterien für eine Anerkennung als nationale Minderheit aufgeführt.⁵³³ Es besteht somit ein signifikanter Unterschied über die Auffassung zwischen einigen EU-Staaten und der Türkei, was eine Minderheit ist.⁵³⁴

Allerdings erscheint es wenig sinnvoll, die Minderheitenfrage als Abgrenzungsmerkmal zu benutzen. Die EU-Staaten besitzen keine einheitliche Definition des Begriffs Minderheit. Die Türkei orientiert sich mit ihren Ansichten an Frankreich, das offiziell keine nationalen Minderheiten kennt.⁵³⁵ Allerdings hat die EU die Türkei aufgefordert, ihre Minderheitenprobleme zu lösen. Ein Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, dass die Türkei aufgefordert wird, das Rahmenabkommen zu unterzeichnen, was bislang nicht geschehen ist.⁵³⁶ Allerdings befindet sich die EU hier in einer schwierigen Lage, da nicht alle EU-Staaten, beispielsweise Frankreich, dieses Abkommen unterzeichnet haben.⁵³⁷ Dies liegt daran, dass Frankreich offiziell keine Minderheiten kennt.⁵³⁸

Die Minderheitenfrage sollte aus diesem Grund als eine „technische“ behandelt werden und nicht als eine grundsätzliche. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen ist allerdings darauf zu achten, dass die Minderheiten in der Türkei ihre Identität ausleben können, ohne dass sie Repressionen zu befürchten haben, wie dies der Fall ist.⁵³⁹ Da der Begriff Minderheit in der Türkei negativ besetzt ist,⁵⁴⁰ sollte die Union darauf hinarbeiten, dass die Türkei die Minderheiten als Subkulturen der türkischen Identität ansieht.⁵⁴¹ Auf diesem Weg könnten die Artikel 38 und 39 des Lausanner Vertrags angewandt werden. Diese Artikel verpflichten die türkische Regierung allen türkischen Staatsangehörigen die gleichen Rechte

⁵³² Bundesrepublik Deutschland (5): Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland zu der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses zu dem Bericht über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland, Juli 2002, S.7, auf:

http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2002/Beratender_Ausschusses_fuer_das_Id_23538_de.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Beratender_Ausschusses_fuer_das_Id_23538_de.pdf, am 18.06.2007

⁵³³ vgl. ebenda, S.7: deutsche Staatsangehörigkeit; eigene, vom Mehrheitsvolk abweichende Identität; Wille diese Identität zu wahren; traditionell in Deutschland heimisch; angestammte Siedlungsgebiete in Deutschland.

⁵³⁴ vgl. Künnecke, Arndt: Eine Hürde auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft? – Der unterschiedliche Minderheitenbegriff der EU und der Türkei, Hamburg 2007, S.129

⁵³⁵ vgl. ebenda, S.215 und 219

⁵³⁶ Europarat (2): Liste der von der Türkei ratifizierten Verträge des Europarates:

<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTraites.asp?PO=TUR&MA=999&SI=2&DF=&CM=3&CL=GER>, am 18.06.2007

⁵³⁷ vgl.: Europarat (3): Liste über den Stand der Ratifizierung des Rahmenabkommens:

<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=157&CM=1&DF=6/20/2007&CL=GER>, am 18.06.2007

⁵³⁸ vgl. Künnecke, a.a.O., S.215

⁵³⁹ vgl.: Türkei: Keine Verbesserungen, auf:

<http://www.oecumene.radiovaticana.org/TED/Articolo.asp?c=59373>, 09.07.2007

⁵⁴⁰ vgl. Künnecke, a.a.O., S.227

⁵⁴¹ vgl. ebenda, S.229

einzuräumen.⁵⁴² Solange die EU keine einheitliche Position im Minderheitenschutz und der Definition von Minderheiten hat, kann sie auf diesem Gebiet keine grundlegenden Forderungen an andere Staaten stellen. Dies gilt umso mehr für die Türkei, da diese sich am französischen Staatskonzept bei ihrer Gründung orientiert hat.⁵⁴³ Zudem erscheint es politisch fragwürdig, von einem Beitrittskandidaten höhere Anforderungen als von einigen Mitgliedstaaten zu verlangen.⁵⁴⁴

Der geografische Aspekt hingegen eignet sich besser für eine Abgrenzung. Die Türkei liegt mit einem Großteil ihres Staatsgebietes nicht auf dem europäischen Kontinent. Es wäre von daher unter Berufung auf Art. 49 EU-V möglich, ihr den Beitritt zu verweigern. Diese Möglichkeit ist allerdings aus zwei Gründen abzulehnen. Zum einen ist die Türkei Mitglied im Europarat und somit von den anderen europäischen Staaten als solcher anerkannt. Zum anderen wurde der Türkei bereits 1964 die Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt.⁵⁴⁵ Allerdings hat sich die Türkei jahrzehntelang nicht ernsthaft um die Erlangung der Mitgliedschaft bemüht.⁵⁴⁶ Dennoch wäre es aufgrund der Abkommen politisch nicht klug gewesen, ihr die Aufnahme von Verhandlungen zu verweigern.

Die Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei muss sich an folgenden Fragen orientieren:

- 1) Hat die EU einen konkreten Nutzen von einer eventuellen Mitgliedschaft?
- 2) Ist die EU institutionell und finanziell in der Lage den Beitritt zu verkräften?

Beide Fragen müssen bejaht werden, wenn die Türkei der EU beitreten soll. Erschwerend kommt hinzu, dass die Debatte innerhalb der EU eigentlich die Frage nach der endgültigen Gestalt der EU beantworten soll und nicht die Beitrittsfrage als solche. Allerdings ist die Endgestalt der EU intern noch lange nicht geklärt. Die EU verfügt aus diesem Grund auch nicht über eine klare Erweiterungsdoktrin, sondern lediglich über eine fallbezogene Beitrittspolitik.⁵⁴⁷ Solange alle Beteiligten der Ansicht waren, dass es sich bei den Kandidaten um einen europäischen Staat handelt, hat dieses funktioniert. Diese Einstellung ist allerdings nicht mehr vorhanden. Die Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren Erweiterungen ist zudem nicht sehr ausgeprägt. Die Beitritte Bulgariens und Rumäniens wurden in Teilen der Öffentlichkeit nicht als Aufnahme von europäischen Staaten

⁵⁴² vgl. Vertrag von Lausanne, a.a.O., Artikel 38 und 39

⁵⁴³ vgl. Künnecke, a.a.O., S.217

⁵⁴⁴ vgl. ebenda, S.215

⁵⁴⁵ vgl. Kramer (2), Heinz: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, SWP-Studie 34/2003, Berlin August 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=155, am 15.05.2005, S.19

⁵⁴⁶ vgl. Lippert (2), a.a.O., S.124

⁵⁴⁷ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.6

verstanden, sondern eher mit negativen Aspekten assoziiert.⁵⁴⁸ Die EU muss sich daher den Vorwurf gefallen lassen, dass sie es in den mehr als 40 Jahren, in denen die Türkeifrage auf dem Tisch liegt, nicht geschafft hat, eine tragfähige Doktrin für den Umgang mit Grenzfällen und ihre eigene finale Gestalt zu entwickeln.

In Bezug auf die Türkei ist die wichtigste Frage nicht die finanzielle, sondern die Frage, ob die Türkei aufgrund ihrer inneren Struktur und ihres Umfelds ein stabilisierender oder ein destabilisierender Faktor sein wird.⁵⁴⁹ Die Kosten eines Beitritts lassen sich nur grob schätzen und unterliegen vielen Variablen wie beispielsweise der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Um die Frage nach dem Nutzen eines Türkei-Beitritts angemessen beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, die politische Rolle der Türkei zu analysieren. Bedingt durch die Unfähigkeit der EU zum außenpolitischen Handeln hat sich die Türkei nach 1990 zu einer Regionalmacht entwickelt, die ihre Nachbarschaft aktiv beeinflusst.⁵⁵⁰ Da sämtliche Nachbarregionen der Türkei von Instabilität geprägt sind, hat die Türkei ebenso wie die EU ein hohes Interesse daran, Stabilität zu erzeugen.⁵⁵¹ Die Rolle der Türkei als Regionalmacht ergibt sich aus dem Selbstverständnis als Brücke zwischen Europa, dem Kaukasus und dem Nahen Osten.⁵⁵² Mit der aktiven Politik in ihrer Nachbarschaft verfolgt die Türkei das Ziel, sich selbst wieder als europäische Großmacht ähnlich wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien zu etablieren. Zugleich untermauert sie ihren Anspruch als Schlüsselkraft in der Region mit dem Auf- bzw. Ausbau sicherheitspolitischer Beziehungen zu den USA und Russland.⁵⁵³ Das bisherige Auftreten Ankaras macht deutlich, dass die Türkei ihre eigenen Interessen oftmals ohne Rücksicht durchzusetzen versucht. Im Falle der EU-Mitgliedschaft

⁵⁴⁸ vgl. Das Pathos hat ausgedient, a.a.O., S.22

⁵⁴⁹ vgl. Rühl, Lothar: Sicherheitspartner Türkei - Geopolitik, Strategie und europäische Interessen, auf: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_20_ruehl.pdf, am 30.01.2008, S.9, siehe auch: ebenda, S.16: „Würde die Türkei als EU-Mitglied ein Faktor der inneren Stabilität Europas und der politischen Strukturen der Union, ein zusätzlicher Motor der institutionellen Reform der EU als Organisation, eine Stärkung der internationalen Handlungsfähigkeit und der Krisenreaktionsfähigkeit der EU als Ganzes sein, oder eher ein Unsicherheitsfaktor der Destabilisierung unter Krisenbedingungen und damit auch der europäischen Außengrenzen im Süden und Südosten zum Orient?“

⁵⁵⁰ vgl. Öztürk, Asiye: Das Entstehen eines Macht-Dreiecks - Ankara auf dem Weg nach Washington und Tel Aviv, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.25-31, S.25, vgl. auch: Kramer (2), a.a.O., S.30

⁵⁵¹ vgl. Akçakoca, Amanda/Cameron, Fraser/Rhein, Eberhard: Turkey - Ready for the EU?, EPC Issue Paper 16, Brüssel 28.09.2004, auf: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/365498427_EPC%20Issue%20Paper%2016%20Turkey%20Ready%20for%20the%20EU.pdf, am 02.02.2005, S.10

⁵⁵² vgl. Herz, Dietmar/Steets, Julia: Türkei, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.271-280, S.277

⁵⁵³ vgl. Rühl, a.a.O., S.14

ist zu erwarten, dass die Türkei versuchen wird, die EU für ihre Ziele im Nahen Osten zu instrumentalisieren.⁵⁵⁴

Ein scheinbarer Widerspruch zu dem aktiven Auftreten ergibt sich aus der Feststellung, dass die türkische Außenpolitik generell einen defensiven Charakter hat, da das Bestreben, die nationale Einheit zu erhalten, höchste Priorität in der Türkei genießt.⁵⁵⁵ Die defensive Ausrichtung mit einem forschen Auftreten nach außen hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit. Die Türkei musste als Nachfolger des Osmanischen Reiches den Abstieg von einer gefürchteten Großmacht zu einem Staatswesen durchmachen, das vor dem Ersten Weltkrieg als „der kranke Mann Europas“ bezeichnet wurde.⁵⁵⁶ Daher versucht die Türkei weitere Territorialverluste zu vermeiden, und das jetzige Staatsgebiet zu stabilisieren. Aus diesem Grund wehrt sie sich auch heftig gegen die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen im Osten des Landes. Der heftige Widerstand gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden rührt aus der Tatsache, dass die Türkei in ihrer jetzigen Form als ein Staat ohne zugrunde liegende Nation gegründet worden ist. Konsequenterweise war das Bestreben der Staatsführung von Anfang an auf die Schaffung einer türkischen Nation ausgerichtet.⁵⁵⁷

Die türkische Politik im Nahen Osten orientiert sich an folgenden Grundprinzipien: zum einen die Nichteinmischung in zwischenstaatliche Beziehungen, der Unterhalt von diplomatischen Beziehungen mit Israel und Unterstützung der arabischen Staaten in Einzelfragen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Nachbarn zum anderen.⁵⁵⁸ Um ihre Ziele in der Nachbarschaft zu erreichen, ist die Türkei Mitglied in verschiedenen Kooperationsregimes.⁵⁵⁹ So unterstützt die Türkei zum Beispiel aktiv den Stabilitätspakt für den Balkan.⁵⁶⁰ Das Engagement auf dem Balkan ist für sie wichtig, da sich die Türkei als die Schutzmacht der Muslime auf dem Balkan sieht.⁵⁶¹ Zudem hat die Türkei auch aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse an einem stabilen und friedlichen Balkan: Mehr als 50% der türkischen Exporte laufen durch diese Region.⁵⁶² Ein weiterer Beleg für die Bedeutung des Balkans für die Türkei ist die Existenz der „Military Peace Force of South-

⁵⁵⁴ vgl. Reiter (2), Erich, a.a.O., S.15

⁵⁵⁵ vgl. Öcal, Mehmet: Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes (1990-2001), Bonner Islamstudien Bd.10, hrsg. v. Stephan Vonermann, Schenefeld 2005, S.384f.

⁵⁵⁶ vgl. Fromkin, David: Europas letzter Sommer, München 2005, S.72

⁵⁵⁷ vgl. Hermann, Rainer: Das einigende Band, in: FAZ, Nr.104, 05.05.2008, S.12

⁵⁵⁸ vgl. Öcal, a.a.O., S.176f.

⁵⁵⁹ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.30: die Türkei ist neben den VN und dem IWF Mitglied in folgenden regionalen Organisationen: OECD, Europarat, Organisation der Islamischen Konferenz, Europäische Bank für Wiederaufbau- und Entwicklungshilfe, Zentralasiengipfel der Türkischen Republiken, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, OSZE, Gruppe der acht Entwicklungsländer

⁵⁶⁰ vgl. ebenda, S.31

⁵⁶¹ vgl. Öcal, a.a.O., S.107

⁵⁶² vgl. ebenda, S.137

Eastern Europe“ (MPFSEE), die sie zusammen mit Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Mazedonien unterhält.⁵⁶³ Dieser Verband wurde aus den Erfahrungen des jugoslawischen Bürgerkrieges heraus gegründet, da sich gezeigt hatte, dass externe Akteure nur dann in der Region aktiv werden, wenn ihre vitalen Interessen berührt sind.⁵⁶⁴ Die Existenz dieses Verbandes ist zudem ein Indiz dafür, dass sich die internationale Politik immer mehr regionalisiert, da die lokalen Akteure versuchen, die Probleme in eigener Regie zu lösen.

Neben dem Balkan bildet der Kaukasus einen zweiten Schwerpunkt der türkischen Politik.⁵⁶⁵ Dies ist nicht weiter erstaunlich. Die Türkei betrachtet sich neben der muslimischen Ausrichtung als Schutzmacht der Turkvölker, die auch im Kaukasus ansässig sind. Der geopolitische Wert der Türkei für andere Staaten – insbesondere Westeuropa – liegt darin, dass sie den Zugang zum Schwarzen Meer und dem Kaukasus und damit auch nach Zentralasien blockieren kann.⁵⁶⁶

Die Türkei richtet sich als einziger muslimisch geprägter Staat strikt an einer westlichen Staatsform aus. Ein Grund für diese Politik ist die Befürchtung der kemalistischen Eliten, dass sich der radikale Islam in der Türkei ausbreitet. Die EU wird von ihnen als Garantie gesehen, dass dieses nicht geschieht.⁵⁶⁷ Die Hoffnung erscheint allerdings überzogen. Die Befürchtung, dass sich die türkische Gesellschaft radikalisieren könnte, ist hingegen nicht ganz von der Hand zu weisen. So gilt die Türkei als ein durch Terrorismus gefährdeter Staat mit fundamentalistischen Tendenzen.⁵⁶⁸ In Bezug auf fundamentalistische Tendenzen ist die Bevölkerung gespalten. So gab es im Rahmen der Präsidentschaftswahl 2007 heftige Proteste gegen die Kandidatur des Außenministers Abdullah Gül.⁵⁶⁹ Auslöser dieser Proteste waren Befürchtungen, dass die Trennung von Staat und Religion durch die Wahl von Gül aufgeweicht werden könnte. Die Türkei ist aufgrund dieser inneren Spannungen nicht in der Lage, die Stabilität der EU zu verbessern.⁵⁷⁰ Diese inneren Spannungen zu überwachen und

⁵⁶³ Für die Aufgaben, Zusammensetzung und Finanzierung des Verbandes siehe: Agreement on the multinational Peace-Force South-Eastern Europe, auf:

<http://faq.macedonia.org/politics/multinational.force.agreement.pdf>, am 03.02.2006

⁵⁶⁴ vgl. Öcal, a.a.O., S.171

⁵⁶⁵ vgl. ebenda, S.94

⁵⁶⁶ vgl. Öztürk, a.a.O., S.25

⁵⁶⁷ vgl. Abramowitz, Morton I./ Burt, Richard R., u.a.: Turkey on the Threshold: Europe's Decision and U.S. Interests, Atlantic Council Policy Paper, Washington August 2004, auf: http://www.acus.org/docs/0408-Turkey_Threshold_Europe_Decision_U.S._Interests.pdf, am 15.09.2005, S.4

⁵⁶⁸ vgl. Reiter (2), a.a.O., S.13

⁵⁶⁹ vgl. Solana unterstützt Gül, auf: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Tuerkei:art123,1855878>, am 15.05.2007, o.S.

⁵⁷⁰ vgl. Reiter (2), a.a.O., S.15

für die Integrität des Staates Sorge zu tragen, ist in der Türkei die selbst gestellte Aufgabe des Militärs, das sich als Hüter des kemalistischen Staates sieht.⁵⁷¹ Deutlich wurde dieses Selbstverständnis während der letzten Präsidentschaftswahl. Für den Fall, dass Außenminister Gül zum Präsidenten gewählt werden sollte, kündigte die Armee ihr Eingreifen an.⁵⁷² Aus diesem Selbstverständnis heraus ergibt sich auch die mangelnde demokratische Kontrolle der Armee. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich dieses Problem auch nicht so schnell lösen lassen. Das Eingreifen in den Präsidentschaftswahlkampf 2007 hat gezeigt, dass die Armee nicht bereit ist, ihre Rolle aufzugeben. Hinzu kommt, dass sie in ihrer Haltung Unterstützung von einigen Parteien erhält.⁵⁷³ Allerdings steht durch die Rolle des Militärs im türkischen Staat nicht zu befürchten, dass sich die Türkei im Falle einer Ablehnung durch die EU zu einem islamistischen Staat wandeln würde. Wahrscheinlicher wäre, dass das Militär wieder stärker eine bestimmende Rolle spielen würde.⁵⁷⁴ Angesichts des Selbstverständnisses der Armee und der Parteien, stellt sich die Frage, ob die türkische Politik in der Lage sein wird, die Armee als politischen Machtfaktor zu neutralisieren und unter eine demokratische Kontrolle zu bringen.

Es ist allerdings festzuhalten, dass nicht die Gesamtheit der Eliten und des Militärs hinter dem Antrag auf Mitgliedschaft in der EU stehen. So befürchten einige, dass die EU die kulturellen Aspekte der Türkei nicht respektieren würde, da sie nicht auf Multikulturalität sondern auf gemeinsamen Werten und Eigenschaften aufbaut.⁵⁷⁵ Hierzu ist anzumerken, dass die EU bislang überhaupt nicht die Chance hatte, sich in eine solche Richtung zu entwickeln, da die bisherigen Mitglieder allesamt aus einem Kulturkreis stammen. Zwar gibt es verschiedene kulturelle Minderheiten in den Mitgliedsstaaten, aber diese haben niemals eine bestimmende gesellschaftliche Stellung erlangt. Aus diesem Grund, aber auch aufgrund der Art und Weise, wie die öffentliche Debatte teilweise geführt wird, ist diese Befürchtung zumindest nachzuvollziehen. Die Aussicht auf einen Beitritt zur EU vereint unterschiedlichste Gesellschaftsschichten. Allerdings wird erwartet, dass die EU in den Bereichen Verteidigung sowie nationale und religiöse Werte ausreichend sensibel agiert.⁵⁷⁶

⁵⁷¹ vgl. Kramer (1), Heinz: Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.9-17, S.11f.

⁵⁷² vgl. AKP schickt Gül zum zweiten Mal ins Rennen, auf: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung3038.html>, am 15.08.2007

⁵⁷³ vgl. Kramer (4), Heinz: Türkei – Neue Kämpfe an alten Fronten. Die Wahl des Präsidenten als Brennpunkt kemalistisch-konservativer Auseinandersetzungen, SWP-Aktuell 33/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4152, am 31.07.2007, S.8

⁵⁷⁴ vgl. Jung, Dietrich: Turkey's Future: EU Member or „Islamist Rogue State“?, DIIS Brief, Kopenhagen, Januar 2007, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/Briefs2007/dju_turkey_eu3.pdf, am 10.07.2007, S.4

⁵⁷⁵ vgl. Yilmaz, Mesut: Der Eintritt der Türkei in die EU aus türkischer Sicht, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.192-200, S.194

⁵⁷⁶ vgl. Yilmaz, a.a.O., S.193ff.

Es stellt sich daher die Frage, in welcher Form die Türkei letzten Endes bereit sein wird, in diesen Bereichen einer tieferen Integration zuzustimmen. Dies gilt insbesondere für den Nahen Osten, wo die Meinungen auseinanderklaffen.⁵⁷⁷

Die Türkei arbeitet zwar mit den meisten Nachbarstaaten zusammen, hat aber zugleich mit einer Reihe von ihnen erhebliche Probleme. So streiten sich Griechenland und die Türkei um einige Felsinseln in der Ägäis, mit Syrien gibt es Spannungen über die Frage des Grenzverlaufs und der Wasserversorgung und mit Armenien aufgrund des Genozids während des Ersten Weltkrieges.⁵⁷⁸ Die Türkei pflegt zudem als einziger islamischer Staat enge Beziehungen zu Israel, die sie immer wieder in Widerspruch zu den anderen islamischen Staaten bringen.⁵⁷⁹ Allerdings haben sich die Türken bislang nicht bereit erklärt, eine konstruktive Rolle im Nahost-Konflikt wahrzunehmen.⁵⁸⁰ Diese Haltung hat sich verändert. Seit 2007 agiert die Türkei als Vermittler zwischen Israel und Syrien in der Frage nach einem Friedensvertrag zwischen beiden Seiten. Von syrischer Seite aus wird betont, dass der israelische Vorschlag über eine Regelung der Golan-Höhen-Frage nur mit türkischer Vermittlung diskutiert werde.⁵⁸¹

Die Beziehungen zu Syrien haben sich 2004 verbessert, da beide Staaten am Erhalt des Irak stark interessiert sind. Sowohl Syrien als auch die Türkei lehnen aufgrund ihrer großen kurdischen Minderheiten einen eigenen kurdischen Staat ab, der sich bei einem möglichen Zerfall des Irak ergeben könnte.⁵⁸² Mit dem Iran arbeitet die Türkei in Energiefragen zusammen, lehnt aber dessen Bestrebungen nach Nuklearwaffen ab.⁵⁸³

Das Verhältnis der Türkei zur EU ist nicht ganz spannungsfrei. So hat die Türkei nach eigener Aussage immer wieder beweisen müssen, dass sie ein europäischer Staat ist.⁵⁸⁴ Es ist allerdings festzuhalten, dass die Westorientierung der Türkei überwiegend bei den kemalistischen Eliten vorhanden und in der Bevölkerung nicht im gleichen Maße ausgeprägt ist. Bei einer Rede 2004 in Oxford führte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan aus, dass die EU die Türkei aufgrund ihrer strategischen Lage im östlichen Mittelmeer und Nahen Osten benötige. Weiterhin forderte er, dass die Beziehungen zwischen

⁵⁷⁷ vgl. Maurer (1), a.a.O., S.5f.

⁵⁷⁸ vgl. Akçakoca/Cameron/Rhein, a.a.O., S.10, vgl. auch: Rühl, a.a.O., S.15

⁵⁷⁹ vgl. Abramowitz/Burt, a.a.O., S.23

⁵⁸⁰ vgl. Akçakoca/Cameron/Rhein, a.a.O., S.12

⁵⁸¹ vgl. Assad bestätigt Angebot Olmerts, in: FAZ, Nr.97, 25.04.2008, S.2

⁵⁸² vgl. Öztürk, a.a.O., S.30

⁵⁸³ vgl. Akçakoca/Cameron/Rhein, a.a.O., S.11

⁵⁸⁴ vgl. Erdogan, Recep Tayyip: Why the EU needs Turkey, Rede an der Universität Oxford 28.05.2004, auf: <http://www.sant.ox.ac.uk/esc/esc-lectures/ERdogan1.pdf>, am 13.11.2005, S.2

der EU und der Türkei nicht länger vom Zypern-Konflikt überschattet werden dürften und die Mitgliedschaft der Türkei die EU in dieser Frage eher entlasten als belasten würde.⁵⁸⁵ Der These, dass die EU bei ihrem Engagement mit der Türkei kooperieren muss, ist aufgrund der geografischen Lage zuzustimmen. Allerdings bedeutet dieses nicht zwangsläufig, dass die Türkei für eine solche Kooperation EU-Mitglied sein muss. Die zweite Aussage ist zweifelhaft. In welcher Form sollte die Türkei die EU in der Zypernfrage entlasten? Die Türkei weigert sich nach wie vor, das Ankara-Protokoll auf Süd-Zypern anzuwenden. Auch wenn die EU ihren Teil zu der verfahrenen Situation beigetragen hat, bedeutet eine Mitgliedschaft keine Entlastung. Das Problem Zypern muss losgelöst von Beitrittsfragen behandelt werden, da schließlich die griechische Seite der Insel den Fahrplan des damaligen VN-Generalsekretärs Kofi Annan abgelehnt hat: Ursprünglich sollte Zypern erst dann beitreten, wenn der Fahrplan angenommen worden ist. Nach dem Scheitern der Initiative im Südtteil der Insel drohte Griechenland damit, gegen alle Neuaufnahmen zu stimmen, sollte Zypern der Beitritt verwehrt werden. Das Einfrieren der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Dezember 2006 auf dem Europäischen Rat⁵⁸⁶ ist zwar auf den ersten Blick konsequent und folgerichtig, auf den zweiten Blick hingegen ist es das Ergebnis einer verdrehten Situation.⁵⁸⁷

Unstrittig ist, dass die grundlegenden Interessen von EU und Türkei miteinander kompatibel sind. Um dieses effektiv nutzen zu können, muss die EU allerdings ihre Vorstellungen für die türkische Nachbarschaft von der Ebene der unverbindlichen Absichtserklärung auf eine konkrete Arbeitsebene bringen.⁵⁸⁸ Die Türkei hat in dieser Frage, verständlicherweise, einen Vorsprung. Allerdings besteht bezüglich der außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten Handlungsbedarf. Hier muss die Türkei weitere Kapazitäten aufbauen.⁵⁸⁹

Die Beitrittsverhandlungen als solche werden nicht ohne Auswirkungen auf die Türkei bleiben. So ist allein schon durch die Verhandlungen eine weitere Harmonisierung der außen- und sicherheitspolitischen Positionen zwischen beiden Seiten zu erwarten.⁵⁹⁰ In den letzten Jahren waren die Auswirkungen schon zu sehen: Immer wieder hat sich die Türkei den

⁵⁸⁵ vgl. ebenda, S.4

⁵⁸⁶ vgl. Rat der Europäischen Union (2): Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen – Schlussfolgerungen, Brüssel 11.12.2006, auf:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/92388.pdf, am 07.01.2007, S.8f.

⁵⁸⁷ vgl. Kramer (3), Heinz: EU-Türkei: Der Konflikt um Zypern schwelt weiter, SWP-Diskussionspapier 2007/01, Berlin Januar 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3574, am 10.04.2007, S.3f.; für einen Überblick über die Geschichte des Zypern-Konfliktes siehe: Wendt, Christina: Wiedervereinigung oder Teilung? Warum das Zypern-Problem nicht gelöst wird, Würzburg 2006

⁵⁸⁸ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.34

⁵⁸⁹ vgl. ebenda, S.31

⁵⁹⁰ vgl. Abramowitz/Burt, a.a.O., S.23

Positionen und Erklärungen der EU angeschlossen, obwohl es in Bezug auf den Nahen Osten und die Menschenrechtsfrage zum Teil erhebliche Differenzen gab und gibt.⁵⁹¹ Während der Verhandlungen über den Verfassungsvertrag hat sich die Türkei für eine Stärkung der GASP ausgesprochen, allerdings unter der Bedingung, dass das Primat der NATO bei Kriseneinsätzen gewahrt bleibt.⁵⁹²

Im Rahmen der Debatte um den Nutzen eines Türkei-Beitritts wird von Kritikern immer wieder vorgetragen, dass die türkischen Probleme mit den Nachbarstaaten in die GASP hineingetragen würden und dieses nicht wünschenswert sei.⁵⁹³ Hierzu ist anzumerken, dass die EU bereits intensiv im türkischen Umfeld aktiv ist. Beispielsweise versucht die EU, Iran von seiner Urananreicherung abzubringen und den syrischen Einfluss im Libanon zu beschneiden. Weiterhin engagieren sich europäische Staaten im Irak. Die EU ist somit bereits direkt mit den lokalen Problemen konfrontiert.

Ein Beitritt der Türkei würde auch auf die Beziehungen zwischen der EU und der NATO Auswirkungen haben. Positiv wäre auf alle Fälle, dass sich die Zahl der Staaten, die in beiden Organisationen Mitglied sind, weiter erhöhen würde. Die Türkei unterhält von allen europäischen NATO-Staaten die größten Streitkräfte und den größten Anteil an Rüstungsausgaben am BIP. Allerdings weichen die Angaben zum Teil stark voneinander ab. So werden einmal 790 000 Soldaten und 4,8% Anteil am BIP⁵⁹⁴ und an anderer Stelle 515 000 Soldaten und 4,9% Anteil am BIP⁵⁹⁵ angegeben. Diese große Armee ist allerdings nur bedingt fähig, moderne Kriseneinsätze zu bewältigen. Es steht aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche der Türkei auch nicht zu erwarten, dass diese Defizite schneller beseitigt werden können als in anderen EU-Staaten.⁵⁹⁶ Generell lässt sich für die Türkei Ähnliches wie für die neuen Mitgliedsstaaten der EU feststellen. Der sicherheitspolitische Rahmen wird gemäß der Diktion des klassischen Sicherheitsbegriffs durch die USA gebildet, während die EU im Wesentlichen als ökonomische Größe wahrgenommen wird.⁵⁹⁷ Die Grundlage für die Beziehungen zu den USA bilden ein historisch gewachsenes Misstrauen gegenüber Russland und Unzufriedenheit über die Behandlung seitens der EU.⁵⁹⁸ Das gute Verhältnis zu den USA liegt unter anderem darin begründet, dass sich beide Seiten nach 1990 in ihren Interessen und

⁵⁹¹ vgl. Akçakoca/Cameron/Rhein, a.a.O., S.14

⁵⁹² vgl. ebenda, S.14

⁵⁹³ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.20

⁵⁹⁴ vgl. Akçakoca/Cameron/Rhein, a.a.O., S.10

⁵⁹⁵ vgl. <http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=215>, Abschnitt Militär, am 13.02.2007

⁵⁹⁶ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.31

⁵⁹⁷ vgl. Rühl, a.a.O., S.14

⁵⁹⁸ vgl. Öztürk, a.a.O., S.28, zur Unzufriedenheit über die Behandlung seitens der EU siehe: Erdogan, a.a.O.

der Aufgabenwahrnehmung in der Region ergänzt haben.⁵⁹⁹ Obwohl die Türkei nach allgemeiner Ansicht einer der wichtigsten Verbündeten der USA ist, ist sie weit davon entfernt, in den gegenseitigen Beziehungen ihre eigenen Vorstellungen zurückzustecken. Diese werden vielmehr offensiv vertreten. So hat sich die Türkei im Frühjahr 2003 geweigert, den USA ihr Territorium für einen Angriff auf den Irak zur Verfügung zu stellen.⁶⁰⁰ Dieses Verhalten macht deutlich, dass die Türkei ihre eigenen Interessen verfolgt und sich auch nicht scheut, wichtige Partner zu brüskieren. Es stellt sich von daher die Frage, ob die EU in der Lage sein kann, die Türkei besser einzubinden und zu kontrollieren als die USA.

Ein Beitritt der Türkei kann nur dann erfolgen, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt sind. An dieser Stelle sind nicht die Kopenhagener Kriterien gemeint, sondern Bedingungen, die die EU erfüllen muss, wenn sie weitere Staaten integrieren möchte. So benötigt die EU zunächst einmal eine klare Erweiterungsdoktrin.⁶⁰¹ In den vergangenen Jahrzehnten richtete die EU ihre Politik eher an wirtschaftlichen Aspekten aus und nicht an strategischen Optionen.⁶⁰² Für die Zeit bis 1990 war dieses auch angemessen. Der Beitritt der zwölf Staaten seit 2004 ist zwar auch mit sicherheitspolitischen Argumenten (Demokratisierung und Stabilisierung des post-sowjetischen Raumes) untermauert worden, allerdings war eine klare Strategie nicht erkennbar. Es ist daher unbedingt notwendig, dass die EU ihre Sicherheitsdoktrin dahin gehend ausbaut, dass klare politische Ziele und die zur Erreichung notwendigen Mittel definiert werden. Erst auf dieser Stufe kann abgeschätzt werden, ob die Türkei bei der Durchsetzung solcher Ziele nützlich ist.⁶⁰³ Zu diesem Zweck muss die EU die in der ESS formulierte „Weltpolitik“ mit Inhalten füllen. Hierbei gilt es zu unterscheiden zwischen einer Ausrichtung auf die Durchsetzung nationaler/gemeinschaftlicher Interessen oder der Definierung als ordnungspolitischer Akteur, der sein Umfeld gestalten möchte.⁶⁰⁴ In diesem Rahmen müssen die politischen Ziele der EU im Mittelmeer, Nahen und Mittleren Osten und im Kaukasus festgelegt werden.⁶⁰⁵ Diese Fragen müssen jenseits von

⁵⁹⁹ vgl. ebenda, S.26

⁶⁰⁰ vgl. Akçakoca/Cameron/Rhein, a.a.O., S.10

⁶⁰¹ vgl. Guttenberg, Karl-Theodor zu: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU eine „Privilegierte Partnerschaft“, aktuelle analysen 33, Hanns Seidel Stiftung, München 2004, auf: http://www.hss.de/downloads/aa33_internet.pdf, am 17.10.2005, S.5f.

⁶⁰² vgl. Triantaphyllou, Dimitrios: The 13th candidate - Turkey: whither its march towards the EU?, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.77-85, S.81

⁶⁰³ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.31

⁶⁰⁴ vgl. ebenda, S.31

⁶⁰⁵ vgl. Steinbach, Udo: Die Türkei und die EU, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.3-5, S.5

Absichtserklärungen beantwortet werden, damit eine Abschätzung über einen „Mehrwert“ der türkischen Mitgliedschaft vorgenommen werden kann.

Unstrittig ist jedoch, dass an einer Kooperation mit der Türkei kein Weg vorbei führt, da die Türkei in Regionen aktiv ist, in denen die EU aus Eigeninteresse ebenfalls präsent sein muss.⁶⁰⁶ Letzten Endes muss die EU aber den generellen Nachweis erbringen, dass sie die Türkei im Falle eines erfolgreichen Abschlusses der Beitrittsverhandlungen verkraften kann.⁶⁰⁷ Dies gilt für alle Bereiche der Politik.

Betrachtet man diese grundlegenden Voraussetzungen, dann wird deutlich, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zunächst eine Phase der inneren Beschäftigung benötigt. Mangels eindeutiger Ziele und Vorgehensweisen belässt es die EU zurzeit mit allgemeinen Aussagen zu Problembereichen. Sie hat zwar seit Verkündung der GASP zahlreiche Missionen übernommen, jedoch nur selten ein effektives präventives Handeln an den Tag gelegt.

Im Folgenden sollen die möglichen Vor- und Nachteile einer Türkei-Mitgliedschaft beleuchtet und untersucht werden. Befürworter des Beitritts weisen auf das enorme Potenzial hin, das die Türkei in die GASP mit einbringen könne. Hierbei wird in erster Linie an die Wirkung auf andere islamische Staaten gedacht. So soll die Türkei als ein Beispiel dafür fungieren, dass sich Islam und westliche Demokratie nicht ausschließen.⁶⁰⁸ Die Auswirkungen in diesem Bereich scheinen aber aufgrund der teilweise gespannten Beziehungen zu anderen islamischen Staaten überschätzt zu werden. Ein weiterer Vorteil einer Mitgliedschaft wird in der Verringerung der Reibungen zwischen EU und NATO gesehen, da sich die Mitgliedschaften weiter angleichen würden.⁶⁰⁹ Die Spannungen zwischen den einzelnen Staaten würden dadurch aber nicht verschwinden. Auch bleiben die unterschiedlichen Aufgabenzuweisungen seitens der Mitglieder erhalten. Eine grundlegende Besserung der Beziehungen beider Organisationen erscheint in diesem Zusammenhang eine überzogene Erwartung zu sein.

Über die genauen Auswirkungen eines Beitrittes sind sich die handelnden Personen uneins. So erwartet der EU-Kommissar Verheugen, dass die EU nach einem türkischen Beitritt die politische Weltbühne betritt, während der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Delors

⁶⁰⁶ vgl. Guttenberg, a.a.O., S.5, vgl. auch: Guérot/Witt, a.a.O., S.11

⁶⁰⁷ vgl. Kramer, Heinz/Krauß, Hanna-Lena: Ein kluger Wegweiser - Der Türkei-Bericht der Europäischen Kommission, SWP-Aktuell 50/2004, Berlin November 2004, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1718, am 13.08.2006, S.4

⁶⁰⁸ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.27f.

⁶⁰⁹ vgl. ebenda, S.31

eher die Gefahr einer Erosion der EU sieht.⁶¹⁰ Die Ansichten Verheugens sind nicht nachzuvollziehen. Die EU ist bereits seit Langem ein weltpolitischer Akteur. In den letzten Jahren ist lediglich hinzugekommen, dass die EU stärker wahrgenommen und gefordert wird. Die Erosionsgefahr ist nicht von der Hand zu weisen, allerdings liegt diese nicht im Beitritt der Türkei begründet. Die Gefahr der Erosion droht vielmehr durch das Fehlen eines gemeinschaftlichen Ziels, das die Mitglieder verbindet.⁶¹¹

Von einigen Beobachtern wurde als eines der Argumente gegen einen Beitritt angeführt, dass die EU nach einem Beitritt an Krisenregionen grenzen würde und dieses sei nicht zu wünschen. Diese Personen übersehen aber, dass die EU auf jeden Fall in diesen Konflikten aktiv werden muss, da sich die meisten der Bedrohungen nicht mehr geografisch eingrenzen lassen, sondern international sind.⁶¹² Es steht außer Frage, dass die EU in der türkischen Nachbarschaft mit der Türkei zusammenarbeiten muss. Allerdings ist die Frage, ob dieses notwendigerweise die Mitgliedschaft in der EU bedeutet. Es gibt kaum Gründe, die zwingend eine Mitgliedschaft der Türkei stützen. Vor allem die nicht abzusehenden Folgen für die Politik gegenüber dem Nahen Osten stellen ein Risiko dar.⁶¹³ Hier liegt ein Manko der EU in ihrem außenpolitischen Verhalten im Allgemeinen: Insbesondere gegenüber Russland und der Türkei ist das Auftreten nicht von einer Strategie geprägt, sondern ergibt sich aus der jeweiligen Situation heraus.⁶¹⁴ Ein weiterer Nachteil aus einem Beitritt der Türkei ergibt sich in Hinblick auf weitere an einem Beitritt interessierte Staaten. Wenn die Türkei mit ihrer Größe und Bevölkerung von der EU aufgenommen wird, dann dürfte es sehr schwer werden ähnlich strukturierten Staaten (Größe, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft) wie der Ukraine den Beitritt auf Dauer zu verwehren.⁶¹⁵ Auf einige der Fragen, die sich aus der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ergeben, soll versucht werden, im Folgenden eine Antwort zu geben.

Die EU kann sich den Problemen in der türkischen Nachbarschaft nicht entziehen. Aus diesem Grund muss die Frage daher lauten, welchen Mehrwert eine in die EU eingebundene Türkei für die Interessen der EU besitzt. Diese Frage kann allerdings erst dann beantwortet werden, wenn die EU eine kohärente Kaukasus-, Nahost- und Schwarzmeerpolitik entwickelt

⁶¹⁰ vgl. Spiel ohne Grenzen, in: Focus 52/2004, München 20.12.2004, S.166-168, S.168

⁶¹¹ vgl. Das polnische Menetekel, auf:

<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E9177910E49514AEBA2737CBA1C8637FB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 25.06.2007, o.S.

⁶¹² vgl. Abramowitz/Burt, a.a.O., S.8f., vgl. auch: Kramer (2), a.a.O., S.20

⁶¹³ vgl. Fröhlich (1), Stefan: Auswirkungen der Osterweiterung auf die GASP und NATO, in: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, S.35-53, S.47

⁶¹⁴ vgl. Jäger, a.a.O., S.30

⁶¹⁵ vgl. Wehler, Hans-Ulrich, a.a.O., S.7

hat.⁶¹⁶ Derzeit ist die EU-Politik in diesen Regionen allerdings nicht einmal die Summe der Ziele der Einzelstaaten. Hier muss die EU eine klare Politik entwickeln, da der Nahe Osten in den nächsten Jahren die Aufmerksamkeit der EU beanspruchen wird.⁶¹⁷

Die Transformation dieser Region hin zu Frieden und Stabilität ist deshalb sehr wichtig, weil es zum einen der geografisch nächst gelegene Konfliktherd ist und zum anderen, weil diese Region für die europäische Versorgung mit Ressourcen von großer Bedeutung ist. Sowohl der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien als auch der Irakkrieg 2003 haben deutlich gezeigt, dass die Staaten der EU und die EU-Organe in größeren Maßstäben denken müssen, als dieses bisher geschehen ist.⁶¹⁸

Im Bereich der Sicherheitspolitik ist zunächst, unabhängig von der Entwicklung einer Strategie, eine ständige und enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei notwendig, wenn beide Seiten einen dauerhaften geopolitischen Nutzen erzielen wollen. Für die EU ist dabei von besonderer Bedeutung, dass sie die türkischen Interessen in der Region anerkennt.⁶¹⁹ Diese Zusammenarbeit muss über das Maß der bisherigen im Rahmen der Kooperation über die NATO hinausgehen. Ein Zustand wie der jetzige, in dem die Zusammenarbeit oftmals nicht stattfinden kann, ist unhaltbar.⁶²⁰ Hierbei muss allerdings auch die Türkei ihre Position ändern.

Damit die Kooperation funktionieren kann, muss die EU ihr widersprüchliches Verhältnis zur Türkei klären: „Es geht um Rücksicht auf einen Partner, den man nicht als strategischen bezeichnen darf, weil er die Vollmitgliedschaft in der EU begehrt, die man ihm noch nicht eingeräumt, wohl aber in Aussicht gestellt und in Berlin, Paris und London auch schon zugesichert hat, [...]“.⁶²¹ Die Zusicherung Frankreichs hinsichtlich des Beitritts ist mittlerweile als nicht mehr sicher anzusehen. Mit dem konservativen Nicolas Sarkozy ist ein ausgesprochener Gegner des Türkei-Beitritts in Frankreich Präsident geworden.

Gegner der Erweiterung führen an, dass ein Beitritt der Türkei die EU überdehnen würde. Dieses Argument kann nur teilweise greifen. In Bezug auf die Strukturen der EU liegt die eigentliche Überdehnung in der Erweiterung von 15 auf 27 Mitglieder. Eine Erweiterung auf 28 Mitglieder dürfte daher vergleichsweise gering ins Gewicht fallen.⁶²²

⁶¹⁶ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.21

⁶¹⁷ vgl. Nationalismus ist die Pest, in: Der SPIEGEL 18/2005, Hamburg 02.05.2005, S.36-40, S.38

⁶¹⁸ vgl. Yilmaz, a.a.O., S.199

⁶¹⁹ vgl. Rühl, a.a.O., S.20f.

⁶²⁰ vgl. Kupferschmidt, a.a.O., S.15

⁶²¹ Rühl, a.a.O., S.10

⁶²² vgl. Kramer (2), a.a.O., S.33

Im Folgenden sollen einige Argumente, die von Befürwortern eines Beitritts angeführt werden, aus sicherheitspolitischer Sicht untersucht werden. Viele Beobachter sind der Meinung, dass allein schon der Kandidatenstatus der Türkei positive Auswirkungen auf die Türkei hat. Eine Aberkennung des Status hätte aus ihrer Sicht das Ende der rechtsstaatlichen Reformen zur Folge.⁶²³ Generell verläuft diese Argumentationslinie in die Richtung, dass die Integration der Türkei in die EU die Chance bietet, das Land zu demokratisieren und zu modernisieren.⁶²⁴ Damit wird das Konzept einer Sicherheitspolitik durch Erweiterung verfolgt. Abgesehen davon, dass dieses Konzept an seine Grenzen stößt, wird zur Erreichung dieser Ziele nicht zwingend die Mitgliedschaft der Türkei benötigt. Unausgesprochen impliziert diese Argumentation zudem, dass die Reformen nicht aus innerer Überzeugung heraus geschehen, sondern lediglich als Türöffner zu den Mitteln der EU dienen.

Weiterhin wird die Türkei zu einem Vorbild für andere islamisch geprägte Staaten erhoben.⁶²⁵ Die Idee dahinter ist relativ einfach: Die Türkei soll anderen islamischen Staaten zeigen, dass ein islamisch geprägtes Land gleichzeitig eine Demokratie sein kann. Wie bereits erwähnt, scheinen hier die Erwartungen überschätzt zu werden, da die Türkei in der islamischen Welt aufgrund ihrer Israel-Politik immer wieder in der Kritik steht.

Weiterhin wird betont, dass beide Seiten ein herausragendes Interesse an einem stabilen Umfeld der Türkei haben. Aufgrund dieser Situation sei eine enge Einbindung der Türkei in die GASP/ESVP von enormer Bedeutung.⁶²⁶ Auch hier stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit einer Türkeimitgliedschaft. Die Türkei ist über Berlin-Plus in die GASP eingebunden, da sich die EU verpflichtet hat, die türkischen Interessen bei ihren Aktionen zu berücksichtigen.⁶²⁷ Eine enge Einbindung ist damit bereits gegeben. Durch die türkische Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen kann die EU im Nahen Osten und Kaukasus keine Sicherheitspolitik ohne sie betreiben.⁶²⁸ Dies ist eine grundsätzlich richtige Feststellung von Öcal. Sie ist allerdings dahin gehend zu präzisieren, dass es nicht immer zu einer Kooperation kommen muss, da die Ziele und Interessen unterschiedlich sind und auch weiterhin sein können.

Aus politischen Gründen darf der Türkei nicht die grundsätzliche Beitrittsfähigkeit abgesprochen werden. Die EU bzw. ihre Vorgängerorganisationen haben immer wieder die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft betont. Diese Möglichkeit nun auszuschließen, würde

⁶²³ vgl. Ohne Erweiterung wäre alles viel schlechter - Interview mit Günther Verheugen, a.a.O., S.9

⁶²⁴ vgl. Balcer, Adam: Relations between Turkey and the European Union, CES Studies, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001674/01/turkey_and_eu.pdf, am 28.10.2005, S.73

⁶²⁵ vgl. Öcal, a.a.O., S.93

⁶²⁶ vgl. Emerson/Aydini/de Clerck-Sachsse/Noutcheva, a.a.O., S.20ff.

⁶²⁷ vgl. Hofmann, Stephanie/Reynolds, Christopher, a.a.O., S.2

⁶²⁸ vgl. Öcal, a.a.O., S.403f.

einen massiven Verlust an politischer Glaubwürdigkeit bedeuten.⁶²⁹ Ein Weg, dieses Dilemma zu umgehen, kann in der Anwendung einer abgestuften Integration liegen. Die EU würde bei einer Integration in einigen Bereichen nicht zwangsläufig überdehnt, die Kosten würden überschaubar bleiben und es gäbe einen Zeitgewinn, um notwendige Reformen durchzuführen.⁶³⁰ Diese abgestufte Integration kann über Opt-in Regelungen verwirklicht werden, wie sie beispielsweise auch für Norwegen oder die Schweiz genutzt werden.⁶³¹ Als rechtliche Grundlage können Art. 24 EU-V oder Art. 8, 2 VL dienen, die es der EU erlauben mit Drittstaaten Abkommen zu treffen.

Die EU strebt eine Stabilisierung des Kaukasus an. Die Rolle der Türkei ist hier zwiespältig. Zum einen ist sie ein wichtiger regionaler Akteur mit kulturellen und gesellschaftlichen Bindungen, die zur Lösung von Konflikten beitragen können, zum anderen ist sie selber ein Teil der Probleme. Insbesondere die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien sind sehr gespannt.⁶³² Diese Spannungen werden neben der Weigerung, den Genozid an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs anzuerkennen, zusätzlich noch dadurch geschürt, dass sich die Türkei als Schutzmacht für alle Turkvölker sieht, die auch im Kaukasus siedeln. Der Kaukasus könnte mit einer in die EU eingebundenen Türkei effektiver stabilisiert werden, als wenn die Türkei als eine eigenständig agierende Regionalmacht wahrgenommen wird.⁶³³ In diesem Fall hätte die EU also einen klaren Vorteil von einer Mitgliedschaft der Türkei.

Die meisten Vorteile einer Mitgliedschaft der Türkei liegen in der Energiepolitik.⁶³⁴ Die Türkei ist ein wichtiges Transitland für Energie aus dem Kaspischen Meer, wo die größten noch nicht entdeckten Energieressourcen vermutet werden.⁶³⁵ Da die EU aufgrund ihrer Rohstoffarmut darauf angewiesen ist, ihren Energiebedarf möglichst weit verteilt zu decken, hat die Türkei eine strategische Bedeutung. Da der Iran als Transitland für Energie zu unsicher ist, stellt ein EU-Mitglied Türkei eine institutionelle Sicherung der Energieversorgung dar.⁶³⁶

Im Nahen Osten kann die Türkei aufgrund ihrer islamischen Prägung eine wichtige Rolle spielen. Mit ihrer gleichzeitig östlichen und westlichen Ausrichtung kommt der Türkei theoretisch eine Brückenfunktion in der Region zu. Allerdings wird diese Brückenfunktion

⁶²⁹ vgl. Karakas, a.a.O., S.4

⁶³⁰ vgl. ebenda, S.6

⁶³¹ vgl. ebenda, S.8

⁶³² vgl. Král, a.a.O., S.58

⁶³³ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.20

⁶³⁴ vgl. Reiter (2), a.a.O., S.15

⁶³⁵ vgl. Öztürk, a.a.O., S.25f.

⁶³⁶ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.32

durch die teilweise schlechten Beziehungen der Türkei zu Syrien, Irak und Iran eingeschränkt.⁶³⁷ Auch wenn es in Einzelfragen zu einer guten Kooperation mit diesen Staaten kommt, ist das Verhältnis generell gespannt. Im Bereich der Sicherheitspolitik unterhält die Türkei lediglich mit Israel gute Beziehungen.⁶³⁸

Die Mitgliedschaft der Türkei in der EU ist aus sicherheitspolitischer Sicht nicht zwingend notwendig. Die EU ist bereits jetzt ein ernst zu nehmender internationaler Akteur. Um die gemeinsamen Ziele in der türkischen Nachbarschaft zu erreichen, würde eine Optimierung der Zusammenarbeit vollkommen ausreichen. Auch die befürchtete Neuentwicklung von Kooperationsformen im Falle der Ablehnung des Beitritts dürfte nicht so schwer ausfallen. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind bereits durch die Zollunion und den politischen Dialog sehr intensiv.⁶³⁹ Eine Abwendung der Türkei erscheint daher nicht sehr wahrscheinlich. Selbst eine durch eine eventuelle Ablehnung in kritischer Distanz zur EU stehende Türkei wirft keine unüberwindbaren außen- und sicherheitspolitischen Probleme auf.⁶⁴⁰

Ein Grund den Beitritt der Türkei aus sicherheitspolitischer Sicht abzulehnen, liegt in der unruhigen Nachbarschaft der Türkei. Da die Türkei Teil dieser Konflikte ist, würde die EU direkt involviert werden.⁶⁴¹ Dadurch könnte die EU nicht mehr die Rolle eines Vermittlers für sich in Anspruch nehmen.⁶⁴²

Ein weiteres sicherheitspolitisches Argument bezieht sich auf interne Aspekte. Es gibt die Befürchtung, dass die Aufnahme der Türkei die EU überfordern würde.⁶⁴³ Grund für diese Befürchtung ist die Tatsache, dass die Türkei nach dem Beitritt das bevölkerungsreichste Land der EU sein würde und gleichzeitig eines der wirtschaftlich schwächsten. Die finanziellen Folgen für die EU sind somit noch nicht abzusehen. Hinzu kommen Befürchtungen, dass die EU an innerer Stabilität verliert. Die Gemeinsamkeiten zwischen den Gesellschaften seien für eine wirkliche Basis auf Dauer zu gering.⁶⁴⁴ Die EU könne daher nicht zugleich nach innen stabil und nach außen handlungsfähig sein.⁶⁴⁵ Aufgrund der

⁶³⁷ vgl. Král, a.a.O., S.58

⁶³⁸ vgl. Manutscharjan, Aschot: Sicherheitspolitik im Kaukasus – Perspektiven für das 21. Jahrhundert, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_328.pdf, am 05.02.2007, S.53

⁶³⁹ vgl. Kramer (2), a.a.O., S.33f.

⁶⁴⁰ vgl. ebenda, S.6

⁶⁴¹ vgl. Schmid, Gerhard: Schluss mit dem Spiel ohne Grenzen!, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.188-191, S.190

⁶⁴² vgl. Reiter (2), a.a.O., S.14

⁶⁴³ vgl. Guttenberg, a.a.O., S.5

⁶⁴⁴ vgl. Martens (1), a.a.O., S.5

⁶⁴⁵ vgl. Schäuble, a.a.O., S.3

unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen und der kulturellen Unterschiede müsse sich die EU demzufolge sich zunächst mit sich selbst beschäftigen. Dieses würde jedoch, so die Argumentation, die Fähigkeit nach außen aufzutreten, stark einschränken.

Allen Akteuren innerhalb der EU ist klar, dass sich die EU grundlegend verändern muss, wenn sie einen Beitritt der Türkei verkraften will. Selbst die Bestimmungen des VVE würden laut Günter Verheugen nicht ausreichen, um die EU dann handlungsfähig zu halten.⁶⁴⁶ Da die wesentlichen Bestimmungen des VVE im Bereich der GASP in den Vertrag von Lissabon übernommen wurden, gilt die Aussage Verheugens auch hier. Wäre die Union konsequent, müssten aufgrund dieser Aussage die Beitrittsverhandlungen abgebrochen werden. Auf dem Gipfel in Brüssel sind in dieser Hinsicht keine weiteren Änderungen am Vertragswerk vereinbart worden. Wenn aber schon die Verbesserungen, die der neue Vertrag gegenüber dem Vertrag von Nizza bringt, nicht ausreichen, dann kann die EU auf keinen Fall mit dem Vertrag von Nizza die Türkei oder weitere Staaten verkraften. Aus diesem Grund sollten auch den Staaten, die zurzeit am deutlichsten die Beitrittsperspektive einfordern (Georgien und die Ukraine) klare Absagen erteilt werden. Ein weiterer Grund, warum viele Beobachter befürchten, dass die EU nach einem Türkei-Beitritt nicht mehr handlungsfähig sein werde, liegt in der nationalistischen Ausrichtung der türkischen Politik begründet. Diese Haltung würde eine Einigung erschweren.⁶⁴⁷ Insbesondere zwischen Griechenland und der Türkei sind aufgrund der unterschiedlichen Ansichten in der Zypernfrage Konflikte zu erwarten, die sich auch auf andere Politikbereiche übertragen könnten.

Die von den Beitrittsbefürwortern herausgestellte Bedeutung der Türkei für andere islamische Staaten sehen die Gegner naturgemäß anders. Die meisten islamischen Staaten sehen die Türkei als einen Staat an, der sich an den Westen verkauft hat. Gleichzeitig finden sich zum Teil tief sitzende Abneigungen gegen die Türkei, die aus der Zeit des Osmanischen Reiches stammen. Angst vor einer Vorbildrolle haben auch Teile der türkischen Eliten. Sie befürchten, dass eine solche Rolle zu einem stärkeren Einfluss des Islams in der Türkei führen könnte.⁶⁴⁸ Dieses würde aber der traditionell areligiösen Ausrichtung des türkischen Staates widersprechen. Es ist somit fraglich, ob die Türkei überhaupt die Möglichkeit und den Willen haben wird, die ihr zugeordnete Rolle als Vorbild für andere islamische Staaten in den Beziehungen zum Westen zu sein.

⁶⁴⁶ vgl. Europa braucht jetzt mehr Zeit, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.134, 14.06.2005, S.1

⁶⁴⁷ vgl. Karakas, a.a.O., S.2

⁶⁴⁸ vgl. Larrabee, Stephen F.: Die Türken vor Brüssel – Eine amerikanische Sicht der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, in: Internationale Politik, 59. Jg., November/Dezember 2004, S.125-133, S.126

Um den Nahen Osten zu stabilisieren, benötigt die EU dort einen stabilen Partner. Israel ist zwar ein stabiler Staat, allerdings kann Israel als einer der Hauptakteure im Nahostkonflikt diese Rolle nicht wahrnehmen. Die Türkei könnte diese Rolle einnehmen. Die benötigte stabile Partnerschaft würde sich aber nicht nur durch den Beitritt, sondern auch durch eine privilegierte Partnerschaft erreichen lassen.⁶⁴⁹ An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei bereits den Status einer privilegierten Partnerschaft haben. Die Türkei ist durch Zollunion und Berlin-Plus eng mit der EU verbunden. In diesem Falle sollten die Beziehungen im Rahmen gemeinsamer Gremien ausgebaut werden und klare und überschaubare Probleme gemeinsam gelöst werden. Dies könnte beispielsweise im Rahmen von gemeinsamen Aktionen oder Standpunkten auf der Arbeitsebene geschehen.⁶⁵⁰

Befürworter des Beitritts führen immer wieder an, dass der Beitritt der Türkei diese fest in die westlichen Strukturen einbinden würde. Diese Argumentation übersieht die Tatsache, dass die Türkei bereits jetzt fest integriert ist. Nicht nur wirtschaftlich über die Zollunion, sondern auch sicherheitspolitisch über die NATO, sodass in dieser Frage kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.⁶⁵¹ Eine Abwendung von der euro-atlantischen Sicherheitsstruktur im Falle der Ablehnung erscheint unwahrscheinlich. Zum einen ist die Türkei stark von amerikanischen und deutschen Rüstungsimporten abhängig, und zum anderen – und dieser Grund ist gewichtiger – sehen die türkischen Eliten die Türkei als einen westlichen Staat an.⁶⁵² Eine Abwendung von der NATO würde in ihren Augen den Einfluss der islamistischen Kräfte stärken und somit die Westbindung schwächen. Die Rolle der NATO bei der Einbindung der Türkei darf aber nicht überschätzt werden. Sowohl die Türkei als auch Griechenland sind seit 1952 Mitglieder der NATO. Trotzdem sind beide Staaten wegen einiger Felsinseln in der Ägäis mehrfach an den Rand eines militärischen Konfliktes geraten.⁶⁵³ Es ist von daher nicht zu erwarten, dass die EU einen stärker disziplinierenden Einfluss auf die Türkei ausüben könnte, sodass die Gefahr besteht, dass eine um die Türkei erweiterte Union Schauplatz von Machtkämpfen zwischen den Staaten werden könnte.⁶⁵⁴ Dies zeigt sich auch in der aktuellen türkischen Zypernpolitik. Die Türkei weigert sich bis heute, das Ankara-Protokoll auf Südzypern anzuwenden, solange nicht der türkische Nordteil

⁶⁴⁹ vgl. Wissmann (2), Matthias: Eine „Privilegierte Partnerschaft“ als Alternative zu einer EU-Vollmitgliedschaft der EU, auf: http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Tuerkei_EU/Dokumentation-Anlagen/wissmann.pdf, am 26.07.2005, S.2

⁶⁵⁰ vgl. ebenda, S.4f.

⁶⁵¹ vgl. Reiter (2), a.a.O., S.14, vgl. auch: Rühl, a.a.O., S.6

⁶⁵² vgl. Erdogan, a.a.O., S.2

⁶⁵³ vgl. Reiter (2), a.a.O., S.15

⁶⁵⁴ vgl. ebenda, S.14

aus seiner Isolation befreit ist. In diesem Fall stellt also nicht einmal die Gefahr, den Beitritt zu verzögern, eine Motivation für eine Änderung der türkischen Politik dar. Die Türkei wird immer ihre eigenen Interessen in der Region vertreten. Dies wird schon daran deutlich, dass die Türkei innerhalb der NATO mehr ein freier Koalitionspartner als ein fester Gefolgsstaat der USA ist. Es steht zudem nicht zu erwarten, dass die EU in der Lage ist, zum jetzigen Zeitpunkt die Türkei stärker zu binden als die USA.⁶⁵⁵

Für den Fall des Beitritts sehen türkische Politiker ihren Staat als einen atlantisch ausgerichteten, wie etwa Großbritannien.⁶⁵⁶ Der Aufbau von autonomen Sicherheitsstrukturen innerhalb der EU würde damit noch schwieriger werden als ohnehin schon. Allerdings würde auch eine Zurückweisung der Türkei durch die EU die Zusammenarbeit mit der NATO erschweren.⁶⁵⁷

⁶⁵⁵ vgl. Rühl, a.a.O., S.11

⁶⁵⁶ vgl. Abramowitz/Burt, a.a.O., S.22

⁶⁵⁷ vgl. ebenda, S.24

8. Zwischenergebnis

Die vorherigen Kapitel haben gezeigt, dass die Ansichten über den Verlauf der Außengrenzen der EU weit auseinanderklaffen. Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen ist es der EU noch nicht gelungen, eine einheitliche Linie in dieser Frage zu entwickeln. Die Klärung der Grenzfrage setzt die Beantwortung einer anderen Frage voraus: Wie soll die endgültige Gestalt der EU aussehen? Erst wenn diese Frage beantwortet wurde, können die Außengrenzen der EU festgelegt werden. Allerdings hat der Europäische Rat im Juni 2007 gezeigt, dass es auch in dieser Frage große Unterschiede gibt. So hat beispielsweise Großbritannien durchgesetzt, dass es für die Europäische Grundrechtecharta ein opt-out erhält. Gleiches gilt für Polen.⁶⁵⁸ Damit ist der seit dem Vertrag von Maastricht einsetzende Trend zu einer selektiven Mitgliedschaft in der EU verstärkt worden. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieses in der Zukunft noch weiter verstärken wird. Differenzierte Integration erscheint von daher mehr denn je ein Gebot der Stunde. Dennoch werden sich die EU-Staaten darauf verständigen müssen, wo die Grenzen der Integration liegen sollen. Die Festlegung der Ziele durch einige wenige Staaten wird weder akzeptiert werden noch besäße sie eine demokratische Legitimation.

Aus sicherheitspolitischer Sicht besteht keine Notwendigkeit für weitere Neuaufnahmen. Die Erweiterung als sicherheitspolitisches Konzept hat ausgedient. Daher sollte es die EU vermeiden, weitere Mitgliedschaftsversprechen abzugeben. Die Staaten des westlichen Balkans sollten daher die letzten Vollmitglieder werden, sofern sie eines Tages die Beitrittskriterien erfüllen und die nötigen vertraglichen Grundlagen existieren.

Gegen weitere Erweiterungen in Richtung Osten und Südosten finden sich hingegen einige sicherheitspolitische Aspekte. Mit jeder weiteren Ausdehnung würde die EU zum direkten Akteur in einem Konflikt aufsteigen. Die EU ist zwar in alle Konflikte involviert, hat aber aufgrund der fehlenden gemeinsamen Grenze eher die Rolle eines Vermittlers. Durch die Türkei würde die EU direkt in die Probleme des Nahen Ostens hineingezogen werden. Hierbei geht es weniger um den Palästinenserkonflikt, sondern vielmehr um die mitunter schwierigen bilateralen Beziehungen der Staaten zueinander. Durch die Ukraine würde die EU mit dem Konflikt um Transnistrien konfrontiert werden und durch eine Mitgliedschaft Georgiens in den unruhigen und instabilen Kaukasus involviert werden. Die Aufnahme von Staaten der GUS würde zudem die Beziehungen zu Russland erheblich belasten, da Russland die GUS als seine vorrangige Einflusszone ansieht. Zudem wird die Erweiterungspolitik der

⁶⁵⁸ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007, a.a.O., FN 18 und 19, Artikel 1

EU in Russland von einigen russischen Politikern als Einkreisungsversuch zur Isolation Russlands aufgefasst. Das Gefühl der Einkreisung und internationalen Isolation ist zudem in der russischen Bevölkerung weit verbreitet.⁶⁵⁹

Ein weiteres Argument gegen weitere Aufnahmen ist die innere Verfassung dieser Staaten. Sie sind allesamt instabil. Neben der ungeklärten Minderheitsfrage in der Türkei ist die Frage der demokratischen Kontrolle der Armee ein weiteres ungelöstes Problem. Georgien hat Probleme mit Russland und der abtrünnigen Republik Abchasien. Und die Ukraine ist gespalten zwischen der Ausrichtung nach Russland oder der EU.

Ein drittes Argument betrifft die Handlungsfähigkeit der EU. Die unterschiedlichen Prioritäten der Staaten werden eine Einigung in Zukunft noch schwieriger werden lassen. Handlungsfähigkeit nach außen setzt aber Einigkeit nach innen voraus. Wenn die EU aber nicht in der Lage ist, in ihrem Umfeld für Stabilität zu sorgen, besteht die Gefahr, dass Instabilität in die EU hineingetragen wird. Damit würde das Gegenteil dessen erreicht werden, was gewollt ist. So sehr die Erweiterung seit 1990 ein erfolgreiches sicherheitspolitisches Konzept war, so wenig kann es in Zukunft weiter genutzt werden. Hinzu kommt, dass die beitragswilligen Staaten die außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten nicht wesentlich stärken könnten. Lediglich die Ukraine besitzt im Bereich des Lufttransports Fähigkeiten, die die EU nicht besitzt.

Zudem lassen sich die in der ESS formulierten Ziele wie Demokratisierung und Stabilität nicht, wie dies beispielsweise von Polen formuliert wird, nur über die Mitgliedschaft erreichen, sondern auch im Rahmen der ENP. Ein Beispiel für eine enge Einbindung in EU-Strukturen bietet Norwegen. Norwegen ist im Bereich des Binnenmarktes in die EU-Strukturen eingebunden und übernimmt die Regelungen der EU in diesem Sektor. Ähnliches gilt für Liechtenstein, Island und die Schweiz. Diese Staaten wären auch die einzigen, die die EU ohne große finanzielle Belastungen aufnehmen könnte. Allerdings hat bis auf Norwegen keiner dieser Staaten Interesse an einer Mitgliedschaft gezeigt. Die norwegische Bevölkerung hingegen hat sich 1994 in einem Referendum gegen einen Beitritt ausgesprochen.

Alle anderen beitragswilligen Staaten sind wirtschaftlich wesentlich schwächer entwickelt und politisch instabiler. Auf eine Beendigung dieser Zustände allein durch die EU-Mitgliedschaft zu hoffen, erscheint nicht Erfolg versprechend.

Auch für eine Mitgliedschaft der Türkei besteht aus sicherheitspolitischer Sicht keine Notwendigkeit. Der Abbruch der Verhandlungen würde den politischen Umgang mit der Türkei sicherlich erschweren, eine Abwendung von Europa ist aber nicht zu erwarten. Zum

⁶⁵⁹ vgl. Teltschik, Horst: Russland braucht keine Belehrungen, in: FAZ: Nr.106, 07.05.2008, S.7

einen ist die Türkei durch die Mitgliedschaft in der NATO fest in die westlichen Sicherheitsstrukturen eingebunden. Zum anderen sind die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei bereits so eng, dass sie sich nicht ohne weiteres auflösen lassen. Zudem ist die Türkei wirtschaftlich auf die EU angewiesen.

Nahe liegend ist aufgrund der bestehenden Probleme eine schrittweise Integration in die EU-Strukturen. Da der Bereich der GASP eine geringe Regelungsdichte aufweist, bietet sich dieses Gebiet an. Auf diese Weise könnte erprobt werden, ob und in welcher Form die Türkei bereit ist, sich in die europäischen Strukturen einzubinden und nationale Traditionen abzuschwächen. Grundvoraussetzung ist aber, dass die türkische Armee ihre Rolle als Hüter des Staates aufgibt und sich demokratischen Institutionen unterordnet.

Aber nicht nur die Struktur der beitragswilligen Staaten, sondern auch interne Faktoren sprechen gegen weitere Neuaufnahmen. Neben der Gefahr, dass die Entscheidungsfindung erschwert wird, muss die EU in der Lage sein, eventuelle Neumitglieder zu verkraften. Das Bewusstsein für diese Frage wächst zusehends. Wie beschrieben haben sich in den vergangenen Jahren insbesondere Frankreich und Österreich für die so genannte Absorptionsfähigkeit eingesetzt. Im Vorfeld des Europäischen Rates im Juni 2007 haben die Niederlande zudem die Aufnahme der Kopenhagener Kriterien in die europäischen Verträge eingesetzt und konnten sich durchsetzen. So wird in Art. 49 EU-V eingefügt, dass die vom „Europäischen Rat vereinbarten Kriterien [...] berücksichtigt“ werden sollen.⁶⁶⁰ Allerdings ist es mit dem Aufnehmen der Kriterien in die Verträge nicht getan. Es ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings sind die Formulierungen inhaltlich noch nicht genügend ausgedeutet. Der Satz: „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“⁶⁶¹ lässt angesichts der unterschiedlichen Ziele der Mitgliedsstaaten viel Spielraum. Auch diese Frage muss beantwortet werden, bevor die EU in der Lage ist, die Mitgliederzahl genau abzugrenzen. Die Mitglieder stehen also vor der Aufgabe, eine von allen getragene Vision für die Gestalt der Europäischen Union zu entwickeln. Ist dieses geschehen, kann sie mit einer effektiven Umsetzung der ESS beginnen.

⁶⁶⁰ Art. 49 VL

⁶⁶¹ Europäischer Rat 21./22. Juni 1993 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.13

9. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Nachbarschaftspolitik

9.1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

An dieser Stelle soll ein kurzer Überblick über die vertraglichen Bestimmungen für die GASP in den Verträgen von Nizza und Lissabon gegeben werden.⁶⁶²

Der Vertrag von Nizza sollte die Union institutionell auf die Erweiterung auf 25 Mitglieder vorbereiten. Da aber alle Seiten mehr oder weniger an ihren Positionen festhielten, gelang es nicht, eine grundlegende Reform durchzusetzen. Allgemein herrschte die Ansicht, dass die Union auf dieser Vertragsgrundlage mit 25 oder mehr Mitgliedern nur sehr schwer handlungsfähig sein werde.⁶⁶³ Im Bereich der GASP wurde als neues Element die verstärkte Zusammenarbeit in den Vertrag aufgenommen. Diese sollte es ermöglichen, dass Staaten eine sicherheitspolitische Integration im Rahmen der EU vornehmen können. Allerdings sind bei dieser Regelung explizit alle verteidigungspolitischen Belange ausgenommen. Zudem sind die formalen Einschränkungen und Vorgehensweisen für die Einrichtung einer verstärkten Zusammenarbeit so eng gefasst, dass sie für die Staaten nur wenig attraktiv ist. Dementsprechend wurde bis heute von diesem Instrument kein Gebrauch gemacht.⁶⁶⁴ Bei den Abstimmungsmodalitäten blieb es in den meisten Fällen bei der Einstimmigkeit, sodass sich bald die Frage aufdrängte, ob die EU nach der Erweiterung 2004 außenpolitisch überhaupt handlungsfähig sein würde, da die Heterogenität der Union sich weiter verstärken würde. Die generelle Handlungsfähigkeit der EU ist nicht in Frage gestellt. Selbst bei schwierigen Themen wie dem Umgang mit Russland konnte die Union eine gemeinsame Position formulieren, auch wenn es teilweise schwierig war.

Der Vertrag von Lissabon bringt demgegenüber einige Verbesserungen, aber auch hier gelang es nicht, eine grundlegende Reform zu vollziehen. In den meisten Fällen ist die Einstimmigkeit zwar geblieben, nur bestehen jetzt Möglichkeiten, dass dieser Modus in das Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit überführt wird.⁶⁶⁵ Für die verstärkte Zusammenarbeit gibt es im neuen Vertragswerk einige substanzielle Verbesserungen: So sind beispielsweise verteidigungspolitische Bezüge nicht mehr von der verstärkten

⁶⁶² Für ausführliche Darstellungen siehe: Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) – Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden 2004

⁶⁶³ vgl. Centrum für angewandte Politikforschung: Wege aus der Verfassungskrise – Ein Vertrag zum Vertrag von Nizza, auf: http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005_Wege.pdf, am 10.05.2006, S.1

⁶⁶⁴ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.112

⁶⁶⁵ vgl. Art. 22, 1 VL (Einstimmigkeit bei Grundsatzbeschlüssen) und Art. 31 VL (Ausnahmeregelungen)

Zusammenarbeit ausgeschlossen.⁶⁶⁶ Die Bestimmungen für die verstärkte Zusammenarbeit sind im Vertrag von Lissabon geändert worden. So ist nun vorgesehen, dass mindestens neun Mitgliedsstaaten erforderlich sind, um eine verstärkte Zusammenarbeit einzuleiten.⁶⁶⁷ Der von der Regierungskonferenz 2004 verabschiedete VVE hat für die Einleitung der verstärkten Zusammenarbeit noch ein Drittel – derzeit neun Staaten – der Mitgliedsstaaten als Grundvoraussetzung gesehen.⁶⁶⁸ Da Beitrittsverhandlungen mit zwei Staaten (Kroatien und Türkei) geführt werden und weiteren Staaten die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, ist dieses als Verbesserung gegenüber den Ergebnissen der Regierungskonferenz zu werten. Allerdings ist es bislang nicht gelungen, neun Mitgliedsstaaten zusammenzubekommen, um eine verstärkte Zusammenarbeit zu begründen. Außerhalb der vertraglichen Grundlagen findet eine außen- und sicherheitspolitische Kooperation längst mit weniger als neun Staaten statt.⁶⁶⁹

Der Europäische Rat in Brüssel hat beschlossen, die Positionen des Kommissars für Außenbeziehungen und des Hohen Vertreters für die GASP zusammenzulegen.⁶⁷⁰ Dies ist ebenfalls als Fortschritt zu werten. Ob es allerdings ein „politischer Quantensprung für Europa“ ist, wie es Bundeskanzlerin Merkel sieht, bleibt abzuwarten.⁶⁷¹ Weitere auf eine tiefer gehende Integration abzielende Schritte im Bereich der GSAP werden vorerst nicht zu erwarten sein. So es in Artikel 4, 2 VL, dass „[i]nsbesondere die nationale Sicherheit [...] weiterhin in die alleinige Zuständigkeit der einzelnen Nationalstaaten“ fällt.⁶⁷² Die Staaten haben also ihre Position gefestigt. Dies wird auch daran deutlich, dass die GASP weiterhin vom Europäischen Rat und dem Ministerrat einstimmig festgelegt und durchgeführt wird. Der Hohe Vertreter wird dadurch in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt.⁶⁷³

Eine Motivation für die auch schon vom Verfassungskonvent vorgesehene Zusammenlegung beider Ämter dürfte der Wunsch nach einer stärkeren Personalisierung der GASP gewesen sein. Die ursprünglich als impulsgebend gedachte rotierende Ratspräsidentschaft stellte sich sehr bald als ineffektiv heraus, da insbesondere die

⁶⁶⁶ vgl. Art. 326ff. VL; im Gegensatz dazu Art. 27b EU-V: „Die verstärkte Zusammenarbeit nach diesem Titel betrifft die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder die Umsetzung eines gemeinsamen Standpunkts. Sie kann nicht Fragen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen betreffen.“

⁶⁶⁷ vgl. Art. 20, 2 VL

⁶⁶⁸ vgl. Art. I-43, 2 VVE

⁶⁶⁹ vgl. Bendieck (1), Annegret: Die GASP nach dem „Fußnotengipfel“, SWP-Aktuell 42/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4198, am 31.07.2007, S.4

⁶⁷⁰ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.27

⁶⁷¹ Merkel (2), Angela: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Europäischen Parlament am 27.06.2007, auf: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2007/06/2007-06-27-rede-merkel-ep.layoutVariant=Druckansicht.html>, am 29.06.2007, o.S.

⁶⁷² Art. 4, 2 VL; Hervorhebung durch Verfasser

⁶⁷³ vgl. Art. 24, 1 VL

Administrationen der kleineren Staaten mit der hohen Dichte der Handlungen in der GASP überfordert waren.⁶⁷⁴

Da die Regierungskonferenz im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik die Vorgaben des Europäischen Rates vom Juni 2007 nicht geändert hat, ist der offiziellen deutschen Bilanz der Ratspräsidentschaft zuzustimmen, wenn dort festgestellt wird, dass mit der Vertragsreform „die Grundlage gelegt [ist], die Handlungsfähigkeit der Union langfristig zu sichern und zu verbessern.“⁶⁷⁵

Generell ist festzuhalten, dass sich die GASP seit ihrer Einführung 1992 bewährt hat. Die einzige Krise, in der die Union seit Beginn der GASP handlungsunfähig war, war 2003 im Vorfeld des Irakkrieges. Diese Krise hatte aber spezifische Ursachen, auf die später eingegangen werden wird.

Als ein besonders effektives Werkzeug haben sich die gemeinsamen Erklärungen herausgestellt, die entweder direkt veröffentlicht werden bzw. den betroffenen Staaten „diskret“ zugestellt werden, wenn es bspw. darum geht, Personen zu schützen.⁶⁷⁶

Ein weiteres wirksames Instrument ist die gemeinsame Aktion gemäß Art. 14 EU-V. Dieses Instrument wird häufig genutzt, um die Union in einem spezifischen Fall konkret zu ermächtigen.⁶⁷⁷

Weiterhin wird der gemeinsame Standpunkt regelmäßig genutzt. Dieses Instrument verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre nationale Politik in den Einklang mit dem vereinbarten Standpunkt der Union zu stellen.⁶⁷⁸

Weitaus weniger genutzt wird die gemeinsame Strategie. Dieses Instrument sollte ursprünglich die Politik der Union in einem allgemeinen Kontext in einer weiteren Region beschreiben. Lediglich drei gemeinsame Strategien wurden angenommen: Für die Ukraine, Russland und den südlichen Mittelmeerraum wurden solche Vereinbarungen getroffen.⁶⁷⁹ Der sparsame Gebrauch, der von diesem Instrument gemacht wird, liegt darin begründet, dass die Texte sehr allgemein gefasst sind und daher beinahe beliebig interpretiert werden können. Hinzu kommt, dass im Fall von Russland einige der Mitgliedsstaaten die bilateralen

⁶⁷⁴ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.30

⁶⁷⁵ Bundesrepublik Deutschland (2): Europa gelingt gemeinsam – Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft, auf: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/06/Anlagen/2007-06-27-bilanz-praesidentschaft_property=publicationFile.pdf, am 29.01.2008, S.3

⁶⁷⁶ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.90f.

⁶⁷⁷ vgl. ebenda, S.103

⁶⁷⁸ vgl. Art. 15 EU-V, Art. 29 VL

⁶⁷⁹ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.101f.

Beziehungen bevorzugen (Deutschland, Frankreich, Italien) und diese Politik nicht notwendigerweise im Einklang mit der Unionspolitik steht.⁶⁸⁰

Tabelle 2: Übersicht über die Nutzung der GASP-Instrumente

	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07
Gemeinsame Aktion	5	14	10	18	15	20	20	21	19	20	32	23	43	39	40
Gemeinsamer Standpunkt	-	8	13	9	13	22	35	33	20	24	24	22	22	20	15
Gemeinsame Strategie							2	1	-	-	-	-	-	-	-
Abschl. intern. Abkommen							-	-	2	3	16	10	16	13	-
Verstärkte Zusammenarbeit											-	-	-	-	-

Beschlüsse berücksichtigt bis: 26.07.2007

Quellen: Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) – Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden 2004, S.91; Actes Juridiques PESC, auf: <http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/ACTES-JURIDIQUES.pdf>, am 23.08.2007

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, ist die Befürchtung, dass die EU mit der GASP nach der Osterweiterung handlungsunfähig werde, nicht gerechtfertigt. Eine handlungsunfähige Union hätte wohl kaum eine derartige Menge von gemeinsamen Aktionen und Standpunkten verabschiedet. Die Tatsache, dass sie nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, macht ihren Anteil an der GASP nicht geringer.

2003 stand die Krise der GASP im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Über die Frage, ob die USA bei ihrem Vorhaben, in den Irak einzumarschieren, unterstützt werden, kam es zu einem massiven Bruch zwischen den USA und Europa, allerdings auch zwischen den europäischen Staaten selber. Der Bruch wurde durch den damaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld deutlich gemacht, indem er Europa in das „alte“ und das „neue“ einteilte: „Sie denken bei Europa an Deutschland und Frankreich? Ich nicht. Für mich ist das das alte Europa.“⁶⁸¹ Grob gesagt kann man die Trennungslinien in diesem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen und Großbritannien und den neuen Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite ziehen. Insbesondere für die mittel- und osteuropäischen Staaten war die Entscheidung, sich auf die Seite der USA zu stellen, sicherheitspolitisch geprägt. Diese Staaten sehen in den USA den Garanten ihrer Sicherheit,

⁶⁸⁰ vgl. Fischer (1), Sabine: Die EU und Russland – Konflikte und Potentiale einer schwierigen Partnerschaft, SWP-Studie 34/2006, Berlin Dezember 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3500, am 31.07.2007, S.8

⁶⁸¹ zitiert nach: Die Dinge, die wir nicht wissen – wir wissen sie nicht, auf: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/139/91048/3/>, am 19.11.2006

insbesondere vor Russland.⁶⁸² Am stärksten ist diese Haltung in Polen und den baltischen Staaten ausgeprägt.⁶⁸³ Die EU wird in diesen Staaten eher mit Wohlstand und Wirtschaftswachstum gleichgesetzt.⁶⁸⁴ Aus diesem Grund wollten sie sich den USA als verlässliche Bündnispartner präsentieren.⁶⁸⁵ Die deutsche Position war überwiegend von innenpolitischen Motiven geprägt, da der damalige Bundeskanzler Schröder die Ablehnung des Krieges im Bundestagswahlkampf benutzte, um seine Chancen auf eine Wiederwahl zu verbessern.⁶⁸⁶ Frankreich hingegen wollte einer Militäroperation nur dann zustimmen, wenn es einen entsprechenden Beschluss des VN-Sicherheitsrates gebe. Hintergrund für diese Haltung ist die Tatsache, dass Frankreich für sich immer noch eine weltpolitische Rolle in Anspruch nimmt, sich aber gleichzeitig bewusst ist, dass es diese Rolle aber nur noch über den Weltsicherheitsrat wahrnehmen kann.⁶⁸⁷

Generell lässt sich also feststellen, dass die GASP im Wesentlichen nur dann funktioniert, wenn keine grundsätzlichen Aspekte der nationalen Politiken berührt sind oder – wie beim Kongoeinsatz 2006 – einige Staaten ihre Bereitschaft zum Einsatz erklären. Eine weitere grundsätzliche Bedingung ist, dass die USA keinen Widerspruch gegen das Engagement der EU formulieren.

Das Budget der EU für die GASP betrug im vergangenen Finanzrahmen etwa 40 Millionen Euro im Jahr, die allerdings bereits früh aufgebraucht waren.⁶⁸⁸ Im neuen Finanzrahmen sind die Zuweisungen angehoben worden, allerdings erscheinen die geplanten Finanzmittel für die GASP nicht ausreichend zu sein. So wird die Haushaltsbehörde ersucht, die Mittel für die GASP ab 2007 „deutlich zu erhöhen, um den tatsächlich vorhersehbaren Mittelbedarf zu decken, der auf der Grundlage von jährlich vom Rat erstellten Prognosen geschätzt wird, wobei noch ein angemessener Spielraum für unvorhergesehene Tätigkeiten bleiben soll.“⁶⁸⁹ Die nicht ausreichende Ausstattung der GASP wird weiterhin deutlich, wenn man diesen Bereich mit den Bereichen Außen- und Entwicklungspolitik der Kommission vergleicht. So unterstehen Solana etwa 300 Mitarbeiter, die Kommission hingegen verfügt weltweit in ihren

⁶⁸² vgl. Hacke (2), Christian: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: APuZ B24-25/2003, Bonn 10.06.2003, S.8-16, S.10

⁶⁸³ ebenda, S.10

⁶⁸⁴ ebenda, S.10

⁶⁸⁵ ebenda, S.11

⁶⁸⁶ vgl. ebenda, S.8

⁶⁸⁷ vgl. Erlanger, a.a.O., S.15

⁶⁸⁸ vgl. Guérot/Witt, a.a.O., S.9

⁶⁸⁹ Vorsitz des Europäischen Rates – Vorschlag des Vorsitizes zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013, vom 19.12.2005, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/misc/87735.pdf, am 16.03.2007, S.27, vgl. auch: Bendiek, Annegret/Whitney-Steele, Hannah: Wein predigen und Wasser ausschenken, SWP-Aktuell 31, Berlin Juli 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3115, am 15.08.2006, S.3: Die Aufstockung der Mittel für die GASP um 800 Mio. € reicht nicht für die in derESS definierten Aufgaben.

diesbezüglichen Dienststellen über 6450 Beamten mit einem Budget von ca. 7 Milliarden Euro.⁶⁹⁰ Es steht zu erwarten, dass die im Juni 2007 beschlossene Zusammenlegung der Posten des Hohen Vertreters für die GASP und des Kommissars für Außenbeziehungen die Effektivität der GASP steigert.⁶⁹¹ Allerdings bleiben die Außenbeziehungen immer noch gespalten. So soll im Rahmen der ENP der politische Dialog vom Rat geführt werden, die Kommission hingegen ist auch weiterhin für die Außenwirtschaftsbeziehungen in diesem Rahmen zuständig.⁶⁹²

Es gibt die Befürchtung, dass schleichend Kompetenzen von den Nationalstaaten an die EU übertragen werden. Diese Befürchtungen sind allerdings grundlos. Zwar gesteht Art. 24 EUV dem Rat Verhandlungs- und Vertragsabschlusskompetenzen zu, aber die geschlossenen Verträge binden lediglich die Organe der EU. Eine Übertragung von Rechten geht nach juristischer Auffassung damit nicht einher.⁶⁹³ Die rechtliche Bindungskraft der zweiten Säule der EU ist im Allgemeinen geringer als die der ersten und dritten Säule.⁶⁹⁴ Daran wird sich auch in absehbarer Zeit wenig ändern, da die Positionen der Mitgliedsstaaten in Bezug auf eine weitergehende Integration zu unterschiedlich sind.

Die weltweite Wahrnehmung der EU als internationaler Akteur entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Mittlerweile stellt die EU mit mehr als 120 Delegationen im Ausland den viertgrößten diplomatischen Dienst der Welt.⁶⁹⁵ Die mangelnde Wahrnehmung als internationaler Akteur liegt im Verhalten der Nationalstaaten begründet. So wurde nach dem 11. September 2001 deutlich, dass die EU-Ebene lediglich eine geringe Rolle für die nationalen Politiken gespielt hat. Vielmehr wurden zunächst kleinere Zirkel und bilaterale Beziehungen anstelle der GASP genutzt.⁶⁹⁶ Aufgrund der unterschiedlichen Ziele der Mitglieder und den sich daraus ergebenden Vorgehensweisen hatte die EU in diesem Fall keine Möglichkeit, sich als Akteur zu präsentieren.⁶⁹⁷ Gleiches gilt – wie bereits dargelegt – für die Krise 2003.

⁶⁹⁰ vgl. Aufgebrochen, um auszuberechnen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.12, 17.01.2005, S.3

⁶⁹¹ vgl. Regierungskonferenz 2007: Entwurf eines Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, auf: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00001-re01.de07.pdf>, am 05.11.2007, S.16

⁶⁹² vgl. Bendieck (1), a.a.O., S.2

⁶⁹³ vgl. Dimitrova, Rossitsa: Europarechtliche Perspektiven einer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, S.17-34, S.22

⁶⁹⁴ vgl. ebenda, S.23

⁶⁹⁵ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.96

⁶⁹⁶ vgl. ebenda, S.56

⁶⁹⁷ Für eine genaue Analyse der Vorgänge 2002/2003 siehe: Hacke (2), a.a.O.

Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Mängel wünschen sich 2/3 der Europäer eine gemeinsame Außenpolitik.⁶⁹⁸ Das Interesse an einer gemeinsamen Außenpolitik ist deutlich höher als an anderen Bereichen der europäischen Politik. So beteiligten sich an der letzten Wahl zum Europäischen Parlament lediglich 45,6% der Wahlberechtigten.⁶⁹⁹ Stellt man sich die Frage, wie der Wunsch der Bevölkerung umgesetzt werden soll, gelangt man sehr schnell zu der Antwort, dass es nicht an den Instrumenten für eine gemeinsame Außenpolitik fehlt, sondern am politischen Willen zur Zusammenarbeit seitens der Nationalstaaten.⁷⁰⁰ Zum einen liegt dies daran, dass die Außenpolitik eine der zentralen staatlichen Aufgaben und Kennzeichen ist,⁷⁰¹ und zum anderen daran, dass sich die Staaten oftmals auf symbolische Akte beschränken. So haben im Vorfeld des Kongoeinsatzes 2006 die Mitgliedsstaaten nur wenig Bereitschaft gezeigt, Truppen für den Einsatz zu stellen. Lediglich im Hauptquartier in Potsdam wollten die meisten der Staaten vertreten sein.⁷⁰² Zwischen den formulierten Ansprüchen und der Realität bestehen also erhebliche Diskrepanzen. Dies liegt daran, dass die Staaten in den vergangenen Jahren ihre EU-Politik den eher kurzfristig angelegten nationalen Interessen untergeordnet haben.⁷⁰³ Die Schuld ist allerdings nicht alleine bei den Mitgliedsstaaten zu suchen. Seitens der EU wurde diese Entwicklung begünstigt durch den Mangel an strategischem Denken in globalen Dimensionen.⁷⁰⁴ Die EU hat sich viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt und versucht, die Detailfragen vor den Grundsatzfragen zu klären. Mit der Formulierung der ESS wurde versucht, diese Entwicklung umzukehren. Es wäre allerdings falsch zu erwarten, dass die GASP dadurch zukünftig einen ähnlichen Integrationsverlauf nehmen wird wie andere Politikbereiche. Klassische spill-over-Effekte wird es in diesem Bereich nicht geben, da die Staaten nicht bereit sein werden, einen weiteren Kernbereich der staatlichen Souveränität einzuschränken.⁷⁰⁵ Ein weiterer Grund für die Mängel der GASP liegt in ihrem Entwicklungstempo begründet.⁷⁰⁶ Nach 1990 musste innerhalb kürzester Zeit aus einem Konsultations- und Abstimmungsmechanismus eine handlungsfähige Außenpolitik konzipiert werden. Erschwerend kam hinzu, dass die Entwicklungen von den Akteuren nur schwer eingeschätzt werden konnten. Konzeptionelle

⁶⁹⁸ vgl. Verhofstadt, a.a.O., o.S., vgl. auch: Diedrichs, a.a.O., S.124

⁶⁹⁹ vgl. Pehle, a.a.O., S.12

⁷⁰⁰ vgl. Schäuble, a.a.O., S.2

⁷⁰¹ vgl. Störanfällige Außenpolitik, auf: <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/431/12419/print.html>, am 22.12.2005, o.S.

⁷⁰² vgl. Die Kongo-Falle, in: Der SPIEGEL 13/2006, Hamburg 27.03.2006, S.30-31, S.30f.

⁷⁰³ vgl. Meier-Walser (1), Reinhard C.: Die EU als globaler sicherheitspolitischer Akteur, auf:

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_strata_26_meier-walser.pdf, am 01.06.2006, S.5

⁷⁰⁴ vgl. Die verhinderte Weltmacht, in: Die diplomatische Welt, 3/2003, 08.03.2003, S. DW3, vgl. Flechtner, a.a.O., S.5

⁷⁰⁵ vgl. Renne, a.a.O., S.26

⁷⁰⁶ vgl. ebenda, S.33f.

Fehlentwicklungen waren somit nicht zu vermeiden. Diese Mängel sollten insgesamt aber nicht überbewertet werden, da die GASP ursprünglich die einzelnen Positionen harmonisieren und nicht eine genuin europäische Politik formulieren sollte.⁷⁰⁷ Die GASP wird auch in den nächsten Jahren den Charakter zwischen Integration und nationaler Souveränitätswahrung nicht verlieren, da der Konvent nicht in der Lage war, ein gemeinsames Leitbild für die GASP zu formulieren.⁷⁰⁸ Gleiches gilt für die Regierungskonferenz 2007. Allerdings sollte die Regierungskonferenz diese Aufgabe nicht lösen, sondern lediglich die Handlungsfähigkeit der EU sicherstellen. Die EU wird daher auch in absehbarer Zukunft kein Souverän mit eigener Entscheidungsgewalt werden, sondern an die Entscheidungen seiner Mitglieder gebunden bleiben. Die Staaten werden die entscheidenden Akteure bleiben, auch wenn die EU nach interner Positionsfindung gemeinsam nach außen auftritt.⁷⁰⁹ Dies bedeutet, dass die EU ihre Entscheidungsmechanismen vereinfachen muss, wenn sie außenpolitisch erfolgreich sein will.

Grundsätzlich setzt die in der GASP geforderte Solidarität aber eine Debatte über die Ziele und den Zweck der EU voraus.⁷¹⁰ Weiterhin ist ein ständiger Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern notwendig.⁷¹¹ Nur wenn alle Staaten auf Dauer das Gefühl haben, mehr gewonnen als verloren zu haben, wird die GASP dauerhaft funktionieren können.

Eine europäische Außenpolitik kann in anderen Regionen der Welt nur dann greifen, wenn die alten Einflussphären keine Rolle mehr spielen, sondern die gemeinsamen Interessen im Mittelpunkt stehen. Dies gilt insbesondere für Afrika.⁷¹² Allerdings pflegen die Staaten die nationalen Interessen, obwohl sie wissen, dass ihr sicherheitspolitisches Gewicht im Verbund größer ist.⁷¹³

Die Mitgliedsstaaten haben in Art. 11 EU-V (Art. 24, 3 VL) festgelegt, dass sie sich jeder Handlung enthalten, die den Interessen der EU zuwiderläuft. Im Vorfeld des Irakkrieges 2003 haben mehrere Mitglieder in eklatanter Form gegen diese Bestimmung verstoßen und das

⁷⁰⁷ vgl. ebenda, S.40

⁷⁰⁸ vgl. Varwick (1), Johannes: Die Zukunft der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen - Vom Partner zum Rivalen, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) 2/2004, S.141-148, S.143

⁷⁰⁹ vgl. Wesner, a.a.O., S.435f.

⁷¹⁰ vgl. Böckenförde, a.a.O., S.8

⁷¹¹ vgl. Bundesrepublik Deutschland (3), a.a.O., S.38

⁷¹² vgl. Müller-Kraenner, a.a.O., o.S.

⁷¹³ vgl. Ehrhart (5), Hans-Georg: Die Sicherheitspolitik der EU im Werden, in: Internationale Politik, 59. Jg., Juni 2004, S.33-41, S.34

Auftreten der EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur verhindert.⁷¹⁴ Dieses Verhalten zeigt, dass die Staaten sich über vertragliche Bestimmungen hinwegsetzen werden, solange sie keine negativen Folgen zu befürchten haben. Es wäre daher sinnvoll, die Möglichkeit von Sanktionen in die Verträge einzubauen. Aufgrund der Abneigung der Staaten, ihren Handlungsspielraum einschränken zu lassen, wird eine solche Bestimmung auf mittlere Sicht aber eher nicht zu erwarten sein.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben durch ihr Verhalten 2003 die EU ins außenpolitische Abseits gestellt. Die Zusammenarbeit dieser drei Staaten ist derzeit aber die einzig funktionierende Variante für ein Wirken auf globaler Ebene. Das Modell der E3 scheint die einzige Möglichkeit zu sein, eine effektive europäische Außenvertretung bei Fragen mit globaler Bedeutung zu realisieren.⁷¹⁵ Allerdings hat sich seit der Erweiterung 2004 das Problem verschärft, dass die kleineren und die neuen Mitglieder bei der Formulierung der Positionen eingebunden sein wollen, aber zu deren Durchführung nur wenig beitragen können.⁷¹⁶ Dies ist darin begründet, dass sie weder das politische Gewicht noch die Mittel haben, um größere Beiträge zu leisten. Das Konzept findet also keinen uneingeschränkten Beifall. Insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten haben Angst vor einer außenpolitischen Avantgarde.⁷¹⁷ Derzeit bleiben diesen Staaten allerdings nicht viele Optionen. Selbst im Verbund besitzen die neuen Mitgliedsstaaten nicht das nötige außen- und sicherheitspolitische Gewicht. Von daher sollte der Rat die Rahmenbedingungen festlegen und den E3 in Detailfragen einen Handlungsspielraum zugestehen. Auf diese Weise wären alle Staaten in den Entscheidungsprozess eingebunden, ohne dass die tägliche Arbeit behindert wird.

Die Garantie der äußeren Sicherheit liegt weiterhin bei den Nationalstaaten, deren Bereitschaft, weitere Souveränität abzugeben gering ist.⁷¹⁸ Die Suggestion eines immer tieferen Zusammenwachsens der Staaten ist für den Bereich GASP falsch: Ohne eine

⁷¹⁴ vgl. Störanfällige Außenpolitik, a.a.O., o.S., vgl. auch: Mauer (2), Victor: Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: APuZ 43/2006, Bonn 23.10.2006, S.10-16, S.12; Dies gilt insbesondere für Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die die Frage eines Krieges gegen den Irak für ihre jeweiligen Ziele instrumentalisiert haben.

⁷¹⁵ vgl. Steinmeier (1), Frank-Walter: Rede anlässlich der französischen Botschafterkonferenz am 28. August 2006 in Paris, auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/060828-BoKo-Paris.html>, am 04.09.2006, o.S.: Steinmeier bezeichnet das E3-Format als wirkungsvollen Mechanismus, der handlungsfähig und weitestmögliche Einbindung der europäischen Partner vereint.

⁷¹⁶ vgl. Kamińska, a.a.O., S.188

⁷¹⁷ vgl. Diedrichs, a.a.O., S.120

⁷¹⁸ vgl. van der Haut, Robin: Äußere Sicherheit durch gute Nachbarschaft? Die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen - Abteilung Europarecht, Göttinger Online-Beiträge zum Europarecht Nr.36, Göttingen 23.08.2005, auf: <http://www.europarecht.uni-goettingen.de/Paper36.pdf>, am 15.10.2005, S.2

innenpolitische Revision, die allerdings am außenpolitischen Selbstverständnis rührt, sind die auf den Nationalstaat fixierten Faktoren wie Zielsetzungen, Traditionen, Interessen oder Identitäten nicht zu ändern. Äußerer Druck kann zwar in einzelnen Fragen eine Veränderung der Position bewirken. Allerdings lässt sich dadurch nicht eine genuin europäische Politik etablieren.⁷¹⁹ Sofern die Staaten aber nicht zu ernsthafter Kooperation bereit sind, wird die GASP lediglich in ruhigen Zeiten funktionieren.⁷²⁰

Die Staaten handeln zudem nicht immer konsequent. So hat beispielsweise Deutschland am 20.06.2003 die ESS begrüßt. Wenige Tage später wurde dennoch der Verteidigungshaushalt um 5% gekürzt. Dies ist geschehen, obwohl die in der ESS formulierten Aufgaben erhöhte Ausgaben zur Modernisierung der Bundeswehr unumgänglich machen. Da die Transformation der europäischen Streitkräfte insgesamt noch nicht gelungen ist, stellt die ESVP für Europa eine große Herausforderung dar. Bedenkt man, dass es in den alten EU-Staaten 45 000 Diplomaten gibt, sollten eigentlich 60 000 Soldaten für die ESVP kein allzu großes Problem sein.⁷²¹

Eine der großen Herausforderungen der ESVP ist laut Hiltz die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Krisenbewältigung, in das die Staaten ihre bisherigen unterschiedlichen Präferenzen einzufügen bereit sind.⁷²² Derzeit sind die Vorstellungen der einzelnen Staaten allerdings noch höchst unterschiedlich.

Insbesondere die großen Staaten wehren sich oftmals gegen eine enge Integration. So haben Belgien und Österreich im März 2004 die Schaffung einer „European Intelligence Agency“ gefordert. Diese Initiative scheiterte an Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien.⁷²³ Abgesehen von den nationalen Eitelkeiten, an denen dieses Projekt gescheitert ist, wurde eines deutlich: Das österreichische Festhalten an der Neutralität ist im Wesentlichen symbolischer Natur.⁷²⁴

Die Osterweiterung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die GASP. Die Festlegung von Prioritäten ist durch die Zunahme von unterschiedlichen Interessen schwieriger geworden.⁷²⁵ Dieser Aussage ist allerdings nicht ohne weiteres zuzustimmen. Sie scheint eher für die ENP zuzutreffen als für die GASP. Die GASP ist stärker auf Krisenmanagement ausgerichtet und weniger auf die Entwicklung von Staaten. Konflikte, welches Land welchen Stellenwert

⁷¹⁹ vgl. Hiltz, a.a.O., S.402

⁷²⁰ vgl. ebenda, S.401

⁷²¹ vgl. Reiter (3), Erich: Ewigkeitsprobleme der EU-Sicherheitspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr.199, 29.08.2003, S.4

⁷²² vgl. Hiltz, a.a.O., S.400

⁷²³ vgl. Jäger, a.a.O., S.31

⁷²⁴ vgl. Bundesregierung Österreich (2): Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin – Analyse-Teil, auf: <http://www.bundeskanzleramt.at/2004/4/4/sicherheit.pdf>, am 25.05.2006, S.64f.

⁷²⁵ vgl. Král, a.a.O., S.34

innerhalb der GASP genießt, erscheinen von daher weniger wahrscheinlich. Sicherlich wird es Diskussionen über die grundsätzlichen Schwerpunkte der GASP geben, angesichts der Struktur und Finanzausstattung nach dem Vertrag von Nizza erscheinen diese aber nicht so dramatisch. Im Rahmen der ENP sind Verteilungskämpfe allerdings bekannt. Für die Neumitglieder der EU lässt sich allerdings ziemlich deutlich feststellen, wo die Trennungslinie in Bezug auf die politische Ausrichtung verläuft. Die baltischen Staaten und Polen sind eher auf den GUS-Raum ausgerichtet, während die restlichen Neumitglieder diese Ausrichtung nicht teilen.⁷²⁶ Es ist also davon auszugehen, dass die neuen Mitgliedsstaaten nicht – wie oftmals befürchtet – einen monolithischen Block bilden.⁷²⁷ Dies hat sich deutlich im Vorfeld des Europäischen Rates im Juni 2007 gezeigt, als Polen mit seinen Forderungen seitens der restlichen Neumitglieder nur wenig Unterstützung erhielt.⁷²⁸ Die neuen Mitgliedsstaaten sind zu unterschiedlich strukturiert und mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert, als dass sie eine fest geschlossene Front in mehreren Politikfeldern bilden könnten.

Frankreich und Großbritannien kommt aufgrund ihres permanenten Sitzes im Weltsicherheitsrat eine besondere Rolle zu. In Artikel 19, Absatz 2, Unterabsatz 2 EU-V (Art. 34, 2 VL) wird festgelegt, dass sich die EU-Staaten, die Mitglieder des Weltsicherheitsrates sind, abstimmen und die restlichen Mitgliedsstaaten unterrichten. Permanente Mitglieder werden sich bei der „Wahrnehmung ihrer Aufgaben unbeschadet ihrer Verantwortlichkeiten aufgrund der Charta der Vereinten Nationen für die Standpunkte und Interessen der Union einsetzen.“⁷²⁹ Diese Verpflichtung haben allerdings beide Staaten nicht besonders ernst genommen,⁷³⁰ wie sich 2002/2003 in der Irakfrage zeigte.

In Art. 11 EU-V (Art. 21 VL) formuliert die EU einen globalen Geltungsanspruch. Die EU will sich nicht auf eine regionale Rolle beschränken.⁷³¹ Langfristig sollte die EU eine stärkere globale Rolle spielen. Als größter zusammenhängender Wirtschaftsraum der Welt kann sie sich den internationalen Problemen nicht dauerhaft entziehen, ohne selber Schaden zu nehmen. Im derzeitigen Entwicklungsstadium allerdings sollte sich die GASP auf regionale Arbeit konzentrieren. Dies hat mehrere Gründe. Zunächst finden sich im regionalen Umfeld der EU viele der in der ESS angesprochenen Probleme. Weiterhin können durch das Engagement in einem kleinen und überschaubaren Raum funktionierende

⁷²⁶ vgl. ebenda, S.61

⁷²⁷ vgl. Kamińska, a.a.O., S.189

⁷²⁸ vgl. Es wird frostig auf dem Gipfel, auf: <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/999/119852/>, am 01.07.2007, o.S.

⁷²⁹ Art. 19, Absatz 2, Unterabsatz 2, Satz 2 EU-V

⁷³⁰ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.23

⁷³¹ vgl. ebenda, S.27

Entscheidungsmechanismen aufgebaut und wertvolle praktische Erfahrungen gesammelt werden.

Befürchtungen einer schleichenden Vergemeinschaftung der GASP sind entgegenzutreten. Es werden keinerlei neue Kompetenzen auf die EU übertragen. Es findet vielmehr eine Bündelung und Verbindung der nationalen Außenpolitiken statt. Dies ist im Vertrag von Lissabon noch einmal deutlich geworden. In Art. 24, Absatz 1, Unterabsatz 2 wird explizit festgehalten, dass der Erlass von Gesetzgebungsakten ausgeschlossen ist.⁷³² Die GASP ist also auf eine „Koordinierung des mitgliedstaatlichen Handelns im Sinne einheitlicher Positionen ausgerichtet.“⁷³³ Gleiches gilt für Operationen der EU, bei denen ebenfalls der Intergouvernementalismus das bestimmende Element bleibt.⁷³⁴ Die zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit eingeführte konstruktive Enthaltung hat dazu geführt, dass sich insbesondere die bündnisfreien Staaten in den letzten Jahren nur spärlich an friedensschaffenden Operationen beteiligt haben.⁷³⁵ Da die Kosten aber bei den Staaten liegen, die eine Operation durchführen, besteht die Gefahr, dass diese Staaten finanziell überfordert werden.⁷³⁶ Hier besteht Handlungsbedarf.

Der 11. September 2001 wurde oftmals als Beginn einer neuen Zeit bezeichnet, in der die Bedrohungen nicht mehr nur von staatlichen Akteuren ausgehen. Diese These ist falsch. Dieser Tag war lediglich das äußere Zeichen, dass sich die internationale Bedrohungslage um den religiös motivierten Terrorismus erweitert hat.⁷³⁷ Die neuen Sicherheitsbedrohungen sind sichtbar geworden. Seither befinden sich die Staaten in einer paradoxen Situation. Sie haben als Träger der internationalen Politik an Einfluss verloren und sind dennoch die einzigen, zu effektivem Handeln fähigen Einheiten im internationalen System. Aus diesem Grund ist eine stärkere Koordinierung der nationalstaatlichen Politiken unumgänglich.

Die GASP benötigt für ein effektives Funktionieren den Konsens aller beteiligten Staaten. Allerdings sind in den wenigsten Grundfragen gemeinsame Positionen vorhanden.⁷³⁸ Dadurch wird das adäquate Antworten auf internationale Krisen zum größten Problem der EU.⁷³⁹ Die EU verfügt über ein ausgefeiltes Instrumentarium für den Kriseneinsatz, aber es

⁷³² vgl. Art. 24, Absatz 1, Unterabsatz 2 VL

⁷³³ Dimitrova, a.a.O., S.24

⁷³⁴ vgl. ebenda, S.27

⁷³⁵ vgl. Fröhlich (1), a.a.O., S.48

⁷³⁶ Für eine ausführlichere Analyse dieser Problematik siehe: Bendieck/Whitney-Steele, a.a.O.

⁷³⁷ vgl. Kamińska, a.a.O., S.17

⁷³⁸ vgl. Pachta, a.a.O., S.120

⁷³⁹ vgl. Mussnig, Daniela: International Governance Structures and European Integration, in: Gustenau, Gustav E./Höll, Ottmar/Nowotny, Thomas (Hrsg.): Europe - USA: Diverging Partners, Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd.8, Baden-Baden 2006, S.205-245, S.225

fehlt ihr an einer allgemeinen Strategie, um dieses einzusetzen.⁷⁴⁰ Die Kongoeinsätze 2003 und 2006 haben deutlich gezeigt, dass für eine erfolgreiche EU-Außenpolitik drei Merkmale erfüllt sein müssen: Es muss eine gemeinsame Bedrohungsanalyse, Konsens über die zu ergreifenden Maßnahmen und eine gemeinsame Position mit den USA geben.⁷⁴¹ Zumindest der letzte Punkt lässt sich dahin gehend modifizieren, dass die USA zumindest keinerlei Einwände gegen ein europäisches Engagement haben. Den USA kommt durch ihre Funktion als Sicherheitsgarant einiger Staaten damit de facto eine Art indirektes Vetorecht für europäische Aktionen zu.

Zusammenfassend kann man für die Vergangenheit feststellen, dass die EU-Mitglieder nicht bereit waren zu erkennen, dass sich hard und soft power ergänzen. Die Politik der EU war reaktiv; die neuen Bedrohungen verlangen aber eine aktive Politik, wenn sie erfolgreich bekämpft werden sollen.⁷⁴² Allerdings ist hier mittlerweile Besserung zu konstatieren. Zumindest in den alten EU-Staaten wächst die Einsicht, dass die Politikbereiche besser miteinander vernetzt sein müssen. Ein Beispiel für dieses Umdenken ist der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesrepublik Deutschland.⁷⁴³

Die EU agiert in einer Welt, die sicherheitspolitisch von zwei Dingen bestimmt wird: zum einen die militärische Überlegenheit der USA und zum anderen die Globalisierung, die von keinem einzelnen Staat kontrolliert werden kann. Als eine Folge der Globalisierung kann Sicherheit nicht mehr mit geografischen Begriffen belegt werden.⁷⁴⁴

Die EU wird oftmals mit den USA verglichen. Bevölkerungszahl, Größe oder Wirtschaftskraft mögen zwar solche Vergleiche nahe legen, ändern aber nichts daran, dass solche Vergleiche hinken. Trotz ihres staatsähnlichen Auftretens ist die EU im Gegensatz zu den USA im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik ohne staatliche Rechte. Die EU kann von daher nicht direkt mit den USA verglichen werden.⁷⁴⁵ Dieses wird in der Diskussion immer wieder vergessen. Ebenso falsch ist die Unterstellung, dass die EU am Ende ihrer

⁷⁴⁰ vgl. Möckli (1), a.a.O., S.3

⁷⁴¹ vgl. Frank, Johann/Gustenau, Gustav E.: Comparison of European and US Policies for Safeguarding external Security, in: Gustenau, Gustav E./Höll, Ottmar/Nowotny, Thomas (Hrsg.): Europe - USA: Diverging Partners, Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd.8, Baden-Baden 2006, S.307-360, S.322f.

⁷⁴² vgl. ebenda, S.323f.

⁷⁴³ vgl. Bundesrepublik Deutschland (1), a.a.O.

⁷⁴⁴ vgl. Kamińska, a.a.O., S.16

⁷⁴⁵ vgl. Algieri, Franco: Die erweiterte EU als internationaler Akteur, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, 54. Jg. Heft 1/2004: Die Osterweiterung der EU, Stuttgart 2004, auf: http://www.buergerimstaat.de/1_04/erweit.htm, am 20.09.2004, o.S.

Entwicklung entweder ein Superstaat oder so etwas wie die regionalen VN sein werden.⁷⁴⁶ Diese Aussagen sind der Versuch, das vollkommen neuartige Objekt EU mit den bisherigen Begriffen und Entwicklungsstufen zu beschreiben und greifbar zu machen. Solche Ansätze vergessen aber, dass es für die Entwicklung der EU keinerlei historische Vorbilder gibt, und somit bei jedem Integrationsschritt Neuland betreten wird.

Betrachtet man sich die Sicherheitsstruktur in Europa, wird schnell ein Manko deutlich: Der erweiterte Sicherheitsbegriff geht davon aus, dass die Zeit der rein militärischen oder zivilen Konflikte vorbei ist. Die bislang durchgeführten Kriseneinsätze bestätigen diese Einschätzung. Dennoch werden in Europa der militärische und der zivile Sektor der Sicherheitspolitik weiterhin getrennt.⁷⁴⁷ Von daher ist ein Umbau des Sicherheitssektors nicht nur in fragilen Staaten eine Notwendigkeit, auch innerhalb der EU muss ein solcher Umbau erfolgen. Diese Aufgabe dürfte die EU vor einige Probleme stellen. Allerdings hat die EU gegenüber den Staaten und anderen bereits länger bestehenden Organisationen einen erheblichen Vorteil: Sie hatte bisher keine Zeit, Traditionen auszubilden und ist daher in den Entwicklungslinien freier.⁷⁴⁸ Insbesondere müssen Kooperationsformen zwischen dem staatlichen Sicherheitssektor und nichtstaatlichen Organisationen gefunden werden.⁷⁴⁹ Hier könnte das Prinzip der Public-Private-Partnership (PPP) genutzt werden. Auf diese Weise könnte Stabilität erzeugt werden, ohne dass die Staaten im Vordergrund stehen. Die mittlerweile mehr als 60 000 transnational agierenden Konzerne haben mit ihrem Engagement in Entwicklungsländern kein Interesse daran, in innerstaatliche Konflikte hineingezogen zu werden. Sie können zwar mit ihrem Auftreten konfliktfördernd wirken, allerdings haben sie als einzige Akteure die Möglichkeit sozioökonomische Perspektiven zu schaffen.⁷⁵⁰

Die EU hat mit ihrem breit gefächerten Instrumentarium gegenüber den VN einen Vorteil. Die Maßnahmen, die die VN im Krisenfall treffen können, richten sich hauptsächlich an staatliche Akteure (bspw. Sanktionen) und greifen somit bei den vorherrschenden Konflikttypen nicht mehr.⁷⁵¹ Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, hat sich die Konfliktform in den letzten Jahren verschoben. Ernste Krisen und Kriege haben abgenommen. Hingegen ist

⁷⁴⁶ vgl. Tassinari, a.a.O., S.5

⁷⁴⁷ Borchert, Heiko/Rummel, Reinhardt: Von segmentierter zu vernetzter Sicherheitspolitik in der EU-25, auf: http://www.borchert.ch/paper/Sicherheit_EU25.pdf, am 18.04.2006, S.1

⁷⁴⁸ ebenda, S.5

⁷⁴⁹ ebenda, S.13

⁷⁵⁰ vgl. Möckli (2), a.a.O., S.1ff.

⁷⁵¹ vgl. Tassinari, a.a.O., S.5

die Zahl der Konflikte mit niedriger und mittlerer Intensität deutlich gestiegen. Da diese Konflikte meistens innerstaatlicher Natur sind, greifen die klassischen Instrumente wie Sanktionen zunehmend weniger.

Tabelle 3: Übersicht über die Konflikttypen 2002-2006

	2006	2005	2004	2003	2002
latenter Konflikt ⁷⁵²	60	65	77	75	71
manifeste Konflikt	100	85	66	63	69
Krise	83	74	51	45	37
ernste Krise	29	22	33	21	26
Krieg	6	2	3	14	13
Gesamt	278	248	230	218	216

Quelle: eigene Darstellung nach: Konfliktbarometer 2002-2006, auf: <http://www.hiik.de/pdf/konfliktbarometer/index.html.de>, am 17.09.2007

Das außenpolitische Auftreten der EU ist seit den 80er Jahren von einem anderen als dem klassischen Ansatz geprägt. Die EU nutzt ihre wirtschaftliche Kraft, um Staaten über Finanzhilfen, Handelsvorteilen oder der Aussicht auf Beitritt auf ihre Seite zu bringen.⁷⁵³ Daraus hat sich ergeben, dass die Erweiterung zum erfolgreichsten Instrument der GASP zur Schaffung von Frieden und Stabilität wurde. Dieses ist allerdings an seine Grenzen gestoßen.⁷⁵⁴

Die EU vertritt einen modernen Ansatz im Bereich Sicherheitspolitik. An ihrer Peripherie trifft sie allerdings auf Staaten, die den traditionellen Konzepten der Staatlichkeit verhaftet sind: Grenzregime, territoriale Integrität, Wahrung der Souveränität.⁷⁵⁵ An dieser Stelle sollte die ENP stärker in die GASP eingebunden werden. Sie bildet aufgrund ihrer Zielsetzung die Schnittstelle zwischen GASP und Entwicklungspolitik.

Eine stärkere Vernetzung der außenpolitischen Handlungsstränge innerhalb der EU ist notwendig. Die Veränderungen in der Sicherheitspolitik haben dazu geführt, dass die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit zunehmend aufgelöst werden. Davon ist auch die GASP betroffen.⁷⁵⁶ Es wird somit zunehmend schwieriger, einen sicherheitspolitischen Aspekt einem Akteur zuzuweisen. Die GASP sollte daher als eine Art Dach für sämtliche Aspekte der Sicherheitspolitik dienen, unter dem flexibel die einzelnen

⁷⁵² Definitionen: 1) latenter Konflikt: Artikulation von Forderungen, die von der Gegenseite wahrgenommen werden; 2) manifeste Konflikt: Einsatz von Mitteln, die im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen (bspw. Gewaltandrohung, Verhängen von Sanktionen); 3)Krise: Mindestens eine Partei setzt vereinzelt Gewalt ein; 4) ernste Krise: Eine Krise, in der wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird; 5) Krieg: systematischer und organisierter Einsatz von Gewalt mit einem nachhaltigen Ausmaß an Zerstörung; aus: Konfliktbarometer 2006, auf: http://www.hiik.de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2006.pdf, am 17.09.2007

⁷⁵³ vgl. Regelsberger, a.a.O., S.25

⁷⁵⁴ vgl. Mauer (2), a.a.O., S.14

⁷⁵⁵ vgl. Tassinari, a.a.O., S.6

⁷⁵⁶ vgl. Ekengren/Engelbrekt, a.a.O., S.23

Themen behandelt werden können. Durch die Aufhebung der Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit gewinnt auch die dritte Säule der EU eine immer größere Bedeutung für eine effektive GASP, beispielsweise im Bereich der Terrorismusbekämpfung⁷⁵⁷ oder der illegalen Migration.

Für das EU-Krisenengagement lassen sich allgemein mehrere Charakteristika feststellen: Es ist erstens immer eine Mehrheit der EU-Staaten beteiligt, zweitens hat die überwiegende Mehrheit der Missionen ein ziviles Mandat, drittens weist das Missionsprofil in aller Regel ein geringes Risiko auf, viertens sind die Missionen – von ALTHEA⁷⁵⁸ einmal abgesehen – personalarm, fünftens wird eine enge Zusammenarbeit mit anderen Partnern wie der NATO oder den VN gesucht.⁷⁵⁹

Die Osterweiterung 2004 hat der EU eine Nachbarschaft beschert, die alle Unsicherheitsfaktoren des erweiterten Sicherheitsbegriffes aufweist: gescheiterte Staaten (Weißrussland), autoritäre Staaten (Russland), erfolgreiche Staaten wie Kroatien und innerlich instabile Staaten wie Bosnien-Herzegowina.⁷⁶⁰ Allerdings betrachtet die EU die Entwicklung der Staaten nicht primär als Aufgabe der GASP, sondern sieht vielfach die Entwicklung als unvermeidliches Ergebnis der Annäherung der Staaten an die EU.⁷⁶¹ Hinzu kommt, dass die Staaten der EU naturgemäß unterschiedlich starke Bindungen an die verschiedenen Regionen und Staaten weltweit haben.⁷⁶² Daraus ergeben sich Schwierigkeiten für eine klare Strukturierung und Schwerpunktsetzung der EU-Außenpolitik.

Eine der wichtigsten Regionen für die EU ist Osteuropa. Insbesondere die Beziehungen zur Ukraine sind für die EU von besonderer Bedeutung. Nicht nur wegen der Größe des Landes, sondern auch weil die Ukraine ein wichtiges Transitland für Energie darstellt und die Ukraine mit Nachdruck auf die Anerkennung als Beitrittskandidat drängt.⁷⁶³ Die Einbindung der Ukraine in die westlichen Sicherheitsstrukturen ist von daher wichtig. Eine Einbindung in die westlichen Strukturen würde die Angst vor dem russischen Einfluss mindern. Diese

⁷⁵⁷ vgl. Fröhlich (1), a.a.O., S.37

⁷⁵⁸ Mission der EU in Bosnien-Herzegowina mit mehr als 2000 Soldaten aus den EU-Staaten.

⁷⁵⁹ vgl. Mauer (2), a.a.O., S.14f.

⁷⁶⁰ vgl. Jopp, Matthias/Lippert, Barbara/Regelsberger, Elfriede: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik der erweiterten Union - interne und externe Herausforderungen an Politik und Institutionen in GASP und ESVP, in: Chardon, Matthias/Göth, Ursula/Große Hüttmann, Martin/Probst-Dobler, Christine (Hrsg.): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2003, S.253-266, S.255

⁷⁶¹ vgl. Jäger, a.a.O., S.29

⁷⁶² vgl. Papandreou, George. A.: The Future of Europe after Iraq, Rede am St. Antony's College Oxford am 06.05.2003, auf

<http://www.greekembassy.org/Embassy/content/en/Article.aspx?office=1&folder=406&article=11463>, am 13.11.2005, o.S.

⁷⁶³ vgl. Ukraine takes EU to task for weak words on new treaty, a.a.O., o.S.

Einbindung kann auf mehreren Wegen geschehen. Zum einen können die Bestimmungen über die Teilnahme von Nicht-EU-Staaten an der GASP auf die Ukraine ausgeweitet⁷⁶⁴ und die Ukraine in den sicherheitspolitischen Dialog mit Drittstaaten einbezogen werden.⁷⁶⁵ Ebenso sollte die Ukraine in die Formulierung von gemeinsamen Standpunkten eingebunden werden.⁷⁶⁶ Hinzu kommt, dass die Ukraine über Fähigkeiten verfügt, die in der EU nur spärlich vorhanden sind. Dies gilt insbesondere für den Lufttransport.⁷⁶⁷ Ein Engagement der Ukraine bei Friedensmissionen käme in den Fällen in Frage, in denen eine russische Beteiligung kritisch ist. Beispielsweise könnte die Ukraine in Transnistrien eine tragende Rolle spielen.⁷⁶⁸ Die institutionelle Einbindung der Ukraine würde eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden sicherheitspolitischen Beziehungen darstellen, die sich überwiegend in multinationalen Verbänden mit EU-Staaten äußern.⁷⁶⁹ Eine in die westlichen Strukturen eingebundene Ukraine kann zudem ein wichtiges Tor zum Kaukasus und zum Schwarzen Meer darstellen. Beides sind Regionen, die für die Energiesicherheit der EU von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Eine der Möglichkeiten, Sicherheit und Stabilität im Allgemeinen zu produzieren, liegt in der Förderung der regionalen Integration. In der Schwarzmeerregion gibt es mit der Black Sea Economic Cooperation (BSEC)⁷⁷⁰ bereits ein solches Gremium. Die Kooperation mit der BSEC könnte sich am Vorbild des Ostseerates orientieren. Die Entwicklung in der Ostseeregion hat den Wert solcher inter- und transnationalen Netzwerke für die Entwicklung von Regionen bewiesen.⁷⁷¹

Der Wirkungskreis des Ostseerates ist nicht mit den Territorien seiner Mitglieder identisch. Vielmehr beschränkt sich die Kooperation auf das direkte Umfeld der Ostsee.⁷⁷² Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass sich die Situation in der Schwarzmeerregion deutlich von der in der Ostsee unterscheidet. Die Arbeit des Ostseerates vollzieht sich in den einzelnen Gremien, die befugt sind, eigene Arbeitsgruppen einzusetzen oder sonstige, der

⁷⁶⁴ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.27

⁷⁶⁵ vgl. ebenda, S.90

⁷⁶⁶ vgl. ebenda, S.91

⁷⁶⁷ vgl. ebenda, S.92

⁷⁶⁸ vgl. Pełczyńska-Nałęcz, Katarzyna: The Enlarged European Union and its Eastern Neighbours: Problems and Solutions, Policy Brief, Centre for Eastern Studies, Warschau Oktober 2003, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001654/01/PUNKT_WIDZENIA8.pdf, am 26.09.2005, S.39

⁷⁶⁹ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.65

⁷⁷⁰ Mitglieder der Black Sea Economic Cooperation sind: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Serbien, die Türkei und die Ukraine

⁷⁷¹ vgl. Scott, James Wesley: Cross-border Governance in the Baltic Sea Region, in: Anderson, James/O'Dowd, Liam/Wilson, Thomas M. (Ed.): New Borders for a Changing Europe - Cross-border Cooperation and Governance, London u.a. 2003, S.135-153, S.150; für einen Abriss der Geschichte des Ostseerates siehe: Prigge, Karla: Der Ostseerat – Ein Beitrag zur Zivilisierung des internationalen Systems?, Magisterarbeit Göttingen 2007, auf: <http://webdoc.sub.gwdg.de/master/2007/prigge/prigge.pdf>, am 21.11.2007

⁷⁷² vgl. Prigge, a.a.O., S.49

Problemlösung dienende Vereinbarungen vorzunehmen.⁷⁷³ Aufgrund dieser Bestimmungen sind die ausführenden Organe des Ostseerates in der Lage, schnell auf sich ergebende Probleme zu reagieren und rasche Lösungen zu erarbeiten. Der Ausbau der BSEC dürfte erheblich schwieriger werden, als dies beispielsweise beim Ostseerat der Fall war. Der Grund dafür liegt darin, dass diejenigen Staaten, die nicht in EU und NATO organisiert sind, befürchten, durch eine vertiefte Integration im Rahmen der BSEC ihre Chancen auf Aufnahme in eine oder beide Organisationen zu schmälern.⁷⁷⁴ Im Rahmen des Ostseerates waren die gleichen Befürchtungen bei den baltischen Staaten anzutreffen.⁷⁷⁵ Die Tatsache, dass die drei baltischen Staaten Mitglieder beider Organisationen sind, zeigt, dass die Frage der Mitgliedschaft nicht von der Mitgliedschaft in anderen internationalen Organisationen abhängig ist. Solche Befürchtungen sind also unbegründet. Die EU strebt einen Beobachtersitz in der BSEC an.⁷⁷⁶ Laut Aussage der Kommission wird geprüft, in welcher Form engere Kontakte mit dieser Region, in der Russland, die Türkei, der Kaukasus, die Ukraine und Moldawien zusammentreffen organisiert sein können.⁷⁷⁷ Insbesondere gegenüber der Türkei und Russland verfolgt die EU keine klare Strategie, sondern handelt eher situativ.⁷⁷⁸ Die BSEC bietet einen guten Ansatz, die regionale Kooperation auszubauen, da dort Staaten miteinander an einem Tisch sitzen, deren Beziehungen gespannt sind (bspw. Armenien und die Türkei). Allerdings krankt die Integration daran, dass sie von keinem Staat vorangetrieben wird.⁷⁷⁹ Hier muss die EU ansetzen. Zwei ihrer Mitglieder, Bulgarien und Rumänien, sind Vollmitglieder der Organisation und sind bereits seit einigen Jahren bemüht, mit Hilfe von NATO und EU Stabilität und Sicherheit im Schwarzen Meer zu erzeugen.⁷⁸⁰ Allerdings haben sowohl Russland als auch die Türkei kein großes Interesse an einer vertieften sicherheitspolitischen Integration in diesem Rahmen. Insbesondere wird von beiden Staaten ein eigenständiges Auftreten von EU und NATO als unerwünscht betrachtet. Ihnen ist an einer rein regionalen Organisation der Sicherheitspolitik gelegen, um ihre

⁷⁷³ vgl. ebenda, S.40, für eine ausführlichere Darstellung der Arbeit des Ostseerates siehe: Prigge, a.a.O., S.39ff.

⁷⁷⁴ vgl. Sandawi, Sammia.a.O., S.135

⁷⁷⁵ vgl. Prigge, a.a.O., S.52

⁷⁷⁶ vgl. Europäische Kommission (9): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, KOM(2006)726 endgültig, Brüssel 04.12.2006, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf, am 16.03.2007, S.12, vgl. auch: Europäische Kommission (8): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Die Schwarzmeersynergie – Eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit, KOM(2007) 160 endgültig, 11.04.2007, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf, am 29.06.2007, S.11

⁷⁷⁷ vgl. Europäische Kommission (9), a.a.O., S.12

⁷⁷⁸ vgl. Jäger, a.a.O., S.30

⁷⁷⁹ vgl. Aydin, Mustafa: Europe's next shore: the Black Sea region after EU enlargement, Occasional Paper 53, Institute for Security Studies, Paris Juni 2004, auf: <http://www.iss-eu.org/occasion/occ53.pdf>, am 12.07.2005, S.31

⁷⁸⁰ vgl. Sandawi, a.a.O., S.141

eigenen hegemonialen Ansprüche und Interessen in der Region weiterhin durchsetzen zu können.⁷⁸¹ Die Türkei hat durch die Montreux-Konvention die Kontrolle über die Meerengen, wodurch ihr aufgrund des engen Reglements für Kriegsschiffe fremder Staaten die Überlegenheit im Schwarzen Meer gesichert wird.⁷⁸² Russland versucht traditionell fremde Mächte aus dem Schwarzen Meer fernzuhalten. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn die EU-Politik über die beiden Vollmitglieder in der BESC läuft und die EU als Akteur nicht direkt in Erscheinung tritt.

Ein weiteres wichtiges Gebiet für die GASP sind die Staaten Nordafrikas. Seit kurzer Zeit sind diese wieder in den Blickpunkt europäischer Politik gerückt. So forderte der französische Präsident Sarkozy während des Präsidentschaftswahlkampfes in Frankreich 2007, dass die Kooperation mit den Ländern südlich des Mittelmeeres stärker ausgebaut werden müsse. Folgerichtig hat er im Mai 2007 die bereits im Februar des Jahres angekündigte Mittelmeerunion vorgestellt.⁷⁸³ Auf der Botschafterkonferenz am 27.08.2007 führte Sarkozy aus, dass er diese Union in vier Säulen gliedern möchte: Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Dialog der Kulturen, Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung, Sicherheitsraum um das Mittelmeer.⁷⁸⁴ Welchen Erfolg die Mittelmeerunion als Nachfolgerin des Barcelona-Prozesses hat, bleibt abzuwarten.

Wichtigstes Thema der Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU wird in den nächsten Jahren das Thema Migration sein.⁷⁸⁵ Aus diesem Grund soll ab 2007 der Dialog mit den afrikanischen Staaten intensiviert werden und die Migrations- und Entwicklungspolitik gestärkt werden.⁷⁸⁶ In diesem Zusammenhang wird der Erfolg der Strukturen im Ostseeraum für die Lösung derartiger Sicherheitsprobleme deutlich. Im Rahmen der Kooperation mit den Nachbarländern der EU sollen „gegebenenfalls [...] Erfahrungen und [bewährte] Praktiken aus anderen regionalen Kooperationsstrukturen, einschließlich der der Strukturen für den Ostseeraum“ geprüft und eingebracht werden.⁷⁸⁷

Insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik sollte die EU eine stärkere Rolle einnehmen. Zwar gibt Europa, als Region betrachtet, mehr als 50% der weltweiten

⁷⁸¹ vgl. ebenda, S.140

⁷⁸² vgl. ebenda, S.138

⁷⁸³ vgl. Im Süden sieht Sarkozy die Zukunft Europas, auf:

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EB617205BB94B44B886DABDB3C7B9C8DE~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 20.05.2007, o.S.

⁷⁸⁴ vgl. Sarkozy (1), Nicolas: Rede zur Eröffnung der 15. Botschafterkonferenz, Paris 27.08.2007, auf:

http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/sarkozy_botschafterkonferenz-2.pdf, am 18.10.2007, S.10

⁷⁸⁵ vgl. Europäischer Rat 15./16.Dezember 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/87646.pdf, am 16.03.2007, S.2f. und 11

⁷⁸⁶ vgl. Europäischer Rat 14./15. Dezember 2006 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.7

⁷⁸⁷ Europäischer Rat (Brüssel) 15./16.Dezember 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.12

Entwicklungshilfe,⁷⁸⁸ allerdings wird diese nicht in einem ausreichenden Maß zentral koordiniert und die Ziele der einzelnen Geber müssen nicht unbedingt identisch sein. Aus diesem Grund wird Europa im Bereich der Entwicklungshilfe nicht in dem Maße wahrgenommen, wie es die Summen vermuten lassen.

Unabhängig von geografischen Fragen hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt, dass das Thema Energiesicherheit eine zunehmend größere Rolle für die EU und damit auch innerhalb der GASP spielen wird. Es ist die Erkenntnis gewachsen, dass Sicherheit im 21. Jahrhundert untrennbar mit Energiesicherheit verbunden sein wird.⁷⁸⁹ Derzeit bezieht die EU einen Großteil ihrer Energie aus Russland und dieser Anteil wird allen Prognosen nach weiter steigen. Allerdings ist diese Abhängigkeit der EU nicht einseitig: Russland ist auf die europäischen Märkte angewiesen. Diese wechselseitige Abhängigkeit zwingt beide Seiten zur Zusammenarbeit. Daher stellt die Abhängigkeit von russischen Ressourcen nicht zwingend eine Gefahr für die EU dar.⁷⁹⁰ Ein einheitlicher Energiemarkt würde die Position der EU stärken. Solange Russland mit einzelnen Märkten konfrontiert ist, kann es die einzelnen Staaten gegeneinander ausspielen. Zudem wird die EU bedingt durch die Geografie immer in die Energiekonflikte mit den russischen Nachbarn involviert sein. Um ihre Energieversorgung langfristig zu sichern, hat die EU eine Zentralasienstrategie angenommen, die es ihr ermöglichen soll, Einfluss auf die Region zu nehmen.⁷⁹¹ Das Engagement der EU im zentralasiatischen Raum wird allerdings auf russischen Widerstand stoßen. Russland stützt die dortigen Regimes, da es selbst auf die zentralasiatischen Ressourcen angewiesen ist, um seine Lieferverpflichtungen gegenüber dem Westen zu erfüllen.⁷⁹² Eine Möglichkeit, im zentralasiatischen Raum aufzutreten, besteht darin, dass Deutschland die Stellvertreterrolle für die EU übernimmt. Deutschland ist dafür prädestiniert,

⁷⁸⁸ vgl. Brüne, Stefan: Braucht Europa nationale Entwicklungsministerien?, in: Internationale Politik, 59. Jg., November-Dezember 2004, S.33-39, S.38, vgl. auch Cloos, a.a.O., S.123

⁷⁸⁹ vgl. Steinmeier (2), Frank-Walter: Russland, Europa und die Welt - Perspektiven der Zusammenarbeit in globalen Sicherheitsfrage, Rede auf der 42. Münchner Sicherheitskonferenz, 05.02.2006, auf: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=175&, am 06.07.2006, o.S.

⁷⁹⁰ vgl. Schmitz, Andreas: Eine politische Strategie für Zentralasien, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.41-44, S.43

⁷⁹¹ vgl. Auswärtiges Amt (2): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft, auf: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf, am 05.07.2007, S.1

⁷⁹² vgl. Schmitz, a.a.O., S.42

da es als einziger EU-Staat diplomatische Beziehungen mit allen zentralasiatischen Staaten pflegt.⁷⁹³

Aufgrund der Dringlichkeit und der internationalen Ausrichtung dieser Frage bietet sich im Energiebereich eine Kooperation geradezu an.⁷⁹⁴ Insbesondere Polen drängt auf eine gemeinsame EU-Energiepolitik. Dies liegt daran, dass Polen Energiepolitik als Sicherheitspolitik betrachtet und auf diesem Wege versucht, seine Position gegenüber seinem größten Energielieferanten Russland zu verbessern.⁷⁹⁵ Die polnische Einordnung der Energiepolitik in den sicherheitspolitischen Komplex wird an dem Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten Kasimir Marcinkiewicz deutlich. Dieser schlug Anfang 2006 einen Energiepakt vor, der auf den gleichen Ideen wie die NATO basiert.⁷⁹⁶

Die EU hat auf diesem Gebiet erste Schritte unternommen. Im Januar 2007 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung, in der sie die Grundzüge einer möglichen europäischen Energiepolitik vorstellte.⁷⁹⁷ Auf Grundlage dieser Mitteilung hat der Europäische Rat auf seiner Tagung im März 2007 energiepolitische Ziele definiert und einen diesbezüglichen Aktionsplan angenommen.⁷⁹⁸ Insgesamt sollen die Versorgungssicherheit gesteigert, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie bei gleichzeitiger Verfügbarkeit von Energie zu günstigen Preisen verbessert und die Förderung von umweltverträglichen Energien und Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden.⁷⁹⁹

Um die Transportwege für Energie aus Zentralasien zu sichern, ist es notwendig, dass der Schwarzmeerraum stabilisiert wird. Die Kommission hat aus diesem Grund im April 2007 die Mitteilung „Die Schwarzmeersynergie – Eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit“ veröffentlicht.⁸⁰⁰ Es soll mit dieser Initiative keine neue Strategie für diesen Raum entworfen, sondern die regionale Kooperation innerhalb der Region vorangebracht werden.⁸⁰¹ Insbesondere soll die Rolle der regionalen Organisationen gestärkt

⁷⁹³ vgl. ebenda, S.44

⁷⁹⁴ vgl. Umbach, Frank: Europas nächster Kalter Krieg - Die EU braucht endlich eine Konzept zur Versorgungssicherheit, in: Internationale Politik, 61. Jg., Februar 2006, S.6-14, S.9

⁷⁹⁵ vgl. Lang (2), a.a.O., S.11 und 28

⁷⁹⁶ vgl. Marcelis, Clémence/Maurer, Andreas: Perspectives for the European Union's External Energy Policy: Discourse, Ideas and Interests in Germany, the UK, Poland and France, SWP-Working Paper, Berlin 17.12.2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3521, am 10.04.2007, S.24

⁷⁹⁷ vgl. Europäische Kommission (1) – Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament – Eine Energiepolitik für Europa, KOM(2007) 1 endgültig, Brüssel 10.01.2007, auf: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0001de01.pdf, am 04.05.2007

⁷⁹⁸ vgl. Europäischer Rat 08./09. März 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf, am 04.05.2007, S.10ff. und 16-23

⁷⁹⁹ vgl. ebenda, S.11

⁸⁰⁰ vgl. Europäische Kommission (8), a.a.O.

⁸⁰¹ vgl. ebenda, S.3

werden. Hierbei wird in erster Linie an die BSEC gedacht.⁸⁰² Allerdings sollen auch andere Initiativen wie das von Rumänien initiierte Schwarzmeerforum mit seinem nichtsstaatlichen, auf Netzwerkbildung ausgerichteten Ansatz genutzt werden.⁸⁰³ Mitglieder des Forums sind Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Rumänien, die Ukraine und als Beobachter Bulgarien, die Türkei, die USA und die EU. Innerhalb dieses Forums soll es regelmäßige Konsultationen geben.⁸⁰⁴ Der Erfolg dieser Initiative bleibt allerdings abzuwarten. Zum einen betrachten sich die Staaten des Schwarzmeerraumes nicht als eine Region mit eigenständiger Identität, wie es beispielsweise die skandinavischen Staaten tun. Zum anderen ist es fraglich, ob es der EU gelingt, mit diesem Forum eine Alternative zu den Beitrittswünschen zu etablieren. Hinzu kommt weiterhin, dass Russland nicht bereit ist, der EU in diesem Gebiet einen größeren Einfluss zuzugestehen. So forderten russische Diplomaten, dass Russland eine stärkere Rolle zugestanden werden müsse, wenn das Projekt nicht scheitern solle.⁸⁰⁵

Institutionell ist die EU mit nunmehr 27 Mitgliedern an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angekommen.⁸⁰⁶ Um dennoch handlungsfähig zu bleiben und das Vertiefungsgebot⁸⁰⁷ zu befolgen, wird immer wieder der Vorschlag unterbreitet, dass es ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ geben soll. Dies bedeutet, dass einige Staaten die Integration in ausgewählten Bereichen vertiefen können. Dabei wird immer wieder betont, dass sich weitere Staaten solchen Modellen anschließen können.⁸⁰⁸ Einer der Vorschläge, wie sich die EU weiterentwickeln kann, stammt vom ehemaligen belgischen Premierminister Guy Verhofstadt. Dieser plädiert dafür, dass sich Europa in zwei Gruppen teilt. Nach seiner Vorstellung soll es eine Art Vereinigte Staaten von Europa geben, die von einem lockeren Staatenbund umgeben sind. Er begründet diesen Vorschlag damit, dass die EU bei diesem Modell auch weiterhin erweitert werden kann, da ein qualitativer Unterschied zwischen dem Kerneuropa und dem Staatenbund bestehe.⁸⁰⁹ Konsequenz zu Ende gedacht

⁸⁰² vgl. ebenda, S.10

⁸⁰³ vgl. ebenda, S.11

⁸⁰⁴ vgl. Europas neue Ufer am Schwarzen Meer, in: taz, 02.01.2007, auf: <http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=au&dig=2007%2F01%2F02%2Fa0094&src=GI&cHash=b9c7b93ff4>, am 18.10.2007, o.S.

⁸⁰⁵ vgl. Gabanyi, Anneli Ute: Die Initiative „Schwarzmeersynergie“, SWP-Aktuell 29, Berlin, Mai 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3978, am 05.07.2007, S.3f.

⁸⁰⁶ vgl. Aufgaben für die Zukunft benennen – Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Rheinischen Post am 21.03.2007, auf: http://www.bundesregierung.de/nm_1500/Content/DE/Interview/2007/03/2007-03-21-interview-merkel-rheinische-post.html, am 22.03.2007, o.S.

⁸⁰⁷ vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 1993 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.13

⁸⁰⁸ vgl. ebenda, o.S.

⁸⁰⁹ vgl. Verhofstadt, a.a.O., o.S.; in die gleiche Kerbe schlug im Juni 2007 der italienische Ministerpräsident Romano Prodi, als er ankündigte, dass Italien darauf drängen werde dass einige Staaten mit der Integration vorangehen werden, vgl. Stimme der Unzufriedenen, a.a.O., S.2

bedeutet dies, dass die politische Union auf einen kleinen Kreis beschränkt wird und der Hauptteil lediglich eine gigantische Freihandelszone darstellt. Allerdings ist festzustellen, dass die EU bereits jetzt kein einheitlicher Akteur ist. So nehmen beispielsweise Norwegen und Island Opt-in-Regeln wahr, während Dänemark, Großbritannien und Polen von den Opt-out-Regeln Gebrauch machen.⁸¹⁰ Die Idee von Verhofstadt stößt vor allem bei den neuen Mitgliedsstaaten auf wenig Gegenliebe.⁸¹¹ Allerdings ist die differenzierte Integration kein neues Phänomen, da seit dem Vertrag von Maastricht immer wieder Ausnahmeregelungen in die Verträge eingebaut wurden und somit bereits teilweise ein „Europa à la carte“ besteht.⁸¹² Verhofstadt fordert weiterhin einen einheitlichen europäischen diplomatischen Dienst und einen europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat.⁸¹³ Der diplomatische Dienst ist mit dem EAD geplant, allerdings wird er nicht die alleinige diplomatische Vertretung der EU-Staaten bilden. Dies wäre auch nicht machbar, da die Mitgliedsstaaten keinerlei Bereitschaft zeigen, ihre Außenvertretung in fremde Hände zu legen. Die Forderung nach einem Sitz im Weltsicherheitsrat ist sicherlich als eine anstrebenswerte Vision anzusehen. Allerdings fehlt die Grundlage für einen solchen Schritt, da es kein genuin europäisches Interessenprofil gibt. Voraussetzung für ein solches Interessenprofil ist eine europäische Identität. Eine einheitliche europäische Identität wird sich allerdings nur schwer realisieren lassen, da der Begriff europäisch vielfältig geprägt ist und immer auch ein Nebeneinander von verschiedenen Sprachen und Traditionen bedeutet.⁸¹⁴ Zudem müsste für einen europäischen Sitz die Charta der Vereinten Nationen dahin gehend geändert werden, dass auch internationale Organisationen Mitglied sein können.

Einer der Gründe, warum die neuen Mitglieder befürchten, dass sie an den Rand gedrängt werden, liegt in ihrem geringen außenpolitischen Profil. Sie besitzen eine stark regionale Ausrichtung und nur wenig globale Ambitionen.⁸¹⁵ Die EU bietet ihnen somit die Möglichkeit, global präsent zu sein.⁸¹⁶ Aus diesem Grund wollen sie die Entscheidungen mitbestimmen und wehren sich gegen eine Avantgarde innerhalb der GASP.⁸¹⁷

Da aufgrund des Widerstandes einiger Staaten ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten nicht realisierbar erscheint, müssen andere Wege gefunden werden, um

⁸¹⁰ vgl. Kuper, Ernst: Die Europäische Union: von der Handels- zur Interventionsmacht?, in: Take, Michael (Hrsg.): Politik als Wissenschaft – Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin 2006, S.539-555, S.545f.

⁸¹¹ vgl. Lang (3), a.a.O., S.18

⁸¹² vgl. Verhofstadt, a.a.O., o.S.

⁸¹³ vgl. ebenda, o.S.

⁸¹⁴ vgl. Popov, a.a.O., S.171

⁸¹⁵ vgl. Fröhlich (1), a.a.O., S.38f.

⁸¹⁶ vgl. ebenda, S.39

⁸¹⁷ vgl. ebenda, S.39

die EU handlungsfähig zu halten. Diese müssen daher in den Institutionen gefunden werden. Es wird daher die Ansicht vertreten, dass die EU nicht in allen außenpolitischen Bereichen tätig sein muss. Lediglich in den Bereichen, in denen sie tatsächlich effektiver ist als die Einzelstaaten, sollte sie aktiv werden. Die Entscheidung hierüber sollte in den Einzelfällen beim Ministerrat liegen.⁸¹⁸ Dieser These ist nicht ohne weiteres zuzustimmen. Die Entscheidung sollte nicht von Fall zu Fall getroffen werden, sondern vielmehr verbindlich vom Europäischen Rat festgelegt werden, damit Planungssicherheit herrscht. Es ist unstrittig, dass eine sicherheitspolitische Integration aus einer Reihe von Gründen (finanziell, wirtschaftlich, militärpolitisch) notwendig ist.⁸¹⁹

Damit diese Integration aber erfolgreich ist, müssen die Mitglieder sich in ihren Zielen einig sein. Weiterhin müssen die Instrumente der GASP mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet und den jeweiligen Akteuren zugewiesen werden.⁸²⁰ Es geht also um die Entwicklung einer Kultur des strategischen Handelns, in der die verschiedenen sicherheitsrelevanten Bereiche integriert sind. Folgt man den Ideen des damaligen britischen Premierministers Tony Blair, dann wird die europäische Integration nur partiell ausgebaut werden. Er fordert eine vertiefte Integration zum Beispiel in der Entwicklungspolitik, da dort ein gemeinsames Handeln sinnvoll ist.⁸²¹ Diese Position ist richtig, wenn man bedenkt, dass die nationalen Spielräume in diesem Politikbereich sehr eng sind und bereits im Konvent die Forderung nach einer europäischen Gesamtstrategie für die Entwicklungspolitik erhoben wurde.⁸²²

Um eine solche Politik umsetzen zu können, sind gesamteuropäische Interessen von den Staaten zu identifizieren. Diese müssen über den nationalstaatlichen angesiedelt werden und nicht zwangsläufig mit diesen konform gehen.⁸²³ Von daher ist nicht mit großen Schritten zu rechnen, sondern lediglich mit kleineren Maßnahmen.

Grundsätzlich gilt in der GASP die Einstimmigkeit. Eines der Elemente, mit denen die GASP flexibilisiert werden sollte, stellt die konstruktive Enthaltung (Art. 23, 1 EU-V, Art. 31, 1 VL) dar. Dieses Instrument stellt jedoch keinen echten Ausweg aus der Einstimmigkeit

⁸¹⁸ vgl. Friedrich Ebert Stiftung (1): Making EU Foreign Policy More Effective, Working Paper 12, Mai 2002, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01329.pdf>, am 26.07.2005, S.3

⁸¹⁹ vgl. Ehrhart (1), Hans-Georg: Abschied vom Leitbild „Zivilmacht“? Konzepte zur EU-Sicherheitspolitik nach dem Irak-Krieg, in: Varwick, Johannes/Knelangen, Wilhelm (Hrsg.): Neues Europa - Alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess, Opladen 2004, S.149-163, S.153

⁸²⁰ vgl. Europäische Kommission (6): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat vom Juni 2006: Europa in der Welt - Praktische Vorschläge für mehr Kohärenz, Effizienz und Sichtbarkeit, KOM(2006) 278 endgültig, Brüssel 08.06.2006, auf: http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euw_com06_278_de.pdf, am 09.06.2007, S.6

⁸²¹ vgl. Brüne, a.a.O., S.35

⁸²² vgl. ebenda, S.36f.

⁸²³ vgl. Reiter (2), a.a.O., S.9

dar, da die Beschlüsse nach diesem Paragraphen die EU als Ganzes binden.⁸²⁴ Es ist daher nicht davon auszugehen, dass Staaten bereit sein werden, auf ihr Stimmrecht zu verzichten und damit ihren Einfluss auf Entscheidungen aufzugeben. Die zunehmende Notwendigkeit der Vernetzung von Instrumenten zwischen den einzelnen Ressorts, den Staaten und der EU⁸²⁵ führen die konstruktive Enthaltung zudem ad absurdum, da kein Staat freiwillig auf seinen Einfluss verzichten wird.

Aus der derzeitigen sicherheitspolitischen Lage ergeben sich für die GASP neue Aufgaben und Probleme. So muss beispielsweise geklärt werden, wann Gewalt angewendet werden darf, da das Gewaltmonopol der VN de facto nicht vorhanden ist.⁸²⁶ Neben solchen allgemeinen Fragen stellt sich auch die Frage nach einer eventuellen Neuordnung der verschiedenen Politikbereiche. Insbesondere die wichtiger werdende Entwicklungspolitik wirft hier einige Fragen auf. So beklagten sich 2005 beispielsweise CDU und CSU darüber, dass es in diesem Politikfeld keinerlei Arbeitsteilung zwischen der EU und den Nationalstaaten gebe.⁸²⁷ Nach dem Willen des Bundestages soll die EU-Entwicklungspolitik auch weiterhin ein eigenständiger Teil der EU-Außenbeziehungen bleiben.⁸²⁸ Diese Forderung ist allerdings abzulehnen. Die EU-Entwicklungspolitik sollte in die GASP integriert werden, da durch eine Bündelung eine wesentlich höhere Effizienz zu erreichen ist. Für die Entwicklungspolitik hat auch der zuständige Kommissar Louis Michel gefordert, der EU den Vorrang auf diesem Gebiet einzuräumen.⁸²⁹ Eine europäisierte Entwicklungspolitik könnte beispielsweise aus einem Stufenplan heraus entstehen. Anhand der Interessen der Nationalstaaten werden Prioritäten in den einzelnen Regionen entwickelt und umgesetzt. Auf diese Weise wird über die Steuerung der Entwicklungspolitik auf EU-Ebene dieses Politikfeld nach und nach europäisiert.⁸³⁰

Da die EU ihre außenpolitische Kompetenz gerade erst aufbaut, sollte sie sich nicht mit Aufgaben übernehmen. Es bietet sich demzufolge vorläufig eine primäre Ausrichtung auf die unmittelbare Nachbarschaft an, mit dem Ziel als eigenständige Regionalmacht

⁸²⁴ vgl. Frik, a.a.O., S.71

⁸²⁵ vgl. Ehrhart (2), Hans-Georg: Die EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Integration*, 28. Jg., 3/2005, S.217-232, S.219

⁸²⁶ vgl. Die deutsche Ohnmacht, in: *Die diplomatische Welt*, 1/2003, 11.01.2003, S.DW1; Diese Frage muss eingebettet werden in die allgemeine Frage nach der Weiterentwicklung des Völkerrechts. Eine ausführliche Behandlung dieser Frage würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Daher wird darauf verzichtet.

⁸²⁷ vgl. Deutschland soll mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen, in: *Das Parlament*, 55. Jg., Nr.16, 28.April 2005, S.4

⁸²⁸ vgl. Deutschland soll mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen, a.a.O., S.4

⁸²⁹ vgl. Geteilte Arbeit ist bessere Arbeit, a.a.O., o.S.

⁸³⁰ vgl. Benennung nationaler Interessen statt „Methode Monnet“ - Interview mit Prof. Stefan Brüne, a.a.O., o.S.

wahrgenommen zu werden.⁸³¹ Dies würde auch den neuen Mitgliedsstaaten entgegentommen, die ihre Aufmerksamkeit primär auf ihre Nachbarschaft richten⁸³² Dies gilt insbesondere für die baltischen Staaten und Polen, die ihre Aufmerksamkeit stark auf den postsowjetischen Raum ausgerichtet haben. Neben den zum Teil stark unterschiedlichen Prioritäten der einzelnen Staaten sprechen noch weitere Gründe für eine vorläufige Fixierung auf die unmittelbare Nachbarschaft: die mangelhafte Finanzausstattung der GASP und die derzeit geltenden Verfahrensregeln,⁸³³ die mindestens bis 2009 erhalten bleiben werden. Die geringen Mittel würden in diesem Fall nicht verstreut eingesetzt werden und die in den meisten Fällen geforderte Einstimmigkeit würde keine große Hürde darstellen, wenn es sich um konkrete Aufgaben handelt. Aufgrund der gestiegenen Heterogenität werden allerdings die Debatten über die zu setzenden Schwerpunkte der GASP schwieriger werden.⁸³⁴ Dabei kann man grundsätzlich festhalten, dass die Wahrscheinlichkeit eines Konsenses größer wird, je weiter ein Konflikt entfernt ist. In der unmittelbaren Nachbarschaft sind die Unterschiede am deutlichsten ausgeprägt.⁸³⁵ Insbesondere die Frage, welche Ziele die EU in ihrem Umfeld verfolgen soll (Frage der Mitgliedschaft für weitere Staaten), wird für Diskussionen sorgen.

Aufgrund der unterschiedlichen Interessen kann die GASP in ihrem jetzigen Stadium nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich auf wenige strategische Ziele konzentriert. Aus diesem Grund fordert die EU von ihren Mitgliedsstaaten, dass sie die Probleme der GASP pragmatisch angehen und sich von nationalen Dogmen lösen.⁸³⁶ Die Nationalstaaten mögen vielleicht einen kurzfristigen Vorteil von einer an rein nationalen Interessen ausgerichteten Politik haben. Betrachtet man die Problemlösungskompetenz in einer langfristigen Perspektive, wird deutlich, dass die EU die besseren Möglichkeiten besitzt.⁸³⁷ Die EU ist aufgrund ihrer alle Politikbereiche umfassenden Struktur in der Lage, selbst dann noch international tätig zu sein, wenn sich einzelne Staaten aus einer Konfliktregion zurückgezogen haben.⁸³⁸

⁸³¹ vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2): The Iraq Challenge: How to Make a Common Foreign Policy Work for an Emerging Europe, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01479.pdf>, am 02.02.2005, S.1

⁸³² vgl. Rasmussen, Niels Aadal: The EU enlargement eastwards and the ESDP, DIIS Report 2005:7, Kopenhagen April 2005, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/Reports2005/nra_eu_eastwards_web.pdf, 01.08.2006, S.30

⁸³³ vgl. ebenda, S.30

⁸³⁴ vgl. Král, a.a.O., S.34

⁸³⁵ vgl. Jopp/Lippert/Regelsberger, a.a.O., S.258f.

⁸³⁶ vgl. Europäische Kommission (6), a.a.O., S.6

⁸³⁷ vgl. ebenda, S.11

⁸³⁸ vgl. Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen, des Europäischen Parlamentes und der Kommission: Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, auf: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_046/c_04620060224de00010019.pdf, am 15.11.2006, S.8

Sieht man den erweiterten Sicherheitsbegriff als theoretische Grundlage für eine zeitgemäße Sicherheitspolitik an, dann darf sich diese nicht an Bedrohungen orientieren, sondern muss von der Frage ausgehen, wie Europa sein Umfeld derart gestalten kann, dass keine Bedrohungen mehr auftreten.⁸³⁹ Eine zeitgemäße Sicherheitspolitik ist also primär präventiv ausgerichtet. Aus diesem Grund muss sie sowohl kooperative als auch konfrontative Elemente beinhalten.⁸⁴⁰ Erschwerend für den Aufbau einer effektiven Sicherheitspolitik ist das ständige Anwachsen der sicherheitspolitisch relevanten Akteure. Aus diesem Grund sind Entwicklungen oftmals nicht konkret vorherzusagen.⁸⁴¹

Einige Autoren vertreten die Ansicht, dass sich die EU stärker in die OSZE einbringen sollte, um ihre sicherheitspolitischen Ziele durchzusetzen.⁸⁴² Dieser Vorschlag ist allerdings wenig sinnvoll, wenn man sich die Struktur der OSZE ansieht. Es stellt sich sehr schnell die Frage, wann die OSZE in einer ernsten Krise handlungsfähig sein soll. Die OSZE fasst ihre Beschlüsse in aller Regel einstimmig. Es gibt zwar die Möglichkeit einen oder im Fall eines zwischenstaatlichen Konfliktes die Stimme der betreffenden Staaten zu ignorieren. Allerdings müssen die restlichen Staaten weiterhin einstimmig entscheiden.⁸⁴³ Bei gewaltsamen Konflikten wäre sie aufgrund der hohen Mitgliederzahl wohl nicht handlungsfähig. Da aber die vergangenen Jahre gezeigt haben, dass die Mehrzahl der weltweiten Konflikte eskalieren und von daher militärische Mittel notwendig sind, um die Parteien zu trennen und rudimentäre Sicherheit herzustellen, sollte die EU Abstand von einer solchen Politik nehmen. Zudem sind einige der OSZE-Mitglieder aufgrund ihrer Struktur selber Sicherheitsrisiken.

Die EU sollte im Rahmen der GASP vielmehr ihr Potenzial als eine Normen setzende Vereinigung nutzen. Allgemein wird die EU nicht als eine traditionelle Großmacht wahrgenommen, sondern als ein ausgleichendes Element in den internationalen Beziehungen.⁸⁴⁴ Dieses sollte sie vor allem in der Nachbarschaft ausnutzen und sich verstärkt regional orientieren.

Wie kann nun die GASP in einem regionalen Ansatz eingesetzt werden, um die europäische Sicherheit zu erhöhen? Die EU betont immer wieder die Bedeutung der Schwarzmeerregion

⁸³⁹ vgl. Bundesregierung Österreich (2), a.a.O., S.6

⁸⁴⁰ vgl. ebenda, S.10 u. S.26

⁸⁴¹ vgl. ebenda, S.19

⁸⁴² vgl. hierzu: Argirakos (1), Dimitrios: Sicherheit durch Wandel, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/150020?print=true>, am 20.12.2006, o.S.

⁸⁴³ vgl. OSCE – Handbook, auf: http://www.osce.org/publications/sg/2007/10/22286_952_en.pdf, am 04.02.2007, S.14

⁸⁴⁴ vgl. Mauer (2), a.a.O., S.16

für die Sicherheit der Union. Hier sollte sie mit der Black Sea Economic Cooperation zusammenarbeiten und dieser helfen, Erfahrungen aus der Nördlichen Dimension zu nutzen. Die BSEC bietet sich als regionales Sicherheitsforum an, da dort alle relevanten Staaten vertreten sind.⁸⁴⁵ Es sollte versucht werden, über Bulgarien und Rumänien auf die Entwicklung dieser Organisation Einfluss zu nehmen. Erleichternd kommt für eine Kooperation hinzu, dass die BSEC ihre Strukturen an die der EU anlehnt und eine enge Bindung an diese sucht. Die EU hingegen verfolgte bisher in der Schwarzmeerregion einen bilateralen und keinen multilateralen Ansatz, um ihre Interessen durchzusetzen.⁸⁴⁶ Dies war umso erstaunlicher, als dass die EU in ihren anderen Nachbarregionen einen regionalen Ansatz verfolgt.⁸⁴⁷ Mit der Entwicklung der Schwarzmeer-Synergie hat sich dieses geändert.⁸⁴⁸ Der Ministerrat hat auf seiner Tagung am 18./19. Juni 2007 festgestellt, dass das Engagement im Schwarzmeerraum flexibel gehandhabt werden muss. So sei es nicht nötig, dass alle Staaten an jedem Projekt beteiligt seien. Vorstellbar sei aber auch eine Abstimmung mit anderen regionalen Initiativen.⁸⁴⁹

Die BSEC bietet sich an, um in der Region Sicherheit zu produzieren. Da fast alle Mitgliedsstaaten der BSEC Ambitionen auf die EU-Mitgliedschaft haben, ist eine grundsätzliche Integrationsbereitschaft gegeben. Im Falle einer erfolgreichen Integration kann verhindert werden, dass diese Staaten auf Dauer in die EU drängen. Zudem haben alle Mitgliedsstaaten der BSEC ihre Bereitschaft zu einer engen Kooperation mit der EU erklärt.⁸⁵⁰ Im Bereich der Sicherheitspolitik ist die Kooperation innerhalb der BSEC noch nicht sehr ausgeprägt, da wirtschaftliche Fragen im Vordergrund stehen.⁸⁵¹ Dies ist aber nicht das wesentliche Problem. Die EU benötigte mehrere Jahrzehnte, bis sie eine offizielle sicherheitspolitische Integration in Angriff genommen hat. Weitaus schwerer wiegt, dass es innerhalb der BSEC keinen Staat gibt, der die Integration energisch voranbringt.⁸⁵² Hier sollte die EU ansetzen und die Integration vorantreiben, bspw. indem der Energietransit gemeinschaftlich betrieben wird.

⁸⁴⁵ vgl. Aydin, a.a.O., S.15

⁸⁴⁶ vgl. ebenda, S.17

⁸⁴⁷ vgl. ebenda, S.17 (Nördliche Dimension, Barcelona-Prozess, Stabilitätspakt für Südosteuropa)

⁸⁴⁸ vgl. Europäische Kommission (8), a.a.O.

⁸⁴⁹ vgl. Rat der Europäischen Union (1): Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) am 18./19. Juni 2007: Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik – Fortschrittsbericht des Vorsitzes, auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Nachbarschaftspolitik-ERJuni07.pdf>, am 29.06.2007, S.11

⁸⁵⁰ Die EU bemüht sich auf eine Initiative der Kooperation hin, um den Beobachterstatus.

⁸⁵¹ vgl. Aydin, a.a.O., S.23

⁸⁵² vgl. ebenda, S.31

9.2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde 2003 mit dem Papier „Größeres Europa“⁸⁵³ der EU-Kommission ins Leben gerufen. Ziel der Nachbarschaftspolitik ist es, eine effektivere Politik gegenüber Drittstaaten zu führen, da die bisherigen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt einen beschränkten Wert haben.⁸⁵⁴ Allein schon aufgrund ihrer Größe kommt die EU nicht mehr daran vorbei, selber gestaltend in ihrem Umfeld tätig zu werden.⁸⁵⁵ Aus diesem Grund umfasst die ENP auch politische Bereiche, um die Entwicklung von Staaten zu funktionierenden Demokratien zu ermöglichen. Die ENP richtet sich an die Staaten, die im Moment keine Beitrittsperspektive haben. Daher sollten diese die ENP nicht als direktes Heranführungsinstrument an die Mitgliedschaft sehen.⁸⁵⁶ Die Kommission hat in einer Mitteilung vom Dezember 2006 deutlich festgestellt, dass „Europäische Nachbarschaftspolitik und der EU-Erweiterungsprozess [...] zwei getrennte Dinge“ sind.⁸⁵⁷ De facto soll die ENP Beitrittsgesuche unterbinden. Um die neue Ausrichtung, die in der ENP verfolgt wird, zu verdeutlichen, wurde im Konvent vorgeschlagen, dass die ENP nicht als eigenständiger Politikteil geführt wird, sondern als Teil der GASP.⁸⁵⁸ Mit der Zusammenlegung der Ämter des Hohen Vertreters für die GASP und des Kommissars für Außenbeziehungen, der für die ENP zuständig ist, wird dieser Vorschlag doch noch umgesetzt.⁸⁵⁹ Diese Änderungen stärken den außenpolitischen Bereich der EU, da dadurch Kompetenzen und Ressourcen gebündelt werden. Die ENP setzt zwar keinen endgültigen Schlussstrich unter die Frage nach weiteren Mitgliedern, allerdings kann vermieden werden, dass unrealistische Erwartungen geweckt werden. Interessierten Staaten sollte nach Einschätzung von Kempe die Möglichkeit der

⁸⁵³ Europäische Kommission (2): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn, KOM(2003) 104 endgültig, Brüssel 11.03.2003, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf, am 07.01.2007

⁸⁵⁴ vgl. Lynch (4), a.a.O., S.43

⁸⁵⁵ vgl. van der Haut, a.a.O., S.3f.

⁸⁵⁶ vgl. Lynch (4), a.a.O., S.49, vgl. auch: Wissels, Rutger: The Development of the European Neighbourhood Policy, in: Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006, S.7-16, S.15; vgl. auch: Hummer, Waldemar: Die Union und ihre Nachbarn - Nachbarschaftspolitik vor und nach dem Verfassungsvertrag, in: integration, 28.Jg, 3/2005, S.233-245, S.238

⁸⁵⁷ Europäische Kommission (9), a.a.O., S.2

⁸⁵⁸ vgl. Kempe, Iris: Das Größere Europa - Nachbarschaftspolitik, Reform-Spotlight 01/2003, auf: http://www.cap.lmu.de/download/spotlight/Reformspotlight_01-03_d.pdf, am 27.01.2006, S.2

⁸⁵⁹ vgl. Art. 18, 4 VL

Mitgliedschaft nicht generell verschlossen werden.⁸⁶⁰ Ein solches Verhalten bedeutet im Klartext, dass die EU, solange sie die Grenzfrage nicht eindeutig geklärt hat, sich strikt an die Kopenhagener Kriterien halten sollte. Nicht nur in Bezug auf die von den beitrittswilligen Staaten zu erbringenden Leistungen, sondern insbesondere auch im Bereich Aufnahmefähigkeit der EU. Ein Beitritt Norwegens oder Schweiz wäre in diesem Fall kein Problem. Beide Staaten würden die finanzielle Situation der EU nicht belasten und auch institutionell besitzen beide nicht die Größe, um die EU grundlegend zu verändern. Bei den östlichen Nachbarn der EU sieht die Situation anders aus, da diese wirtschaftlich nur schwach entwickelt sind.

Mit ihrer Struktur verbindet die Nachbarschaftspolitik Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit denen der auswärtigen Beziehungen der EU und verfolgt einen eigenständigen politikfeldübergreifenden Ansatz.⁸⁶¹ Sie steht damit zwischen den Säulen der EU, was einen hohen Abstimmungsbedarf bedeutet. Der Mehssäulenansatz ergibt sich aus dem Ziel, dass die Nachbarstaaten politisch und wirtschaftlich mit der Europäischen Union eng verbunden sind.⁸⁶² Sie soll die GASP stärken und über verbindliche Vereinbarungen die Staaten an die EU heranführen.⁸⁶³ Die ENP ist also direkte Ordnungspolitik in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU.⁸⁶⁴ Es wird damit das Ziel einer friedlichen Hegemonie verfolgt. Durch die Verflechtung mit der EU soll zudem die Beilegung von regionalen Konflikten gefördert werden.⁸⁶⁵ Dies ist im Interesse der EU. Sie hat mit der ESS die Zielvorstellung eines Wohlstandsringes und Sicherheitsraumes entlang ihrer Grenzen definiert. Im Rahmen der ENP soll dieses Ziel erreicht und zugleich dem Wunsch der Anrainer nach engeren Beziehungen zur EU entsprochen werden. Zudem soll sie die Kooperation bei gemeinsamen Sicherheitsbedrohungen ermöglichen.⁸⁶⁶ Im sicherheitspolitischen Sinn soll die

⁸⁶⁰ vgl. Kempe, a.a.O., S.4

⁸⁶¹ vgl. van der Haut, a.a.O., S.2f.

⁸⁶² vgl. Europäische Kommission (10): Mitteilung der Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik - Strategiepapier, KOM(2004) 373 endgültig, Brüssel 12.05.2004, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf, am 09.09.2006, S.5, vgl. auch: Rat der Europäischen Union (1), a.a.O., S.1: „Politische Instabilität und schlechte Staatsführung in unseren Nachbarländern könnten auch Auswirkungen auf die EU haben. Gleichzeitig stehen unsere Sicherheit und unser Wohlstand zunehmend unter dem Einfluss von Faktoren wie beispielsweise den Gefahren für Europas Energiesicherheit, Umweltrisiken und der wachsenden illegalen Zuwanderung. Die EU muss diese Fragen gemeinsam mit den ENP-Partnern entschlossener angehen und sich mit einem festen Kreis befreundeter Länder umgeben.“

⁸⁶³ vgl. Europäische Kommission (10), a.a.O., S.10

⁸⁶⁴ vgl. Lippert (1), Barbara: Assoziierung plus gesamteuropäische Aufgabenkonföderation: Plädoyer für eine selbstbewusste EU-Nachbarschaftspolitik, in: *Integration 2/2006*, 29. Jg., S.149-157, S.149

⁸⁶⁵ vgl. Europäische Kommission (10), a.a.O., S.6

⁸⁶⁶ vgl. ebenda, S.14

ENP die EU zu einem Akteur machen, dessen ökonomische Mittel die zivilen und militärischen Mittel stützt.⁸⁶⁷

Damit diese hoch gesteckten Ziele auch tatsächlich erreicht werden können, muss im Rahmen dieser Politik eine wichtige Sache umgesetzt werden: Die Begrifflichkeiten müssen klar getrennt werden. Den von der ENP betroffenen Staaten muss klar gemacht werden, dass die Begriffe „Europa“ und „EU“ nicht identisch sind.⁸⁶⁸ Es sollen also keinesfalls die Grenzen verschwinden, sondern diese sollen entlang den von den verantwortlichen Organen bestimmten Linien durchlässig verlaufen.⁸⁶⁹ Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird demnach klar und deutlich zwischen „drinnen“ und „draußen“ unterschieden.

Die europäische Politik im Bereich Außenpolitik ist gekennzeichnet durch ein Durcheinander von nationalstaatlichen Abkommen, regionalen und internationalen Organisationen.⁸⁷⁰ Mehr Kohärenz ist ein zwingendes Gebot, um die mit relativ wenig Mitteln ausgestattete europäische Außenpolitik effizient zu machen.⁸⁷¹ Notwendig ist in diesem Rahmen die klare Definition der eigenen Interessen. Die ENP ist keine Politik zur Kooperation „mit“ einem Partner, sondern ist „auf“ die entsprechenden Staaten ausgerichtet, da die EU über die Bereitstellung von Mitteln und eventuelle Sanktionen bei Nichterfüllung der Planziele entscheidet.⁸⁷² Daher ist es auch illusorisch von den ENP-Staaten zu erwarten, dass sie wie die EU-Staaten werden. Vielmehr sollte das Ziel ein „mit der EU“ sein.⁸⁷³

Die Mitgliedsstaaten haben erkannt, dass die ENP ein wirkungsvolles außenpolitisches Instrument sein kann. Um die Annäherung der betreffenden Staaten an die EU effizienter zu gestalten, hat der Ministerrat festgestellt, dass die Verpflichtungen gegenüber den ENP-Staaten intensiviert werden sollten.⁸⁷⁴ Eine Möglichkeit zur effizienteren Annäherung der ENP-Staaten an die EU besteht in der Beteiligung an europäischen Gemeinschaftsagenturen. Ziel dieses von der Kommission im Dezember 2006 vorgestellten Konzeptes ist die Projektion der EU-internen Politik zur Förderung von Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in der Nachbarschaft.⁸⁷⁵

⁸⁶⁷ vgl. Conclusions, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.119-128, S.124

⁸⁶⁸ vgl. Missiroli (2), a.a.O., S.27 und Lynch (4), a.a.O., S.58

⁸⁶⁹ vgl. Holm, a.a.O., S.17

⁸⁷⁰ vgl. Vahl (2), a.a.O., S.5

⁸⁷¹ vgl. Bendieck (2), a.a.O., S.15

⁸⁷² vgl. Tassinari, a.a.O., S.9

⁸⁷³ vgl. Lynch (4), a.a.O., S.59

⁸⁷⁴ vgl. Rat der Europäischen Union, a.a.O., S.2

⁸⁷⁵ vgl. Europäische Kommission (7): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament über das allgemeine Konzept zur Ermöglichung einer Beteiligung von ENP-Partnerstaaten an

Die EU nennt ihre Politik „positive Konditionalisierung“: Gutes Verhalten wird mit Mitteln belohnt, Fehlverhalten führt zum Aussetzen der Zahlungen.⁸⁷⁶ Insgesamt werden Partnerschaftsprogramme aufgebaut, die auf Konditionen gründen und den Partnern den bislang erfolgreichsten Anreiz, die Mitgliedschaft, vorenthalten.⁸⁷⁷ Damit besteht die Gefahr, dass die ENP-Staaten die von der EU verlangten Werte lediglich auf dem Papier leben, aber nicht ernsthaft verwurzelt werden. Die Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ ist zudem bislang wenig glaubwürdig. In der Vergangenheit wurde von den Klauseln, die das Einfrieren von Hilfe ermöglichen, nur wenig Gebrauch gemacht. In aller Regel fand sich ein Fürsprecher der betroffenen Staaten, der dieses aus Eigennutz vereitelt hat.⁸⁷⁸ An dieser Stelle müssen klare Kriterien entwickelt und weiterhin die Kommission in die Lage versetzt werden, die Sanktionen nötigenfalls in Kraft zu setzen. Der Europäische Rat müsste dafür bei der Annahme eines Abkommens die Kommission dementsprechend ermächtigen. Inwieweit die Mitgliedsstaaten zu einem solchen Schritt bereit sind, bleibt abzuwarten. Angesichts der Weigerung der EU-Staaten, der Union außenpolitischen Handlungsspielraum zu gewähren, sollten die Erwartungen in diesem Bereich aber nicht zu hoch sein.

Die Entwicklungen seit 1990 haben sehr deutlich gezeigt, dass der stärkste Antrieb für Reformen die Aussicht auf Mitgliedschaft war. Es besteht daher die Gefahr, dass die EU ihr generelles politisches Ziel verfehlt, wenn die Mitgliedschaft nicht mehr automatisch im Raum steht.⁸⁷⁹ Ein solches Scheitern kann verhindert werden, wenn ein regionaler Ansatz genutzt wird. Dieses ist zwar im GUS-Raum schwierig, allerdings könnte im Fall der beitragswilligen Staaten Armenien, Georgien und Ukraine der regionale Ansatz über die BSEC abgewickelt werden.

Die sicherheitspolitische Dimension der ENP sollte in enger Kooperation mit der NATO entwickelt werden, da beide Organisationen in der Region ähnliche Interessen haben.⁸⁸⁰ Es würde damit verhindert werden, dass beide Organisationen in Konkurrenz zueinander auftreten. Der GUS-Raum ist ohnehin schon ein Gebiet, in dem geopolitische Konkurrenz zwischen den USA, Russland und der EU herrscht. Eine Kooperation mit der NATO würde in dieser Hinsicht auch den Druck von den transatlantischen Beziehungen nehmen, der

Gemeinschaftsagenturen und –programmen, KOM(2006) 724 endgültig, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_724_de.pdf, am 16.03.2007, S.4

⁸⁷⁶ vgl. Holm, a.a.O., S.18

⁸⁷⁷ vgl. Tassinari, a.a.O., S.5

⁸⁷⁸ vgl. van der Haut, a.a.O., S.7

⁸⁷⁹ vgl. Clement, Hermann: Die neuen Nachbarn und die Europäische Union - Möglichkeiten und Grenzen der Integration am Beispiel Ukraine und Belarus, Osteuropa-Institut München - Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, Working Paper 256, München Januar 2005, auf: http://www.osteuropa-institut.de/ext_dateien/wp256.pdf, am 24.01.2006, S.91

⁸⁸⁰ vgl. van der Haut, a.a.O., S.22

entstehen könnte. Allerdings ist bei einem solchen Vorgehen mit erheblichem Widerstand seitens Russlands zu rechnen, dass die GUS als seine vorrangige Einflussphäre betrachtet. Das Interesse der EU für diese Region, in der sie neben den USA und Russland den dritten großen Akteur darstellt, wird durch die Ausarbeitung einer neuen Nachbarschaftspolitik durch Deutschland dokumentiert.⁸⁸¹ Die bisherige sicherheitspolitische Bilanz der ENP fällt mager aus. Die EU muss sich daher stärker in regionale und multilaterale Mechanismen einbringen und mehr Präsenz zeigen.⁸⁸²

In wirtschaftlicher Hinsicht sollen die Staaten langfristig gesehen an den Binnenmarkt herangeführt werden.⁸⁸³ Wirtschaftliche Prosperität ist für Stabilität unverzichtbar. Aus diesem Grund sollte primär das Handelsvolumen ausgedehnt und nicht die Entwicklungshilfe ausgeweitet werden.⁸⁸⁴ Problematisch ist allerdings, die Übernahme der Regelungen für den Binnenmarkt. Der wirtschaftliche Sektor gehört zu den am stärksten reglementierten der EU. Die Übernahme der Regelungen dürfte die ENP-Staaten überfordern, zumindest aber vor große Probleme stellen.

Ein weiteres Ziel der ENP betrifft die Energieversorgung der EU. Da Europa nach Schätzungen 2030 70% seines Energiebedarfs importieren wird, soll im Rahmen der ENP die Versorgungssicherheit verbessert werden.⁸⁸⁵ In diesem Rahmen muss die unter der deutschen Ratspräsidentschaft beschlossene Energiestrategie⁸⁸⁶ eingebunden werden. Allerdings muss die Sicherung der Energieversorgung von einer Integration der europäischen Energiemärkte begleitet werden, damit die EU in eine möglichst starke Verhandlungsposition versetzt wird.

Die ENP soll aber nicht nur im direkten Kontakt mit Staaten auftreten, sondern auch in regionalen Organisationen wie dem Ostseerat, der Initiative Zentraleuropa (CEI),⁸⁸⁷ der BSEC und dem Stabilitätspakt für den Balkan zum Tragen kommen. Sie soll also keine neuen Institutionen schaffen, sondern die bestehenden Strukturen effizient nutzen.⁸⁸⁸ Um dieses Vorgehen effektiv nutzen zu können, sollte die EU nicht selber als Akteur in Erscheinung treten, sondern den Mitgliedsstaaten die Außenvertretung überlassen. Dies ist auch deshalb notwendig, da die meisten internationalen Organisationen lediglich Staaten als Mitglieder

⁸⁸¹ vgl. Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU, auf:

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E2FDB15D2F5084C19B6D27D5C1C72DDA1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 08.08.2006, S.1

⁸⁸² vgl. Europäische Kommission (9), a.a.O., S.4

⁸⁸³ vgl. Europäische Kommission (10), a.a.O., S.8,

⁸⁸⁴ vgl. Pełczyńska-Nałęcz, a.a.O., S.37, vgl. auch: Rat der Europäischen Union (1), a.a.O., S.6

⁸⁸⁵ vgl. Europäische Kommission (10), a.a.O., S.18

⁸⁸⁶ vgl. Europäische Kommission (1), a.a.O.

⁸⁸⁷ Mitglieder dieser Initiative sind: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Italien, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Österreich, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, die Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

⁸⁸⁸ vgl. Europäische Kommission (10), a.a.O., S.23

zulassen. Die EU könnte in diesem Fall im Rat die Ziele und Vorgehensweise gemeinschaftlich festlegen und die Mittel bereitstellen. Die Mitglieder der jeweiligen Organisation würden dann die Durchsetzung vornehmen und sicherstellen. Hierzu darf die EU allerdings die Länder nicht als einen geschlossenen Block behandeln, sondern bedarf individueller Strategien für die einzelnen Akteure.⁸⁸⁹ Daher sollte die ENP drei Kategorien umfassen: Erstens sollte ein allgemeines Konzept für alle Nachbarstaaten der EU formuliert werden, zweitens verschiedene Regionen sollten dann mit jeweils passenden Strategien versehen werden und drittens sollten auf der letzten Stufe die individuellen Probleme eines Landes in einer spezifischen Strategie angegangen werden.⁸⁹⁰ Dadurch kann die EU ihren Nachbarn Planungssicherheit und Berechenbarkeit bieten und gleichzeitig flexibel auf die Probleme reagieren. Der neuartige und gegenüber der herkömmlichen Entwicklungspolitik größere Ansatz der ENP würde auf diese Weise nach außen deutlich sichtbar.⁸⁹¹ Da die meisten Sicherheitsprobleme, wie sie in der ESS formuliert werden, grenzüberschreitend sind, ist ein regionaler Ansatz unverzichtbar. Lokale Akteure werden mit eingebunden und somit Vertrauen zwischen den verschiedenen Akteuren geschaffen und Konkurrenz beseitigt.⁸⁹² Eine wichtige Rolle in diesem Kontext spielen die 2004 beigetretenen Mitglieder. Sie verfügen neben kulturellen und gesellschaftlichen Verbindungen in die Zielländer über aktuelles Wissen über die Transformationsprozesse in Richtung Demokratie, Marktwirtschaft und Herrschaft des Rechts.⁸⁹³ Sie besitzen damit gegenüber den Mitgliedern der EU-15 einen erheblichen Vorteil und sind in diesen Bereichen glaubwürdiger als diese.

Das Ziel der ENP ist also im Endeffekt auf mittlere Sicht der Verzicht auf die Mitgliedschaft der angesprochenen Staaten⁸⁹⁴ und damit lediglich die Teilnahme und nicht die Teilhabe an den Vorteilen der EU.⁸⁹⁵ Allerdings zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass die ENP aufgrund dieser Zielsetzung in der Gunst der Länder im Vergleich zum Status des Beitrittskandidaten nicht sehr gut abschneidet.⁸⁹⁶ Die Prozesse seit 1990 haben gezeigt, dass diejenigen Länder am erfolgreichsten und schnellsten die gewünschten Erfolge erzielen, denen die Mitgliedschaft durch den Kandidatenstatus in Aussicht gestellt wurde.⁸⁹⁷ Gleichzeitig ist aber auch zu konstatieren, dass Integration nicht zwangsläufig in der

⁸⁸⁹ vgl. Schäuble, a.a.O., S.4

⁸⁹⁰ vgl. Pelczyńska-Nałęcz, a.a.O., S.27

⁸⁹¹ vgl. ebenda, S.28

⁸⁹² vgl. Rat der Europäischen Union (1), a.a.O., S.8 u. 11

⁸⁹³ vgl. Oęcińska, a.a.O., S.4

⁸⁹⁴ vgl. Vahl (2), a.a.O., S.9

⁸⁹⁵ vgl. Conclusions, a.a.O., S.121

⁸⁹⁶ vgl. Vahl (2), a.a.O., S.10

⁸⁹⁷ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.22

Mitgliedschaft enden muss, wie die Beispiele der EFTA-Staaten Island, Norwegen und Schweiz zeigen.⁸⁹⁸

Geografisch gesehen wendet sich die ENP an die südlichen Mittelmeeranrainer und die Staaten östlich der EU. Der politisch wichtigste Teil der ENP richtet sich an Russland,⁸⁹⁹ Weißrussland, die Ukraine und Moldawien.⁹⁰⁰ Allerdings betrachtet sich Russland nicht als Teil der ENP, da es seinem Anspruch als Großmacht widerspricht, wenn es Teilnehmer an einem Entwicklungsprogramm ist. Mit der Formulierung der ENP hat die EU erstmals eine ordnungspolitische Rolle im GUS-Raum für sich proklamiert.⁹⁰¹

Die Wirksamkeit muss allerdings erst noch unter Beweis gestellt werden. 2004 haben während der Orangen Revolution in der Ukraine die Nationalstaaten eine größere Rolle gespielt als die EU als Organisation. Zwar traten Litauen und Polen gemeinsam mit Javier Solana in Erscheinung, aber der Hohe Vertreter wurde öffentlich kaum wahrgenommen. Grundsätzlich spricht nichts dagegen, die Politik der EU über einzelne Staaten abzuwickeln. Es sollte aber darauf geachtet werden, dass die EU als Organisation dabei in der öffentlichen Wahrnehmung nicht verschwindet und die Ziele von allen Mitgliedsstaaten getragen werden.

Die Ukraine spielt im Rahmen der ENP eine besondere Rolle. Einerseits ist sie der größte Zielstaat mit Beitrittsambitionen und andererseits wird die Politik gegenüber der Ukraine Auswirkungen auf das Verhältnis der EU zu Russland haben. Innerhalb der EU tragen damit Deutschland und Polen eine besondere Verantwortung für diesen Komplex. Beide sollten ihre regionalen Kontakte zu Russland und der Ukraine stärken und dadurch verhindern, dass sich die Wahrnehmung in der Ukraine nicht auf die Entscheidung zwischen Mitgliedschaft oder Rückfall unter russischen Einfluss verengt.⁹⁰² Polen ist sich seiner Verantwortung für die angrenzenden Regionen durchaus bewusst. So äußerte der damalige polnische Präsident Aleksander Kwazniewski 2003, dass sowohl Polen als auch Litauen ihre Kenntnisse in die Ostpolitik der EU einbringen sollten, da sie in der Region über mehr Ansehen verfügen würden als die EU.⁹⁰³ Aus der Sicht Polens und der baltischen Staaten sollte die ENP die östlichen Staaten stärker in den Westen einbinden, um die russische Dominanz in diesem Raum zurückzudrängen. Damit verfolgen diese Staaten andere Ziele als Deutschland und

⁸⁹⁸ vgl. ebenda, S.26

⁸⁹⁹ Aus protokollarischen Gründen wird Russland extra geführt. Russland hat aufgrund seines Verständnisses als Großmacht Probleme damit auf einer Stufe mit Moldawien oder dem Libanon geführt zu werden, siehe: van der Haut, a.a.O., S.10

⁹⁰⁰ vgl. Pełczyńska-Nałęcz, a.a.O., S.25, vgl. auch: Europäische Kommission (10), a.a.O., S.6f., vgl. auch: Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU, a.a.O., o.S.

⁹⁰¹ vgl. Lynch (4), a.a.O., S.44

⁹⁰² vgl. Meier, a.a.O., S.5

⁹⁰³ vgl. Ołecińska, a.a.O., S.63f.

Frankreich, die in Russland keine große Gefahr sehen.⁹⁰⁴ Der Überwindung der polnisch-russischen Spannungen kommt in diesem Kontext eine bedeutsame Rolle zu. Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Tusk in Polen ist die polnische Seite wesentlich kompromissbereiter. So wird beispielsweise die Entscheidung für das Raketenabwehrsystem auch mit Blick auf das Verhältnis zu Russland gefällt.⁹⁰⁵

Die Ostpolitik der EU sollte im Allgemeinen auf drei Säulen ruhen: GASP, bi- und multilateralen Abkommen und Kooperation mit NGOs.⁹⁰⁶ Die Arbeit von NGOs ist für die Stabilität und Vernetzung einer Region immer wichtiger geworden. Leider fehlt immer noch ein institutioneller Rahmen, in dem die Zusammenarbeit formalisiert stattfindet, sodass es nur zu einer fallweisen Kooperation kommt. Der ENP sind allerdings dahin gehend Grenzen gesetzt, da die Entwicklung von Staaten nicht gegen deren Willen geschehen kann.⁹⁰⁷ Aus diesem Grund ist die EU auf die Bereitschaft der jeweiligen Machthaber angewiesen. Die Stabilisierung des GUS-Raums wird daher noch einige Zeit in Anspruch nehmen, weil sich zum Beispiel der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko wenig kooperationsbereit zeigt. Gleiches gilt in etwas schwächerer Form für Russland, das ebenfalls nur eingeschränkt kooperationsbereit ist.

Diese Form der Politik – die Kooperation mit den jeweiligen Zielstaaten – wird allerdings langfristig die größten Erfolge zeitigen. Langfristig sollte die Beitrittsperspektive für die östlichen Staaten nicht per se ausgeschlossen werden, da die Staaten die bisherige Form der ENP als unbefriedigend empfinden. Kurzfristig sollte allerdings der Beitritt verwehrt werden.⁹⁰⁸ Dies gilt insbesondere für die Ukraine, weil sie politisch nicht stabil und der Umgang mit ihr daher sehr schwierig ist.⁹⁰⁹

Die Ostpolitik der EU sollte sich an der Nördlichen Dimension orientieren. Diese ist strukturell gut geeignet, die Probleme im Ostseeraum zu lösen, da sie mit ihrem horizontalen Aufbau, die Mehrsäulenstruktur der EU überwindet.⁹¹⁰ Auch in diesem Fall sollte die direkte Außenvertretung den Nationalstaaten vorbehalten bleiben.

Im Rahmen der ENP sollte die EU von der grundsätzlichen Annahme ausgehen, dass Russland nie Mitglied der EU werden kann.⁹¹¹ Zum einen kommt eine Mitgliedschaft wegen

⁹⁰⁴ vgl. Lang (3), a.a.O., S.19f.

⁹⁰⁵ vgl. Polen rückt ab von Raketenabwehr, a.a.O., S.6

⁹⁰⁶ vgl. Ołecińska, a.a.O., S.65, vgl. auch: Cimoszewicz, a.a.O., S.18

⁹⁰⁷ vgl. Clement, a.a.O., S.9

⁹⁰⁸ vgl. Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU, a.a.O., o.S.

⁹⁰⁹ vgl. Lindner (2), Rainer: Konflikt in der Ukraine – Testfall für die Europäische Nachbarschaftspolitik, SWP-Aktuell 28/2007, Berlin April 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3912, am 31.07.2007, S.3f.

⁹¹⁰ vgl. Huisman, a.a.O., S.17

⁹¹¹ vgl. Pełczyńska-Nałęcz, a.a.O., S.32

der Größe nicht in Frage, zum anderen ist die Rolle Moskaus innerhalb der ENP nicht ganz klar.⁹¹² Es stellt sich somit die Frage, in welcher Form Russland involviert wird. Ziel sollte letztlich eine politische Einbindung sein, ohne Zahlung von Geldern. Die Zuweisung von Mitteln stößt immer mehr auf Widerstand, weil es nur schwer vermittelbar ist, dass ein Staat mit großen Währungsreserven aus dem Energiegeschäft weiterhin Entwicklungshilfe bezieht.⁹¹³ Russland verfügt mittlerweile über Gold- und Devisenreserven in Höhe von 356 Milliarden Dollar und besitzt damit die drittgrößten Reserven weltweit.⁹¹⁴

Das grundsätzliche Problem der ENP im Zusammenhang mit Russland ist, dass sie zu wenig konkret angelegt ist und sich auf Visionen beschränkt.⁹¹⁵ Diese Problematik muss allerdings gelöst werden, da die Vereinbarungen mit Russland Modellcharakter für andere Nachbarstaaten der EU haben können.⁹¹⁶ Für die Beziehungen zu Russland selbst kann die Region Kaliningrad ein Test sein. Auf relativ kleinem Raum sind alle Probleme des erweiterten Sicherheitsbegriffs vertreten. Es können somit praktikable Kooperationsformen entwickelt werden, die sich in abgewandelter Form auf andere Regionen übertragen lassen können. In dieser Region tritt vor allem Litauen sehr aktiv auf.⁹¹⁷ Eine weitere Institutionalisierung der Kooperation könnte über den Ostseerat erfolgen, in dem alle wichtigen Akteure gleichberechtigt vertreten sind.⁹¹⁸ Die in der Amtszeit von Putin erfolgten Zentralisierungsmaßnahmen haben bei den meisten Bewohnern der Region Zustimmung gefunden, da sie sich davon mehr Unterstützung und eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse versprochen.⁹¹⁹ Allerdings hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Kaliningrad spielt auf regionaler Ebene kaum eine Rolle.⁹²⁰ Dies ist unverständlich, weil von Kaliningrad nicht nur enorme Umweltbelastungen für die gesamte Ostsee ausgehen,⁹²¹

⁹¹² vgl. van der Haut, a.a.O., S.10

⁹¹³ vgl. Fischer (2), Sabine: Schwierige Partnerschaft mit Russland, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.51-54, S.52

⁹¹⁴ vgl. Möckli (4), Daniel: Was will Russland? Ambitionen und Grenzen einer Großmacht, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 2. Jg., Nr.15, Zürich Juni 2007, auf: <http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=SSN&fileid=C824D3AC-B9C3-96CB-FE39-3288A1CA5D37&lng=de>, am 31.07.2007, S.2

⁹¹⁵ vgl. Minkowski, Alexander: Unter Europäern – die russische Exklave Kaliningrad im Koordinatenfeld Europäischer Nachbarschaftspolitik, regionaler Kooperation im Ostseeraum und Rezentralisierung der Russischen Föderation, in: Suchoples, Jarosław/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005, S.257-292, S.275f.

⁹¹⁶ vgl. Meier, a.a.O., S.2

⁹¹⁷ vgl. Huisman, a.a.O., S.31

⁹¹⁸ vgl. ebenda, S.13

⁹¹⁹ vgl. Oldberg, a.a.O., S.68

⁹²⁰ vgl. Huisman, a.a.O., S.10f.

⁹²¹ vgl. ebenda, S.11, vgl. auch: Oldberg, a.a.O., S.31

sondern sich dort auch viele Flüchtlinge aufhalten, die die soziale Situation destabilisieren.⁹²² Kaliningrad spielt für Russland eine strategische Rolle, da sich von dort aus weite Teile der Ostsee kontrollieren lassen. Aus diesem Grund sind dort auch große Teile der russischen Ostseeflotte stationiert. Dieser strategische Wert ist auch der Grund dafür, dass die Kooperation mit Russland in dieser Region nur begrenzt funktioniert. Die Angst vor einem möglichen Verlust dieser wichtigen Region hemmt die russische Kooperationsbereitschaft.

Die Ukraine sollte, unabhängig von der Anerkennung als Beitrittskandidat, eine wichtige Rolle in den Überlegungen der EU spielen, da sie einen wichtigen Versorgungszweig für die Energieversorgung der EU darstellt.⁹²³ Allerdings haben einige EU-Mitglieder Zweifel an der Wirksamkeit der ENP für dieses Vorhaben. So sieht beispielsweise Polen die ENP als zu schwach an, um die Politik in der Ukraine oder Weißrussland wirksam zu beeinflussen.⁹²⁴ Für die Ukraine bietet sich eine Kooperation im Rahmen der Visegradgruppe als Vertreter der EU an, da sie sprachlich und kulturell eng mit ihr verbunden sind. Dabei verfolgen die Staaten der Gruppe im Wesentlichen drei Ziele, die für sie von besonderer Bedeutung sind: eine flexible Handhabung des Schengen-Abkommens, eine engere Einbindung der Ukraine in die Ostpolitik der EU und die Unterstützung des Aufbaus einer demokratischen Zivilgesellschaft.⁹²⁵ Hier kommt insbesondere Polen als Nachbar der Ukraine eine wichtige Rolle zu. Wenn es seine Aufgabe als Vertreter flexibel wahrnimmt, dann kann es viel leisten. Bei einem Beharren auf der Position, dass die Ukraine zwangsläufig aufgenommen werden muss, wird es ein negatives Potenzial haben. Ein Umdenken in der polnischen Politik scheint allerdings nicht wahrscheinlich.⁹²⁶

Der Kaukasus spielt in der ENP ebenfalls eine Rolle. Ziel der EU-Politik in dieser Region ist der Ausbau der Energiezusammenarbeit, da die Region sowohl für die Produktion als auch für den Transit von Energie sehr wichtig ist⁹²⁷ und somit eine Brückenfunktion in den Nahen und Mittleren Osten darstellt.⁹²⁸

Die Verteilung der Mittel entspricht aufgrund französischen Drucks nicht den eigentlichen Schwerpunkten. Die südlich der EU gelegenen Staaten erhalten 2/3 der Mittel, die östlichen lediglich 1/3.⁹²⁹ Diese Verteilung entspricht deshalb nicht den Schwerpunkten, weil mit der

⁹²² vgl. Oldberg, a.a.O., S.30f.

⁹²³ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.56f.

⁹²⁴ vgl. Zaborowski, a.a.O., S.26

⁹²⁵ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.57f.

⁹²⁶ vgl. Lang (3), a.a.O., S.6

⁹²⁷ vgl. Europäische Kommission (10), a.a.O., S.11

⁹²⁸ vgl. van der Haut, a.a.O., S.11f.

⁹²⁹ vgl. Lefebvre, a.a.O., S.21f.

ENP den Staaten eine Perspektive geboten werden soll, die zur Zeit keine Aussicht auf den Kandidatenstatus haben. Hier fallen die nordafrikanischen Staaten aufgrund von Art. 49 EU-V weg. Soll die ENP stärker sicherheitspolitisch genutzt werden, dann macht diese Verteilung Sinn. Sie ist im neuen Finanzplan im Wesentlichen gleich geblieben. So sind für die östlichen Nachbarstaaten 1 154 Mio. Euro, für die afrikanischen Staaten 1 740 Mio. Euro und den Nahen Osten 1 222 Mio. Euro vorgesehen.⁹³⁰

⁹³⁰ vgl. Europäische Kommission (5), a.a.O., S.2

10. Verhältnis der EU zu anderen internationalen Akteuren

10.1. Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten

Die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und damit auch der EU und den Vereinigten Staaten waren im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vielerlei Belastungen ausgesetzt. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war die Irakkrise 2003. Spätestens seitdem gelten die USA bei vielen Europäern nicht mehr als unumstrittene Ordnungsmacht und Garant der Sicherheit. Sie werden oftmals als Teil der Probleme wahrgenommen und dadurch auch als Gefahr für die eigene Sicherheit.⁹³¹ Aus diesem Grund sehen die EU-Bürger auch einen größeren Bedarf an Unabhängigkeit von den USA als notwendig an.⁹³²

Aufgrund des Vorgehens der USA nach den Anschlägen vom 11. September wurde die 2002 vorgestellte NSS besonders vor der Frage nach dem Einsatz militärischer Macht wahrgenommen und beurteilt. Diese Beurteilung geht aber an der Realität vorbei. Die NSS von 2002 ist zwar stark militärisch geprägt, allerdings ist dies den Anschlägen geschuldet, mit denen die USA das erste Mal in ihrer Geschichte von einem auswärtigen, nichtstaatlichen Feind auf ihrem eigenen Gebiet angegriffen wurden. Der eigentliche Sinn und Zweck der Strategie ist das Aufzeigen von allgemeinen Zielen der US-Regierung für die nächsten Jahre.⁹³³ Betrachtet man die NSS von dieser Warte aus, so finden sich eine Reihe von Übereinstimmungen bei den Zielen von EU und USA. Insgesamt werden Verbreitung von Demokratie, Achtung der Menschenrechte und wirtschaftliche und soziale Sicherheit als Kernbereiche des auswärtigen Handelns definiert.⁹³⁴ Die im März 2006 vorgestellte National Security Strategy weist ähnliche Themenkomplexe auf wie ihre Vorgängerin. Allerdings ist der Grundton deutlich weniger von militärischen Aspekten geprägt.⁹³⁵

Die EU hat mit der ESS für sich erklärt, dass sie eine weltpolitische Rolle im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik spielen möchte. Es ist allerdings unbestritten, dass diese Rolle nur dann eingenommen werden kann, wenn sie dabei von den USA unterstützt wird. Gegen

⁹³¹ vgl. Kamińska, a.a.O., S.70, vgl. auch: Europeans see US as major world security risk, auf: <http://euobserver.com/24/24404>, am 02.07.2007, vgl. auch: Hacke (1), a.a.O., S.31; Dieses Gefühl ist in Westeuropa stärker ausgeprägt als in den östlichen Staaten.

⁹³² vgl. Collmer, Sabine: Europäerinnen und Europäer im Aufwind? Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union zur Außen- und Sicherheitspolitik, in: Staack, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Europa nach dem Irak-Krieg – Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden 2004, S.175-200, S.186

⁹³³ vgl. Janes, Jackson: Sicherheit, Macht und die transatlantischen Beziehungen, in: integration, 28. Jg., 3/2005, S.251-256, S.253

⁹³⁴ Ausführlich hierzu: Riemer/Hauser, a.a.O.

⁹³⁵ vgl. Vereinigte Staaten von Amerika (1): The National Security Strategy of the United States of America, auf: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>, am 16.09.2006

den Willen der USA kann die EU nicht zu einem globalen Akteur aufsteigen.⁹³⁶ Dies liegt daran, dass – wie bereits mehrfach erwähnt – viele EU-Staaten ihre militärische Sicherheit durch die USA garantiert sehen und deshalb den Aufbau von europäischen Kapazitäten, die auf lange Sicht die Bindung der USA an Europa unterhöhlen könnten, ablehnen. Ohne ausreichende militärische Elemente ist aber kein effizientes Krisenmanagement möglich. Im Bereich der nichtmilitärischen Instrumente ist die EU besser ausgestattet.⁹³⁷ Unstrittig ist, dass die europäischen Staaten ihre militärischen Fähigkeiten auf- bzw. ausbauen müssen. Angesichts der angespannten Finanzlage in den meisten Ländern sind einige EU-Vertreter zu der Meinung gelangt, dass man nicht die gleichen Fähigkeiten wie die USA benötige, sondern die vorhandenen Geldmittel einfach effizient einsetzen müsse.⁹³⁸ Dieses Argument ist sicherlich richtig. Allerdings scheitert eine effiziente europäische Rüstungspolitik an den nationalen Vorbehalten. Ob die neu eingerichtete Europäische Verteidigungsagentur hier Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten.

Den europäischen Staaten ist es bewusst, dass sie kein erfolgreiches Krisenmanagement betreiben können, wenn sich die USA nicht beteiligen, respektive die USA ihr Veto gegen einen Einsatz einlegen.⁹³⁹ Aufgrund der mangelnden militärischen Fähigkeiten der Europäer sind sie nicht in der Lage, eine glaubhafte Drohkulisse aufzubauen und somit auch präventiv zu agieren. Sie können in den meisten Fällen lediglich reagieren.⁹⁴⁰ Trotz dieses Mankos hat Europa für sich den Anspruch gesetzt, kriegerische Konflikte einzudämmen bzw. zu verhindern.⁹⁴¹ Sowohl die Europäer als auch die USA verfolgen letzten Endes die gleichen Ziele. Lediglich die Wahl der Mittel ist unterschiedlich. Die bevorzugte Art des Eingreifens resultiert aus den unterschiedlichen Entwicklungslinien. Die USA haben seit dem Ersten Weltkrieg immer wieder militärisch interveniert. Die europäische Einigung war ein nach innen gerichtetes Projekt. Kriege zwischen den europäischen Staaten sollten verhindert werden. Das Auftreten nach außen wurde erst nach dem Ende des Kalten Krieges notwendig, sodass sich ein eigenständiges außenpolitisches Profil erst noch entwickeln muss. Die USA haben im Gegensatz dazu seit dem Ersten Weltkrieg die Erfahrung gemacht, dass ein militärisches Eingreifen ihrerseits die Sicherheit und den Frieden gewährleisten kann.

⁹³⁶ vgl. Schwarz, Hans-Peter: Elefanten und Biber, in: FAZ, Nr.116, 20.05.2003, S.8

⁹³⁷ vgl. Müller-Kraenner, a.a.O., o.S.

⁹³⁸ vgl. Archick, Kristin/Gallis, Paul: NATO and the European Union, CRS Report for Congress, 12.05.2005, auf: <http://fpc.state.gov/documents/organization/47074.pdf>, am 25.05.2005, S.CRS-16

⁹³⁹ vgl. Kamińska, a.a.O., S.112

⁹⁴⁰ vgl. Frank/Gustenau, a.a.O., S.307-360, S.320; Lediglich Frankreich und Großbritannien sind in der Lage ihre Truppen auf weite Distanz zum Mutterland einzusetzen; Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, die Niederlande, Norwegen, Polen, Spanien und die Türkei weisen begrenzte Fähigkeiten auf. Die restlichen EU- und NATO-Staaten können lediglich zu Stabilisierungsmaßnahmen herangezogen werden: ebenda, S.317

⁹⁴¹ vgl. Daadler, Ivo H.: The End of Atlanticism, in: Lindberg, Tod (Ed.): Beyond Paradise and Power - Europe America and the Future of a Troubled Partnership, New York, London 2005, S.39-59, S.43

Insgesamt muss die EU entscheiden, in welchem Rahmen sie die ESVP für autonomes Handeln einsetzen will und welche Ziele nur im Verbund mit den USA zu erreichen sind.⁹⁴² Wichtig ist hierbei, dass die ESVP im besten Fall lediglich eine Teilautonomie der EU von den USA erreichen kann. Bedingt durch die Globalisierung lässt sich Sicherheit nicht mehr auf einen genauen regionalen Kontext einschränken.⁹⁴³ Der weltweit agierende religiös motivierte Terrorismus lässt dieses besonders deutlich werden. Angesichts der globalen Herausforderungen im Bereich der Sicherheitspolitik ist es von daher auch nicht wünschenswert, wenn mehr als eine Teilautonomie von den USA aufgebaut wird.

Einer der Gründe, warum Europa nur eine geringe strategische Macht aufzuweisen hat, liegt in der umständlichen Entscheidungsfindung.⁹⁴⁴ Hinzu kommt das Fehlen eines klaren Entwicklungsziels für die GASP und einer Antwort auf die Frage, ob die Formel „NATO first“ auf Dauer von der EU akzeptiert werden wird.⁹⁴⁵ Die ESS bietet zwar für die beabsichtigten Handlungsfelder einen guten Ansatz, sie kann allerdings keine institutionelle Ausgestaltung vorgeben oder definieren. Erschwerend kommt auf diesem Sektor hinzu, dass es innerhalb der EU umstritten ist, ob die Aufgabe eine Institution oder die Struktur einer Institution die Aufgabe bestimmt. Die nationalen Vorbehalte und Kämpfe um eine angemessene Repräsentation in allen Institutionen tun ein Übriges, um den Aufbau einer effizienten außenpolitischen Institution zu behindern.

Die Diskussion über die transatlantischen Beziehungen hat sich in den letzten Jahren auf die Frage der weltweiten Intervention und die damit verbundenen Aspekte im Bereich Militär konzentriert. Diese Fragen können von der EU allerdings nicht gelöst werden, sondern liegen in der Obhut der Mitgliedsstaaten.⁹⁴⁶ Andere wichtige Fragen, wie beispielsweise die effiziente Koordinierung der Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente oder die Anpassung des Völkerrechts an die neuen Gegebenheiten, standen im Hintergrund.

Über den Aufbau autonomer europäischer Fähigkeiten gibt es unterschiedliche Ansichten. Einige Autoren vertreten die Ansicht, dass sich die transatlantischen Beziehungen nur dann aufrechterhalten lassen, wenn die Europäer auf den Aufbau autonomer Mittel verzichten.⁹⁴⁷ Diese These scheint jedoch nicht zu greifen. Die USA stören sich nicht an autonomen europäischen Handlungsmöglichkeiten, sondern an Versuchen, rein europäische Planungs-

⁹⁴² vgl. Plate, a.a.O., S.6

⁹⁴³ vgl. ebenda, S.14

⁹⁴⁴ vgl. Mussnig, a.a.O., S.211

⁹⁴⁵ vgl. Kirste, Knut: NATO und EU am Beginn einer neuen strategischen Partnerschaft, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.148-158, S.157

⁹⁴⁶ vgl. Bailes (1), a.a.O., S.112

⁹⁴⁷ vgl. Jäger, a.a.O., S.15

und Führungskapazitäten zu schaffen. Solche müssen in die Struktur der NATO eingebunden sein, wie es nach dem Gipfel von Tervuren auch vereinbart wurde.⁹⁴⁸ Zudem zielen die meisten der Mitgliedsstaaten nicht auf den Aufbau einer Konkurrenz zur NATO. Sie nutzen ihre Mitgliedschaft in beiden Organisationen zur Ausbildung eines europäischen Pfeilers innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses.⁹⁴⁹ Insbesondere bei den Neumitgliedern ist eine große Bereitschaft zur Kooperation festzustellen, die sich an den zahlreichen multinationalen Verbänden ablesen lässt. Damit wird auch die Bereitschaft zum so genannten „pooling“ deutlich, d.h. diese Staaten sind bereit, Mittel effektiv einzusetzen, und verzichten – aus unterschiedlichen Gründen – darauf, alle Fähigkeiten selber aufzubauen.⁹⁵⁰ So haben beispielsweise die Benelux-Staaten eine gemeinsame Marine und keine nationalen Flotten.

Die Gegner einer gemeinsamen europäischen Verteidigung werden auf lange Sicht ihre Position nicht halten können. Die NATO richtet sich zunehmend auf globale Einsätze aus.⁹⁵¹ Die internationale Ausrichtung ist auf dem NATO-Gipfel in Prag 2002 deutlich geworden. Kollektive Verteidigung in Europa ist nicht mehr das primäre Ziel des Bündnisses. Aus diesem Grund wird sich die EU früher oder später mit der Frage der kollektiven Verteidigung auseinandersetzen müssen.⁹⁵²

Einen großen Unterschied gibt es in den Ansichten über das Mandat von Kriseneinsätzen. Die NATO hat in ihrem strategischen Konzept von 1999 beschlossen, dass sie notfalls auch ohne Mandat der VN eingreift. Die EU sieht dieses anders und hat sich klar für das VN-Mandat ausgesprochen. Die Haltung der Mitglieder ist dazu allerdings widersprüchlich. Als NATO-Staaten haben sie dem Einsatz ohne VN-Mandat zugestimmt, in der EU haben sie dieses gefordert.⁹⁵³

Stellt man sich die Frage, in welcher Form der transatlantische Dialog im Bereich der Sicherheitspolitik am effektivsten geführt werden kann, so führt kein Weg an einer Beteiligung der EU vorbei. Bedingt durch die zahlreichen zivilen Instrumente kann sie die Interessen der europäischen Staaten im Bereich der Sicherheitspolitik effektiv vertreten.⁹⁵⁴

⁹⁴⁸ vgl. Dembinski, Matthias: Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick (3), Johannes: Die Beziehungen zwischen NATO und EU - Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen 2005, S.61-80, S.74

⁹⁴⁹ vgl. Fröhlich (1), a.a.O., S.37f.

⁹⁵⁰ vgl. ebenda, S.39

⁹⁵¹ vgl. de Hoop Scheffer (3), Jaap: Rede auf dem NATO-Gipfel am 28.11.2006, auf: <http://www.nato.int/docu/speech/2006/s061128a.htm>, am 12.12.2006, o.S.

⁹⁵² vgl. Bailes (1), a.a.O., S.117

⁹⁵³ vgl. Heise/Schmidt, a.a.O., S.70; Die Frage, ob eine humanitäre Katastrophe wie bspw. ein Völkermord zum Eingreifen verpflichtet und in welcher Form dieses Eingreifen durch das Völkerrecht gedeckt ist, lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten. Allerdings ist festzuhalten, dass das Völkerrecht den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt, da die klassische Konfliktform – der Krieg zwischen zwei Staaten – mittlerweile nicht mehr der vorherrschende Konflikttyp ist.

⁹⁵⁴ vgl. Plate, a.a.O., S.6

Allerdings ist die EU mehr auf die NATO und damit die USA angewiesen als andersherum. Die EU ist nicht in der Lage, das gesamte Spektrum der sicherheitspolitischen Bedrohungen zu behandeln.⁹⁵⁵ Europa besitzt nicht die Strukturen, um militärisch eigenständig handeln zu können. Allerdings sind auch die USA auf Europa angewiesen, da sie in den Bereichen Konfliktnachsorge und Staatsaufbau nur unzureichende Mittel besitzen. Eine militärisch eigenständige EU widerspricht allerdings den Positionen beider Organisationen. Offiziell wird die Position vertreten, dass sich beide Organisationen in ihren Fähigkeiten ergänzen. Damit wird unausgesprochen impliziert, dass die EU militärisch von der NATO abhängig ist. Allerdings ist diese Haltung seitens der EU nicht ganz spannungsfrei, da gleichzeitig der Anspruch vertreten wird, sich den außen- und sicherheitspolitischen Spielraum nicht einschränken zu lassen.⁹⁵⁶ Diesen Anspruch sollte die EU in dieser Form aufgeben. Zum einen schränkt sie sich durch die Unterwerfung unter den Weltsicherheitsrat in ihren Optionen ein und zum anderen würde ein Versuch, Europa von den USA zu lösen, Konflikte innerhalb der EU auslösen. Die meisten Staaten sehen in den USA die Führungsmacht in Sicherheitsfragen. Von daher sollte sich die EU darauf beschränken, die ESVP zum europäischen Pfeiler innerhalb der NATO auszubauen.⁹⁵⁷ Da die EU für eigene Einsätze bislang immer auf die NATO-Strukturen zurückgreifen konnte, werden sich auch in Zukunft eigenständige Einsätze durchführen lassen. Die EU wäre somit in der Lage, ihr Profil als eigenständiger außen- und sicherheitspolitische Akteur zu schärfen, ohne lähmende interne Konflikte zu riskieren. In diesem Fall könnte die EU den selbst formulierten und von den USA grundsätzlich gewünschten Status eines kontinentalen Sicherheitsgaranten einnehmen.⁹⁵⁸

Die von einigen europäischen Staaten angestrebte Verteidigungsunion müsste dann auch innerhalb der NATO mit einer Stimme sprechen und sich eventuell sogar mit nur einem Sitz begnügen.⁹⁵⁹ In welcher Form ein solches Vorgehen innerhalb einer solchen Gruppe juristisch eingebettet werden kann, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Eine Möglichkeit wäre aber die Gewichtung der einzelnen Länderstimmen, wie dies in der EU geschieht.

⁹⁵⁵ vgl. Meier-Walser (4), Reinhard C.: Die Transformation der NATO – Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien, aktuelle analysen 34, München 2004, auf: <http://www.hss.de/downloads/aa34internet.pdf> am 10.10.2005, S.11

⁹⁵⁶ vgl. Kupferschmidt, a.a.O., S.28

⁹⁵⁷ vgl. Reiter (4), Erich: Zur sicherheitspolitischen Situation - Von der Bedrohungsanalyse zur Sicherheitspolitik, auf: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_31_ba-rp.pdf, am 01.06.2006, S.8f.

⁹⁵⁸ vgl. Mauer (1), Victor: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: APuZ 3-4/2004, Bonn 19.01.2004, S.18-25, S.21

⁹⁵⁹ vgl. Weidenfeld/Janning, a.a.O., S.10

Neben den technischen Aspekten der Kooperation stellt sich aber noch ein anderes Problem: die zum Teil höchst unterschiedlichen Sicherheitsinteressen der einzelnen Staaten. Die Staaten, die am Schengen-Abkommen teilnehmen, sehen ihre Nachbarn anders als die nicht teilnehmenden Staaten. Hinzu kommen geografische Aspekte. So nehmen beispielsweise Finnland und Polen aufgrund ihrer historischen Erfahrungen Russland erheblich anders wahr als die westeuropäischen Staaten.⁹⁶⁰ Die Mittelmeerstaaten sehen in der unkontrollierten Migration aus Nordafrika eine Bedrohung ihrer Sicherheit, die nordeuropäischen Staaten weniger. Die Liste der unterschiedlichen Auffassungen ließe sich beliebig fortsetzen. Aufgrund dieser höchst unterschiedlichen Wahrnehmungen sollte sich die EU in ihrem Dialog mit der NATO auf einige grundlegende strategische Fragen konzentrieren. Hierzu gehören die Transformation der Streitkräfte oder praktische Fragen des Krisenmanagements, wie die Planung der zivil-militärischen Kooperation im Rahmen eines Einsatzes und die Abgrenzung zwischen den einzelnen Phasen des Krisenmanagements.

Der Aufbau eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO würde das europäische Gewicht in der NATO stärken und das Ansehen in den USA erhöhen. Die Europäer würden durch ihre Handlungsfähigkeit an Wert für die USA gewinnen und damit auch ihren Einfluss steigern können.⁹⁶¹ Allerdings ist es nicht mit der Transformation der europäischen Armeen getan. Die EU muss ein klares Konzept entwickeln, wann und unter welchen Umständen sie militärische Gewalt einsetzen will.

Im Folgenden sollen nun die grundlegenden Positionen der USA für diesen Themenkomplex dargelegt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Präsident der Vereinigten Staaten erheblich mehr Handlungsspielraum bei der Gestaltung seiner Politik besitzt, als dies in den europäischen Staaten der Fall ist. Aufgrund der Vorgehensweise einer Administration lassen sich nur bedingt allgemeingültige Aussagen für die amerikanische Politik ableiten.

Die USA begreifen sich grundsätzlich als eine globale Macht und leiten daraus ihre Bedürfnisse und Ziele ab. Da die europäischen Interessen anders gelagert sind, waren und sind Zusammenstöße in der NATO unvermeidlich.⁹⁶² In welcher Form der Supermachtgedanke umgesetzt wird, ist allerdings von Administration zu Administration

⁹⁶⁰ vgl. Michta, a.a.O., S.7f.

⁹⁶¹ vgl. Fröhlich (1), a.a.O., S.44f

⁹⁶² vgl. ebenda, S.44

verschieden. Unter Präsident Bill Clinton wurde eine ökonomische Ausrichtung verfolgt, Präsident George W. Bush legt den Schwerpunkt auf das Militär.⁹⁶³

Das Bild der USA von Europa hat sich seit 1990 grundlegend geändert. So heißt es bei Daadler: „Europe has moved from being the object of American policy to performing a supporting role.“⁹⁶⁴ Aus diesem Grund war die Vorgehensweise der Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Staaten 2003 auch nicht typisch.⁹⁶⁵ Generell bevorzugen die USA multilaterale Vorgehensweisen. Lediglich in den Fällen, in denen sie ihre Ziele auf diesem Weg nicht erreichen können, handeln sie alleine.⁹⁶⁶ Von einigen Beobachtern wird dieses als ein Multilateralismus „à la carte“ charakterisiert. Die USA würden sich nur dann auf multilaterale Vorgehensweisen einlassen, wenn ihre eigene Handlungsfreiheit nicht eingeschränkt wird und somit zu einer Renationalisierung der Außenpolitik beitragen.⁹⁶⁷ Dem Vorwurf der Renationalisierung ist zu widersprechen, da die Nationalstaaten im Bereich Außenpolitik die Kontrolle nicht aus der Hand gegeben haben. Richtig ist allerdings, dass die USA in den letzten Jahren in den Momenten der politischen Weichenstellung selten den Weg des Multilateralismus gingen.⁹⁶⁸ Der Grund hierfür liegt darin, dass die USA den Nutzen und die Effektivität eines solchen Vorgehens in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellen. Im Gegensatz dazu betreiben die Europäer Multilateralismus als Selbstzweck und Lehre aus der Vergangenheit. Für kleinere und mittlere Staaten kommt noch hinzu, dass dieses Vorgehen für sie der einzige Weg ist, ihren Zielen Einfluss zu verleihen.⁹⁶⁹

In Bezug auf europäische Fähigkeiten haben die USA seit 1990 eine Politik verfolgt, die darauf abzielt, dass im Verbund mit ihnen alles, ohne sie aber nichts möglich ist.⁹⁷⁰ Die Haltung der USA ist also ambivalent. Einerseits fordern sie handlungsfähigere Europäer, andererseits wollen sie ihre hegemoniale Stellung nicht verlieren.⁹⁷¹ Allerdings bleiben auch die USA mit ihren Möglichkeiten auf Partner angewiesen.⁹⁷² Die von einigen Beobachtern der politischen Szene prognostizierte Auflösung der NATO als Folge der unilateralen Politik der USA liegt nicht im Interesse der USA. Über die NATO haben sie die Möglichkeit,

⁹⁶³ vgl. Kamińska, a.a.O., S.69

⁹⁶⁴ Daadler, a.a.O., S.43

⁹⁶⁵ vgl. Kamińska, a.a.O., S.107f.

⁹⁶⁶ vgl. Krause (2), Joachim: Multilateralismus in der Sicherheitspolitik - europäische und amerikanische Sichtweisen, auf: <http://www.isuk.org/1/pdf/Multilateralismus.pdf>, am 12.05.2006, S.13

⁹⁶⁷ vgl. Nassauer, Ottfried: Aktive Asymmetrie - Neubestimmung der Sicherheitspolitik im euro-atlantischen Kontext, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2003, S.946-954, S.949

⁹⁶⁸ vgl. Krause (2), a.a.O., S.6

⁹⁶⁹ vgl. ebenda, S.8 und 10

⁹⁷⁰ vgl. Plate, a.a.O., S.8f.

⁹⁷¹ vgl. Møller, Bjørn: The EU as a security actor - „Security by being“ and „Security by doing“, DIIS Report 2005:12, Kopenhagen 2005, auf: <http://www.diis.dk/graphics/Publications/Reports2005/diisreport-2005-12.pdf>, am 01.08.2006, S.27

⁹⁷² vgl. Frank/Gustenau, a.a.O., S.310

Einfluss auf die europäische Ordnung auszuüben und tun dies auch, wie die Aussagen zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei oder der Ukraine belegen.⁹⁷³

Die USA haben erkannt, dass ihre auf das Militär gestützte Strategie nicht aufgeht. Auf einer Pressekonferenz erklärte Präsident Bush am 25. Oktober 2006, dass die Probleme im Irak nicht alleine mit militärischen Mitteln zu lösen sind und daher sowohl die religiösen Führer als auch die arabischen Nachbarstaaten im Irak eingebunden werden sollten.⁹⁷⁴ Damit hat er das Scheitern seiner bisherigen Politik eingestanden und zugleich offen gelegt, dass die USA keine oder nur unzureichende Pläne für den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Irak nach einem Feldzug hatten.

In Bezug auf die europäische Integration vertreten die USA den Standpunkt, dass ein integriertes Europa als Region wünschenswert ist, als politischer Akteur allerdings nicht.⁹⁷⁵ Die USA erklären zwar öffentlich, dass sie an einem starken und handlungsfähigen Europa interessiert sind.⁹⁷⁶ Diese Aussage ist allerdings dahin gehend zu verstehen, dass die USA sich ein Europa wünschen, das in der Lage ist, sie zu unterstützen und in seinem Umfeld für Stabilität sorgt, aber nicht in der Lage ist, ihren Führungsanspruch zu untergraben. Aus diesem Grund bestehen sie auch auf dem Primat der NATO im Bereich der Sicherheitspolitik.⁹⁷⁷ Sie wollen die NATO nutzen, um global Macht zu projizieren, während die ESVP bei ausgewählten Themen zum Tragen kommen soll.⁹⁷⁸ Aus diesem Grund diene die Erweiterung der NATO nicht nur der Stabilisierung Europas, sondern sollte auch bei den Mitgliedern das Bewusstsein für eine Politisierung der NATO wecken.⁹⁷⁹

⁹⁷³ vgl. Meier-Walser (3), Reinhard C.: Die Entwicklung der NATO 1990-2004, in: Varwick (3), Johannes: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen 2005, S.25-44, S.36f., vgl. auch: Kamińska, a.a.O., S.76

⁹⁷⁴ vgl. Vereinigte Staaten von Amerika (2): Press Conference by the President, 25.10.2006, auf: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2006/10/20061025.html#>, am 26.10.2006, o.S.

⁹⁷⁵ vgl. Kamińska, a.a.O., S.76, vgl. auch: ebenda, S.65f.

⁹⁷⁶ vgl. USA wünschen sich handlungsfähige EU, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.140, 21.06.2005, S.7

⁹⁷⁷ vgl. Renne, a.a.O., S.9

⁹⁷⁸ vgl. Haftendorn, Helga: Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise, SWP-Studie 5/2005, Berlin Februar 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1188, am 15.08.2005, S.6

⁹⁷⁹ vgl. Aichner, a.a.O., S.88

10.2. Beziehungen zwischen der EU und der NATO

Die einstmaligen klaren Grenzen zwischen der EU und der NATO sind durch die Wandlung beider Organisationen aufgeweicht. Insbesondere die Umwandlung der NATO von einer Verteidigungs- in eine Sicherheitsorganisation hat hierzu beigetragen.⁹⁸⁰ Durch die Ausrufung des Bündnisfalls nach dem 11. September wurde die NATO erstmals in ihrer Geschichte Teil der internationalen Auseinandersetzung durch eine Aktion eines nichtstaatlichen Akteurs.⁹⁸¹ Allerdings hat dieses Vorgehen nicht dazu beigetragen, dass die NATO kollektiv handelt. Es wurden zwar in Afghanistan und im Irak NATO-Strukturen genutzt, allerdings waren diese Kriege keine „offiziellen“ NATO-Kriege.⁹⁸² Dieses Vorgehen wird wohl auch in Zukunft gewählt werden. Neben der Möglichkeit, dass sich aus den NATO-Mitgliedern zeitlich begrenzte Koalitionen bilden, wird die NATO wohl auch als Kern von größeren Koalitionen agieren. Dies wird daran deutlich, dass Länder wie Japan oder Südkorea Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit der NATO bekundet haben.⁹⁸³ Die NATO wird also in Zukunft noch mehr als jetzt schon ein Gremium zur Beratung von allgemeinen Sicherheitsfragen sein. In welcher Form und mit welcher geografischen Reichweite bleibt abzuwarten, ebenso wie die Frage nach der Einbettung ihrer Einsätze in das Völkerrecht und die Vereinten Nationen. Allerdings ist trotz des unbestrittenen Wandels der NATO von einer Verteidigungsorganisation zu einer Eingreiforganisation die grundsätzliche politische Zielsetzung nicht klar definiert worden.⁹⁸⁴

In Bezug auf die transatlantischen Beziehungen stellt sich die Frage, ob die NATO das primäre Konsultationsforum für Sicherheitsfragen ist. Betrachtet man die Aussagen der europäischen Staats- und Regierungschefs in den vergangenen Jahren, dann ist sie das nicht.⁹⁸⁵ Besonders deutlich wird dies an der Rede des damaligen Bundeskanzlers Schröder auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2005, in der er eine Reform der NATO anmahnte.⁹⁸⁶ An der Kritik wird deutlich, dass die NATO als Konsultationsrahmen zu eng geworden ist.

⁹⁸⁰ vgl. Michta, a.a.O., S.135, vgl. auch: Rühle, Michael: Entwicklungslinien des Atlantischen Bündnisses, in: APuZ 43/2006, Bonn 23.10.2006, S.3-10, S.3

⁹⁸¹ vgl. Rühle, a.a.O., S.4

⁹⁸² vgl. Daadler, a.a.O., S.48

⁹⁸³ vgl. Rühle, a.a.O., S.7

⁹⁸⁴ vgl. Möckli (3), Daniel: Baustelle Bündnis: Die NATO nach dem Gipfel von Riga, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 1. Jg., Nr.4, Zürich Dezember 2006, auf:

<http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=SSN&fileid=F170F964-24AF-F829-364D-938BABFC653A&lng=de>, am 31.07.2007, S.2

⁹⁸⁵ vgl. Deutschland ist größter Truppensteller für NATO-Einsätze, a.a.O., S.11

⁹⁸⁶ vgl. Schröder, Gerhard (1): Rede auf der 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 12.02.2005, auf: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=143&, am 06.07.2006, o.S.

Als militärisches Bündnis hat sie allerdings nicht an Wert eingebüßt.⁹⁸⁷ Die NATO ist somit nicht mehr die Klammer für das transatlantische Verhältnis. Deutlich wird dies daran, dass die USA ohne größere Probleme auf die Einbindung der NATO in ihre Militäraktionen verzichten können.⁹⁸⁸

Die Zielsetzung der NATO hat sich grundlegend geändert. Seit 2002 nimmt die NATO globale Einsätze für sich als Hauptaufgabe in Anspruch, sollte ein Mitglied bedroht werden.⁹⁸⁹ Aus diesem Ziel kann nun eine gemeinsame Strategie aller Beteiligten erarbeitet werden. Hierzu sind nicht zwingend die gleichen Fähigkeiten notwendig.⁹⁹⁰ Interoperabilität ist zwar ein wichtiger Faktor, aber für die gestellte Aufgabe nicht der entscheidende. Der damalige NATO-Generalsekretär George Robertson erklärte 2003, dass der militärische Anteil an der Sicherheitspolitik bei 20% liege.⁹⁹¹ Zudem hat die NATO in ihrer Prager Erklärung 2002 deutlich gemacht, dass insbesondere der Kampf gegen den Terrorismus vielschichtige und umfassende Reaktionen verlangt.⁹⁹² Daraus ergibt sich zwingend, dass die NATO Zugriff auf zivile Elemente des Krisenmanagements benötigt, die sie nicht besitzt. Diese kann sie entweder selber aufbauen, was allerdings eine Duplizierung der EU-Strukturen bedeuten würde. Effektiver wäre es, wenn die NATO Zugriff auf die zivilen Mittel der EU erlangen könnte. Aus diesem Grund hat die NATO auf dem Prager Gipfel 2002 erklärt, dass sie die Zusammenarbeit mit der EU vertiefen möchte.⁹⁹³

Die Aufrufe zur Zusammenarbeit sind 2004 in Istanbul und 2006 in Riga wiederholt worden.⁹⁹⁴ In einer Rede im Januar 2007 konstatierte NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, dass es „schon erstaunlich [ist], wie schmal die Bandbreite der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Union geblieben ist.“⁹⁹⁵ Angesichts der Strukturen in Krisengebieten sei es aber notwendig, dass beide Organisationen ihre sich ergänzenden Fähigkeiten wirkungsvoll gemeinsam einsetzen. Als Beispiel führt er die Kooperation beider

⁹⁸⁷ vgl. Plate, a.a.O., S.6

⁹⁸⁸ vgl. ebenda, S.19

⁹⁸⁹ vgl. Archick/Gallis, a.a.O., S.CRS-3

⁹⁹⁰ vgl. Kissinger, Henry A./Summers, Lawrence H. (Ed.): *Renewing the Atlantic Partnership - Report of an Independent Task Force*, auf: http://www.cfr.org/content/publications/attachments/Europe_TF.pdf, am 10.10.2005, S.11

⁹⁹¹ vgl. Plate, a.a.O., S.10

⁹⁹² vgl. NATO: Prager Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs auf dem Treffen des Nordatlantikrates in Prag, am 21. November 2002, auf: <http://www.nato.int/docu/other/de/2002/p02-127d.htm>, am 21.11.2005, o.S.

⁹⁹³ vgl. NATO, a.a.O., o.S.

⁹⁹⁴ vgl. de Hoop Scheffer (1), Jaap: der NATO-Gipfel von Istanbul - Projektion von Stabilität als Herausforderung für das Bündnis, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., Juni 2004, S.13-17, S.16, vgl. auch: de Hoop Scheffer (3), a.a.O., o.S., für eine detaillierte Analyse des Standes der Kooperation beider Organisationen siehe: Kupferschmidt, Frank: a.a.O.

⁹⁹⁵ de Hoop Scheffer (2), Jaap: Die NATO und die EU: Zeit für ein neues Kapitel, Rede in Berlin am 29.01.2007, auf: <http://www.nato.int/docu/speech/2007/s070129c.html>, am 02.08.2007, o.S.

Organisationen auf dem Balkan an.⁹⁹⁶ Die dortige Kooperation findet allerdings überwiegend auf der lokalen Ebene statt.⁹⁹⁷

Aber nicht nur im Bereich des Zugriffs auf zivile Instrumente bietet sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen an. Die NATO engagiert sich zunehmend außerhalb ihres Bündnisgebietes. Von daher gewinnen auch die Beziehungen zu anderen Akteuren der internationalen Politik für die NATO an Bedeutung.⁹⁹⁸

10.3. Perspektiven der Kooperation zwischen Europäischer Union, NATO und den Vereinigten Staaten

Will man die Frage nach der Zukunft der transatlantischen Beziehungen beantworten, so muss man sich zunächst die Frage stellen, in welchem Rahmen diese stattfinden sollen und die grundsätzliche Asymmetrie der Beziehungen konstatieren. Die Europäer haben schlicht nicht die Mittel, um die USA an der Durchsetzung ihrer Ziele zu hindern.⁹⁹⁹ Im Bereich der Sicherheitspolitik werden die USA nicht bereit sein, das Primat der NATO aufzugeben. Von daher wird die Kooperation mit den USA über die NATO stattfinden müssen. Hierzu ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, dass EU und NATO zwei grundverschiedene Organisationen sind. Die NATO besteht aus einem militärischen Kern mit einer intergouvernementalen Struktur, während die EU eine zivil geprägte Organisation mit eigenen Formen und Regeln ist.¹⁰⁰⁰ Ausgehend vom erweiterten Sicherheitsbegriff haben beide Seiten aber ähnliche Planungsziele erarbeitet. Allerdings schaffen sie es nicht, dass die gemeinsamen Treffen zu einer Koordination dieser Ziele führen.¹⁰⁰¹ Im Endeffekt führt dies dazu, dass der zivile und der militärische Sektor der Sicherheitspolitik nach wie vor getrennt gehalten werden.¹⁰⁰² Um diesen Zustand zu beenden, haben Anfang 2008 fünf ehemalige hochrangige Militärs ein gemeinsames Gremium beider Organisationen gefordert, dass auf der höchsten politischen Ebene angesiedelt sein soll.¹⁰⁰³ In die gleiche Richtung, wenn auch nicht so konkret wie dieser Vorschlag, geht die deutsche Politik. Das Ziel der

⁹⁹⁶ vgl. ebenda, o.S.

⁹⁹⁷ vgl. Kirste, a.a.O., S.156f.

⁹⁹⁸ vgl. Bundesrepublik Deutschland (3), a.a.O., S.30f.

⁹⁹⁹ vgl. Kamińska, a.a.O., S.112

¹⁰⁰⁰ vgl. Brenner, Michael J.: Europe's New Security Vocation, McNair Paper 66, Institute for National Strategic Studies, Washington 2002, auf: <http://www.ndu.edu/inss/McNair/mcnair66/McN66.pdf>, am 17.10.2005, S.69

¹⁰⁰¹ vgl. Cameron, Fraser/Quille, Gerrard: ESDP: The state of play, EPC Working Paper 11, September 2004, auf: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/749974966_EPC%20Working%20Paper%2011%20ESDP%20-%20The%20State%20of%20Play.pdf, am 10.10.2005, S.11

¹⁰⁰² Borchert/Rummel, a.a.O., S.1

¹⁰⁰³ vgl. Former military chiefs call for joint EU-NATO 'directorate', auf: <http://euobserver.com/13/25472>, am 17.03.2008, o.S.

Bundesregierung ist es, dass beide Seiten auf die Fähigkeiten des jeweils anderen zurückgreifen können.¹⁰⁰⁴

Bei der Betrachtung der Irakkrise 2003 wird schnell deutlich, dass diese zwar eine der schwersten der Nachkriegszeit war, aber die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO nicht berührt hat.¹⁰⁰⁵ Keine der beiden Organisationen hat in dieser Krise eine herausragende Rolle gespielt. Die Auseinandersetzung fand ausschließlich zwischen den Staaten statt. Daran ist deutlich geworden, dass die Staaten nicht bereit sind, zugunsten einer internationalen Organisation ihre eigene Profilierung zu unterlassen. In den Streitigkeiten ging es weniger um tatsächliche Probleme als um die Darstellung eigener Interessen. Die Befürworter des Krieges in Europa wollten sich als treue Verbündete der USA profilieren, Frankreich wollte seinen Einfluss über den Weltsicherheitsrat gewahrt wissen und Deutschland schließlich schlug seinen Kurs aus innenpolitischen Motiven heraus ein.

Für die Perspektiven der Kooperation zwischen Europa und den USA ist es notwendig zu prüfen, welche Gemeinsamkeiten es gibt. Beide Seiten sehen sich in der globalen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität¹⁰⁰⁶ und haben die gleichen Bedrohungen ausgemacht.¹⁰⁰⁷ Allerdings lassen sich diese Gemeinsamkeiten nur begrenzt und teilweise sehr abstrakt darstellen, weil die verantwortlichen Dokumente¹⁰⁰⁸ sehr allgemein formuliert sind und daher viel Interpretationsspielraum zulassen.¹⁰⁰⁹ Die NSS der USA ist in diesem Zusammenhang noch das konkreteste Papier.

Die Frage nach der Autonomie der Europäer wird in diesem Zusammenhang immer wieder gestellt. Die offizielle Haltung, nach der die EU nur dann eigenständig handelt, wenn die NATO sich als Ganzes nicht engagieren will, ist allerdings ungenau. Es ist beispielsweise nicht geklärt, ob die USA dadurch eine Art Vetorecht für europäische Operationen besitzen und oder EU die NATO um Erlaubnis fragen muss, wenn sie eine Operation durchführen will.¹⁰¹⁰ Großbritannien vertritt eine solche Position, da die EU erst dann mit einem

¹⁰⁰⁴ vgl. Kaim, a.a.O., S.361

¹⁰⁰⁵ vgl. Haine, Jean-Yves: ESDP: an overview, auf:

<http://www.web.cls.ulf.edu/users/zselden/Course%20Readings/Haine.pdf>, am 03.06.2008, S.7

¹⁰⁰⁶ vgl. Reschke, Jörg: Das strategische Dreieck USA-EU-NATO muss leistungsfähiger werden - Eine vergleichende Analyse der EU-Sicherheitsstrategie und der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, auf: <http://www.eurodefense.de/images/StrategischesDreieckUSAEUNATO.pdf>, am 05.09.2006, S.2

¹⁰⁰⁷ vgl. Burwell, Frances G. (Hrsg.): Re-Engaging Russia: The Case for a Joint U.S.-EU Effort, The Atlantic Council Policy Paper, Washington Februar 2005, auf:

<http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=C671E050-21B4-4F04-5AFC-185417C22C31&lng=en>, am 15.07.2006, S.3

¹⁰⁰⁸ gemeint sind hier: NSS (2002), ESS, Art. 3, 5 VL

¹⁰⁰⁹ vgl. Krause (1), Joachim: Amerikanische und europäische Konzepte zur internationalen Ordnung, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.35-61, S.46

¹⁰¹⁰ vgl. Varwick (1), a.a.O., S.145

Kriseneinsatz befasst werden soll, wenn die NATO sich nicht damit befassen möchte.¹⁰¹¹ Polen vertritt eine ähnliche Position,¹⁰¹² während Frankreich ein solches Vorgehen ablehnt.¹⁰¹³ Der Kampf gegen den Terrorismus hat allerdings sehr deutlich gezeigt, dass weder die USA noch die Europäer in der Lage sind, Bedrohungen alleine zu beseitigen. Deutlich wird dieses in Afghanistan und im Irak, wo es trotz eines breiten Ansatzes nur mühsam und regional begrenzt gelingt, Stabilität zu erzeugen.

Die Tatsache, dass beide Seiten sich in ihren Fähigkeiten perfekt ergänzen und damit das gesamte Spektrum des modernen Sicherheitsbegriffs abdecken, sollte die Zusammenarbeit eigentlich erleichtern. Erschwert wird die Zusammenarbeit allerdings durch die unterschiedliche Benutzung von Begriffen. So werden die Begriffe „Prävention“ und „Präemption“ inhaltlich genau entgegengesetzt benutzt. Zudem ist ihre genaue Definition umstritten.¹⁰¹⁴ Die EU-NATO Kooperation leidet zudem unter den politischen Streitigkeiten ihrer Mitglieder. So kommt es bei den Sitzungen der gemeinsamen Gremien oftmals nicht zu Beschlüssen. Selbst die Tagesordnung unterliegt der Konsenspflicht. Einige Staaten machen sich dieses zunutze. So weigert sich die Türkei über dieses Mittel, mit dem EU-Mitglied Zypern an einem Tisch zu sitzen.¹⁰¹⁵ Generell ist die Kooperation sehr formalisiert. Die Sitzungen dienen lediglich dem Informations- und Meinungsaustausch. Beschlüsse dürfen nicht gefasst werden, sondern müssen in den Gremien der jeweiligen Organisation gefasst werden. So kommt es zu der absurden Situation, dass die Staaten der EU und NATO de facto mit sich selbst in den EU-NATO Gremien in Verhandlungen treten.¹⁰¹⁶ Weiterhin sind nicht alle Staaten in den gemeinsamen Gremien vertreten. Zypern und Malta haben kein Sicherheitsabkommen mit der NATO geschlossen und sind daher von militärischen Fragen ausgeschlossen.¹⁰¹⁷ Lediglich auf der lokalen Ebene im Einsatz funktioniert die Kooperation, wenn es gilt, technische Aspekte einer Operation zu lösen.¹⁰¹⁸ Aufgrund der fehlenden Sicherheitsabkommen und der starren Haltung der Mitglieder sind beide Organisationen der Möglichkeit beraubt, wichtige sicherheitspolitische Themen offiziell zu besprechen.¹⁰¹⁹ Solange der Zypern-Konflikt nicht gelöst ist, wird sich an der Qualität der Beziehungen zwischen beiden Organisationen wenig ändern.¹⁰²⁰

¹⁰¹¹ vgl. Kaim, a.a.O., S.327

¹⁰¹² vgl. Mischak (2), a.a.O., S.113

¹⁰¹³ vgl. Kaim, a.a.O., S.327

¹⁰¹⁴ vgl. Kamp, a.a.O., S.43

¹⁰¹⁵ vgl. Kupferschmidt, a.a.O., S.15

¹⁰¹⁶ vgl. Heise/Schmidt, a.a.O., S.66

¹⁰¹⁷ vgl. ebenda, S.74f.

¹⁰¹⁸ vgl. Kirste, a.a.O., S.156f.

¹⁰¹⁹ vgl. Hofmann/Reynolds, a.a.O., S.4, vgl. auch: de Hoop Scheffer (2), a.a.O., o.S.

¹⁰²⁰ vgl. ebenda, S.7

Die Kooperation auf politischer Ebene sollte folgende drei Themenkomplexe umfassen: Wer ergreift im Krisenfall welche Maßnahmen, Zugriff auf die jeweils benötigten Mittel und Entwicklung der europäischen Fähigkeiten, die sich beide Organisationen zum Ziel gesetzt haben.¹⁰²¹ Konzentriert man sich auf diese Fragen, lassen sich die beiden großen Probleme im transatlantischen Krisenmanagement, die unausgereifte Verbindung zwischen militärischen und zivilen Mitteln und die unterschiedliche Gewichtung der beiden Mittel durch die Akteure, lösen.¹⁰²²

Innerhalb der NATO werden die USA auf absehbare Zeit die treibende Kraft bleiben. Sie sind global orientiert und vertreten ihre Interessen aktiv, während die europäischen Staaten sich auf ihr regionales Umfeld konzentrieren und mit dem europäischen Integrationsprozess beschäftigt sind.¹⁰²³ Aus diesem Grund wird die Zukunft der transatlantischen Beziehungen oftmals auf drei Szenarien reduziert: zum einen die Wiederherstellung des Status quo, zweitens die Auflösung der NATO und Aufstieg der EU als Sicherheitsgarant und drittens Auflösung der NATO und Gewährleistung der Sicherheit durch fallbezogene Koalitionen.¹⁰²⁴ Diese Szenarien greifen allerdings zu kurz. Zumindest das dritte Szenario ist nicht notwendigerweise an eine Auflösung der NATO gebunden. Es ist nicht zwingend notwendig, dass sich alle Staaten an der Beilegung einer Krise beteiligen, wie der Libanon-Einsatz 2006 zeigt. Das zweite Szenario ist unwahrscheinlich, da die EU auf mittlere Sicht nicht in der Lage sein wird, das Sicherheitsbedürfnis der Staaten in dem Maße zu befriedigen wie die NATO. Der Status quo wird sich nicht mehr herstellen lassen, weil die EU deutlich ihre Handlungsbereitschaft gezeigt hat. Sicher ist lediglich, dass eine einzelne Institution mit der Gestaltung der transatlantischen Beziehungen im Sicherheitsbereich überfordert sein wird.¹⁰²⁵

Es stellt sich nun die Frage, wie die Aufgaben im Sicherheitsbereich gelöst werden können. Ein Modell sieht vor, dass die Europäer in ihrem regionalen Umfeld die Konflikte selber lösen und die USA nur im Notfall eingreifen.¹⁰²⁶ Um die zivilen Mittel der EU einbinden zu können, sollen demzufolge die Beziehungen zwischen EU und NATO institutionell weiter ausgebaut werden und klare Aufgabenbereiche vereinbart werden.¹⁰²⁷ Dem ersten Teil der Aussage ist zuzustimmen. Der zweite Teil bezüglich der Tätigkeitsbereiche ist nicht nachzuvollziehen. Es ist unumstritten, dass die neuen Bedrohungen vielschichtige und

¹⁰²¹ vgl. Heise/Schmidt, a.a.O., S.73

¹⁰²² vgl. Ehrhart (3), a.a.O., S.92

¹⁰²³ vgl. Rühle, a.a.O., S.10

¹⁰²⁴ vgl. Heisbourg, François (Hrsg.): European Security Strategy: Is it for real?, ESF Working Paper 14, Brüssel Oktober 2003, auf: http://aei.pitt.edu/1838/01/ESF_WP14.pdf, am 12.07.2006, S.5f.

¹⁰²⁵ vgl. Plate, a.a.O., S.7

¹⁰²⁶ vgl. Varwick (1), a.a.O., S.146

¹⁰²⁷ vgl. Aichner, a.a.O., S.188

flexible Lösungen verlangen. Von daher sollte man nicht von starren Grenzen ausgehen. Vielmehr sollte eine Gesamtstrategie erarbeitet werden und dann jeder Partner einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten. Dies befreit die einzelnen Staaten auch von der Notwendigkeit, jede Fähigkeit entwickeln zu müssen. Die generelle Grundlage für diesen Ansatz ist bereits vorhanden, da sowohl in der EU als auch in der NATO über Rollenspezialisierung diskutiert wird.¹⁰²⁸ In diesem Rahmen muss die Kooperation zwischen EU und NATO dahin gehend ausgerichtet werden, dass die militärischen Fähigkeiten der NATO mit den zivilen der EU in ein kohärentes Gesamtkonzept gebracht werden.¹⁰²⁹ Für eine effektive Koordinierung kann die zivil-militärische Planungszelle des EU-Militärstabes dienen.

Wie soll diesen Herausforderungen nun begegnet werden? Eine vielversprechende Möglichkeit stellt eine Umstrukturierung der NATO dar. Sie sollte neben der klassischen Aufgabe der kollektiven Sicherheit und Transformation der Streitkräfte ein übergeordnetes Gremium erhalten. In diesem Gremium könnten sowohl die Mitglieder als auch die EU und andere sicherheitspolitische Akteure zusammenkommen. Ziel einer solchen „Nordatlantischen Union“ sollte die Diskussion aller sicherheitsrelevanten Fragen und deren Lösung sein. Die Mitgliedschaft von EU und möglicherweise auch anderen internationalen Organisationen würde einen umfassenden Ansatz ermöglichen. Es wären alle notwendigen Instrumente vorhanden, sodass im Fall einer Krise die jeweils notwendigen Mittel eingesetzt werden könnten. Eine solche Organisation hätte zudem den Vorteil, dass sie sich nicht primär mit den Detailfragen einer Krise befassen muss, sondern grundlegende Werte und Vorgehensweisen erarbeiten kann.¹⁰³⁰ Die transatlantischen Beziehungen würden somit wieder ein Konsultationsforum für Sicherheitsfragen erhalten, das die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr ausreichend bieten kann. Ein weiterer Vorteil einer solchen übergeordneten „Nordatlantischen Union“ wäre der Erhalt der regionalen Strukturen der Sicherheitspolitik. Diese können sich auf einen geografischen Bereich konzentrieren und bei Bedarf miteinander vernetzt werden.¹⁰³¹

Eine strukturelle Reform der NATO erscheint insbesondere angesichts der Wünsche der neuen Mitglieder unausweichlich. Der polnische Außenminister Sikorsky führte auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik 2008 aus, dass sich die NATO drei Elemente aneignen müsse: Konsultationsmechanismen im Bereich Energiesicherheit,

¹⁰²⁸ vgl. Kupferschmidt, a.a.O., S.29

¹⁰²⁹ vgl. Rühle, a.a.O., S.7

¹⁰³⁰ vgl. Kamińska, a.a.O., S.109f.

¹⁰³¹ vgl. Aichner, a.a.O., S.183

Kooperationsplattformen mit NATO-Partnern und anderen internationalen Organisationen sowie eine effektive Arbeitsteilung zum Schutz kritischer Infrastruktur.¹⁰³² Im Bereich der Energiesicherheit sind allerdings die westeuropäischen Staaten der Ansicht, dass die NATO keine nennenswerte Rolle spielen sollte, da sich ihrer Meinung nach diese Frage über den Energiemarkt entscheiden werde.¹⁰³³

10.4. Beziehungen zwischen der EU und Russland

10.4.1. Grundlagen und Probleme der gegenseitigen Beziehungen

Die Beziehungen zu Russland sind für die EU und ihre Sicherheit von großer Bedeutung. Nicht nur aus wirtschaftlichen Aspekten, sondern auch aus Gründen der Energieversorgung. Die EU ist der größte Handelspartner Russlands.¹⁰³⁴ Da Russland vom EU-Markt abhängig ist, bietet sich die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen auf diesem Sektor an.¹⁰³⁵ Insgesamt wickelt Russland 50% seines Handels mit EU-Staaten ab. Im Bereich Energie verkauft Russland 80% seiner Exporte in die EU.¹⁰³⁶

Die beiderseitigen Beziehungen waren in den letzten Jahren wenig substantiell.¹⁰³⁷ Einer der Gründe für die geringe Substanz der Beziehungen ist darin zu finden, dass der Begriff der „strategischen Partnerschaft“ nicht gemeinsam definiert wird. Beide Seiten nutzen den Begriff, haben allerdings unterschiedliche Vorstellungen.¹⁰³⁸ Besonders deutlich ist dies auf dem EU-Russland Gipfel 2004 in Den Haag geworden. Beide Seiten konnten sich nicht auf eine road map für die vereinbarten vier gemeinsamen Räume einigen. Die unterschiedlichen Ansichten über den Begriff der strategischen Partnerschaft beruhen auf unterschiedlichen, aber zeitgleich stattfindenden Prozessen der Identitätssuche. Sowohl Russland als auch die EU suchen nach ihrer Rolle in der Welt und ihrem Selbstbild. Weiterhin sind die Partner höchst unterschiedlich strukturiert. Die EU ist ein Staatenverbund, dessen Mitglieder bereit sind, ihre Souveränität einzuschränken. Auf der anderen Seite versucht Russland, sich als Großmacht zu profilieren und ist aus diesem Grund bemüht, seine Unabhängigkeit strikt zu

¹⁰³² vgl. Sikorsky, a.a.O., o.S.

¹⁰³³ vgl. Raunen über „Energie-NATO“, in: FAZ, Nr.85, 11.04.2008, S.12

¹⁰³⁴ vgl. Lynch (3), Dov: Russia faces Europe, Chaillot Paper 60, Paris Mai 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp060e.pdf>, am 03.06.2008, S.16

¹⁰³⁵ vgl. Wagnsson, Charlotte: The alien and the traditional: The EU facing a transforming Russia, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S.105-124, S.105

¹⁰³⁶ vgl. Steinmeier (3), a.a.O., o.S.

¹⁰³⁷ vgl. Huisman, a.a.O., S.18

¹⁰³⁸ vgl. Karaganov, Sergey/Bordachev, Timofei/Guseinov, Vagif/Lukyanov, Fyodor/Suslov, Dmitry: Russia-EU Relations - The Present Situation and Prospects, CEPS Working Document 225/Juli 2005, Brüssel 2005, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1246, am 15.10.2005, S.4

wahren.¹⁰³⁹ Aufgrund der Suche nach der eigenen Identität werden wohl beide Seiten in den nächsten Jahren ihre Aufmerksamkeit eher nach innen richten als nach außen.¹⁰⁴⁰ Für Russland ist dies allerdings lediglich in schwächerer Form gültig, wie der Krieg gegen Georgien 2008 zeigt. Über den Weltsicherheitsrat versucht Russland seinen Anspruch als Großmacht zu vertreten. Deutlich geworden ist dies beispielsweise in der Frage des Status des Kosovo oder im Nuklearstreit mit Iran.

Solange die EU keine Klarheit über ihre zukünftige Gestalt besitzt, kann sie auch keine dauerhaft gültige Strategie gegenüber Russland formulieren.¹⁰⁴¹ Neben diesem Aspekt stellt sich für die EU noch ein weiteres Problem: Die Mitgliedsstaaten verfolgen teilweise eine Politik, die von der EU-Linie abweicht. In Verbund mit den unterschiedlichen Positionen gegenüber Russland wird so das Finden einer gemeinsamen Position erschwert.¹⁰⁴² Insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien treten aus wirtschaftspolitischen Gründen für eine pragmatische Politik gegenüber Russland ein. Österreich hingegen tritt für eine striktere Position in Bezug auf Demokratisierung und Menschenrechte ein.¹⁰⁴³ Die baltischen Staaten und Polen treten aus sicherheitspolitischen Überlegungen heraus für eine harte Linie gegenüber Russland ein. Die Kommissarin für die auswärtigen Beziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, hat diese Problematik in einer Rede am 06. April 2008 in Salzburg deutlich angesprochen. In der Rede führt sie die Energiepolitik als Beispiel an, in der Russland seine Ziele konsequent und effektiv verfolgt, während dieses für Europa nicht gelte. Grundsätzlich müsse Europa aber sicherstellen, dass man Russland so wahrnehmen müsse, wie es ist, und nicht wie man es gerne hätte.¹⁰⁴⁴

Die grundsätzlichen Bedingungen für eine außen- und sicherheitspolitische Kooperation zwischen der EU und Russland sind allerdings nicht schlecht. Bei fast allen aktuellen Problemen sind grundsätzlich ähnliche Positionen vorhanden. Lediglich im GUS-Raum sind

¹⁰³⁹ vgl. Timmermann (1), a.a.O., S.143f.

¹⁰⁴⁰ vgl. ebenda, S.154; In der EU ist dieses mit der Debatte über die Zukunft des VVE deutlich geworden.

¹⁰⁴¹ vgl. Menkiszak, a.a.O., S.43

¹⁰⁴² vgl. ebenda, S.58, vgl. auch: Cameron, Fraser/Domański, Jarek M.: Russian Foreign Policy with Special Relations to its Western Neighbours, EPC Issue Paper 37, Brüssel 13.07.2005, auf: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/354600757_EPC%20Issue%20Paper%2037%20Russian%20Foreign%20Policy.pdf, am 15.10.2005, S.14f.: Dies gilt insbesondere für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Allerdings ist anzumerken, dass Deutschland seit dem Amtsantritt von Angela Merkel eine kritischere Position gegenüber Russland vertritt als unter Gerhard Schröder; vgl. auch: Alexeev, Denis: Russia and the System of Transatlantic Security – Perspectives for the Future, George C. Marshall European Center for Security Studies, Occasional Paper Series, No.1, September 2006, auf: http://www.marshallcenter.org/site-graphic/lang-en/page-pubs-index-1/static/xdocs/research/static/occpapers/occ-paper_1-en.pdf, am 10.10.2006, S.12

¹⁰⁴³ vgl. Fischer (1), a.a.O., S.8

¹⁰⁴⁴ vgl. Ferrero-Waldner, Benita: The European Union and Russia – future prospects, auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleaseAction.de?reference=SPEECH/08/175&format=PDF&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, am 23.04.2008, S.5

gegensätzliche Interessen zu verzeichnen.¹⁰⁴⁵ Die Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Kooperation ergibt sich auch daraus, dass keine der Seiten über das vollständige Spektrum der sicherheitspolitischen Fähigkeiten verfügt. Allerdings sind beide Seiten im Begriff, ihre Fähigkeiten zu vervollständigen. Aufgrund der historischen Entwicklung gehen sie hierbei allerdings von genau entgegengesetzten Seiten aus.¹⁰⁴⁶ Die EU baut ihre militärischen Fähigkeiten aus, Russland seine zivilen. Ein weiterer Aspekt, der die Kooperation erleichtern sollte, ist die gemeinsame Bedrohungsanalyse. Viele der in der ESS angesprochenen Bedrohungen finden sich ebenso im russischen Sicherheitskonzept.¹⁰⁴⁷ Aufgrund der oben erwähnten Unterschiede in den politischen Anschauungen ist die sicherheitspolitische Kooperation aber nicht über Anfänge hinausgekommen.¹⁰⁴⁸ Ein weiteres Problem hierbei ist, dass Russland viele der „weichen“ Sicherheitsrisiken aufweist.

Ein anderes Hindernis für eine effektive Kooperation findet sich in der EU-Struktur. Russland hat oftmals – ob bewusst oder unbewusst sei dahingestellt – Schwierigkeiten zu erkennen, wer der richtige Ansprechpartner ist. Außenpolitisch treten der Kommissionspräsident, der Hohe Repräsentant für die GASP, der Kommissar für die auswärtigen Beziehungen und die Ratspräsidentschaft auf.¹⁰⁴⁹ Durch die in Brüssel beschlossene Verschmelzung des Kommissars für Außenbeziehungen und des Hohen Vertreters für die GASP und die Schaffung eines langfristigen Ratspräsidenten steht zu erwarten, dass hier Besserung eintritt. Ein weiteres Hindernis ist die Tatsache, dass Russland sich von Feinden umgeben sieht. Grund hierfür ist der Einflussverlust in den ehemaligen Ostblockstaaten nach der Auflösung der Sowjetunion. Hinzu kommt, dass dieses Argument innenpolitisch sehr populär ist.¹⁰⁵⁰

Russland verfolgt das Ziel einer strategischen Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe, während die EU einen asymmetrisch ausgerichteten Ansatz verfolgt.¹⁰⁵¹ In den Augen der EU ist Russland sowohl Empfänger als auch Gestalter der EU-Politik. Der aktivere Part in den

¹⁰⁴⁵ vgl. Timmermann (1), a.a.O., S.148, vgl. auch: Russland hat die Rohstoffe, der Westen hat sie nicht – Interview mit Alexander Rahr, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/131377/name/Russland+hat+die+Rohstoffe,+der+Westen+hat+sie+nicht/Blockpunkt/2/n1/Themen/n2/AussenSicherheit>, am 27.07.2006, o.S., siehe hierzu weiter unten

¹⁰⁴⁶ vgl. Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan: Conclusions, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S.205-215, S.208

¹⁰⁴⁷ vgl. Haukkala, Hiski: A problematic 'strategic partnership', in: Lynch (1), Dov (Ed.): EU-Russian security dimensions, Occasional Paper 46, Institute for Security Studies, Paris Juli 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ46.pdf>, am 03.06.2008, S.8-19, S.16

¹⁰⁴⁸ vgl. Menkiszak, a.a.O., S.50f.

¹⁰⁴⁹ vgl. Huisman, a.a.O., S.26

¹⁰⁵⁰ vgl. Die neue Eiszeit, a.a.O., S.26

¹⁰⁵¹ vgl. Menkiszak, a.a.O., S.54

gegenseitigen Beziehungen ist die EU. Die bislang entwickelten Modelle der Kooperation gingen allesamt von der EU aus.¹⁰⁵²

Kernpunkt der gegenseitigen Beziehungen sind die so genannten vier gemeinsamen Räume, die 2003 beschlossen und für die 2005 eine road map vereinbart wurde.¹⁰⁵³ Allerdings sind diese bislang nur unzureichend mit Leben gefüllt worden.¹⁰⁵⁴ Der Bereich der Sicherheitspolitik ist der unverbindlichste der vier Räume. Bei der Abfassung des Dokuments wurden Konfliktfelder, etwa der Bereich der eingefrorenen Konflikte, ausgeklammert und keinerlei konkrete Maßnahmen vereinbart.¹⁰⁵⁵ Auf dem Gipfeltreffen 2005 in Moskau wurden dementsprechend auch keine rechtlich bindenden Beschlüsse gefasst, sondern lediglich Absichtserklärungen angenommen, die erst noch mit konkreten Zeitplänen gefüllt werden müssen.¹⁰⁵⁶ Ziel der EU ist es im Rahmen der gemeinsamen Räume an die ENP anzuknüpfen, insbesondere im Bereich der grenzüberschreitenden und subregionalen Zusammenarbeit.¹⁰⁵⁷

In den letzten Jahren hat sich als konkretes Thema im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik die Energieversorgung durchgesetzt. Die EU-Staaten sind zu einem großen Teil auf die russischen Ressourcen angewiesen. Allerdings ist die sich daraus ergebende Abhängigkeit wechselseitiger Natur. So exportiert Russland etwa 25% seines Gases nach Deutschland.¹⁰⁵⁸ Diese wechselseitige Abhängigkeit gefährdet die EU nicht zwangsläufig, auch wenn dieses in Debatten teilweise behauptet wird. Die bilateralen Vorgehensweisen der Staaten leisten diesem Empfinden allerdings Vorschub. Da keine Seite auf die andere verzichten kann, ergibt sich ein Zwang zur Zusammenarbeit.¹⁰⁵⁹ Da die gegenseitige Abhängigkeit langfristig bestehen bleiben wird, sollte die EU darauf hinarbeiten, dass die Energiemärkte integriert werden.¹⁰⁶⁰ Dies würde die Position der europäischen Staaten gegenüber Russland stärken.

¹⁰⁵² vgl. Adomeit, Hannes/Lindner, Rainer: a.a.O., S.7

¹⁰⁵³ vgl. EU-Russland Gipfel: Road Maps, Moskau, 10.05.2005, auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/84815.pdf, am 10.10.2006

¹⁰⁵⁴ vgl. Lynch (2), Dov: Misperceptions and divergences, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf>, am 03.06.2008, S.7-22, S.7

¹⁰⁵⁵ vgl. Adomeit/Lindner, a.a.O., S.9 und 15

¹⁰⁵⁶ vgl. Timmermann (1), a.a.O., S.153

¹⁰⁵⁷ vgl. Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission (10), a.a.O., S.6

¹⁰⁵⁸ vgl. Götz (1), Roland: Deutschland und Russland - „strategische Partner“?, in: APuZ 11/2006, Bonn 13.03.2006, S.14-23, S.17,

¹⁰⁵⁹ vgl. Schmitz, a.a.O., S.43

¹⁰⁶⁰ vgl. Europäische Kommission/Hoher Vertreter für die GASP: Eine Aussenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich – Papier der Kommission des Generalsekretärs/Hohen Vertreters für den Europäischen Rat, auf: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st09971.de06.pdf>, am 15.07.2006, S.4

Russland betrachtet seine Energiepolitik als Teil der Außenpolitik.¹⁰⁶¹ Dieses hat sich deutlich 2005/2006 in der Ukraine und 2006/2007 in Weißrussland gezeigt.¹⁰⁶² In beiden Fällen versuchte Russland seinen Einfluss in den Ländern über die Energieversorgung zu steigern. Bereits seit einigen Jahren versucht Russland in den Transitländern die Kontrolle über die Gas- und Ölsektoren zu erlangen.¹⁰⁶³ Nach Aussage des estnischen Präsidenten Thomas Ilves hat Russland 2007 die Energielieferungen 41 mal benutzt, um seine politischen Ziele durchzusetzen.¹⁰⁶⁴ Aufgrund der besonderen Dringlichkeit der Energiefrage wird sich die Konkurrenz zwischen der EU und Russland in Zentralasien verschärfen. Da das russische Leitungsnetz marode ist, ist Russland – trotz seiner riesigen Ressourcen – auf die Förderung in den zentralasiatischen Staaten angewiesen.¹⁰⁶⁵ Die EU hingegen möchte in diesen Staaten selber aktiv werden, um die Energielieferungen zu diversifizieren.¹⁰⁶⁶ Dieses ist der EU in einem ersten Schritt gelungen. Im April 2008 haben die EU und Turkmenistan vereinbart, dass Turkmenistan ab 2009 jährlich 10 Milliarden m³ Gas nach Europa liefert. Allerdings sind die Transportwege derzeit noch unklar, da erst 2010 mit dem Bau der Nabucco-Pipeline begonnen werden soll.¹⁰⁶⁷ Auf bilateraler Ebene planen Litauen und Polen in Zusammenarbeit mit Georgien und der Ukraine eine Pipeline für Öl aus Aserbaidschan, um ihre Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu verringern.¹⁰⁶⁸

Eine der Schwierigkeiten in den gegenseitigen Beziehungen ist die unterschiedliche Ausrichtung der Außenpolitik. Die EU hat einen Ring aus befreundeten Staaten zu ihrem außenpolitischen Ziel erklärt. Russland hingegen möchte die Staaten an seiner Westgrenze als eine Pufferzone zwischen sich und der EU nutzen.¹⁰⁶⁹ Für die EU-Politik gegenüber Russland sind neben den Positionen der großen Mitgliedsstaaten die Positionen der baltischen Staaten und Polens von Bedeutung. Die baltischen Staaten sind trotz aller historisch bedingten Vorbehalte gegenüber Russland an einer guten Zusammenarbeit interessiert, weil sie wirtschaftlich - insbesondere im Bereich Energie – auf Russland angewiesen sind.¹⁰⁷⁰

¹⁰⁶¹ vgl. Umbach, a.a.O., S.13, vgl. auch: Lindner (1), Rainer: Das Ende von Orange – Die Ukraine in der Transformationskrise, SWP-Studie 20/2006, Berlin August 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3219, am 10.04.2007, S.28

¹⁰⁶² vgl. ebenda, S.6, vgl. auch Paulauskas, a.a.O., S.18

¹⁰⁶³ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.16f.

¹⁰⁶⁴ vgl. Raunen über eine „Energie-NATO“, a.a.O., S.12

¹⁰⁶⁵ vgl. Schmitz, a.a.O., S.42

¹⁰⁶⁶ vgl. Auswärtiges Amt (2), a.a.O., S.10

¹⁰⁶⁷ vgl. Turkmenisches Gas für die EU, in FAZ, Nr.88, 15.04.2008, S.5

¹⁰⁶⁸ vgl. Polen und Ukraine bauen Pipeline, in: FAZ, Nr.88, 15.04.2008, S.5

¹⁰⁶⁹ Batt, Judy/Lynch, Dov: What is a 'failing state', and when is it a security threat?, Institute for Security Studies, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/analy099.pdf>, am 03.06.2008, S.4

¹⁰⁷⁰ vgl. Hyndle/Kutysz: a.a.O., S.48

Polen und die baltischen Staaten fordern aufgrund ihrer Erfahrungen mehr Standhaftigkeit gegenüber Russland, um eine russische Dominanz des postsowjetischen Raumes zu verhindern bzw. möglichst gering zu halten.¹⁰⁷¹ Die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und Russland sind nicht nur aufgrund der russischen Minderheiten gespannt. Diese Staaten sind die einzigen ehemaligen Sowjetrepubliken, die nicht der GUS beigetreten sind.¹⁰⁷² Seit 2004 hat sich allerdings in den baltischen Staaten die Bedrohungslage verschoben. Durch den Beitritt zu EU und NATO stehen jetzt die weichen Sicherheitsrisiken aus Russland im Vordergrund.¹⁰⁷³

Für die Kooperation mit Russland ist festzuhalten, dass Russland kein offizieller Zielstaat der ENP ist. Es stellt sich daher die Frage, in welcher Form Russland in diese Politik eingebunden wird.¹⁰⁷⁴ Zwischen den gemeinsamen Räumen und der ENP gibt es einen wichtigen Unterschied: Die ENP basiert auf Konditionen für Leistungen seitens der EU, die gemeinsamen Räume können diese Funktion nicht bieten.¹⁰⁷⁵ Dies ist dadurch bedingt, dass Russland im Gegensatz zu vielen anderen Nachbarstaaten kein Interesse an einer EU-Mitgliedschaft hat, und zudem eine wirtschaftlich starke Position vertreten kann und von diesem Instrument auch Gebrauch macht. Die EU kann Russland aber auch von sich aus keine Mitgliedschaftsperspektive einräumen. Damit fällt in den Beziehungen zu Russland das erfolgreichste außenpolitische Instrument zur Beeinflussung anderer Staaten weg. Erschwerend kommt in der Russlandpolitik der EU hinzu, dass die gemeinsamen Räume mehr eine Liste von Erwartungen zu sein scheint, denn der Ausdruck einer kohärenten Politik.¹⁰⁷⁶ Insbesondere die road map für den Raum der äußeren Sicherheit ist ein sehr allgemein gehaltenes Dokument.¹⁰⁷⁷ Die Ziele sind durch die auf schnell zu erzielende Vorteile ausgerichtete Einstellung der meisten Mitglieder in den letzten Jahren immer wieder unterlaufen worden. Von daher sollte die EU auf die Formulierung abstrakter Werte in der Zukunft verzichten.¹⁰⁷⁸

Ein weiteres Hindernis für die EU ist das Scheitern des Instruments der gemeinsamen Strategie. Die 1999 angenommene gemeinsame Strategie für Russland leitet die Politik der

¹⁰⁷¹ vgl. Lang (3), a.a.O., S.6

¹⁰⁷² vgl. Michta, a.a.O., S.82

¹⁰⁷³ vgl. Roos, a.a.O., S.375

¹⁰⁷⁴ vgl. Pełczyńska-Nałęcz, a.a.O., S.30

¹⁰⁷⁵ vgl. Vahl (1), a.a.O., S.13

¹⁰⁷⁶ vgl. Maynes, Charles William: A soft power tool-kit for dealing with Russia, auf:

<http://www.europesworld.org/EWSettings/Article/tabid/78/Default.aspx?Id=69ec5490-f592-4ce3-a703-4fc2f7d70460>, am 30.01.2008, o.S.

¹⁰⁷⁷ vgl. EU-Russland Gipfel: Road Map for the Common Space of External Security, auf:

http://ec.europa.eu/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#es, am 10.10.2005, S.35-44

¹⁰⁷⁸ vgl. Fischer (1), a.a.O., S.6

Mitgliedsstaaten nicht mehr an.¹⁰⁷⁹ Alles in allem erscheint die europäische Russlandpolitik mehr durch das Reagieren auf eine bestimmte Situation geprägt denn Ausdruck einer Strategie.¹⁰⁸⁰ Dieses ist durch die unterschiedlichen Ansichten der Mitgliedsstaaten verschuldet. Von den in dieser Arbeit behandelten Staaten lassen sich zwei Gegenpole in der Russlandpolitik ausmachen: Deutschland und Frankreich auf der einen Seite, Großbritannien, Litauen und Polen auf der anderen.¹⁰⁸¹ Insbesondere Litauen und Polen drängen auf eine eigenständigere und härtere Politik der EU gegenüber Russland. Allerdings ist anzumerken, dass die deutsche Position gegenüber Russland seit dem Regierungsantritt von Angela Merkel deutlich kritischer geworden ist.

Die russische Politik versucht hingegen den Einfluss der EU in der GUS in Grenzen zu halten. In der mittelfristigen Strategie gegenüber der EU wird Russland als Weltmacht bezeichnet, die ihren nationalen Interessen Geltung zu verschaffen habe. Weiterhin wird deutlich erklärt, dass Russland an der Übertragung von Souveränität nicht interessiert ist und den GUS-Raum als seine vorrangige Einflusszone betrachtet.¹⁰⁸² Die „Mittelfristige Strategie 2000-2010“ nimmt die EU in erster Linie als Handels- und Wirtschaftsmacht wahr und weniger als einen eigenständigen außenpolitischen Akteur. Dieses hat sich erst 2002 geändert, als Russland auf dem EU-Russland-Gipfel die EU als einen global agierenden Akteur mit Gesamtinteressen wahrgenommen hat.¹⁰⁸³

Grundsätzlich kann man feststellen, dass Russland in seiner Außenpolitik – abgesehen von der Rüstungspolitik – Europa den Vorzug vor den USA gibt.¹⁰⁸⁴ In dieses Bild passt der Befund von Lynch, dass in den Augen Russlands die NATO und die OSZE gegenüber der EU für Russland an Bedeutung verloren haben.¹⁰⁸⁵ Der Bedeutungszuwachs der EU mit ihren außenpolitischen Ambitionen für Russland erklärt sich daraus, dass Russland die EU als einen Ausgleich zur NATO sieht. Insbesondere die neuen EU-Staaten sollen ihre Sicherheitspolitik nicht ausschließlich in der NATO verwirklicht sehen.¹⁰⁸⁶

Russland wünscht, aufgrund seines eigenen Anspruchs als Großmacht anerkannt zu sein,¹⁰⁸⁷ keine Union mit Westeuropa. Vielmehr soll in ausgewählten Gebieten miteinander

¹⁰⁷⁹ vgl. Jäger, a.a.O., S.28f.; für die Wirksamkeit der gemeinsamen Strategie siehe auch: Regelsberger, Elfriede, a.a.O., S.101

¹⁰⁸⁰ vgl. ebenda, S.30

¹⁰⁸¹ vgl. Adomeit/Lindner, a.a.O., S.24

¹⁰⁸² vgl. ebenda, S.10f.

¹⁰⁸³ vgl. Schneider (1), Eberhard: Die Europäische Union und Russland im 21. Jahrhundert - Interessen beider Seiten, Diskussionspapier FG 5 2005/01, Berlin Mai 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2161, am 27.07.2006, S.7

¹⁰⁸⁴ vgl. ebenda, S.18

¹⁰⁸⁵ vgl. Lynch (2), a.a.O., S.9

¹⁰⁸⁶ vgl. Lynch (3), a.a.O., S.59

¹⁰⁸⁷ vgl. Russland hat die Rohstoffe, der Westen hat sie nicht – Interview mit Alexander Rahr, a.a.O., o.S.

kooperiert werden.¹⁰⁸⁸ Für die EU bedeutet dies, dass sie die bestehenden Unterschiede anerkennen muss und auf Dauer nicht in der Lage sein wird, die russische Politik in ähnlicher Weise wie in anderen Staaten zu beeinflussen. Aufgrund der unterschiedlichen Ziele ihrer Politik werden die Beziehungen zu den gemeinsamen Nachbarstaaten zwar Spannungen und Schwankungen in den gegenseitigen Beziehungen verursachen, allerdings wird die allgemeine EU-Russland-Agenda nur geringfügig beeinflusst werden.¹⁰⁸⁹ Keine der Seiten kann sich aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten einen offenen Bruch leisten. Aus diesem Grund erwartet Russland von der EU auch nur Hilfe bei der ökonomischen Modernisierung, aber nicht bei der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung des Landes.¹⁰⁹⁰ Die autoritäre Ausrichtung seiner Innenpolitik liegt in der Angst der politischen Eliten vor einem weiteren Zerfall des Staates begründet,¹⁰⁹¹ da der Abfall von Regionen den russischen Staat in seiner Gesamtheit gefährden würde.¹⁰⁹²

Außenpolitisch erweckt Russland den Eindruck, als ob es schwache Nachbarstaaten wünscht, um in diesen eine dominante Rolle einnehmen zu können. Die Erfahrungen, die sowohl die USA als auch die Europäer gemacht haben, zeigen aber sehr deutlich, dass nur starke und in sich gefestigte Staaten Sicherheit vor den aktuellen Bedrohungen bieten können.¹⁰⁹³ Das russische Bemühen um Dominanz in seinen Nachbarstaaten wird anhand der zentralasiatischen Staaten deutlich. Russland unterstützt die autoritären Regime, die sich ohne diese Unterstützung nur schwerlich an der Macht halten könnten.

Russland versteht sich generell sowohl als Partner als auch als Konkurrent des Westens.¹⁰⁹⁴ Die strategischen Orientierungspunkte der russischen Außenpolitik sind die EU und der GUS-Raum, wobei im GUS-Raum die Interessen nicht zwingend kompatibel sind.¹⁰⁹⁵ Grundsätzlich ist die russische Außenpolitik an folgenden Prämissen ausgerichtet: Russland

¹⁰⁸⁸ vgl. Karagov, Sergei: Russia and the international order, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf>, am 03.06.2008, S.23-44, S.40

¹⁰⁸⁹ vgl. Zagorski, Andrei: Russia and the shared neighbourhood, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf>, am 03.06.2008, S.61-78., S.61

¹⁰⁹⁰ vgl. Timmermann (1), a.a.O., S.145

¹⁰⁹¹ vgl. Zoellick, Robert B.: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 05.02.2006, auf: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=176&, am 06.07.2006, o.S.

¹⁰⁹² vgl. Pushkov, Alexey: Putin at the helm, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf>, am 03.06.2008, S.45-60, S.47

¹⁰⁹³ vgl. Zoellick, a.a.O., o.S.

¹⁰⁹⁴ vgl. Shevtsova, Lilia: Bürokratischer Autoritarismus - Fallen und Herausforderungen, in: APuZ 11/2006, Bonn 13.03.2006, S.6-13, S.11

¹⁰⁹⁵ vgl. Danilow, Dmitrij: Russlands Interessen - Pragmatismus und Suche nach Balancen, in: Internationale Politik 3/2004, 59. Jg., S.11-17, S.12f.

ist Großmacht, der Zerfall der UdSSR war kein natürlicher Prozess, der GUS-Raum ist nicht zuletzt aufgrund der 30 Millionen dort lebenden Russen von besonderer Bedeutung, die USA dürfen nicht die einzige Führungsmacht der Welt sein, wobei die amerikanischen und russischen Interessen nicht deckungsgleich sind. Weiterhin muss sich Russland neue Partner, etwa China oder Indien, suchen.¹⁰⁹⁶ Bei diesen Ambitionen ist die russische Sorge, vom Westen aufgrund der insgesamt schlechten Gesamtlage nur verbal als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden, nachvollziehbar.¹⁰⁹⁷

Insgesamt wurde die EU in den letzten Jahren als eine neue Form des Konzerts der europäischen Mächte angesehen, das von den nationalen Interessen angetrieben wird. Die Anhänger der russischen Großmachtspolitik sehen die EU daher als einen Verbund von konkurrierenden Staaten.¹⁰⁹⁸ Folgerichtig hat Russland enge bilaterale Beziehungen zu führenden EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich und Italien gesucht.¹⁰⁹⁹ Über die bilateralen Beziehungen versucht Russland, sich eine Lobby für seine Interessen zu verschaffen, und die geringen Fortschritte in den Beziehungen zur EU zu kompensieren.¹¹⁰⁰ Der Versuch, sich eine Lobby in Europa zu verschaffen ist sicherlich richtig konstatiert. Allerdings ist dieses nicht den geringen Fortschritten in den Beziehungen zur EU geschuldet, sondern der Erkenntnis, dass die EU über die Mitglieder besser beeinflusst werden kann als über direkte Beziehungen.

Den Schlüssel für seinen Wiederaufstieg als Supermacht sieht Russland in der Abhängigkeit der europäischen Staaten von seinen Ressourcen.¹¹⁰¹ Diese „Geoökonomisierung“ seiner Interessen hat sich im Gaskonflikt mit der Ukraine Anfang 2006 deutlich gezeigt.¹¹⁰² Aber auch der Konflikt um die Gaslieferungen an Weißrussland 2006/2007 hat deutlich gezeigt, dass Russland gewillt ist, seine energiepolitische Stärke zu nutzen. Allerdings wird Russland im direkten Kontakt mit den EU-Staaten nicht den gleichen Druck ausüben. Seine Abhängigkeit von den europäischen Märkten verhindert ein derart unnachgiebiges Auftreten wie im Fall der Ukraine oder Weißrusslands.¹¹⁰³ Russland hat seine Wirtschaft auf den Energieexport ausgerichtet. Andere Wirtschaftszweige wurden seitens der

¹⁰⁹⁶ vgl. Schneider (2), Eberhard: Russische Föderation, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.225-232, S.228f.

¹⁰⁹⁷ vgl. Schneider (2), a.a.O., S.231f.

¹⁰⁹⁸ vgl. Menkiszak, a.a.O., S.53; vgl. auch: Götz (1), a.a.O., S.22

¹⁰⁹⁹ vgl. ebenda, S.46

¹¹⁰⁰ vgl. ebenda, S.58, vgl. Wagnsson, a.a.O., S.110

¹¹⁰¹ vgl. Umbach, a.a.O., S.11f.

¹¹⁰² Lindner (1), a.a.O., S.28, vgl. auch: Fischer (1), a.a.O., S.11

¹¹⁰³ vgl. Die neue Eiszeit, a.a.O., S.25, vgl. auch: Möckli (4), a.a.O., S.3

Politik vernachlässigt. Aus diesem Grund ist die russische Wirtschaft insgesamt als schwach und störanfällig anzusehen.¹¹⁰⁴

10.4.2. Kaliningrad

Die Region Kaliningrad spielt in den Beziehungen zu Russland eine besondere Rolle. Diese Region ist vollständig von EU-Staaten umgeben und stellt für beide Seiten eine Herausforderung dar. Für die EU, weil die wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Probleme die Sicherheit gefährden können. Für Russland stellt Kaliningrad einen strategischen Vorposten nach Westen dar. Man kann also festhalten, dass Kaliningrad in den Beziehungen zu Russland einer der zentralen Orte ist, weil alle Entscheidungen in Bezug auf die Region von den Beziehungen zum russischen Kernland geprägt sind und nicht von diesem Aspekt getrennt werden können.¹¹⁰⁵ Die Bedeutung von Kaliningrad für die Beziehungen zwischen der EU und Russland wird daran deutlich, dass die Osterweiterung 2004 eng mit Russland abgestimmt wurde. Mit der Ukraine und Weißrussland wurden hingegen nur wenige Gespräche geführt, da sie zwischen den jeweiligen Einflusszonen lagen und nicht zentral wie Kaliningrad.¹¹⁰⁶ Die Bedeutung von Kaliningrad für die EU liegt darin, dass es sowohl einen inneren als auch einen äußeren Sicherheitskonflikt darstellt.¹¹⁰⁷ Einen inneren Sicherheitskonflikt deshalb, weil die schwache Wirtschaftslage und die sozialen Spannungen zu Kriminalität und illegaler Migration führen. Der äußere Sicherheitskonflikt wird durch die hohen Umweltbelastungen begründet, die in der Region vorhanden sind. Sie haben Auswirkungen auf die gesamte Ostseeregion.

Politisch kann die EU zwei Wege wählen, um die Entwicklung der Region zu beeinflussen: zum einen die Nördliche Dimension und zum anderen den Ostseerat. Das Potenzial der Nördlichen Dimension wird allerdings nicht voll ausgeschöpft. Für eine intensivere Nutzung ist allerdings die Bereitschaft Russlands vonnöten, die in der Vergangenheit nicht sehr ausgeprägt war.¹¹⁰⁸ Auch die Kooperation im Ostseerat war in den vergangenen Jahren aus den gleichen Gründen nicht effektiv.¹¹⁰⁹ Beide Optionen haben ihre Vorteile: Im Rahmen der Nördlichen Dimension kann auf regionaler Ebene an konkreten Projekten gearbeitet werden. Die Koordinierung auf hoher Ebene kann über den Ostseerat erfolgen, da in diesem Gremium

¹¹⁰⁴ vgl. Möckli (4), Daniel, a.a.O., S.2

¹¹⁰⁵ vgl. Michta, a.a.O., S.86, vgl. auch: Minkowski, a.a.O., S.273

¹¹⁰⁶ vgl. Roos, a.a.O., S.369

¹¹⁰⁷ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.16

¹¹⁰⁸ vgl. Kempe, a.a.O., S.5f.

¹¹⁰⁹ vgl. Huisman, a.a.O., S.14

alle Parteien auf gleicher Ebene miteinander kooperieren. Trotz der bisher geringen Bereitschaft Russlands zur Kooperation hat Russland gefordert, dass die EU die Region nach der Osterweiterung finanziell fördert.¹¹¹⁰ Ein aus EU-Sicht wünschenswertes Szenario für Kaliningrad wäre dessen Einbindung in den Europäischen Wirtschaftsraum bei gleichzeitiger Anbindung an Russland.¹¹¹¹ Allerdings wird das russische Einverständnis für einen solchen Schritt nur schwer zu erlangen sein, da Russland darin eine Schwächung der Bindung an Moskau sieht, die es aufgrund der Angst vor einem Zerfall des Staates zu vermeiden gilt. In der näheren Zukunft wird aufgrund der engen Verflechtungen und der Abhängigkeit von Energielieferungen aus Kaliningrad Litauen Vorreiter in den Beziehungen zur Region sein.¹¹¹² Zudem zeigt Litauen bereits jetzt ein hohes Maß an Engagement in der Region.

Die russische Position, die eine enge Bindung der Region an das russische Mutterland als zwingend ansieht, wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält, dass Russland das Baltikum als eine besondere Einflusszone betrachtet. Eine Abkehr von diesen geopolitischen Vorstellungen würde die beiderseitigen Beziehungen zweifelsfrei erleichtern.¹¹¹³ Die besondere Bedeutung des Baltikums für Russland wird auch daran deutlich, dass der russische Außenminister Sergei Lavrov die russischen Regionen vor Beziehungen zu den baltischen Staaten gewarnt hat, die nicht von Moskau abgesegnet sind. Gleichzeitig bindet die direkte Ernennung des Gouverneurs von Moskau durch den Kreml die Region enger an Moskau.¹¹¹⁴ Der Versuch, die Regionen enger an Moskau zu binden, ist allerdings kein Einzelfall, sondern gilt für das gesamte Land. Unter der Präsidentschaft Putins ist für das gesamte politische System Russlands eine Entdemokratisierung festzustellen.¹¹¹⁵

Allerdings würde die Aufgabe der russischen Position seinem Anspruch, eine klassische Großmacht zu sein, zuwiderlaufen. Hinzu kommt, dass für Russland in Kaliningrad nicht primär wirtschaftliche oder soziale Aspekte eine Rolle spielen, sondern die Kontrolle über das Territorium. Dieser Politik liegt die Ansicht zugrunde, dass eine Öffnung der Region nach Westen die Souveränitätsrechte Russlands einschränken würde. Aus diesem Grund ist für Russland auch der uneingeschränkte Zugang zu der Region nach der Osterweiterung einer der wichtigsten Punkte.¹¹¹⁶ Aufgrund der geografischen Lage fürchtet Russland auch

¹¹¹⁰ vgl. Schneider (1), a.a.O., S.12

¹¹¹¹ vgl. Minkowski, a.a.O., S.284

¹¹¹² vgl. Roos, a.a.O., S.369

¹¹¹³ vgl. ebenda, S.375

¹¹¹⁴ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.16

¹¹¹⁵ vgl. Fischer (1), a.a.O., S.17

¹¹¹⁶ vgl. Paulauskas, a.a.O., S.14f.

separatistische Tendenzen, wenn die EU sich zu sehr engagiert.¹¹¹⁷ Aus all dem wird deutlich, dass Russland befürchtet, diesen Vorposten im Westen zu verlieren. Es ist sich durchaus bewusst, dass die westlichen Staaten eine wesentlich attraktivere Option darstellen als Russland. Das Beharren auf westliche Finanzhilfe verdeutlicht die Einsicht, dass die Region nicht von sich aus lebensfähig ist. Gleichwohl überwiegen die geopolitischen Überlegungen in der russischen Politik. Eine strikte Kontrolle mit fester Anbindung an Moskau bedeutet für die Regierung die Wahrung der Souveränität über das Gebiet. Für Moskau bedeutet die militärische Präsenz den Schlüssel für diese Kontrolle.¹¹¹⁸ In Kaliningrad ist aus diesem Grund die russische Ostseeflotte beheimatet, die als der am besten ausgerüstete Teil der russischen Streitkräfte gilt.¹¹¹⁹ Die Konzentration von modernen Truppen in der Region zeigt die Bedeutung für Russland. Die mittlerweile defensive Ausrichtung der Ostseeflotte macht zudem deutlich, dass Russland die Anfang der 90er Jahre in Litauen und Polen von extremen Parteien vorgebrachten Gebietsforderungen ernst genommen werden und sich auch der Verletzlichkeit des Gebietes bewusst ist. Allerdings sehen insbesondere die militärischen Eliten die NATO immer noch als Widersacher. So erklärte im Sommer 2004 der Befehlshaber der russischen Ostseeflotte, Admiral Vladimir Valayev, dass sich die russische Flotte friedfertig verhalte, solange die NATO dieses auch tue. Im Falle einer Eskalation sei die Flotte aber einsatzbereit.¹¹²⁰ Die Rhetorik lässt zumindest erahnen, dass das Militär den Abstieg Russlands zu einer Regionalmacht nicht verkraftet hat und eine Stärkung der russischen Position wünscht.

Anhand des Gesagten wird deutlich, dass es die EU schwer haben wird, ihre Ziele in der Region Kaliningrad zu erreichen. Sofern sich die russische Position nicht grundlegend ändert und die Angst gegenüber dem europäischen Engagement abgelegt wird, werden die Bemühungen nicht greifen können. Notwendig ist hierzu die Einsicht auf russischer Seite, dass die Öffnung einer Region nicht automatisch deren Abfall vom Mutterland bedeutet. Es erscheint aber unwahrscheinlich, dass sich in der nächsten Zeit dieser Wandel vollzieht. Russland ist weiterhin den alten Denkmustern verhaftet und handelt dementsprechend.

¹¹¹⁷ vgl. Wesner, a.a.O., S.429

¹¹¹⁸ vgl. Michta, a.a.O., S.80

¹¹¹⁹ vgl. ebenda, S.79

¹¹²⁰ vgl. ebenda, S.79f.

10.4.3. GUS-Raum

Der GUS-Raum wird in den nächsten Jahren eines der Hauptgebiete, wenn nicht das Hauptgebiet für die GASP sein. Allerdings sind die Interessen der EU und Russlands in diesem Raum nur selten deckungsgleich. Deutlich wird dieses an der Ukraine. Die Ukraine fordert eine Beitrittsperspektive und möchte über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus die Kooperation mit Russland nicht ausweiten. Zu groß sind die Befürchtungen, von Russland vereinnahmt zu werden.¹¹²¹ Diesem Streben nach Beitritt sollte die EU allerdings eine klare Absage erteilen. Bereits 1992 erklärte die EU, dass, abgesehen von den baltischen Staaten, für die Staaten der ehemaligen UdSSR der Beitritt zur EU keine Option ist.¹¹²² Diese Position sollte gegenüber der Ukraine deutlich vertreten werden. Da Russland die bestimmende Macht im GUS-Raum ist, sollte die EU versuchen, ihre Politik mit Russland abzustimmen und ihre Absichten deutlich darzulegen.¹¹²³ Eine Integration der Ukraine in die EU-Strukturen, insbesondere im Bereich Wirtschaft, kann nur unter großen Schwierigkeiten erfolgen. Grund hierfür ist die enge Verflechtung der ukrainischen Wirtschaft mit Russland.¹¹²⁴ Daher wird die Ukraine auch auf längere Sicht auf eine Integration innerhalb der GUS angewiesen sein. Russland ist sich dessen bewusst. Zwar gilt die ukrainische Unabhängigkeit in Russland als irreversibel,¹¹²⁵ allerdings bedeutet dies nicht, dass Russland seine Versuche, die Ukraine politisch zu beeinflussen, aufgeben wird.¹¹²⁶ Dieses gilt für alle drei neuen EU-Nachbarn seit 2004. Erleichtert wird die russische Politik durch die Abhängigkeit der Staaten von Russland.¹¹²⁷ Um ihre Position zu verbessern, streben die Staaten – abgesehen von Weißrussland – in Richtung EU. Damit die wirtschaftliche Abhängigkeit und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten verringert werden, hat der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko im März 2007 gesagt, dass die wirtschaftliche Integration der Ukraine in die EU-Strukturen für ihn wichtiger sei als die Frage nach der Mitgliedschaft.¹¹²⁸

¹¹²¹ vgl. Timmermann (2), a.a.O., S.11

¹¹²² vgl. Haukkala, a.a.O., S.11

¹¹²³ vgl. Gromadzki/Sushko/Vahl/Wolczuk, a.a.O., S.4

¹¹²⁴ vgl. Maynes, a.a.O., o.S

¹¹²⁵ vgl. Timmermann (2), a.a.O., S.20

¹¹²⁶ vgl. Kuzio, a.a.O., S.13

¹¹²⁷ vgl. Missiroli (2), a.a.O., S.27; Dass Russland bereit ist, seiner wirtschaftliche Vormachtstellung politisch zu nutzen ist in den Streiten um russische Gaslieferungen an die Ukraine 2005/2006 und an Weißrussland 2006/2007 deutlich geworden.

¹¹²⁸ Vgl. Ukraine changes tone on EU enlargement, auf: <http://www.euobserver.com/15/23649>, am 12.03.2007, o.S.

Russland begreift die EU im GUS-Raum als Konkurrenz, die seinen Einfluss schmälert. Aus diesem Grund hat Russland auch sehr verärgert über das Engagement Litauens und Polens während der Orangen Revolution in der Ukraine 2004 reagiert.¹¹²⁹ Der Verlust an Einfluss, der mit dem Amtsantritt von Juschtschenko einhergegangen ist, wird von russischer Seite als die „größte Niederlage der russischen Außenpolitik in den letzten Jahren“ gewertet.¹¹³⁰ Hieraus wird deutlich, wie sehr Russland am Erhalt seiner Machtposition innerhalb der GUS gelegen ist.

Gleiches gilt für die Staaten im Kaukasus. Das europäische Engagement wird kritisch betrachtet.¹¹³¹ So beurteilten die westlichen Staaten die so genannte Rosenrevolution in Georgien 2003 überwiegend positiv, während in Russland die These von einem vom Ausland gesteuerten Putschversuch verbreitet wurde.¹¹³²

Der damalige Kommissionspräsident Prodi hat im September 2004 geäußert, dass die EU kein direkter Vermittler in den kaukasischen Konflikten sein möchte.¹¹³³ Diese Äußerung ist nicht nachvollziehbar. Die EU sollte an einem friedlichen und stabilen Kaukasus ein hohes Interesse haben. Zum einen ist der Kaukasus als Transitregion für Energie von enormer Bedeutung und zum anderen sollte die Region befriedet werden, damit man nach einem eventuellen Beitritt der Türkei keinen Krisenherd an den Außengrenzen der EU vorfindet.

10.4.4. Folgerungen für die EU-Politik gegenüber Russland

Die EU und Russland besitzen unterschiedliche Ansichten über die internationale Politik. Russland betreibt eine klassische Großmachtpolitik. Über seine starke Position im Energiebereich versucht Russland seine Interessen in anderen Staaten durchzusetzen und seinen Einfluss zu vergrößern. Erleichtert wird dieses durch die Abhängigkeit vieler europäischer Staaten von russischen Energielieferungen.

Die EU hingegen vertritt einen modernen Ansatz. Andere Staaten sollen nicht dominiert werden, sondern in eine Zusammenarbeit eingebunden werden. Ziel ist letztlich durch Verflechtungen gegenseitige Abhängigkeiten zu schaffen, die beide Seiten zur Kooperation zwingen.

Im GUS-Raum, wo die unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen am stärksten aufeinanderprallen, sollte die Union ihre wirtschaftliche Macht stärker einbringen. Für die

¹¹²⁹ vgl. Cameron/Domański, a.a.O., S.9, vgl. auch: Menkiszak, a.a.O., S.58

¹¹³⁰ zitiert nach: Timmermann (1), a.a.O., S.149

¹¹³¹ vgl. Lynch (4), a.a.O., S.11

¹¹³² vgl. ebenda, S.12

¹¹³³ vgl. Zagorski, a.a.O., S.73

meisten Staaten stellt die Union einen attraktiveren Partner dar als Russland. Damit die Union ihr wirtschaftliches Gewicht einbringen kann, muss sie allerdings geschlossen auftreten. Wie dargelegt, haben die EU-Staaten nur in den seltensten Fällen eine gemeinsame Linie gegenüber Russland verfolgt. Oftmals wurden die einzelstaatlichen Ziele in den Vordergrund gestellt. Dadurch hat die EU den Wandel Russlands unterstützt. Russland ist nicht mehr das schwache und auf auswärtige Hilfe angewiesene Russland, sondern fühlt sich stark und selbstbewusst. Allerdings hat die EU in den 1990er Jahren versäumt, einen nachhaltigen Wandel des politischen Systems hin zu einer Demokratie im westlichen Sinn durchzusetzen.

Ein stabiles Russland lag und liegt im Interesse der EU. Allerdings sind die Bemühungen, diese Stabilität im Rahmen eines demokratischen Russlands zu schaffen, gescheitert. Unter Präsident Putin hat sich Russland zu einem autoritären Staat entwickelt.

Russland kann es sich aufgrund seiner Abhängigkeit vom europäischen Energiemarkt nicht leisten, einen offenen Bruch mit den EU-Staaten zu riskieren, aber durch die bilaterale Vorgehensweise der europäischen Staaten kann es sein Gewicht optimal einbringen. Die EU-Staaten hingegen treten unkoordiniert auf. Bestes Beispiel für dieses Vorgehen ist die Ostseepipeline zwischen Russland und Deutschland. Die geplante Kontrolle der Pipeline durch die russische Marine weckt bei den restlichen Ostseeanrainern Befürchtungen, dass Russland ihre Sicherheit gefährdet. Zudem erscheint es unklug, keine weiteren Staaten an die Pipeline anzuschließen, angesichts der russischen Bereitschaft seine Energieressourcen als politische Waffe einzusetzen. Der Anschluss der Staaten der östlichen Ostsee an die Pipeline würde den Sicherheitsbedenken dieser Staaten Rechnung tragen und die Möglichkeit, über die Pipeline politischen Druck auszuüben, erheblich einschränken.

Es ist notwendig, die europäische Position zu stärken. Die Diversifizierung der Energieversorgung ist ein Weg, die europäische Position zu verbessern. Russland versucht den diesbezüglichen europäischen Bestrebungen entgegenzutreten. Insbesondere in Zentralasien versucht es die Nutzung von Pipelines zu verhindern, sofern diese nicht über russisches Territorium führen.¹¹³⁴ Solange der europäische Einfluss in Zentralasien begrenzt ist, reicht dieser Weg nicht aus.

Ein einheitlicher Energiemarkt würde die europäische Position erheblich stärken. Es ist aber davon auszugehen, dass sich ein solches Vorhaben erst in einigen Jahren verwirklichen lassen wird. Die unterschiedlichen Ansichten über die Form der Energieversorgung – hier sei beispielhaft nur die Frage nach der Rolle der Kernenergie erwähnt – lassen rasche

¹¹³⁴ Wem gehören Öl und Gas im Schwarzen Meer?, in: FAZ, Nr.241, 17.10.2007, S.7

Fortschritte nicht wahrscheinlich erscheinen, auch wenn der Europäische Rat im März 2008 ambitionierte Beschlüsse gefasst hat. Bis Mitte 2008 soll eine politische Einigung über einen Energiebinnenmarkt erreicht werden und 2010 ein neuer Aktionsplan für die Bereiche Energieversorgung und –sicherheit angenommen werden.¹¹³⁵

Ein weiterer Ansatz kann die von Polen vorgeschlagene „Energie-NATO“ sein. Ähnlich wie beim NATO-Vertrag soll Europa solidarisch handeln, wenn ein EU-Staat in seiner Energieversorgung von einem anderen Staat bedroht wird.¹¹³⁶ Dass sich dieser polnische Vorschlag in erster Linie auf Russland bezieht, liegt auf der Hand.

Russland versteht sich als Großmacht und definiert diese Position, wie zum Beispiel Frankreich auch, unter anderem über seinen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat und die Mitgliedschaft in der G8. Für Russland sind diese Mitgliedschaften Statussymbole. Aufgrund der Prestigeträchtigkeit für Russland können notwendige Reformen in Russland angestoßen werden, wenn die Mitgliedschaft ausgesetzt wird. Im Rahmen der Vereinten Nationen ist dieses sehr schwierig, da hier der Sicherheitsrat beschließen müsste.¹¹³⁷ Russland müsste also seinem Ausschluss beziehungsweise dem Aussetzen seiner Rechte selber zustimmen. Im Rahmen der G8 bietet sich eher die Möglichkeit Russlands Mitgliedschaft auszusetzen. Russland hat aufgrund seiner gesamtwirtschaftlichen Schwäche kein Anrecht, zu den größten Volkswirtschaften der Welt gezählt zu werden. Es böte sich also die Rückkehr zu dem Format der G7 an.

Unabhängig davon, für welchen Weg sich die EU entscheidet, erfolgreich kann sie nur dann sein, wenn sie geschlossen auftritt. In den Staaten muss das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer europäischen Politik gestärkt werden. Im Rahmen einer europäischen Politik muss die Union ihr wirtschaftliches Gewicht einbringen, da Russland auf die EU-Märkte wesentlich stärker angewiesen ist als die EU auf den russischen Markt.

¹¹³⁵ vgl. Europäischer Rat 13./14.März 2008 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/99429.pdf, am 15.05.2008, S.14

¹¹³⁶ vgl. Lang (2), a.a.O., S.25

¹¹³⁷ vgl. Charta der Vereinten Nationen, a.a.O., Artikel 5 und 6

11. Modelle für die Zukunft

Die EU steht vor der Aufgabe, die unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Probleme zu lösen, die Interessen von nunmehr 27 Mitgliedern berücksichtigen zu müssen und gleichzeitig eine Zersplitterung ihrer Kräfte zu vermeiden.

Entgegen vielen Befürchtungen ist die EU durch die Erweiterungen 2004 und 2007 nicht handlungsunfähig geworden (vgl. Tabelle 2). Allerdings werden, das hat der EU-Gipfel in Brüssel im Juni 2007 gezeigt, Einigungen in Zukunft schwerer zu erzielen sein. Die Heterogenität der Union hat stetig zugenommen. Nicht nur in Bezug auf die außenpolitischen Prioritäten, sondern auch mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Staaten. Von daher soll im Folgenden dargelegt werden, in welcher Form eine Flexibilisierung der GASP vorgenommen werden kann.

Die intergouvernementale Struktur der GASP steht nicht zur Debatte. Es erscheint von daher sinnvoll, eine regionale Aufteilung vorzunehmen. Hierzu sollten bereits bestehende Formate weiter institutionalisiert werden. So könnte beispielsweise das so genannte E3-Format für globale Bedrohungen/Aktionen eingesetzt werden. Deutschland, Frankreich und Großbritannien verfügen zusammen über genügend politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht, um weltweit wahrgenommen zu werden. Für den Wiederaufbau oder zur Unterstützung von Staatstransformation bieten sich regionale Partnerschaften an. Als Vorbild kann das 3+3 Format der baltischen und kaukasischen Staaten dienen. Institutionell könnte die Kooperation dahin gehend strukturiert werden, dass der Rat ein allgemeines Ziel formuliert und die dazu benötigten Mittel bereitstellt. Mit der Umsetzung werden die am besten geeigneten Staaten beauftragt. Sie übernehmen die Detailarbeit und erstatten dem Rat Bericht. Auf diese Weise können verschiedenste Sicherheitsprobleme effektiv gelöst werden, ohne dass die EU ihre Kräfte zersplittert. In diese Richtung geht auch der polnisch-schwedische Vorschlag der „östlichen Partnerschaft“, bei der ausgewählte Staaten in definierten Bereichen miteinander kooperieren sollen. Die französische Initiative für den Mittelmeerraum fällt nur begrenzt in diesen Rahmen, da sie zunächst außerhalb der EU-Strukturen angesiedelt sein sollte und nun den Barcelona-Prozess ersetzen soll. Dennoch sind beide Initiativen als Beleg dafür zu sehen, dass Sicherheitsprobleme auf regionaler Ebene gelöst werden sollen. Ein Manko ist allerdings bei beiden Vorschlägen, dass die Teilnahme von allen EU-Staaten die Strukturen unnötig aufbläht.

Eine Möglichkeit regionale Problemlösung umzusetzen, besteht mit dem Konzept des federführenden Staates. Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ hat auf seiner Tagung am 17./18. Juni 2007 beschlossen, dass ein solches Konzept für den konsularischen Bereich eingeführt werden soll. Ziel dieser Maßnahme soll sein, dass die EU-Bürger im Krisenfall schnell und effizient betreut werden können.¹¹³⁸ Dieses Konzept lässt sich aber nicht nur auf den konsularischen Bereich anwenden, sondern in allen Bereichen der GASP. So könnte beispielsweise Deutschland der federführende Staat in Bezug auf die zentralasiatischen Staaten werden, da es als einziger EU-Staat mit allen zentralasiatischen Staaten diplomatische Beziehungen unterhält. In Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter können auf diese Weise bestehende Strukturen zum Wohle der gesamten EU genutzt werden. Als rechtliche Grundlage kann Art. 42, 5 VL dienen, der die Beauftragung von Staaten mit der Wahrnehmung der Interessen der Union vorsieht.¹¹³⁹ Der Unterschied zu außenpolitischen Gruppen liegt in der anders verteilten Verantwortung und dem Ansatz des Konzeptes. Es ist nicht eine Gruppe von Staaten gleichberechtigt für eine Region zuständig, sondern ein Staat für ein genau umrissenes Themenfeld. Der Hohe Vertreter für die GASP würde die jeweiligen Vorhaben koordinieren. Diese Form der Arbeitsteilung hätte zudem noch den Vorteil, dass die Beamtenapparate der kleineren und mittleren Mitgliedsstaaten nicht überfordert werden, wenn sie den Vorsitz übernehmen und alle Probleme bearbeiten müssen.

Die Bildung außenpolitischer Gruppen kann über die Anwendung des Artikels 42, 5 VL geschehen. Dieser Artikel sieht vor, dass die Union eine Gruppe von Staaten mit der Durchführung von Missionen beauftragen kann, um die Interessen und Werte der Union zu wahren.¹¹⁴⁰ Diese sollen nach Maßgabe des Artikels 44 VL durchgeführt werden. Die in Art. 42, 5 VL gegebene Definition „zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“¹¹⁴¹ kann die Einrichtung solcher Gruppen legitimieren.

In eine ähnliche Richtung gingen die ursprünglichen Überlegungen des französischen Präsidenten hinsichtlich der Mittelmeerunion. Ziel dieser Initiative war es, dass die sieben Mittelmeerstaaten der EU (Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Malta und Zypern) sich über die Grundlagen der EU-Politik im Mittelmeer verständigen. Die Türkei solle nach einer solchen Verständigung in die geplante Union eingebunden werden. Laut

¹¹³⁸ vgl. Rat der Europäischen Union – Allgemeine Angelegenheiten 17./18. Juni 2007 – Mitteilung an die Presse, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/94831.pdf, am 20.06.2007, S.15

¹¹³⁹ vgl. Art. 42,5 VL

¹¹⁴⁰ vgl. Art. 42, 5 VL und Art. 44 VL

¹¹⁴¹ Art. 42, 5 VL

Aussage des italienischen Ministerpräsidenten stehen bei diesem Projekt Sicherheitsfragen im Vordergrund.¹¹⁴² Nach den Beschlüssen des Europäischen Rates im März 2008 werden aber entgegen der ersten Idee alle EU-Staaten Mitglied dieser Union sein.¹¹⁴³ Die endgültige Struktur der Mittelmeerunion scheint auch noch nicht festgelegt zu sein. Im Mai 2008 hat die Kommission gefordert, dass die Initiative nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages in die allgemeinen Außenbeziehungen der Union eingegliedert wird.¹¹⁴⁴ Wie sich die geplante Initiative jetzt insgesamt entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Die Resonanz seitens der afrikanischen Staaten und der Türkei ist allerdings zurückhaltend.¹¹⁴⁵ Sicherlich ist diese Reaktion auch mit darauf zurückzuführen, dass die EU-Staaten die Struktur und Ziele der Mittelmeerunion einseitig festgelegt haben. Gleiches gilt für die von Polen und Schweden initiierte „östliche Partnerschaft“. Auch in diesem Fall muss sich erst erweisen, ob ein tragfähiges Konzept entwickelt wurde.

Insgesamt erscheint, gemessen an den selbst formulierten Zielen, für eine adäquate Außenvertretung der EU eine Zusammenlegung der verschiedenen außenpolitischen Bereiche notwendig. Insbesondere die zunehmende Verflechtung der einzelnen Politikbereiche lässt neue Strukturen unerlässlich erscheinen.

Aufgrund der Mitgliederzahl ist die EU mit den größtenteils einstimmig zu fassenden Beschlüssen nur noch zu schwerfälligem Handeln fähig. Die zunehmend heterogen gewordenen Interessen der Mitglieder machen eine Anwendung der Differenzierung unumgänglich.¹¹⁴⁶ Regionalisierung der Außenpolitik könnte einen Ausweg bieten. Die Staaten würden sich direkt in ihrem regionalen Umfeld engagieren.¹¹⁴⁷ Der Ansatz eignet sich generell hervorragend zur Verbesserung der GASP. Allerdings ist bei einem solchen Vorgehen zweierlei sicherzustellen: Erstens müssen alle Staaten über die jeweiligen Vorgänge informiert bleiben. Dieses ließe sich mit einer einfachen Informationspflicht an den Rat erreichen. Zweitens muss sichergestellt sein, dass Beschlüsse der EU von den jeweiligen Staaten in ihrem Umfeld um- und durchgesetzt werden. Die GASP würde durch eine solche

¹¹⁴² vgl. Türkei-Beitritt später beraten, a.a.O., o.S.

¹¹⁴³ vgl. Europäischer Rat 13./14. März 2008 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/99429.pdf, am 11.06.2008, S.19

¹¹⁴⁴ vgl. Vorschlag zur Mittelmeerunion, in: FAZ, Nr.116, 20.05.2008, S.7

¹¹⁴⁵ vgl. „Mittelmeerunion ist Demütigung“, in: FAZ, Nr.135, 12.06.2008, S.7

¹¹⁴⁶ vgl. Schieder (1), Siegfried: In guter Verfasstheit? Nutzen und Nachteile eines europäischen Verfassungsvertrages, in: APuZ 17/2004, Bonn 19.04.2004, S.13-20, S.19

¹¹⁴⁷ vgl. Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: Die erweiterte EU als internationaler Akteur - Für eine gemeinschaftsorientierte Flexibilitätsstrategie, in: Internationale Politik, 58. Jg., Januar 2003, S.11-18, S.13

Konstruktion flexibilisiert werden. Die grundsätzlichen Räume, in denen die Staaten jeweils agieren, könnten sich an geopolitischen oder ökonomischen Interessen orientieren.¹¹⁴⁸

Im Folgenden sollen die rechtlichen Möglichkeiten, die sich aus dem EU-V und dem Reformvertrag ergeben beleuchtet werden. Im Anschluss daran wird eine mögliche Einteilung der EU-Staaten nach außenpolitischen Kriterien dargelegt.

11.1. Rechtliche Grundlagen im Vertrag von Nizza

Der EU-V bietet eine prinzipielle, wenn auch nur schwache Möglichkeit zur Bildung einer außenpolitischen Gruppe innerhalb der EU. Art. 27b EU-V sieht eine verstärkte Zusammenarbeit zur Umsetzung eines gemeinsamen Standpunktes der Durchführung einer gemeinsamen Aktion vor. Dieser Artikel ist allerdings nur eingeschränkt anwendbar, da in Art. 43, Absatz g festgelegt wird, dass eine verstärkte Zusammenarbeit mindestens acht Mitgliedsstaaten umfassen muss. Mit der Festlegung auf eine Gruppenstärke von acht Staaten wird eine Flexibilisierung nur schwerlich zu erreichen sein. Grundsätzlich kann eine verstärkte Zusammenarbeit nach Art. 27b aber am ehesten herangezogen werden, da Art. 27a festlegt, dass eine „verstärkte Zusammenarbeit in einem unter diesen Titel fallenden Bereich [...] zum Ziel [hat], die Werte der gesamten Union zu wahren und ihren Interessen zu dienen, unter Behauptung der Identität der Union als kohärenter Kraft auf internationaler Ebene.“¹¹⁴⁹

Es steht nicht zu erwarten, dass eine Zusammenarbeit in diesem Rahmen sich verselbstständigt und den Interessen der Union schadet. Zum einen sind alle Staaten verpflichtet, ihre einzelstaatliche Politik in Einklang mit einem gemeinsamen Standpunkt oder einer gemeinsamen Aktion zu bringen,¹¹⁵⁰ und zum anderen legt Art. 16 fest, dass zu „jeder außen- und sicherheitspolitischen Frage von allgemeiner Bedeutung [...] im Rat eine gegenseitige Unterrichtung und Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten“ stattfindet.¹¹⁵¹

Aufgrund der Vorschriften des EU-V erscheint eine Flexibilisierung des außenpolitischen Tagesgeschäftes nur schwer möglich. Die Beschränkung der verstärkten Zusammenarbeit auf die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder einer gemeinsamen Standpunktes verhindern eine allgemeine und dauerhafte Beschäftigung einer Staatengruppe mit einer spezifischen Region oder Sachfrage.

¹¹⁴⁸ vgl. Bendieck (2), a.a.O., S.16

¹¹⁴⁹ Art. 27a EU-V

¹¹⁵⁰ vgl. Art. 14 und 15 EU-V

¹¹⁵¹ Art. 16 EU-V

Da es aber der Wille der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten ist, dass der EU-V bis 2009 durch einen der Mitgliederzahl angepassten Vertrag ersetzt wird,¹¹⁵² ist es lohnenswerter, den Vertrag von Lissabon in dieser Hinsicht zu untersuchen.

11.2. Rechtliche Grundlagen im Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon bietet eine erheblich bessere Möglichkeit, das außenpolitische Tagesgeschäft zu flexibilisieren. Der Europäische Rat legt einstimmig die strategischen Ziele der GASP fest.¹¹⁵³ Auf dieser Grundlage formuliert der Rat die notwendigen Beschlüsse zur Erreichung der strategischen Ziele.¹¹⁵⁴ Bis zu dieser Stelle sind alle EU-Staaten gleichermaßen in die GASP involviert.

Hier könnte die Flexibilisierung einsetzen. Auf Grundlage des Art. 42, 5 könnte Art. 43 angewandt werden. Der erstgenannte Artikel legt fest, dass die Union zur Wahrung ihrer Interessen und Werte eine Gruppe von Staaten mit der Durchführung von Missionen beauftragen kann.¹¹⁵⁵ Artikel 43 konkretisiert die in Art. 42, 5 angesprochenen Missionen. Die Missionen können Abrüstungsmaßnahmen, militärische Beratung und Unterstützung, friedenserhaltende oder –schaffende Maßnahmen, Kampfeinsätze sowie konfliktverhütende Maßnahmen umfassen.¹¹⁵⁶ Der Artikel umfasst in allgemeiner Form alle Aspekte der modernen Sicherheitspolitik. Aufgrund der weit gefassten Kriterien des erweiterten Sicherheitsbegriffs kann eine Flexibilisierung des außenpolitischen Tagesgeschäftes über die Missionsbeschreibung „Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens“ etabliert werden. Eine Verselbstständigung der Gruppen ist nicht zu erwarten. Laut Art. 44, 2 müssen die Mitglieder einer Gruppe, die an einer Mission nach Art. 43, 1 teilnehmen, den Rat von sich aus regelmäßig über den Stand der Dinge unterrichten.¹¹⁵⁷ Zudem ist in Artikel 44, 1 VL festgelegt, dass die an einer solchen Mission teilnehmenden Staaten die Durchführung mit dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren.¹¹⁵⁸ Eine weitere Kontrollmöglichkeit ergibt sich aus Art. 27 VL. Absatz 1 legt fest, dass der Hohe Vertreter die Durchführung der vom Europäischen Rat und dem Rat erlassenen Beschlüsse überwacht.¹¹⁵⁹ Da die Etablierung einer Gruppe innerhalb der GASP einen einstimmigen

¹¹⁵² vgl. Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., S.2

¹¹⁵³ vgl. Art. 26, 1 VL und 24,1 VL

¹¹⁵⁴ vgl. Art. 26, 2 VL

¹¹⁵⁵ vgl. Art. 42, 5 VL

¹¹⁵⁶ vgl. Art. 43, 1 VL

¹¹⁵⁷ vgl. Art. 44, 2 VL

¹¹⁵⁸ vgl. Art. 44, 1 VL

¹¹⁵⁹ vgl. Art. 27, 1 VL

Beschluss voraussetzt,¹¹⁶⁰ hat der Hohe Vertreter ein direktes Zugriffsrecht auf eine solche Gruppe. Eine inhaltliche Aushöhlung eines Beschlusses zur Bildung einer außenpolitischen Gruppe ist ebenfalls nicht zu erwarten. Die an einer solchen Gruppe teilnehmenden Staaten sind über Art. 44, 2 verpflichtet, unverzüglich dem Rat Bericht zu erstatten, wenn sich Umstände ergeben, die die Europäischen Beschlüsse, die zur Etablierung einer solchen Gruppe geführt haben, ändern.¹¹⁶¹

Den Staaten, die an einer solchen Gruppe teilnehmen, steht es frei, die interne Struktur zu bestimmen. Jede Gruppe kann also die für sie geeigneten Formen aufbauen. Grundlage hierfür ist Art. 44, 1, Satz 2. Dieser Satz legt fest, dass die Staaten mit dem Hohen Vertreter die Ausführung vereinbaren. Einschränkende Vorgaben sind nicht enthalten.¹¹⁶²

11.3. Kriterien zur Gründung außenpolitischer Gruppen

Die Aufgabenstellung für außenpolitische Gruppen innerhalb der GASP ist recht einfach: Umsetzung der vom Europäischen Rat und Rat formulierten strategischen Ziele und Erarbeitung von konkreten Vorschlägen für die EU-Politik gegenüber den außenpolitischen Partnern. Die Gruppen arbeiten zur Erreichung der Ziele mit der Kommission zusammen. Dies wird durch die geplante Zusammenlegung der Posten des Kommissars für Außenbeziehungen und des Hohen Vertreters erheblich erleichtert. Die außenpolitischen Gruppen stellen keinen Ersatz für das einzelstaatliche Engagement der Mitglieder dar. Dies kann auch nicht Ziel der Entwicklung sein, da jeder Staat in der Lage sein muss, seine diplomatischen Belange direkt in den Zielstaaten vertreten zu können. Lediglich im Bereich des Konsulatswesens sollten die EU-Staaten dazu übergehen, gemeinsame Einrichtungen zu schaffen.

Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, sollten die Gruppen nicht zu groß angelegt sein. Grundsätzlich gilt auch hier, dass sich Übereinstimmungen eher finden lassen, wenn die Gruppen kleiner sind. Angesichts der Notwendigkeit, alle EU-Staaten aus repräsentativen Gründen in die Gruppen einzubinden, sind sehr kleine Gruppen nur in wenigen Fällen möglich. Bei der Etablierung der Gruppen ist darauf zu achten, dass Staaten aus allen politischen Lagern vertreten sind.

Für die Zugehörigkeit eines Staates zu einer Gruppe sollten die im Folgenden dargelegten Kriterien berücksichtigt werden. Am wichtigsten ist ein hohes Maß an politischem Interesse

¹¹⁶⁰ vgl. Art. 24, 1 Unterabsatz 2 VL

¹¹⁶¹ vgl. Art. 44, 2 VL

¹¹⁶² vgl. Art. 44, 1, Satz 2 VL

für einen Zielstaat oder eine Zielregion. So hat die portugiesische Regierung mit Sicherheit ein geringeres Interesse an den Problemen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Russland als dies etwa Litauen und Polen haben. Genauso betrifft die Frage der illegalen Migration aus Nordafrika die baltischen Staaten nur am Rande, während die Mittelmeerstaaten ein hohes Interesse daran haben, diese Migration zu unterbinden. Weiterhin sollten die historischen und kulturellen Bindungen zwischen EU-Staaten und den Zielgebieten eine Rolle spielen. So pflegt beispielsweise Frankreich immer noch eine enge Bindung zu seinen ehemaligen Kolonien. Dadurch besitzt es Kenntnisse über die Probleme der Länder, die für das außenpolitische Tagesgeschäft von Bedeutung sind. Gleiches gilt auch für andere ehemalige Kolonialmächte. So nutzte Portugal im Rahmen seiner Präsidentschaft 2007 seine besonderen Beziehungen zu Brasilien, um eine strategische Partnerschaft zwischen der Union und Brasilien zu vereinbaren.¹¹⁶³

Weiterhin sollten die Staaten einer Gruppe angehören, die bereits enge Beziehungen mit den Staaten eines Zielgebietes pflegen. So sollten die baltischen Staaten der Gruppe angehören, die die Politik gegenüber den kaukasischen Staaten koordiniert, da die baltischen Staaten im Rahmen der „3+3-Partnerschaft“ die kaukasischen Staaten bereits bei der Staatsreform unterstützen. Gleiches gilt für Großbritannien mit seiner „special relationship“ zu den Vereinigten Staaten und Deutschland mit seinen intensiven Beziehungen zu Russland.

Unter diesen Gesichtspunkten könnte eine Aufteilung in außenpolitische Gruppen wie folgt aussehen:

¹¹⁶³ vgl. Europa soll weltweit mitmischen – Interview mit José Sócrates, in: Der SPIEGEL, 48/2007, Hamburg 26.11.2007, S.129-132, S.130

Tabelle 4: Außenpolitische Gruppen innerhalb der GASP

	GUS	Nord-afrika	Afrika	Mittel- & Südamerika	Nord-amerika	Ozeanien	Zentral-asien	Kaukasus	Russland	Naher & Mittlerer Osten	Asien	Balkan	Gruppen pro Staat
B			x										1
BG								x				x	2
DK									x				1
D	x				x		x		x	x	x		7
EST								x	x				2
FIN	x								x				2
F		x	x		x	x			x	x	x		7
GR		x								x			2
IRL					x								1
I		x								x		x	3
LV								x	x				2
LT								x	x				2
L												x	1
M		x								x			2
NL						x						x	2
A												x	1
PL	x							x	x				3
P		x		x									2
RO									x				1
S	x								x				2
SK	x											x	2
SLO	x											x	2
E		x		x		x					x		4
CZ	x								x			x	3
H	x											x	2
GB		x	x		x				x	x	x		6
CY		x								x			2
Staaten pro Gruppe	8	8	3	2	4	3	1	5	12	7	4	9	

Legende: B: Belgien, BG: Bulgarien, DK: Dänemark, D: Deutschland, EST: Estland, FIN: Finnland, F: Frankreich, GR: Griechenland, IRL: Irland, I: Italien, LV: Lettland, LT: Litauen, L: Luxemburg, M: Malta, NL: Niederlande, A: Österreich, PL: Polen, P: Portugal, RO: Rumänien, S: Schweden, SK: Slowakei, SLO: Slowenien, E: Spanien, CZ: Tschechien, H: Ungarn, GB: Großbritannien, CY: Zypern

Es liegt nahe, die drei großen EU-Staaten an den wichtigen Gruppen zu beteiligen. Zum einen verfügen sie aufgrund ihrer Potenziale über genügend Gewicht. Zum anderen bieten sie einen guten Querschnitt durch die in der EU vorhandenen außenpolitischen Vorstellungen. Und drittens erscheint es politisch nicht durchsetzbar, dass diese Staaten auf eine Mitgliedschaft in einer der wichtigen Gruppen verzichten. Die drei großen EU-Staaten sind für die Errichtung der Gruppen unerlässlich. In der Vergangenheit haben zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien erzielte Vereinbarungen einen Richtwert für die übrigen Mitglieder dargestellt.¹¹⁶⁴ Erleichtert wird eine solche Installation außenpolitischer Gruppen durch die Haltung Großbritanniens, nach der der Präsident des Europäischen Rates

¹¹⁶⁴ vgl. Kaim, a.a.O., S.307

die Kontrolle über die GASP haben soll, während die Außenminister in den einzelnen Politikfeldern bzw. Regionen die Politik gestalten sollen.¹¹⁶⁵

Deutschland sollte neben der Beteiligung an den Gruppen mit den USA und Russland an der Gruppe mit der GUS beteiligt sein. Dies nicht nur aus der Erwägung heraus, dass es durch die deutsch-sowjetische Geschichte dorthin Bindungen gibt, sondern auch als ausgleichendes Element für die sehr den Beitritt dieser Staaten fixierten osteuropäischen EU-Staaten. Die Beteiligung an der Gruppe für Zentralasien liegt auf der Hand, da Deutschland als einziger EU-Staat diplomatische Beziehungen mit allen zentralasiatischen Staaten unterhält. Aus wirtschaftlichen Motiven heraus sollte Deutschland an der Gruppe für Asien beteiligt werden. Die Teilnahme an der Gruppe für den Nahen und Mittleren Osten schließlich ist aufgrund des deutsch-israelischen Verhältnisses angebracht

Frankreich verfügt aufgrund seiner Kolonialgeschichte über enge und vielfältige Kontakte nach Afrika. In Ozeanien verfügt Frankreich über Besitzungen, so dass eine Beteiligung hier sinnvoll erscheint. Das französische Engagement im Nahen Osten ist sehr groß. So wurde zum Beispiel 2009 in Abu Dhabi ein neuer Militärstützpunkt eröffnet.¹¹⁶⁶ Zudem verfügt Frankreich aus seiner Zeit als Mandatsmacht des Völkerbundes über historisch gewachsene Beziehungen in diese Region. Die Teilnahme Frankreichs an den Gruppen für die USA, Russland und Asien ergibt sich aus dem Selbstverständnis Frankreichs als Großmacht, so dass es nicht bereit sein wird auf eine Teilnahme zu verzichten.

Aus den gleichen Gründen ist Großbritannien an den drei letzt genannten Gruppen zu beteiligen. In diesem Fall kommt allerdings noch hinzu, dass Großbritannien aufgrund seiner „special relationship“ zu den USA an dieser Gruppe zu beteiligen ist. In Asien, insbesondere in China, hat Großbritannien eine koloniale Vergangenheit und von daher ein ausgeprägtes Netz an Verbindungen in diese Region. Zudem sind einige asiatische Staaten wie zum Beispiel Singapur oder Bangladesch Mitglied im Commonwealth of Nations. An der Gruppe für die GUS sollte Großbritannien beteiligt werden, weil es von den alten Mitgliedsstaaten zu den Staaten gehört, die weiteren Beitritten offen gegenüber stehen.

Da Litauen nur über begrenzte Ressourcen verfügt, hält sich die Anzahl der Beteiligungen gering. An der Gruppe mit Russland sollte es allein schon aus geographischen Gründen beteiligt werden. Die Teilnahme an der Gruppe für den Kaukasus ergibt sich aus der bereits bestehenden Kooperation.

¹¹⁶⁵ vgl. ebenda, S.260

¹¹⁶⁶ vgl. Interview mit Nicolas Sarkozy in der Zeitschrift „Diplomatie“, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_golfe_diplo.pdf, am 30.06.2009, S.1ff.

Österreich entfaltet nur ein geringes außenpolitisches Gewicht. Aufgrund seiner geographischen Lage sollte es auf dem Balkan eingebunden werden. In diesem Fall könnten auch historische Erfahrungen genutzt werden.

Polen sollte aufgrund der Vergangenheit an der Gruppe mit Russland beteiligt werden. Zudem steht nicht zu erwarten, dass Polen aufgrund seiner kritischen Haltung gegenüber auf eine Teilnahme verzichten wird. Auch an der Gruppe für die GUS sollte Polen aus zwei Gründen beteiligt werden. Zum einen, weil es sich um die polnische Nachbarschaft handelt und zum anderen, weil Polen über aktuelle Erfahrungen im Bereich der Staatstransformation verfügt. Aus diesem Grund sollte Polen auch in die Kaukasus-Gruppe eingebunden werden.

Tschechien sollte aufgrund der historischen Erfahrungen und der kulturellen Bindungen an den Gruppen für Russland und der GUS teilnehmen. Die Teilnahme an der Gruppe für den Balkan begründet sich durch die geographische Lage des Landes.

Diese Einteilung beansprucht keinen Anspruch auf Endgültigkeit. So können zum Beispiel auch Gruppen nach Themen besetzt werden. Im Falle einer Gruppe zum Thema Energieversorgung wäre es nicht zwingend notwendig, dass Frankreich an dieser Gruppe beteiligt wird, da es nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil auf Gas- und Öllieferungen angewiesen ist. Hier wären die großen Energieimporteure der EU die angemesseneren Teilnehmer.¹¹⁶⁷

Wie dargelegt, sind die Strukturen dieser Gruppen frei wählbar. Durch eine enge Kooperation mit dem Hohen Vertreter für die GASP und dem ihm unterstellten auswärtigen Dienst kann eine kontinuierliche Arbeit mit Bezug auf die Interessen der EU entstehen.

¹¹⁶⁷ Für eine Übersicht über die Energieimporte in die EU siehe: Götz (2), Roland: Russlands Erdgas und die Energiesicherheit der EU, SWP-Studie 12/2002, Berlin April 2002, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=321, am 20.06.2009, dort insbesondere Tabelle 12 (S.42)

12. Zusammenfassung

Die EU betrachtet sich als einen internationalen Akteur. Die 2003 angenommene Sicherheitsstrategie soll den Rahmen für das außen- und sicherheitspolitische Auftreten der Union bilden. Mehr als einen Rahmen kann das Dokument auch nicht bieten. Aus ihm können keine Antworten auf wichtige Fragen wie die der endgültigen Außengrenzen oder der finalen politischen Gestalt abgeleitet werden. Diese Fragen müssen von den Mitgliedsstaaten beantwortet werden. Angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedsstaaten sind rasche Antworten auf diese Fragen nicht zu erwarten. Allerdings sind aus sicherheitspolitischer Sicht Argumente gegen weitere Neuaufnahmen, insbesondere eine Aufnahme der Türkei, zu konstatieren.

Die EU kann letzten Endes nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Zustimmung der Bürger besitzt. Insbesondere bei der Entscheidung, ob weitere Staaten in die EU aufgenommen werden, sollte die Stimmung in der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden. Die Zustimmung der Bürger kann aber nicht das alleinige Entscheidungskriterium für eine Neuaufnahme sein. Im Vorfeld der Osterweiterung 2004 gab es in der Bevölkerung zum Teil erheblich Vorbehalte. Dennoch war die Erweiterung aus sicherheitspolitischer Sicht eine Notwendigkeit, weil mit der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft und dem Beitritt die Staaten politisch und wirtschaftlich stabilisiert wurden. Es stellt sich allerdings die Frage, warum ein Staat Mitglied der EU werden sollte, wenn die Bevölkerung dieses mit deutlicher Mehrheit ablehnt?¹¹⁶⁸ In 15 der 27 Staaten übersteigt die Zahl der Beitrittsgegner die der Befürworter eines Türkei-Beitritts. In Deutschland oder Österreich lehnen beispielsweise 69% bzw. 81% der Bevölkerung den Beitritt der Türkei ab.¹¹⁶⁹ Im Fall der Balkanstaaten ist die Sachlage differenzierter: Lediglich im Fall von Albanien übersteigt die Zahl der Beitrittsgegner die Zahl der Befürworter. Von den potentiellen Neumitgliedern kann aber lediglich Kroatien für sich in Anspruch nehmen, dass sein Beitritt von der Bevölkerung in mehr Staaten befürwortet als abgelehnt wird.¹¹⁷⁰ Generell befürworten nur 49% der EU-Bürger weitere Neuaufnahmen.¹¹⁷¹ Da sich ein politisches Regime nicht auf Dauer gegen den Willen der Bevölkerung etablieren kann, muss sich die EU bemühen, die Zustimmung ihrer Bürger zu erringen. Diese Zustimmung kann sie aber nur dann erhalten, wenn die Bürger das Gefühl haben, dass ihre Interessen berücksichtigt werden. Im Falle der Erweiterungsfrage kommt als

¹¹⁶⁸ vgl. Special Eurobarometer – Attitudes towards European Union Enlargement, a.a.O., S.70

¹¹⁶⁹ vgl. ebenda, S.71: im Allgemeinen liegt der Ablehnungswert zwischen 40% und 60%.

¹¹⁷⁰ vgl. ebenda, S.67

¹¹⁷¹ vgl. Eurobarometer 67, a.a.O., S.30

weiterer Aspekt hinzu, dass es eine wie auch immer begründete Identität geben muss, wenn das politische Regime stabil sein soll. Eine europäische Identität ist bislang nicht entstanden. Symbole, über die sich eine solche Identität hätte ausbilden können, sind aus den Verträgen entfernt worden.¹¹⁷² Aus diesem Grund ist die Union besonders darauf angewiesen, den Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass sie ihre Interessen wahrnimmt und sie fördert. Hierzu ist es notwendig, die Bürger davon zu überzeugen, dass ein klares politisches Ziel verfolgt wird. Dieses ist bisher nicht gelungen. Die Erweiterungen erscheinen dadurch nicht als Konsequenz einer durchdachten Strategie, sondern als Selbstzweck. An dieser Stelle rächt es sich, dass die Union es nach 1990 versäumt hat, ihre Ziele zu definieren.

Im Fall der Türkei kommt hinzu, dass sie von den meisten EU-Bürgern als ein orientalischer Staat wahrgenommen wird und nicht als ein europäischer. Die Zustimmung der Bevölkerung zum Beitritt wird von daher noch schwieriger zu erlangen sein als im Fall der Balkanstaaten, die grundsätzlich als ein Teil Europas wahrgenommen werden. Die Wahrnehmung als westlicher Staat ist zudem nicht in allen Teilen der türkischen Gesellschaft vorhanden. Sie wird vielmehr von den Eliten aus gesteuert. Es stellt sich von daher die Frage, warum die EU in Bezug auf die Verankerung westlicher Werte erfolgreicher sein sollte als der türkische Staat. Insgesamt betrachtet hat sich die EU im Fall der Türkei mit ihren Zusagen aus den 60er Jahren selber in eine Zwickmühle manövriert. Unabhängig von der Frage, welche Form der Kooperation mit der Türkei realisiert wird, sollten sowohl die EU als auch die Mitgliedsstaaten mit der Aussicht auf Beitritt für weitere Staaten zurückhaltend sein.

Solange die EU und ihre Mitglieder es nicht schaffen, eine von allen getragene Vision für die Union zu entwickeln, solange wird die EU sich nicht dauerhaft von anderen Staaten territorial abgrenzen können. Ein entschlossenes und wirkungsvolles Auftreten nach außen setzt Stabilität nach innen voraus. Zunächst muss die Union also die Grundlagen für ihre zukünftige Außenpolitik durch die Entwicklung interner Ziele schaffen.

Durch die Erweiterungen ist die Union im Laufe ihrer Geschichte immer heterogener geworden. Gleichzeitig hat die Zahl der Politikbereiche, in denen sie sich engagiert zugenommen. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik verlangen mehr 60% der EU-Bürger, dass die wichtigen Entscheidungen auf der europäischen Ebene getroffen werden sollen.¹¹⁷³ Diese hohe Zustimmungsrates ist sicherlich ein Ausdruck für die Unsicherheit der EU-Bürger angesichts der neuen Bedrohungen. Diese sind seit dem Ende des Kalten Krieges

¹¹⁷² Einige Staaten haben in einer gemeinsamen Erklärung sich dennoch zu den Symbolen der Union (Flagge, Hymne, Wahlspruch, gemeinsame Währung und Europatag) bekannt. vgl.: Erklärung Nr.52 VL, S.449

¹¹⁷³ vgl. ebenda, S.13

unberechenbar geworden. Zunehmend gewinnen Politikbereiche für die Sicherheitspolitik an Bedeutung, die zunächst nicht mit diesem Politikfeld in Verbindung gebracht werden, wie zum Beispiel die Energiepolitik. Mit der Entwicklung des erweiterten Sicherheitsbegriffs haben Politikfelder wie die Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftspolitik erheblich an Bedeutung für die Sicherheit der EU gewonnen.

Da die europäischen Nachbarregionen aus sicherheitspolitischer Sicht verschiedene Probleme aufwerfen, ist es sehr schwierig, eine Agenda zu entwickeln, die von allen Mitgliedern gleichermaßen getragen wird. In Afrika sieht sich die EU mit illegaler Migration und Staatszerfall, im Nahen Osten mit instabilen Staaten und Terrorismus und auf dem Gebiet der GUS mit organisierter Kriminalität, fragilen Staaten und Umweltproblemen konfrontiert. Auf dem Balkan finden sich abgesehen von Terrorismus und Umweltzerstörung alle Sicherheitsrisiken auf engstem Raum konzentriert. Allein aus geografischen Gründen besitzen die EU-Staaten von daher unterschiedliche Prioritäten.

Für einen Gesamtansatz kommt erschwerend hinzu, dass die Sicherheitsrisiken sich nicht mehr einem Politikfeld zuordnen lassen. Wie oben dargelegt, gewinnen immer mehr Politikfelder Einfluss auf die Sicherheitspolitik. Alle Politikfelder müssen zusammenwirken, wenn die Probleme, mit denen die EU konfrontiert ist, gelöst werden sollen.

Da die Probleme vielfältig und regional verschieden sind, ist es sinnvoll, spezifische Arbeitsgruppen einzurichten. Die strategischen Entscheidungen sollten weiterhin im Europäischen Rat und Rat getroffen werden. Dadurch ist die Einbindung aller Staaten sichergestellt. Im Bereich der Arbeitsebene sollten allerdings kleinere Gruppen Handlungsspielraum besitzen. Durch das Verlagern auf permanente Arbeitsebenen wird Kontinuität geschaffen und Ressourcen werden sinnvoll genutzt. Es wird somit möglich, schnell und konkret auf Probleme einzugehen. Mit den außenpolitischen Gruppen kann die Union die weichen Sicherheitsrisiken in ihrem Umfeld bearbeiten. Solche Gruppen leisten kontinuierliche Arbeit. Es werden alle Staaten eingebunden, ohne dass einzelne Verwaltungen überfordert werden. Zudem kann sich keine dieser Gruppen aufgrund der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Rat verselbstständigen. Im Rahmen der vom Europäischen Rat vorgegebenen Ziele können sie in Kooperation mit dem Hohen Vertreter der Union alle Bereiche des europäischen Handelns in der Tagespolitik koordinieren.

Im Falle von Krisen greifen diese Gruppen nur bis zu einem gewissen Grad. Die Zusammensetzung sollte in solchen Fällen flexibel gehandhabt werden. Es liegt auf der Hand, dass zum Beispiel der illegalen Migration aus Georgien mit einer anderen Droh- und

Machtkulisse begegnet werden muss, als den iranischen Bestrebungen waffenfähiges Uran anzureichern.

Für die so genannten „robusten“ Einsätze müssen andere Mechanismen greifen. Wie dargelegt, sind die EU-Staaten nur begrenzt zu militärischem Handeln fähig. Um eine Situation wie in Afghanistan oder im Irak zu meistern, ist die Union auf Partner, insbesondere die USA, angewiesen. Um die Kooperation im Bereich des Krisenmanagements effektiv zu gestalten, ist die an sich naheliegendste Organisation, die NATO, nur bedingt geeignet. Die NATO ist eine militärische Organisation, die im Bereich des zivilen Krisenmanagements nur geringe Erfahrungen besitzt. Die Union hingegen hat im militärischen Sektor noch Defizite. Um die militärischen und zivilen Erfordernisse zwischen den europäischen Staaten, den USA, der EU und der NATO zu koordinieren, sollte eine „Atlantische Union“ ins Leben gerufen werden. In dieser Organisation können zudem andere, für das Krisenmanagement bedeutsame nichtstaatliche Akteure, eingebunden werden. Da die europäischen Staaten und die USA sich in ihren Fähigkeiten ergänzen, wird eine solche Atlantische Union in der Lage sein, weltweit Stabilität zu produzieren und Krisen zu meistern.

Die OSZE kann als Organisation für ein solches Vorhaben nicht herangezogen werden. Zum einen ist sie zu groß, um eine effektive Arbeit gewährleisten zu können. Und zum anderen besitzen die meisten Mitgliedsstaaten nicht die erforderlichen Mittel für ein modernes Krisenmanagement oder sind selbst ein Sicherheitsrisiko.

Die in der ESS formulierten Ziele werden sich nur dann erreichen lassen, wenn die EU präventiv und politikfeldübergreifend agiert. Die heute vorherrschenden Sicherheitsrisiken sind nur dann lösbar, wenn ein umfassender Ansatz genutzt wird. Dieser Ansatz ist allerdings nicht von den Staaten oder der EU alleine zu verwirklichen. Die Politik kann lediglich den Rahmen schaffen, in dem dauerhafte Stabilität entstehen kann. Diese kann es allerdings erst dann geben, wenn es eine wirtschaftliche Grundlage gibt. Aus diesem Grund muss die EU die Kooperation mit der Privatwirtschaft im Rahmen von PPP weiter ausbauen. Ohne die Investitionen der Wirtschaft kann eine langfristige Perspektive nicht aufgebaut werden. Allerdings sind in diesem Gebiet nur geringe Fortschritte zu konstatieren. Insgesamt steckt diese Entwicklung trotz ihres Potenzials immer noch in den Anfängen.

Für die Verwirklichung der ESS ist es zudem notwendig, dass die EU es schafft, zu klären, wie ihre endgültige Gestalt aussehen soll. Die Frage der Grenzziehung ist hierbei zunächst von sekundärer Bedeutung. Wesentlich wichtiger ist es zu klären, welche internen Strukturen

aufgebaut werden sollen. Dies hat auch direkte Auswirkungen auf die Beitrittsfrage, da sich die Kopenhagener Kriterien, in diesem Fall die Kriterien der Aufnahmefähigkeit und des Erhalts der Integrationskraft, dementsprechend auch verändern. Die beitriftswilligen Staaten müssen höhere Leistungen erbringen, wenn die Integration vertieft wird. Je nachdem, welche Formen der Integration entwickelt werden, können auch flexible Mitgliedschaftsformen entwickelt und angewandt werden.

Wenn die EU über diese Fragen Klarheit besitzt, wird sie auch in der Lage sein, weitere für die Sicherheit Europas relevante Fragen aktiv zu beeinflussen. Dies betrifft die Fragen nach der Reform des Völkerrechts und der Vereinten Nationen. Aber auch die Fragen nach der Legitimität von Gewalt zur Durchsetzung universeller Werte oder der Umgang mit nichtstaatlichen Akteuren in der internationalen Politik gehören in diesen Komplex.

Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen verlangen schnelle und flexible Lösungsansätze. Indem der Rat das politische Tagesgeschäft verschiedenen Gruppen von Staaten überlässt, gewinnt die Union an Effizienz. Es können in diesen Gruppen spezifische Strukturen geschaffen werden, die sich mit konkreten regionalen Aspekten befassen. Der Rat gibt die allgemeine Linie vor und wacht über die Durch- und Umsetzung der Beschlüsse. Diese Lösung hat den Vorteil, dass auch die kleineren Staaten eingebunden sind, ohne dass sie Gefahr laufen, administrativ überfordert zu werden. Im Falle von Krisen sollte die Union dieses Konzept ebenfalls anwenden. Es erscheint illusorisch, dass das hochgesteckte Ziel eines „wirkungsvollen Multilateralismus“ im Verbund mit allen EU-Staaten zu erreichen ist. Es ist zweckmäßiger, eine interne Abstimmung vorzunehmen und anschließend mit einer kleinen Gruppe von Staaten aktiv zu werden, wie dies auch beispielsweise mit dem Nahost-Quartett oder den Gesprächen mit dem Iran bereits geschieht. Alles in allem lässt sich auf diese Weise eine effektive und flexible Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln, die Ressourcen sinnvoll nutzt und die Interessen aller Beteiligten wahrt.

13. Quellen- und Literaturverzeichnis¹¹⁷⁴

13.1. Quellen

Agreement on the multinational Peace-Force South-Eastern Europe, auf:

<http://faq.macedonia.org/politics/multinational.forces.agreement.pdf>, am 03.02.2006

Außenministerium Litauen: Lithuania's Security Policy, auf:

<http://www.urm.lt/index.php?1409051452>, am 30.01.2008

Außenministerium Polen: Non-Paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement, Warschau 2003, in: Mazur-Barańska, Agnieszka/ Stanisławski, Wojciech (Ed.): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warschau 2003, auf: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, am 15.07.2005

Auswärtiges Amt (1): Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel 29.04.2003, auf: <http://www.nachtwei.de/sicherheitspolitik/Deutschland%20Frankreich%20%20Luxemburg%20und%20Belgien.htm>, am 30.01.2008

Auswärtiges Amt (2): Die EU und Zentralasien – Eine Strategie für eine neue Partnerschaft, auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf>, am 05.07.2007

Bundeskanzleramt Österreich – Regierungsprogramm 2007 – 2010: Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, auf: <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=19542>, am 20.07.2007

Bundesregierung Österreich (1): Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin - Allgemeine Erwägungen, auf: http://www.bundeskanzleramt.at/2004/4/4/doktrin_d.pdf, am 24.05.2006

Bundesregierung Österreich (2): Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin – Analyse-Teil, auf: <http://www.bundeskanzleramt.at/2004/4/4/sicherheit.pdf>, am 25.05.2006

Bundesrepublik Deutschland (1): Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Berlin Mai 2004, auf: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/aktionsplan.pdf>, am 16.07.2006

Bundesrepublik Deutschland (2): Europa gelingt gemeinsam – Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, auf: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/06/Anlagen/2007-06-27-bilanz-praesidentschaft,property=publicationFile.pdf>, am 29.01.2008

¹¹⁷⁴ Das Datum hinter einer URL gibt das Datum des letzten inhaltlichen Zugriffs auf die Website an.

Bundesrepublik Deutschland (3): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, auf: <http://www.weissbuch.de>, am 25.10.2006

Bundesrepublik Deutschland (4): Verteidigungspolitische Richtlinien 2003, auf: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/vpr2003.html>, am 27.07.2006

Bundesrepublik Deutschland (5): Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland zu der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses zu dem Bericht über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland, Juli 2002, auf: http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2002/Beratender_Ausschusses_fuer_das_Id_23538_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Beratender_Ausschusses_fuer_das_Id_23538_de.pdf, am 18.06.2007

Bundesrepublik Deutschland (6): ESVP-Präsidentschaftsprogramm, auf: http://www.eu2007.de/de/Policy_Areas/General_Affairs_and_External_Relations/ESDP/Pr esidency_Programme_ESDP.html, am 30.01.2008

Chirac, Jacques: Rede vor den strategischen Luft- und Seestreitkräften in L'île Longue (Auszüge), Brest, 19, Januar 2006, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/chirac_nucleaire.pdf, am 12.02.2006

de Hoop Scheffer (2), Jaap: Die NATO und die EU: Zeit für ein neues Kapitel, Rede in Berlin am 29.01.2007, auf: <http://www.nato.int/docu/speech/2007/s070129c.html>, am 02.08.2007

de Hoop Scheffer (3), Jaap: Rede auf dem NATO-Gipfel am 28.11.2006, auf: <http://www.nato.int/docu/speech/2006/s061128a.htm>, am 12.12.2006

Erdogan, Recep Tayyip: Why the EU needs Turkey, Rede an der Universität Oxford 28.05.2004, auf: <http://www.sant.ox.ac.uk/esc/esc-lectures/ERdogan1.pdf>, am 13.11.2005

Eurobarometer 67, auf: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb_67_first_de.pdf, am 01.09.2007

Europäische Kommission (1): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament – Eine Energiepolitik für Europa, KOM(2007) 1 endgültig, Brüssel 10.01.2007, auf: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0001de01.pdf, am 04.05.2007

Europäische Kommission (10): Mitteilung der Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik - Strategiepapier, KOM(2004) 373 endgültig, Brüssel 12.05.2004, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf, am 09.09.2006

Europäische Kommission (2): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn, KOM(2003) 104 endgültig, Brüssel 11.03.2003, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf, am 07.01.2007

Europäische Kommission (3): Communication from the Commission - 2005 enlargement strategy paper, COM(2005) 561, Brüssel 09.11.2005, auf: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2005/com2005_0561en01.pdf, am 18.11.2005

Europäische Kommission (4): Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee - Governance and Development, COM(2003) 615 final, Brüssel 20.10.2003, auf: http://www.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2003/com2003_0615en01.pdf, am 24.01.2006

Europäische Kommission (5): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) - Finanzierung 2007-2013, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/0703_enpi_figures_de.pdf, am 10.07.2007

Europäische Kommission (6): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat vom Juni 2006: Europa in der Welt - Praktische Vorschläge für mehr Kohärenz, Effizienz und Sichtbarkeit, KOM(2006) 278 endgültig, Brüssel 08.06.2006, auf: http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euw_com06_278_de.pdf, am 09.06.2007

Europäische Kommission (7): Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament über das allgemeine Konzept zur Ermöglichung einer Beteiligung von ENP-Partnerstaaten an Gemeinschaftsagenturen und –programmen, KOM(2006) 724 endgültig, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_724_de.pdf, am 16.03.2007

Europäische Kommission (8): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Die Schwarzmeersynergie – Eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit, KOM(2007) 160 endgültig, Brüssel 11.04.2007, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com07_160_de.pdf, am 29.06.2007

Europäische Kommission (9): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, KOM(2006) 726 endgültig, Brüssel 04.12.2006, auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf, am 16.03.2007

Europäische Kommission/Hoher Vertreter für die GASP: Eine Aussenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich – Papier der Kommission des Generalsekretärs/Hohen Vertreters für den Europäischen Rat, auf: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st09971.de06.pdf>, am 15.07.2006

Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel
12.12.2003, auf: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, am 18.04.2006

Europäischer Rat 08./09. März 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf, am
04.05.2007

Europäischer Rat 13./14. März 2008 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes,
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/99429.pdf, am
11.06.2008

Europäischer Rat 14./15. Dezember 2006 - Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/92219.pdf, am
05.01.2007

Europäischer Rat 15./16. Dezember 2005 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/87646.pdf, am
16.03.2007

Europäischer Rat 17./18. Juni 2004: Headline Goal 2010, auf:
<http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/2010%20Headline%20Goal.pdf>, am
05.07.2005

Europäischer Rat 21./22. Juni 1993 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, am
15.08.2007

Europäischer Rat 21./22. Juni 2007 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/94935.pdf, am
29.06.2007

Europarat (1): http://www.coe.int/T/D/Com/Europarat_kurz/Mitgliedslaender/default.asp, am
01.03.2007

Europarat (2): Liste der von der Türkei ratifizierten Verträge des Europarates:
<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTraites.asp?PO=TUR&MA=999&SI=2&DF=&CM=3&CL=GER>, am 18.06.2007

Europarat (3): Liste über den Stand der Ratifizierung des Rahmenabkommens:
<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=157&CM=1&DF=6/20/2007&CL=GER>, am 18.06.2007

Europarat (4): Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, auf:
<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm>, am 10.06.2007

EU-Russland Gipfel: Road Map for the Common Space of External Security, auf:
http://ec.europa.eu/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#es, am
10.10.2005, S.35-44

EU-Russland Gipfel: Road Maps, Moskau, 10.05.2005, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/84815.pdf, am
10.10.2006

Ferrero-Waldner, Benita: The European Union and Russia – future prospects, auf:
<http://europa.eu/rapid/pressReleaseAction.de?reference=SPEECH/08/175&format=PDF&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, am 23.04.2008

Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen, des Europäischen Parlamentes und der Kommission: Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, auf: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_046/c_04620060224de00010019.pdf, am
15.11.2006

Hoher Vertreter für die GASP/Europäische Kommission: Klimawandel und internationale Sicherheit – Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat, Brüssel 2008, auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/99391.pdf,
am 22.03.2008

<http://www.welt-in-zahlen.de/laenderinformation.phtml?country=215>, Abschnitt Militär, am
13.02.2007

<http://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml>, am 11.03.2007: Vergleich der Türkei
und der Ukraine

Konfliktbarometer 2002, auf:
http://www.hiik.de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2002.pdf, am 17.09.2007

Konfliktbarometer 2003, auf:
http://www.hiik.de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2003.pdf, am 17.09.2007

Konfliktbarometer 2004, auf:
http://www.hiik.de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2004.pdf, am 17.09.2007

Konfliktbarometer 2005, auf:
http://www.hiik.de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2005.pdf, am 17.09.2007

Konfliktbarometer 2006, auf:
http://www.hiik.de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2006.pdf, am 17.09.2007

Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Brüssel 2008, auf:

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655-re1.de08.pdf>, am 04.06.2008

Merkel (1), Angela: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, auf:

http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=170&, am 04.03.2006

Merkel (2), Angela: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Europäischen Parlament am 27.06.2007, auf: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2007/06/2007-06-27-rede-merkel-ep.layoutVariant=Druckansicht.html>, am 29.06.2007

Miliband, David: Europa 2030: Vorbildmacht – keine Supermacht, auf: <http://www.britische-botschaft.de/de/news/items/071115a.htm>, am 23.11.2007

Morin, Hervé: Rede auf der Sommeruniversität für Verteidigung, Toulouse 11.09.2007, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/morin_toulouse_11.9.pdf, am 23.04.2008

NATO: Prager Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs auf dem Treffen des Nordatlantikrates in Prag, am 21. November 2002, auf: <http://www.nato.int/docu/other/de/2002/p02-127d.htm>, am 21.11.2005

OSCE – Handbook, auf: http://www.osce.org/publications/sg/2007/10/22286_952_en.pdf, am 04.02.2007

Papandreou, George. A.: The Future of Europe after Iraq, Rede am St. Antony's College Oxford am 06.05.2003, auf: <http://www.greekembassy.org/Embassy/content/en/Article.aspx?office=1&folder=406&article=11463>, am 13.11.2005

Polish-Swedish Proposal Eastern Partnership, auf:

http://www.euractiv.com/29/images/080523%20polish-swedish%20proposal_tcm29-172658.doc, am 04.06.2008

Rat der Europäischen Union – Allgemeine Angelegenheiten 17./18. Juni 2007 – Mitteilung an die Presse, auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/94831.pdf, am 20.06.2007

Rat der Europäischen Union (1): Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 18./19. Juni 2007 – Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik - Fortschrittsbericht des Vorsitzes, auf: <http://www.auswaertiges->

- amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Nachbarschaftspolitik-ERJuni07.pdf, am 29.06.2007
- Rat der Europäischen Union (2): Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 11.12.2006 – Schlussfolgerungen auf:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/92388.pdf, am 07.01.2007
- Regierungskonferenz 2003/2004: Vorläufige konsolidierte Fassung des Vertrages über eine Verfassung für Europa, Brüssel 25.06.2004, auf:
<http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00086.de04.pdf>, am 07.07.2004
- Regierungskonferenz 2007: Entwurf eines Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, auf:
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00001-re01.de07.pdf>, am 05.11.2007
- Reid, John: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, auf:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=165&, am 06.07.2006
- Republik Polen: The National Security Strategy of the Republic of Poland, Warschau Juli 2003, auf: <http://merln.ndu.edu/whitepapers/Poland-2003.pdf>, am 07.12.2005
- Sarkozy (1), Nicolas: Rede zur Eröffnung der 15. Botschafterkonferenz, Paris 27.08.2007, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/sarkozy_botschafterkonferenz-2.pdf, am 18.10.2007
- Sarkozy (2), Nicolas: Vorstellung des atomgetriebenen U-Boots *Le Terrible* – Rede von Staatspräsident Sarkozy, Cherbourg, 21. März 2008 (vorläufige Übersetzung), auf:
http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/Sarkozy_cherbourg_desarmement.pdf, am 23.04.2008
- Scharioth, Klaus: Aktuelle Fragen zur Europapolitik, auf: [http://www.iep-berlin.de/index.php?id=57&L=1%2Findex.php%3Fsite1%3Dhttp%3A%2F%2Fsecretagent.by.ru%2Fr57.php%3F%3F&tx_ttnews\[tt_news\]=100&tx_ttnews\[backPid\]=55&cHash=044efd61e1](http://www.iep-berlin.de/index.php?id=57&L=1%2Findex.php%3Fsite1%3Dhttp%3A%2F%2Fsecretagent.by.ru%2Fr57.php%3F%3F&tx_ttnews[tt_news]=100&tx_ttnews[backPid]=55&cHash=044efd61e1), am 12.06.2005
- Schröder (1), Gerhard: Rede auf der 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 12.02.2005, auf:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=143&, am 06.07.2006

Schröder (2), Gerhard: Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 30.04.2004, auf: http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/reden/europapolitik/30042004_schroeder_eu.pdf, am 10.08.2007

Sikorsky, Radoslaw: Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, auf: http://www.securityconference.de/keonferenzen/rede.php?menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=206&, am 17.02.2008

Special Eurobarometer – Attitudes towards European Union Enlargement, auf: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_255_en.pdf, am 01.09.2007

Steinmeier (1), Frank-Walter: Rede anlässlich der französischen Botschafterkonferenz am 28. August 2006 in Paris, auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/060828-BoKo-Paris.html>, am 04.09.2006

Steinmeier (2), Frank-Walter: Russland, Europa und die Welt - Perspektiven der Zusammenarbeit in globalen Sicherheitsfrage, Rede auf der 42. Münchner Sicherheitskonferenz, 05.02.2006, auf: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=175&, am 06.07.2006

Steinmeier (3), Frank-Walter: Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik. Die Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland und den östlichen Nachbarn, auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2008/080304-BM-Ostpolitik.html>, am 10.03.2008

Tschechische Republik: Security Strategy of the Czech Republic, auf: <http://www.czechembassy.org/www/mzv/defaultart.asp?id=24118&ido=7567&idj=2&amb=1&type=print>, am: 07.12.2005

Vereinigte Staaten von Amerika (1): The National Security Strategy of the United States of America, auf: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2006/nss2006.pdf>, am 16.09.2006

Vereinigte Staaten von Amerika (2): Press Conference by the President, 25.10.2006, auf: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2006/10/20061025.html#>, am 26.10.2006

Vereinigtes Königreich: The National Security Strategy of the United Kingdom – Security in an interdependent world, London 2008, auf: http://www.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf, am 23.03.2008

Vereinte Nationen: Charta der Vereinten Nationen: Kapitel II, Artikel 3 und 4, auf: http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=196&limit=1&limitstart=2, am 02.03.2007

Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923, Artikel 37-45, auf:

<http://net.lib.byu.edu/~rdh7/wwi/1918p/lausanne.html>, am 09.07.2007

Vertrag von Nizza – Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, deutsche Begleitgesetze, hrsg. von Thomas Läufer, Bonn 2002

Villepin (2), Dominique de: Regierungserklärung vor der Nationalversammlung am

08.06.2005, auf: <http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/vil->

[declaration_politique_generale.pdf](http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/vil-declaration_politique_generale.pdf), am 10.08.2007

Vorsitz des Europäischen Rates – Vorschlag des Vorsitzes zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013, vom 19.12.2005, S.27, auf:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/misc/87735.pdf, am

16.03.2007

Zoellick, Robert B.: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik,

05.02.2006, auf:

http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen

[=&sprache=de&id=176&](http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=176&), am 06.07.2006

13.2. Zeitungsartikel

„Eastern Partnership‘ could lead to enlargement, Poland says, auf:

<http://euobserver.com/24/26211>, am 04.06.2008

„Mittelmeerunion ist Demütigung“, in: FAZ, Nr.135, 12.06.2008, S.7

AKP schickt Gül zum zweiten Mal ins Rennen, auf:

<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung3038.html>, am 15.08.2007

Antwort auf die Mittelmeerunion, in: FAZ, Nr. 123, 29.05.2008, S.6

Assad bestätigt Angebot Olmerts, in: FAZ, Nr.97, 25.04.2008, S.2

Aufgaben für die Zukunft benennen – Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Rheinischen Post am 21.03.2007, auf:

http://www.bundesregierung.de/nn_1500/Content/DE/Interview/2007/03/2007-03-21-interview-merkel-rheinische-post.html, am 22.03.2007

Aufgebrochen, um auszubrechen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.12, 17.01.2005, S.3

Aufrüttelnder Weckruf birgt Chancen - Interview mit Werner Weidenfeld, auf:

<http://www.cap.lmu.de/download/2005/tagesanzeiger.pdf>, am 31.05.2005

Augen zu und durch, in: Der SPIEGEL, Nr.16, Hamburg 18.04.2005, S.122-126

Barnier, Michel: Europäische Verteidigung, in: La Tribune, 17.05.2005, auf:
http://www.botschaft-frankreich.de/article.php3?id_article=611, am 04.07.2005

Bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts sind wir unerbittlich – Interview mit Manuel Barroso, in: FAZ, Nr. 168, 23.07.2007, S.6

Benennung nationaler Interessen statt „Methode Monnet“ – Interview mit Prof. Stefan Brüne, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/127474/name/Benennung+nationaler+Interessen+statt+Methode+Monnet/Dossier/1/Dossierid/125918/Dossiername/Herausforderungen+der+Entwicklungspolitik/kapitel/125891/b2/Au%C3%9Fen+&+Sicherheit/n1/Themen/n2/AussenSicherheit>, am 27.07.2006

Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU, auf:
<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E2FDB15D2F5084C19B6D27D5C1C72DDA1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 08.08.2006

Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Grundlagen europäischer Solidarität, in: FAZ, Nr.140, 20.06.2003, S.8

Braucht man die Serben? – Interview mit Erhard Busek, in: Der SPIEGEL, 19/2006, Hamburg 08.05.2006, S.152

Brisant und gefährlich: Interview mit Außenminister Steinmeier, in: Der SPIEGEL 5/2006, Hamburg 30.01.2006, S.26-29

Bury, Hans Martin: Die Europäische Verfassung ist die Geburtsurkunde der Vereinigten Staaten von Europa, auf: <http://www.schozachtbottwartal.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=701&mode=thread&order=0&thold=0&POSTNUKESID=4ef14cf5f3feebd9d1c0407ae319ea0>, am 12.06.2005, o.S.

Club im Club, in: Der SPIEGEL, Nr.51, Hamburg 19.12.2005, S.32

Das Pathos hat ausgedient, in: Der SPIEGEL 19/2005, Hamburg 09.05.2005, S.20-24

Das polnische Menetekel, auf:
<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E9177910E49514AEBA2737CBA1C8637FB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 25.06.2007

Der Deal mit Wien, auf: <http://www.abendblatt.de/daten/2005/10/04/488696.html>, am 15.07.2007

Der polnische Patient, auf:
<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E6A05DC1BFA13486EB0537B4346134FF6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 15.06.2007

Deutschland ist größter Truppensteller für NATO-Einsätze, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.9/10, Berlin, 28.02./07.03.2005, S.11

Deutschland soll mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.16, 28.April 2005, S.4

Die deutsche Ohnmacht, in: Die diplomatische Welt, 1/2003, 11.01.2003, S.DW1

Die Dinge, die wir nicht wissen – wir wissen sie nicht, auf:
<http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/139/91048/3/>, am 19.11.2006

Die Frage der Stimmengewichtung ist nicht entscheidend – Interview mit Vaclav Klaus, in: FAZ, Nr.140, 20.06.2007, S.6

Die Kongo-Falle, in: Der SPIEGEL 13/2006, Hamburg 27.03.2006, S.30-31

Die neue Eiszeit, in: Der SPIEGEL 21/2007, Hamburg 21.05.2007, S.24-26

Die Schlacht der Zwillinge, in: Der SPIEGEL, Nr.25, Hamburg 18.06.2007, S.24-38

Die verhinderte Weltmacht, in: Die diplomatische Welt, 3/2003, 08.03.2003, S. DW3

Ehrhart (6), Hans-Georg: Europa in neuer Rolle: als „Friedensmacht“, in: Das Parlament, 18-19/2005, auf: <http://www.das-parlament.de/2005/18-19/Thema/028.html>, am 10.10.2006

Ein letzter Versuch, auf: <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/523/119379/>, am 20.06.2007

Eiszeit im Osten Europas, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.21, 27.01.2005, S.7

Es wird frostig auf dem Gipfel, auf:
<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/999/119852/>, am 01.07.2007

EU kann mit Russland verhandeln, in: FAZ, Nr.110, 13.05.2008, S.6

EU risks credibility loss on enlargement, Turkey says, auf: <http://euobserver.com/15/24363>, am 27.06.2007

EU wants ‚political stability‘ in Ukraine before closer ties, auf:
<http://euobserver.com/15/25553>, am 16.04.2008

Europa braucht jetzt mehr Zeit, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.134, 14.06.2005, S.1

Europa im Jahr null, in: Der SPIEGEL, Nr.23/2005, Hamburg 06.06.2005, S.94-105

Europa soll weltweit mitmischen – Interview mit José Sócrates, in: Der SPIEGEL, 48/2007, Hamburg 26.11.2007, S.129-132

Europas neue Ufer am Schwarzen Meer, in: taz, 02.01.2007, auf:
<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=au&dig=2007%2F01%2F02%2Fa0094&src=GI&cHash=b9c7b93ff4>, am 18.10.2007

Europeans see US as major world security risk, auf: <http://euobserver.com/24/24404>, am 02.07.2007

Former military chiefs call for joint EU-NATO 'directorate', auf: <http://euobserver.com/13/25472>, am 17.03.2008

France considers dropping Turkey referendum, auf: http://euobserver.com/15/24775?rss_rk=1, am 25.09.2007

France signals full return to NATO, auf: <http://euobserver.com/13/25921>, am 16.04.2008

France to push for intervention force created by EU big six, auf: <http://euobserver.com/13/25667>, am 17.04.2008

Gefährlicher Großmut, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.85, 14.04.2005, S.4

Geteilte Arbeit ist bessere Arbeit, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/Dossier/1/kapitel/125891/Dossierid/125918/n1/Themen/n2/AussenSicherheit/id/124956/name/Geteilte+Arbeit+ist+bessere+Arbeit>, am 27.07.2006

Glennon, Michael J.: Der Traum, in: FAZ, Nr.144, 25.06.2003, S.7

Hermann, Rainer: Das einigende Band, in: FAZ, Nr.104, 05.05.2008, S.12

Ich habe Angst um Europa – Interview mit Vaclav Klaus, in: FAZ Nr.62, 15.03.2005, S.5

Im Süden sieht Sarkozy die Zukunft Europas, auf: <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EB617205BB94B44B886DABDB3C7B9C8DE~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 20.05.2007

Interview mit Nicolas Sarkozy in der Zeitschrift "Diplomatie", auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf_sarkozy_golfe_diplo.pdf, am 30.06.2009, S.1ff.

Interview mit Vaclav Klaus, auf: <http://www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=2fRNkF0oHfkq>, am 13.06.2006

Klaus, Václav: Why Europe must reject centralisation, auf: <http://www.vaclavklaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=STtciajZmUpU>, am 17.10.2006

Merkel gegen eine EU der zwei Geschwindigkeiten, in: FAZ, Nr.147, 28.06.2007, S.1f.

Nach Mittelmeerunion Überlegungen zu „östlicher Partnerschaft“, auf: <http://derstandard.at/?url=/?id=3349842>, am 02.06.2008

Nationalismus ist die Pest, in: Der SPIEGEL 18/2005, Hamburg 02.05.2005, S.36-40

New EU 'consensus' over enlargement highly fragile, auf: <http://euobserver.com/15/23119>, am 25.12.2006

Ohne Erweiterung wäre alles viel schlechter - Interview mit Günter Verheugen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.134, 14.06.2005

Paris will mit USA solidarisch zusammenarbeiten - Frankreichs Verteidigungsministerin Alliot-Marie über die Nuklearstrategie und die neuen globalen Bedrohungen: auf: <http://www.welt.de/data/2006/02/04/840741.html?prx=1>, am 06.02.2006

Poland indicates support for boosting EU's military role, auf: <http://euobserver.com/12/26046>, am 28.04.2008

Polen nach dem EU-Gipfel, auf: <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E0922A1338263419C81894C01D47D223C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 25.06.2007

Polen rückt ab von Raketenabwehr, in: FAZ, Nr. 5, 07.01.2008, S.6

Polen soll missachtet werden, auf: <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/518/119374>, am 20.06.2007

Polen und Ukraine bauen Pipeline, in: FAZ, Nr.88, 15.04.2008, S.5

Polish PM ups ante in Germany war talk, auf: <http://www.euobserver.com/9/24372>, am 28.06.2007

Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel, auf: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,413931,00.html>, am 27.10.2006

Polnisches Hoffen auf ein Jawort Amerikas, in: FAZ, Nr. 12, 15.01.2008, S.4

Raffarin, Jean-Pierre: Europa: Die richtige Antwort ist „ja“, auf: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/raffarin_le_monde.pdf, am 04.07.2005

Raunen über „Energie-NATO“, in: FAZ, Nr.85, 11.04.2008, S.12

Reiter (3), Erich: Ewigkeitsprobleme der EU-Sicherheitspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr.199, 29.08.2003, S.4

Russland hat die Rohstoffe, der Westen hat sie nicht – Interview mit Alexander Rahr, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/131377/name/Russland+hat+die+Rohstoffe,+der+Westen+hat+sie+nicht/Blickpunkt/2/n1/Themen/n2/AussenSicherheit>, am 27.07.2006

Sarkozy will Flugzeugträger mit Italien bauen, in: FAZ, Nr.47, 20.02.2009, S.1

Sarkozy will Verfassung ändern, in: FAZ, Nr.83, 09.04.2008, S.6

Sarkozys Parforceritt, in: FAZ, Nr.83, 09.04.2008, S.10

Schäuble, Wolfgang: Die europäische Integration voranbringen, auf: <http://www.wolfgang-schaeuble.de/texte/050128faz.pdf>, am 01.08.2007

Schwarz, Hans-Peter: Elefanten und Biber, in: FAZ, Nr.116, 20.05.2003, S.8

Schwerer Abschied, in: FAZ, Nr.147, 28.06.2007, S.10

Sehnsucht nach Harmonie, in: Der SPIEGEL, Nr.24, Hamburg 13.06.2005, S.112-113

Solana unterstützt Gül, auf:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Tuerkei;art123,1855878>, am 15.05.2007

Spiel ohne Grenzen, in: Focus 52/2004, München 20.12.2004, S.166-168

Stimme der Unzufriedenen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.143, 25.06.2007, S.2

Störanfällige Außenpolitik, auf:

<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/431/12419/print.html>, am 22.12.2005

Teltschik, Horst: Russland braucht keine Belehrungen, in: FAZ: Nr.106, 07.05.2008, S.7

Triumph und Isolation, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 143, 25.06.2007, S.2

Türkei: Keine Verbesserungen, auf:

<http://www.oecumene.radiovaticana.org/TED/Articolo.asp?c=59373>, 09.07.2007

Türkei-Beitritt später beraten,

<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E8DAAB1F7D1724BCD8F5955FC4F1B4EA9~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 01.06.2007

Turkmenisches Gas für die EU, in FAZ, Nr.88, 15.04.2008, S.5

Ukraine changes tone on EU enlargement, auf: <http://www.euobserver.com/15/23649>, am 12.03.2007

Ukraine chaos poses questions on EU enlargement, auf: <http://euobserver.com/9/22084>, am 15.07.2007

Ukraine strebt EU-Beitritt an, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.11, 14.03.2005, S.1

Ukraine takes EU to task for weak words on new treaty, auf: <http://euobserver.com/24/23317>, am 24.01.2007

USA wünschen sich handlungsfähige EU, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.140, 21.06.2005, S.7

Verheugen warns EU against 'dangerous spiral' on Turkey, auf:

<http://euobserver.com/9/22593>, am 09.10.2006

Verteidigung neu definieren - Interview mit Verteidigungsminister Jung, in: FAZ, Nr.101, 02.05.2006, S.5

Villepin (1), Dominique de: Ein neues politisches Europa, in: FAZ, Nr.148, 29.06.2005, S.10

Vorschlag zur Mittelmeerunion, in: FAZ, Nr.116, 20.05.2008, S.7

Warnung vor weiteren Versprechen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr.140, 21.06.2005, S.7

Wege aus dem Dilemma gesucht, in: Das Parlament, 55. Jg., Nr.23/24, 06./13.06.2005, S.11

Wem gehören Öl und Gas im Kaspischen Meer?, in: FAZ, Nr.241,

Wir sind doch keine Idioten – Interview mit Mariusz Muszynski, in: Der SPIEGEL 25/2007, Hamburg 18.06.2007, S.30-31., S.31

Wir teilen grundlegende Ziele und Werte, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 100, 02.05.2005, S.5

Wutausbruch in Brüssel – Beschwichtigung in Moskau, auf:

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E5F5E7C1A698747EABA6D26EC18637694~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, am 16.05.2007

13.3. Sekundärliteratur

Abramowitz, Morton I./ Burt, Richard R., u.a.: Turkey on the Threshold: Europe's Decision and U.S. Interests, Atlantic Council Policy Paper, Washington August 2004, auf:

http://www.acus.org/docs/0408-Turkey_Threshold_Europe_Decision_U.S._Interests.pdf, am 15.09.2005

Adomeit, Hannes/Lindner, Rainer: Die „Gemeinsamen Räume“ Rußlands und der EU - Wunschbild oder Wirklichkeit?, SWP-Studie 34/2005, Berlin November 2005, auf:

http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2565, am 29.06.2005

Aichner, Meinrad: Welche NATO hat Zukunft? Der Wandlungsprozess der Nordatlantischen Allianz seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes: ein Prozess des Zerfalls oder ein Aufbruch zur Erneuerung, Dissertation Münster 2004, auf: http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=972767320&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=972767320.pdf, am

01.02.2006

Akçakoca, Amanda/Cameron, Fraser/Rhein, Eberhard: Turkey - Ready for the EU?, EPC Issue Paper 16, Brüssel 28.09.2004, auf:

http://www.epc.eu/TEWN/pdf/365498427_EPC%20Issue%20Paper%2016%20Turkey%20Ready%20for%20the%20EU.pdf, am 02.02.2005

Alexeev, Denis: Russia and the System of Transatlantic Security – Perspectives for the Future, George C. Marshall European Center for Security Studies, Occasional Paper Series, No.1, September 2006, auf: http://www.marshallcenter.org/site-graphics/lang-en/page-pubs-index-1/static/xdocs/research/static/occpapers/occ-paper_1-en.pdf, am 10.10.2006

Algieri, Franco: Die erweiterte EU als internationaler Akteur, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, 54. Jg. Heft 1/2004: Die Osterweiterung der EU, Stuttgart 2004, auf:

http://www.buergerimstaat.de/1_04/erweit.htm, am 20.09.2004

Anderson, James/O'Dowd, Liam/Wilson, Thomas M. (Ed.): New Borders for a Changing Europe - Cross-border Cooperation and Governance, London u.a. 2003

Archick, Kristin/Gallis, Paul: NATO and the European Union, CRS Report for Congress, 12.05.2005, auf: <http://fpc.state.gov/documents/organization/47074.pdf>, am 25.05.2005

- Argirakos (1), Dimitrios: Sicherheit durch Wandel, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/150020?print=true>, am 20.12.2006
- Argirakos (2), Dimitrios: Über das Wesen der Außenpolitik, auf: http://www2.dias-online.org/direktorien/ord_int/050502_49, am 26.11.2005
- Aydin, Mustafa: Europe's next shore: the Black Sea region after EU enlargement, Occasional Paper 53, Institute for Security Studies, Paris Juni 2004, auf: <http://www.iss-eu.org/occasion/occ53.pdf>, am 12.07.2005
- Bailes (1), Alyson J.K.: Die Europäische Sicherheitsstrategie: programmatische und praktische Perspektiven für GASP und ESVP, in: integration 2/2005, 28. Jg., Berlin 2005, S.107-118
- Bailes (2), Alyson, J.K.: Thoughts on Civilisation, Security, Integration and Reform, in: Tassinari, Fabrizio/Joenniemi, Perti/Jakobsen, Uffe: Wider Europe – Nordic and Baltic lessons to post-enlargement Europe, auf: <http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2006/Wider%20Europe/Wider%20Europe.pdf>, Kopenhagen 2006, am 05.04.2007, S.29-38
- Balcer, Adam: Relations between Turkey and the European Union, CES Studies, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001674/01/turkey_and_eu.pdf, am 28.10.2005
- Balibar Etienne/Krzemiński, Adam: Scheitert Europa?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2003, S.1441-1452
- Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008
- Batt, Judy/Lynch, Dov: What is a 'failing state', and when is it a security threat?, Institute for Security Studies, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/analy099.pdf>, am 03.06.2008
- Behr, Hartmut: Globalisierung als Motor regionaler Integration - Untersuchungen zum Selbstverständnis des „Akteurs EU“, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.135-154
- Belafi, Matthias: Eine große Koalition gegen die Türkei – Der europapolitische Kurs der österreichischen Bundesregierung, in: CAP Aktuell, Nr.2, März 2007, auf: <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Aktuell-2007-02.pdf>, am 24.06.2007
- Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001

- Bendieck (1), Annegret: Die GASP nach dem „Fußnotengipfel“, SWP-Aktuell 42/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4198, am 31.07.2007
- Bendieck (2), Annegret: Mehr Kohärenz und mehr Finanzklarheit für GASP und ESVP, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.15-18
- Bendiek, Annegret/Whitney-Steele, Hannah: Wein predigen und Wasser ausschenken, SWP-Aktuell 31, Berlin Juli 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3115, am 15.08.2006
- Bingen, Dieter: Polen, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.200-206
- Blumenwitz, Dieter: Der Europäische Verfassungsvertrag - Die Chancen und Gefahren des Entwurfs für das Gelingen von Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.115-134
- Bocklet, Reinhold: Die Europäische Union und die Türkei, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.155-173
- Borchert, Heiko/Rummel, Reinhardt: Von segmentierter zu vernetzter Sicherheitspolitik in der EU-25, auf: http://www.borchert.ch/paper/Sicherheit_EU25.pdf, am 18.04.2006
- Brenner, Michael J.: Europe's New Security Vocation, McNair Paper 66, Institute for National Strategic Studies, Washington 2002, auf: <http://www.ndu.edu/inss/McNair/mcnair66/McN66.pdf>, am 17.10.2005
- Brüne, Stefan: Braucht Europa nationale Entwicklungsministerien?, in: Internationale Politik, 59. Jg., November-Dezember 2004, S.33-39
- Buras, Piotr/Pomorska, Karolina: Poland and the European Neighbourhood Policy, in: Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006, S.34-43
- Burwell, Frances G. (Hrsg.): Re-Engaging Russia: The Case for a Joint U.S.-EU Effort, The Atlantic Council Policy Paper, Washington Februar 2005, auf:

- <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=C671E050-21B4-4F04-5AFC-185417C22C31&lng=en>, am 15.07.2006
- Bynander, Fredrik: Poland and the Czech Republic: new members torn between the EU and NATO, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S.63-83
- Cameron, Fraser/ Domański, Jarek M.: Russian Foreign Policy with Special Relations to its Western Neighbours, EPC Issue Paper 37, Brüssel 13.07.2005, auf: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/354600757_EPC%20Issue%20Paper%2037%20Russian%20Foreign%20Policy.pdf, am 15.10.2005
- Cameron, Fraser/Quille, Gerrard: ESDP: The state of play, EPC Working Paper 11, September 2004, auf: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/749974966_EPC%20Working%20Paper%2011%20ESDP%20-%20The%20State%20of%20Play.pdf, am 10.10.2005
- Cameron, Fraser: Europas neue Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, 59. Jg., Januar 2004, S.39-50
- Centrum für angewandte Politikforschung: Wege aus der Verfassungskrise – Ein Vertrag zum Vertrag von Nizza, auf: http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005_Wege.pdf, am 10.05.2006
- Chardon, Matthias/Göth, Ursula/Große Hüttmann, Martin/Probst-Dobler, Christine (Hrsg.): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2003
- Chichocki, Marek A.: Polen nach den Wahlen – Außenpolitische Grundlinien der neuen Regierung, in: integration 1/2006, 29. Jg., S.61-65
- Cimoszewicz, Włodzimierz: The Eastern Dimension of the EU, in: Mazur-Barańska, Agnieszka/ Stanisławski, Wojciech (Ed.): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warschau 2003, auf: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, am 15.07.2005, S.15-24
- Clement, Hermann: Die neuen Nachbarn und die Europäische Union - Möglichkeiten und Grenzen der Integration am Beispiel Ukraine und Belarus, Osteuropa-Institut München - Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, Working Paper 256, München Januar 2005, http://www.osteuropa-institut.de/ext_dateien/wp256.pdf, am 24.01.2006
- Cloos, Jim: EU Foreign Policy: Where Next after the European Security Strategy, in: Deighton, Anne/Mauer, Victor: Securing Europe? Implementing the European Security

- Strategy, Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik Nr.77, Zürich 2006, auf:
http://cms.isn.ch/public/docs/doc_11113_290_en.pdf, am 29.01.2007, S.119-127
- Collmer, Sabine: Europäerinnen und Europäer im Aufwind? Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union zur Außen- und Sicherheitspolitik, in: Staack, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Europa nach dem Irakkrieg – Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden 2004, S.175-200
- Conclusions, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf:
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.119-128
- Daadler, Ivo H.: The End of Atlanticism, in: Lindberg, Tod (Ed.): Beyond Paradise and Power - Europe America and the Future of a Troubled Partnership, New York, London 2005, S.39-59
- Dančák, Břetislav/Hloušek, Vít: The Concept of Leadership in Central Europe: Discussing the Austrian und Polish Cases, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 35. Jg., Heft 2/2006, S.127-139
- Danilow, Dmitrij: Russlands Interessen - Pragmatismus und Suche nach Balancen, in: Internationale Politik, 59. Jg., März 2004, S.11-17
- de Hoop Scheffer (1), Jaap: der NATO-Gipfel von Istanbul - Projektion von Stabilität als Herausforderung für das Bündnis, in: Internationale Politik, 59. Jg., Juni 2004, S.13-17
- Deighton, Anne/Mauer, Victor: Securing Europe? Implementing the European Security Strategy, Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik Nr.77, Zürich 2006, auf:
http://cms.isn.ch/public/docs/doc_11113_290_en.pdf, am 29.01.2007
- Dembinski, Matthias: Die Beziehungen zwischen NATO und EU von „Berlin“ zu „Berlin plus“: Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick (3), Johannes: Die Beziehungen zwischen NATO und EU - Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen 2005, S.61-80
- Demuth, Andreas: Baltische Staaten, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.15-24
- Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: Die erweiterte EU als internationaler Akteur - Für eine gemeinschaftsorientierte Flexibilitätsstrategie, in: Internationale Politik, 58. Jg., Januar 2003, S.11-18
- Diedrichs, Udo: Deutschland in der EU und in der Welt: Von den Kosten und Nutzen einer europäisierten Außenpolitik, in: Wessels, Wolfgang/Diedrichs, Udo (Hrsg.): Die

- Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands? Studie zu Kosten und Nutzen der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Januar 2006, S.116-134
- Dimitrova, Rossitsa: Europarechtliche Perspektiven einer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, S.17-34
- Durand, Guillaume/Missiroli, Antonio: Absorption capacity: old wine in new bottles?, EPC Policy Brief, Brüssel September 2006, auf:
http://www.epc.eu/TEWN/pdf/850239634_Absorption.pdf, am 20.10.2006
- Earle, Caroline R.: European Capacities for Peace Operations: Taking Stock, Washington 2004, auf: <http://www.stimson.org/fopo/pdf/Earle-EuropeanCapacitiesforPeaceOperations-TakingStock.pdf>, am 19.09.2005
- Ehrhart (1), Hans-Georg: Abschied vom Leitbild „Zivilmacht“? Konzepte zur EU-Sicherheitspolitik nach dem Irakkrieg, in: Varwick, Johannes/Knelangen, Wilhelm (Hrsg.): Neues Europa - Alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess, Opladen 2004, S.149-163
- Ehrhart (2), Hans-Georg: Die EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: integration 3/2005, 28. Jg., S.217-232
- Ehrhart (3), Hans-Georg: Die EU und das Leitbild „Friedensmacht“: Außen- und sicherheitspolitische Konzepte nach dem Irakkrieg, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.87-99
- Ehrhart (4), Hans-Georg: Die Europäische Union, die ESVP und das neue Sicherheitsdilemma, in: WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Nr.83, 11. Jg., Potsdam 2003, S.135-144, auf:
<http://www.weltpolitik.net/texte/policy/concordia/ESVP-Ehrhart.pdf>, am 17.05.2005
- Ehrhart (5), Hans-Georg: Die Sicherheitspolitik der EU im Werden, in: Internationale Politik, 59. Jg., Juni 2004, S.33-41
- Ekengren, Magnus/Engelbrekt, Kjell: The impact on EU actorness: enhanced capacity, weakened cohesiveness, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S.18-43
- Emerson (1), Michael: European Neighbourhood Policy: Strategy or Placebo?, CEPS Working Document 215, Brüssel November 2004, auf:
http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1176, am 18.04.2006

- Emerson (2), Michael: Vade Mecum for the Next Enlargements of the European Union, CEPS Policy Brief 61, Brüssel Dezember 2004, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1185, am 18.04.2006
- Emerson, Michael/Aydini, Senem/de Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana: Just what is this 'absorption capacity' of the European Union?, CEPS Policy Brief 113, Brüssel September 2006, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1381, am 06.11.2006
- Emmanouilidis, Janis A.: Austritt oder Neugründung – (Irr-)Wege aus Europas Verfassungsdilemma, spotlight europe #2007/02, Juni 2007, auf: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Common/Document/field/document/id/63923>, am 13.06.2007
- Erlanger, Steven: Anatomy of a breakdown, in: Lindberg, Tod (Ed.): Beyond Paradise and Power - Europe America and the Future of a Troubled Partnership, New York, London 2005, S.11-23
- Faber, Anne: Die Weiterentwicklung der Europäischen Union: Vertiefung versus Erweiterung?, in: Integration 2/2007, 30. Jg., Berlin 2007, S.103-116
- Fischer (1), Sabine: Die EU und Russland – Konflikte und Potenziale einer schwierigen Partnerschaft, SWP-Studie 34/2006, Berlin Dezember 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3500, am 31.07.2007
- Fischer (2), Sabine: Schwierige Partnerschaft mit Russland, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.51-54
- Flechtner, Stefanie: Neue Impulse in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik - Der Verfassungsentwurf des Konvents und die Sicherheitsstrategie von Solana, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01969.pdf>, am 02.02.2005
- Frank, Cornelia: Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation, DIAS-Analyse Nr.17, Oktober 2005, auf: http://www2.dias-online.org/Dokumente/analyse/DIAS-Analyse-17_10.2005.pdf, am 17.11.2005
- Frank, Johann/Gustenau, Gustav E.: Comparison of European and US Policies for Safeguarding external Security, in: Gustenau, Gustav E./Höll, Ottmar/Nowotny, Thomas (Hrsg.): Europe - USA: Diverging Partners, Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd.8, Baden-Baden 2006, S.307-360
- Frank, Johann/Sandawi, Sammi: Möglichkeiten und Grenzen der EU-Streitkräfteintegration - Chancen und Perspektiven für kleinere Staaten am Beispiel Österreichs, Wien Oktober

- 2005, auf: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_30_strtkrftint_10.pdf, am 01.06.2006
- Friedrich Ebert Stiftung (1): Making EU Foreign Policy More Effective, Working Paper 12, Mai 2002, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01329.pdf>, am 26.07.2005
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2): The Iraq Challenge: How to Make a Common Foreign Policy Work for an Emerging Europe, auf: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01479.pdf>, am 02.02.2005
- Frik, Silvana: Ist die schweizerische Sicherheitspolitik europafähig? Die Neutralität im Lichte der Entwicklungen der ESVP, Chur, Zürich 2002
- Fröhlich (1), Stefan: Auswirkungen der Osterweiterung auf die GASP und NATO, in: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, S.35-53
- Fröhlich (2), Stefan: Die Europäische Union als globaler Akteur: eine Einführung, Wiesbaden 2008
- Fromkin, David: Europas letzter Sommer, München 2005
- Gabanyi, Anneli Ute: Die Initiative „Schwarzmeersynergie“, SWP-Aktuell 29, Berlin, Mai 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3978, am 05.07.2007
- Gärtner, Heinz/Rendl, Andreas: Österreich, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.192-199
- Gerhards, Jürgen: Europäische Werte - Passt die Türkei kulturell zur EU?, in: APuZ 38/2004, Bonn 13.09.2004, S.1-20
- Götz (1), Roland: Deutschland und Russland - „strategische Partner“?, in: APuZ 11/2006, Bonn 13.03.2006, S.14-23
- Götz (2), Roland: Russlands Erdgas und die Energiesicherheit der EU, SWP-Studie 12/2002, Berlin April 2002, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=321, am 20.06.2009, dort insbesondere Tabelle 12 (S.42)
- Gromadzki, Grzegorz/Sushko, Oleksandr/Vahl, Marius/Wolczuk, Katarzyna/Wolczuk/Roman: Ukraine and the EU after the Orange Revolution, Warschau Dezember 2004, auf: <http://www.batory.org.pl/doc/postelectoral.pdf>, am 15.07.2005
- Guérot, Ulrike/Witt, Andrea: Europas neue Geostrategie, in: APuZ 17/2004, Bonn 19.04.2004, S.6-12

Guérot, Ulrike: Wer soll Europa führen, in: Internationale Politik, 59. Jg., Juli 2004, S.87-89

Gustenau, Gustav E./Höll, Ottmar/Nowotny, Thomas (Hrsg.): Europe - USA: Diverging Partners, Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd.8, Baden-Baden 2006

Guttenberg, Karl-Theodor zu: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU eine „Privilegierte Partnerschaft“, aktuelle analysen 33, Hanns Seidel Stiftung, München 2004, auf: http://www.hss.de/downloads/aa33_internet.pdf, am 17.10.2005

Hacke (1), Christian: Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, in: APuZ 43/2006, Bonn 23.10.2006, S.30-37

Hacke (2), Christian: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: APuZ B 24-25/2003, Bonn 10.06.2003, S.8-16

Haftendorn, Helga: Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise, SWP-Studie 5/2005, Berlin Februar 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1188, am 15.08.2005

Haine, Jean-Yves: ESDP: an overview, auf: <http://www.web.cls.ulf.edu/users/zselden/Course%20Readings/Haine.pdf>, am 03.06.2008

Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006

Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan: Conclusions, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006

Haukkala, Hiski: A problematic 'strategic partnership', in: Lynch, Dov (Ed.): EU-Russian security dimensions, Occasional Paper 46, Institute for Security Studies, Paris Juli 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ46.pdf>, am 03.06.2008, S.8-19

Heisbourg, François (Hrsg.): European Security Strategy: Is it for real?, ESF Working Paper 14, Brüssel Oktober 2003, auf: http://aei.pitt.edu/1838/01/ESF_WP14.pdf, am 12.07.2006

Heise, Volker/Schmidt, Peter: NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.65-86

Herz, Dietmar/Steets, Julia: Türkei, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.271-280

Herz, John H.: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma, in: ders., Staatenwelt und Weltpolitik – Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter, Hamburg 1974, S.39-56

- Heumann, Hans-Dieter: Multipolarität und „Europe puissance“ - Auf der Suche nach der Logik der französischen Außenpolitik, in: Internationale Politik, 60. Jg., April 2005, S.116-123
- Hierlemann, Dominik/Seeger, Sarah: Wer will was und warum? FAQ's zum Verfassungsgipfel, spotlight europe #2007/03, Juni 2007, auf: http://www.cap.lmu.de/download/spotlight/Spotlight_2007_03_de.pdf, am 17.06.2007
- Hilz, Wolfram: Europas verhindertes Führungstrio - Die Sicherheitspolitik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens ins den Neunzigern, Paderborn u.a. 2005
- Hofmann, Stephanie/Reynolds, Christopher: Die EU-NATO-Beziehungen – Zeit für Tauwetter, SWP-Aktuell 37/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4164, am 31.07.2007
- Holm, Ulla: EU's Neighbourhood Policy - A question of space and security, DIIS Working Paper 2005/22, Kopenhagen 2005, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2005/22_uho_EUs_Neighbourhood.pdf.pdf, am 03.08.2006
- Huisman, Sander: A new European Union policy for Kaliningrad, Occasional Paper 33, Paris März 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ33.pdf>, am 30.01.2008
- Hummer, Waldemar: Die Union und ihre Nachbarn - Nachbarschaftspolitik vor und nach dem Verfassungsvertrag, in: integration 3/2005, 28. Jg., S.233-245
- Hyndle, Joanna/Kutysz, Miryna: Lithuania, Latvia and Estonia's aspirations to integrate with NATO and EU in the context of these countries' relations with Russia, CES Studies, Nr.4, Januar 2002, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001680/01/1le_esp.pdf, am 28.10.2005
- Irlenkäufer, Jan: A Secure Europe in a Better World - The European Union's Security Strategy. A German Perspective, in: Overhaus (2), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European Security Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action? Perspectives from Germany, France, Great Britain and the United States, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr.13, 24.06.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue13.pdf>, am 17.01.2006, S.7-14
- Jacobs, Andreas: Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.39-63
- Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005
- Jäger, Thomas: Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen unter den Bedingungen machtpolitischer Asymmetrie und kultureller Differenz, in: Jäger, Thomas/Höse,

- Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.13-33
- Janes, Jackson: Sicherheit, Macht und die transatlantischen Beziehungen, in: *integration* 3/2005, 28. Jg., S.251-256
- Jopp, Matthias/Lippert, Barbara/Regelsberger, Elfriede: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik der erweiterten Union - interne und externe Herausforderungen an Politik und Institutionen in GASP und ESVP, in: Chardon, Matthias/Göth, Ursula/Große Hüttmann, Martin/Probst-Dobler, Christine (Hrsg.): *Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert*, Baden-Baden 2003, S.253-266
- Jung, Dietrich: Turkey's Future: EU Member or „Islamist Rogue State“?, DIIS Brief, Kopenhagen, Januar 2007, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/Briefs2007/dju_turkey_eu3.pdf, am 10.07.2007
- Kaim, Markus: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Präferenzbildungs- und Aushandlungsprozesse in der Europäischen Union (1990-2005), Baden-Baden 2007
- Kamińska, Monika Ewa (Ed.): *New Geopolitics of Central and Eastern Europe - Between European Union and United States*, Warschau 2005, auf: <http://www.batory.org.pl/doc/geopolityka.pdf>, am 15.07.2005
- Kamp, Karl-Heinz: Preemptive Strikes - Eine neue sicherheitspolitische Realität, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., Juni 2004, S.42-47
- Karaganov, Sergey/Bordachev, Timofei/Guseinov, Vagif/Lukyanov, Fyodor/Suslov, Dmitry: *Russia-EU Relations - The Present Situation and Prospects*, CEPS Working Document 225/Juli 2005, Brüssel 2005, auf: http://shop.ceps.be/downloadfree.php?item_id=1246, am 15.10.2005
- Karagov, Sergei: Russia and the international order, in: Lynch (5), Dov (Ed.): *What Russia sees*, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf> , am 03.06.2008, S.23-44
- Karakas, Cemal: Für eine abgestufte Integration - Zur Debatte um den EU-Beitritt der Türkei, HSFK Standpunkte Nr.4/2005, auf: [http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-4-2005\(druckfrei\).pdf](http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-4-2005(druckfrei).pdf), am 24.01.2006
- Kempe, Iris: Das Größere Europa - Nachbarschaftspolitik, Reform-Spotlight 01/2003, auf: http://www.cap.lmu.de/download/spotlight/Reformspotlight_01-03_d.pdf, am 27.01.2006
- Khol (1), Radek: Policies of the Visegrad Countries towards CFSP/ESDP, Working Paper 3/2003, Institute of International Relations, Prag August 2003,

- http://pdc.ceu.hu/archive/00001595/01/Policies_of_the_Visegrad_countries.pdf, am 27.08.2005
- Khol (2), Radek: Czech Republic, in: Missiroli, Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf> , am 03.06.2008, S.26-30
- Kipke, Rüdiger: Tschechische Republik, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.266-270
- Kirste, Knut: NATO und EU am Beginn einer neuen strategischen Partnerschaft, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.148-158
- Kissinger, Henry A./Summers, Lawrence H. (Ed.): Renewing the Atlantic Partnership - Report of an Independent Task Force, auf: http://www.cfr.org/content/publications/attachments/Europe_TF.pdf, am 10.10.2005
- Král, David/Pachta, Lukáš: Enlarged European Union and its Foreign Policy: Issues, Challenges, Perspectives, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7152_1.pdf, am 15.08.2007
- Král, David: Enlarging EU foreign policy - The role of new member states and candidate countries, in: Král, David/Pachta, Lukáš: Enlarged European Union and its Foreign Policy: Issues, Challenges, Perspectives, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7152_1.pdf, am 15.08.2007
- Kramer (1), Heinz: Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.9-17
- Kramer (2), Heinz: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, SWP-Studie 34/2003, Berlin August 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=155, am 15.05.2005
- Kramer (3), Heinz: EU-Türkei: Der Konflikt um Zypern schwelt weiter, SWP-Diskussionspapier 2007/01, Berlin Januar 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3574, am 10.04.2007
- Kramer (4), Heinz: Türkei – Neue Kämpfe an alten Fronten. Die Wahl des Präsidenten als Brennpunkt kemalistisch-konservativer Auseinandersetzungen, SWP-Aktuell 33/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4152, am 31.07.2007

- Kramer (5), Heinz: Wie „erweiterungsmüde“ ist die EU?, SWP-Aktuell 16/2007, Berlin März 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3819, am 10.05.2007
- Kramer, Heinz/Krauß, Hanna-Lena: Ein kluger Wegweiser - Der Türkei-Bericht der Europäischen Kommission, SWP-Aktuell 50/2004, Berlin November 2004, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1718, am 13.08.2006
- Krause (1), Joachim: Amerikanische und europäische Konzepte zur internationalen Ordnung, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opperman, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S.35-61
- Krause (2), Joachim: Multilateralismus in der Sicherheitspolitik - europäische und amerikanische Sichtweisen, auf: <http://www.isuk.org/1/pdF/Multilateralismus.pdf>, am 12.05.2006
- Krause (3), Joachim: Verantwortung für die Freiheit - Deutschlands Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert, Kiel 2004, auf: <http://www.politik.uni-kiel.de/publikationen/verantwortungfuerdiefreiheit.pdf>, am 02.02.2005
- Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 3. erweiterte Auflage, Baden-Baden 2004
- Künnecke, Arndt: Eine Hürde auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft? – Der unterschiedliche Minderheitenbegriff der EU und der Türkei, Hamburg 2007
- Kuper, Ernst: Die Europäische Union: von der Handels- zur Interventionsmacht?, in: Take, Michael (Hrsg.): Politik als Wissenschaft – Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin 2006, S.539-555
- Kupferschmidt, Frank: Strategische Partnerschaft in der Bewährung - Die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea, SWP-Studie 7/2006, Berlin April 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2925, am 15.08.2006
- Kuzio, Taras: EU and Ukraine: a turning point in 2004?, Occasional Paper 47, Institute for Security Studies, Paris November 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ47.pdf>, am 03.06.2008
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat, 54. Jg. Heft 1/2004: Die Osterweiterung der EU, Stuttgart 2004, auf: http://www.buergerimstaat.de/1_04/erweiterung_eu.htm, am 20.09.2004
- Lang (1), Kai-Olaf: Polen und der Osten – Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer „Ostpolitik“, SWP-Aktuell 22/2005, Berlin Mai 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2208, am 13.06.2006

- Lang (2), Kai-Olaf: Polens Energiepolitik – Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland, SWP-Studie 13/2007, Berlin Juni 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4059, am 31.07.2007
- Lang (3), Kai-Olaf: Ostmitteleuropa nach dem Beitritt: Entwicklungen, Herausforderungen, Potenziale, SWP-Studie 2/2006, Berlin Februar 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2745, am 15.06.2006
- Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela: Argumente für eine neue Erweiterungsstrategie – die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU, in: *Integration* 2/2007, 30. Jg., S.117-128
- Larrabee, Stephen F.: Die Türken vor Brüssel – Eine amerikanische Sicht der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., November/Dezember 2004, S125-133
- Lefebvre, Maxime: France and the European Neighbourhood Policy, in: Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): *The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova*, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006, S.17-25
- Lehmkuhl, Ursula/Gossel, Daniel: Großbritannien, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): *Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern*, München, Wien 2001, S.96-111
- Lindberg, Tod (Ed.): *Beyond Paradise and Power - Europe America and the Future of a Troubled Partnership*, New York, London 2005
- Lindner (1), Rainer: Das Ende von Orange - Die Ukraine in der Transformationskrise, SWP-Studie 20/2006, Berlin August 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3219, am 10.04.2007
- Lindner (2), Rainer: Konflikt in der Ukraine – Testfall für die Europäische Nachbarschaftspolitik, SWP-Aktuell 28/2007, Berlin April 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3912, am 31.07.2007
- Lippert (1), Barbara: Assoziierung plus gesamteuropäische Aufgabenkonföderation: Plädoyer für eine selbstbewusste EU-Nachbarschaftspolitik, in: *Integration* 2/2006, 29. Jg., S.149-157, S.149
- Lippert (2), Barbara: Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-Erweiterungspolitik, auf: <http://www.iep->

- berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2005/Lippert_01.pdf, am 27.06.2006
- Lopata, Raimundas u.a.: Lithuania's Security and Foreign Policy Strategy - White Paper, auf: <http://www.tspmi.vu.lt/files/mprojektai/finallithsecpapergalutinis.pdf>, am 14.12.2005
- Lynch (1), Dov (Ed.): EU-Russian security dimensions, Occasional Paper 46, Institute for Security Studies, Paris Juli 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ46.pdf>, am 03.06.2008
- Lynch (2), Dov: Misperceptions and divergences, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf> , am 03.06.2008, S.7-22
- Lynch (3), Dov: Russia faces Europe, Chaillot Paper 60, Paris Mai 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp060e.pdf>, am 03.06.2008
- Lynch (4), Dov: The new Eastern Dimension of the enlarged EU, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.34-59
- Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf> , am 03.06.2008
- Manutscharjan, Aschot: Sicherheitspolitik im Kaukasus – Perspektiven für das 21. Jahrhundert, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_328.pdf, am 05.02.2007
- Marcelis, Clémence/Maurer, Andreas: Perspectives for the European Union's External Energy Policy: Discourse, Ideas and Interests in Germany, the UK, Poland and France, SWP-Working Paper, Berlin 17.12.2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3521, am 10.04.2007
- Martens (1), Stephan: Das erweiterte Europa, in: APuZ 17/2004, Bonn 19.04.2004, S.3-5
- Martens (2), Stephan: Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy, in: APuZ 38/2007, Bonn 17.09.2007, S.18-25
- Mauer (1), Victor: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: APuZ 3-4/2004, Bonn 19.01.2004, S.18-25,
- Mauer (2), Victor: Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: APuZ 43/2006, Bonn 23.10.2006, S.10-16

- Maurer (1), Andreas: Alternativen denken! Die Mitgliedschaftspolitik der Europäischen Union vor dem Hintergrund der Beziehungen zur Türkei, SWP-Aktuell 36/2007, Berlin Juli 2007, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4166, am 31.07.2007
- Maurer (2), Andreas: Die Stimme Europas in der Welt stärken, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.11-14
- Maurer, Andreas/Reichel, Sarah: Der Europäische Auswärtige Dienst, SWP-Aktuell 53, Berlin November 2004, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1757, am 15.09.2005
- Maynes, Charles William: A soft power tool-kit for dealing with Russia, auf: <http://www.europesworld.org/EWSettings/Article/tabid/78/Default.aspx?Id=69ec5490-f592-4ce3-a703-4fc2f7d70460>, am 30.01.2008
- Mazur-Barańska, Agnieszka/ Stanisławski, Wojciech (Ed.): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warschau 2003, auf: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, am 15.07.2005,
- Meier, Christian: Osteuropa nach der EU-Osterweiterung: Die Ukraine und Russland, SWP-Arbeitspapier, Berlin Juli 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=265, am 15.07.2005
- Meier-Walser (1), Reinhard C.: Die EU als globaler sicherheitspolitischer Akteur, auf: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_strata_26_meier-walser.pdf, am 01.06.2006
- Meier-Walser (2), Reinhard C.: Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik, Hanns Seidel Stiftung, aktuelle analysen 35, München 2004, auf: <http://www.hss.de/downloads/aa35.pdf>, am 25.10.2006
- Meier-Walser (3), Reinhard C.: Die Entwicklung der NATO 1990-2004, in: Varwick (3), Johannes: Die Beziehungen zwischen NATO und EU – Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen 2005, S.25-44
- Meier-Walser (4), Reinhard C.: Die Transformation der NATO – Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien, aktuelle analysen 34, München 2004, auf: <http://www.hss.de/downloads/aa34internet.pdf> am 10.10.2005

- Menkiszak, Marek: Russia vs. the European Union: a „strategic partnership“ crisis, CES Studie 22, Warschau Januar 2006, auf:
http://pdc.ceu.hu/archive/00001897/01/Russia_vs_EU.pdf, am 11.09.2006
- Michta, Andrew A.: The Limits of Alliance - The United States, NATO and the EU in North and Central Europe, Lanham, u.a. 2006
- Minkowski, Alexander: Unter Europäern – die russische Exklave Kaliningrad im Koordinatenfeld Europäischer Nachbarschaftspolitik, regionaler Kooperation im Ostseeraum und Rezentralisierung der Russischen Föderation, in: Suchoples, Jaroslaw/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005, S.257-292
- Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf:
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf> , am 03.06.2008
- Missiroli (2), Antonio: The EU and its changing neighbourhoods: stabilisation, integration and partnership, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf:
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.9-33
- Miszczak (1), Krzysztof: The Role of Poland in the Euro-Atlantic Relationships, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.102-105
- Miszczak (2), Krzysztof: Polen und die Zukunft der europäischen Sicherheit, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.106-114
- Möckli (1), Daniel: The EU and the Transformation of European Security, CSS Analyses in Security Studies, Vol.2, No. 10, März 2007, auf:
<http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=26D4AA50-46D2-A9E8-F97A-2A2C340C2EC3&lng=en>, am 16.03.2007
- Möckli (2), Daniel: Der Privatsektor als neuer Akteur der Sicherheitspolitik, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 2. Jg., Nr. 6, Zürich Januar 2007, auf:
<http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=SSN&fileid=465E241F-FACF-0088-3E75-5ADBEFAE1CEC&lng=de>, am 31.07.2007

- Möckli (3), Daniel: Baustelle Bündnis: Die NATO nach dem Gipfel von Riga, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 1. Jg., Nr.4, Zürich Dezember 2006, auf:
<http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=SSN&fileid=F170F964-24AF-F829-364D-938BABFC653A&lng=de>, am 31.07.2007
- Möckli (4), Daniel: Was will Russland? Ambitionen und Grenzen einer Großmacht, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 2. Jg., Nr.15, Zürich Juni 2007, auf:
<http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=SSN&fileid=C824D3AC-B9C3-96CB-FE39-3288A1CA5D37&lng=de>, am 31.07.2007
- Møller, Bjørn: The EU as a security actor - „Security by being“ and „Security by doing“, DIIS Report 2005:12, Kopenhagen 2005, auf:
<http://www.diis.dk/graphics/Publications/Reports2005/diisreport-2005-12.pdf>, am 01.08.2006
- Moravcsik, Andrew: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 31, Nr.4, Dezember 1993, S.473-524
- Morisse-Schilbach, Melanie: Führungsanspruch mit Hindernissen – Frankreich in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Reader Sicherheitspolitik 3/07, auf:
http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/intpol/prof/mms_files/Morisse-Schilbach_ReaderSicherheitspolitik_0307.pdf, am 30.01.2008, S.82-88
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Frankreich: zurück in Europa, aber auf welchem Kurs?, in: APuZ 38/2007, Bonn 17.09.2007, S.11-18
- Müller-Kraenner, Sascha: Diesseits des transatlantischen Verhältnisses - Europas neue Sicherheitsstrategie im Vergleich zu den Plänen der US-Regierung Georg W. Bushs, auf:
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/hbs.html>, am 26.04.2006
- Mussnig, Daniela: International Governance Structures and European Integration - Implications for E.U.-U.S. Relations, in: Gustenau, Gustav E./Höll, Ottmar/Nowotny, Thomas (Hrsg.): Europe - USA: Diverging Partners, Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd.8, Baden-Baden 2006, S.205-245
- Nassauer, Otfried: Aktive Asymmetrie - Neubestimmung der Sicherheitspolitik im euro-atlantischen Kontext, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2003, S.946-954
- Niederberger, Judith: Österreichische Sicherheitspolitik zwischen Solidarität und Neutralität, in: Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas (Hrsg.): Bulletin 2001 zur schweizerischen

- Sicherheitspolitik, S.69-91, auf:
<http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&v33=60194&id=212>, am 07.06.2006
- Nissen, Sylke: Europäische Identität und die Zukunft Europas, in: APuZ 38/2004, Bonn
 13.09.2004, S.21-29
- Öcal, Mehmet: Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-
 Konfliktes (1990-2001), Bonner Islamstudien Bd.10, hrsg. v. Stephan Vonermann,
 Schenefeld 2005
- Oldberg, Ingmar: Kaliningrad between Moscow and Brussels, Center for Security Studies
 and Conflict Research, Working Paper 17, Zürich März 2002, auf:
http://cms.isn.ch/public/docs/doc_440_290_en.pdf, am 15.08.2005, S.43
- Ości³owska, Marzena: Die Politik der Republik Polen und Republik Litauen gegenüber
 Weissrussland und Kaliningrad (Russland) als Modell für die zukünftige Ostpolitik der EU,
 Diplomarbeit Nizza 2003, auf:
<http://www.iehei.org/bibliotheque/memoires/OSCILOWSKA.pdf>, am 07.09.2005
- Ortega, Martin (Ed.): Global views on the European Union, Chaillot Paper 72, Paris
 November 2004, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp072.pdf>, am 03.06.2008
- Ortega, Martin: Conclusion - 'Region-building' in Europe and across the world, in: Ortega,
 Martin (Ed.): Global views on the European Union, Chaillot Paper 72, Paris November
 2004, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp072.pdf>, am 03.06.2008, S.117-128
- Osica, Olaf: A Secure Poland in a Better Union? The ESS as Seen from Warsaw's
 Perspective, in: Overhaus (1), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The
 European Security Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action. Perspectives from
 Italy, Poland, Austria and Finland, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr. 14,
 14.10.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf>,
 am 17.01.2006, S.9-15
- Overhaus (1), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European Security
 Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action. Perspectives from Italy, Poland, Austria
 and Finland, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr. 14, 14.10.2004, Trier
 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf>, am 17.01.2006
- Overhaus (2), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European Security
 Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action? Perspectives from Germany, France,
 Great Britain and the United States, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr.13,
 24.06.2004, Trier 2004, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue13.pdf>,
 am 17.01.2006

- Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006
- Öztürk, Asiye: Das Entstehen eines Macht-Dreiecks - Ankara auf dem Weg nach Washington und Tel Aviv, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.25-31
- Pachta, Lukáš: European Security and Defence Policy in the Light of the Transatlantic Relationship, in: Král, David/Pachta, Lukáš: Enlarged European Union and its Foreign Policy: Issues, Challenges, Perspectives, auf: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7152_1.pdf, am 15.08.2007
- Paulauskas, Kestutis: The Baltics: from nation states to member states, Occasional Paper 62, Februar 2006, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ62.pdf>, am 03.06.2008
- Pehle, Heinrich/Sturm, Roland: Einleitung: Die Europäische Union nach der Osterweiterung – Perspektiven der EU-25, in: Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006, S.11-15
- Pełczyńska-Nałęcz, Katarzyna: The Enlarged European Union and its Eastern Neighbours: Problems and Solutions, Policy Brief, Centre for Eastern Studies, Warschau Oktober 2003, auf: http://pdc.ceu.hu/archive/00001654/01/PUNKT_WIDZENIA8.pdf, am 26.09.2005
- Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006
- Plate, Bernard von: Die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses: Mehr als die NATO, SWP-Studie 17/2003, Berlin Mai 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=156, am 26.07.2005
- Popov, Emil: Vom Absterben des Nationalstaates als Determinante europäischer Einigung oder das Ende nationalstaatlicher Souveränität, Dissertation Aachen 2002, auf: http://sylvester.bth.rwth-aachen.de/dissertationen/2002/070/02_070.pdf, am 01.02.2005
- Pradetto, August: Unfreiwillige Polarisierung durch vorsätzlichen Unilateralismus: Politpsychologische Aspekte der US-Außenpolitik seit dem 11. September 2001, in: Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005, S.35-55

- Prigge, Karla: Der Ostseerat – Ein Beitrag zur Zivilisierung des internationalen Systems?,
Magisterarbeit Göttingen 2007, auf:
<http://webdoc.sub.gwdg.de/master/2007/prigge/prigge.pdf>, am 21.11.2007
- Pushkov, Alexey: Putin at the helm, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot
Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005,
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf> , am 03.06.2008, S.45-60
- Rasmussen, Niels Aadal: The EU enlargement eastwards and the ESDP, DIIS Report 2005:7,
Kopenhagen April 2005, auf:
http://www.diis.dk/graphics/Publications/Reports2005/nra_eu_eastwards_web.pdf, am
01.08.2006
- Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) –
Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden 2004
- Reiter (1), Erich: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: APuZ 3-4/2004, Bonn 19.01.2004,
S.26-31
- Reiter (2), Erich: Die Situation der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung -
Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur EU, auf:
http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/06_sit_eu_tr.pdf, am 24.05.2006
- Reiter (4), Erich: Zur sicherheitspolitischen Situation - Von der Bedrohungsanalyse zur
Sicherheitspolitik, auf: [http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_31_ba-
rp.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_31_ba-
rp.pdf), am 01.06.2006
- Reiter, Erich/Frank, Johann: The European Security Strategy from the Austrian Perspective.
A Valuable Contribution to the Further Europeanization of Austria's Security Policy,
Overhaus, in: Overhaus, Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The European
Security Strategy - Paper Tiger Or Catalyst for Joint Action. Perspectives from Italy,
Poland, Austria and Finland, German Foreign Policy in Dialogue, Volume 5, Nr. 14, 14.
Oktober 2004, Trier 2004, auf: [http://www.deutsche-
ausspenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf](http://www.deutsche-
ausspenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf), am 17.01.2006, S.16-21
- Renne, Barbara: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Anspruch
und Wirklichkeit: Probleme und Perspektiven der EU-Eingreiftruppe unter besonderer
Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur NATO-Response Force, in: Hamburger Beiträge
zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 134, Hamburg Januar 20004, auf:
<http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/hb/hb134.pdf>, am 25.10.2004
- Reschke, Jörg: Das strategische Dreieck USA-EU-NATO muss leistungsfähiger werden -
Eine vergleichende Analyse der EU-Sicherheitsstrategie und der Nationalen

- Sicherheitsstrategie der USA, auf:
<http://www.eurodefense.de/images/StrategischesDreieckUSAEUNATO.pdf>, am 05.09.2006
- Riemer, Andrea K./Hauser, Gunther: Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik 2/2004, Köln 2004, auf: <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/downloads/aipa0204.pdf>, am 14.11.2006
- Roos, Christof: Die Osterweiterung der EU und die EU-Außengrenze in Osteuropa. Konsequenzen und Strategien für die mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten und ihre östlichen Nachbarn, in: Suchoples, Jarosław/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005, S.349-386
- Rosamond, Ben: Theories of European Integration, Baingstoke, 2000
- Rothacher, Albrecht: Die EU 25 - Chancen, Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, in: APuZ 5-6/2004, Bonn 02.02.2004, S.25-34
- Rühl, Lothar: Sicherheitspartner Türkei - Geopolitik, Strategie und europäische Interessen, auf: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/06_stran_20_ruehl.pdf, am 30.01.2008
- Rühle, Michael: Entwicklungslinien des Atlantischen Bündnisses, in: APuZ 43/2006, Bonn 23.10.2006, S.3-10
- Sandawi, Sammi: Machtkonstellationen im Schwarzmeerraum - Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei und anderer Anrainer, in: integration 2/2006, 29. Jg., Berlin 2006, S.134-148
- Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006
- Schieder, Siegfried (1): In guter Verfasstheit? Nutzen und Nachteile eines europäischen Verfassungsvertrages, in: APuZ 17/2004, Bonn 19.04.2004, S.13-20
- Schieder, Siegfried (2): Neuer Liberalismus, in: ders./Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.175-211
- Schmid, Gerhard: Schluss mit dem Spiel ohne Grenzen!, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.188-191
- Schmidt, Peter: ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel, SWP-Aktuell 20/2003, Berlin Mai 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=125, am 13.08.2006

- Schmidt, Thomas: Die Außenpolitik der baltischen Staaten im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Opladen 2003
- Schmitz, Andreas: Eine politische Strategie für Zentralasien, in: Perthes, Volker/Mair, Stefan (Hrsg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, SWP-Studie 23/2006, Berlin September 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3264, am 10.12.2006, S.41-44
- Schneider (1), Eberhard: Die Europäische Union und Russland im 21. Jahrhundert - Interessen beider Seiten, Diskussionspapier FG 5 2005/01, Berlin Mai 2005, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2161, am 27.07.2006
- Schneider (2), Eberhard: Russische Föderation, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.225-232
- Schörnig, Niklas: Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.65-92
- Schwartz, Frank: Die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands: Ein Definitionsversuch, in: Wissenschaft und Technik 12/2005, auf: [http://www.sicherheitspolitik.de/index.php?id=121&tx_abdownloads_pi1\[action\]=getview_detailsfordownload&tx_abdownloads_pi1\[uid\]=46&tx_abdownloads_pi1\[category_uid\]=2&cHash=a47940c346](http://www.sicherheitspolitik.de/index.php?id=121&tx_abdownloads_pi1[action]=getview_detailsfordownload&tx_abdownloads_pi1[uid]=46&tx_abdownloads_pi1[category_uid]=2&cHash=a47940c346), am 30.01.2008
- Schwarzer, Daniela: Deutschland und Frankreich - Duo ohne Führungswillen - Das bilaterale Verhältnis in der erweiterten Union, SWP-Studie 15/2006, Berlin Juli 2006, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3111, am 15.10.2006
- Scott, James Wesley: Cross-border Governance in the Baltic Sea Region, in: Anderson, James/O'Dowd, Liam/Wilson, Thomas M. (Ed.): New Borders for a Changing Europe - Cross-border Cooperation and Governance, London u.a. 2003
- Shevtsova, Lilia: Bürokratischer Autoritarismus - Fallen und Herausforderungen, in: APuZ 11/2006, Bonn 13.03.2006, S.6-13
- Siedschlag, Alexander: Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung, auf: http://www2.dias-online.org/direktorien/sec_def/040502_45, am 26.11.2005
- Silber, Stephanie: Die EU und ihre Außen- und Verteidigungspolitik - zwischen Macht und Ohnmacht, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen - Abteilung Europarecht, Göttinger Online-Beiträge zum Europarecht Nr.15, Göttingen 23.11.2004, auf: <http://www.europarecht.uni-goettingen.de/Paper15.pdf>, am 28.02.2006

- Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas (Hrsg.): Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, auf: <http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&v33=60194&id=212>, am 07.06.2006
- Staack, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Europa nach dem Irakkrieg – Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden 2004
- Stark, Hans: Frankreichs Außenpolitik zwischen Anpassungsdruck und Status Quo, in: Staack, Michael/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Europa nach dem Irakkrieg – Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden 2004, S.257-278
- Steinbach, Udo: Die Türkei und die EU, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.3-5
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (Hrsg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006
- Sturm, Roland: Politische und ökonomische Integration - Das Problem der Finalität Europas, in: Politische Studien 405, 57. Jg., Januar/Februar 2006, hrsg. v. Hanns Seidel Stiftung, München 2006, auf: <http://www.hss.de/downloads/PolitischeStudien405.pdf>, m 25.10.2006, S.24-32
- Suchoples, Jarosław/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005
- Take, Michael (Hrsg.): Politik als Wissenschaft – Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin 2006
- Tassinari, Fabrizio/Joenniemi, Perti/Jakobsen, Uffe: Wider Europe – Nordic and Baltic lessons to post-enlargement Europe, auf: <http://www.diis.dk/graphics/Publications/Books2006/Wider%20Europe/Wider%20Europe.pdf>, Kopenhagen 2006, am 05.04.2007
- Tassinari, Fabrizio: Security and Integration in the EU Neighbourhood - The Case for Regionalism, CEPS Working Document 226, Brüssel Juli 2005, auf: http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1251, am 10.08.2005
- Timmermann (1), Heinz: Russland und die EU-25 nach der Erweiterung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 35. Jg., Heft 2/2006, S.141-156
- Timmermann (2), Heinz: Die EU und die „Neuen Nachbarn“ Ukraine und Belarus, SWP-Studie 41/2003, Berlin Oktober 2003, auf: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=242, am 15.07.2005
- Timmermann, Heiner/Wagner, Helmut (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand: Europa und die USA zwischen Bruch – Irritation – Kooperation, Münster 2005

- Triantaphyllou, Dimitrios: The 13th candidate - Turkey: whither its march towards the EU?, in: Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios: Partners and Neighbours: a CFSP for a wider Europe, Chaillot Paper 64, Institute for Security Studies, Paris September 2003, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>, am 03.06.2008, S.77-85
- Trzaskowski, Rafal: Poland, in: Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf> , am 03.06.2008, S.19-25
- Umbach, Frank: Europas nächster Kalter Krieg - Die EU braucht endlich eine Konzept zur Versorgungssicherheit, in: Internationale Politik, 61. Jg., Februar 2006, S.6-14
- Vahl (1), Marius: A privileged Partnership? EU-Russian Relations in a comparative Perspective, DIIS Working Paper 2006/3, Kopenhagen 2006, auf: http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2006/3_m_vahl_privileged_partnership.pdf, am 31.07.2006
- Vahl (2), Marius: Models for the European Neighbourhood Policy - The European Economic Area and the Northern Dimension, CEPS Working Document 218, Brüssel Februar 2005, http://shop.ceps.be/downfree.php?item_id=1192, am 17.10.2005
- van der Haut, Robin: Äußere Sicherheit durch gute Nachbarschaft? Die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen - Abteilung Europarecht, Göttinger Online-Beiträge zum Europarecht Nr.36, Göttingen 23.08.2005, auf: <http://www.europarecht.uni-goettingen.de/Paper36.pdf>, am 15.10.2005
- Varwick (1), Johannes: Die Zukunft der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen - Vom Partner zum Rivalen, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) 2/2004, S.141-148
- Varwick (2), Johannes: Finalität ohne Ende - Die Europäische Union ist nicht am Ende, aber die alten Leitbilder haben ihre Wirksamkeit verloren, in: Internationale Politik, 61. Jg., Mai 2006, S.69-77
- Varwick (3), Johannes: Die Beziehungen zwischen NATO und EU - Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen 2005
- Varwick, Johannes/Knelangen, Wilhelm (Hrsg.): Neues Europa - Alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess, Opladen 2004
- Verheugen, Günter: Europas neue Identität – Zwei Jahre nach der Erweiterung: Resultate und Lektionen, in: Internationale Politik, 61. Jg., Mai 2006, S.6-16

- Verhofstadt, Guy: Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa, auf: http://www.pickings.de/tiki-read_article.php?articleId=1252, am 06.01.2006
- Vitkus, Gediminas: Lithuania, in: Missiroli (1), Antonio (Ed.): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Paper 34, Paris 2002, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ34.pdf>, am 03.06.2008, S.14-18
- Wagnsson, Charlotte: The alien and the traditional: The EU facing a transforming Russia, in: Hallenberg, Jan/Karlsson, Håkan (ed.): Changing Transatlantic Security Relations - Do the US, the EU and Russia form a new strategic triangle?, London, New York 2006, S.105-124
- Wallace, William: Das Führungstrio Deutschland - Frankreich - Großbritannien: Europas zentrales Problem?, auf: http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2005/Wallace.pdf, am 27.06.2006, S.328-331
- Wehler, Hans-Ulrich: Verblendetes Harakiri - Der Türkei-Beitritt zerstört die EU, in: APuZ 33-34/2004, Bonn 09.08.2004, S.6-8
- Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Europas Alternativen - Gestaltungsoptionen für die große EU, in: Internationale Politik 4/2004, 59. Jg., S.1-10
- Wendt, Christina: Wiedervereinigung oder Teilung? Warum das Zypern-Problem nicht gelöst wird, Würzburg 2006
- Wesner, Hanna: Die russisch-europäische Partnerschaft und die Region Kaliningrad. Zwischen Misstrauen und Integration, in: Suchoples, Jarosław/Kerner, Manfred (Hrsg.): Skandinavien, Polen und die Länder der östlichen Ostsee - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Wrocław 2005, S.419-449
- Wessels, Wolfgang/Diedrichs, Udo (Hrsg.): Die Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands? Studie zu Kosten und Nutzen der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Januar 2006
- Winkler, Jan/Kurfürst, Jaroslav: Eine gemeinsame Sicherheitsstrategie für Europa - Die Prager Perspektive, in: Internationale Politik, 59. Jg., April 2004, S.47-52
- Wissels, Rutger: The Development of the European Neighbourhood Policy, in: Overhaus (3), Marco/Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian (Ed.): The New Neighbourhood of the European Union - Perspectives from the European Commission, France, Germany, Poland, Ukraine and Moldova, Foreign Policy in Dialogue, Volume 7, Issue 19, Trier September 2006, auf: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>, am 09.09.2006, S.7-16

- Wissmann (1), Matthias: Das Modell der gestuften Mitgliedschaft - Neue Strategien für künftige Erweiterungsschritte der EU, in; Internationale Politik, 61. Jg., Mai 2006, S.64-68
- Wissmann (2), Matthias: Eine „Privilegierte Partnerschaft“ als Alternative zu einer EU-Vollmitgliedschaft der EU, auf: http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Tuerkei_EU/Dokumentation-Anlagen/wissmann.pdf, am 26.07.2005
- Woyke, Wichard: Frankreich, in: Beller, Jürgen/Benner, Thorsten/Gerke, Ines M. (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München, Wien 2001, S.77-87
- Yilmaz, Mesut: Der Eintritt der Türkei in die EU aus türkischer Sicht, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Heft 2/2004, S.192-200
- Zaborowski, Marcin: From America's protégé to constructive European - Polish security policy in the twenty-first century, Occasional Paper 56, Paris Dezember 2004, auf: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ56.pdf>, am 03.06.2008
- Zagorski, Andrei: Russia and the shared neighbourhood, in: Lynch (5), Dov (Ed.): What Russia sees, Chaillot Paper 74, Institute for Security Studies, Paris Januar 2005, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp074.pdf> , am 03.06.2008, S.61-78
- Zangl, Bernhard: Regimetheorie, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 2006, S.121-144

14. Anhang

14.1. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1 - Außengrenzen der EU bei Mitgliedschaft von allen Europaratstaaten.....	32
Tabelle 1: Übersicht über beitrittswillige Länder Osteuropas	33
Tabelle 2: Übersicht über die Nutzung der GASP-Instrumente.....	117
Tabelle 3: Übersicht über die Konflikttypen 2002-2006	128
Tabelle 4: Außenpolitische Gruppen innerhalb der GASP	191

14.2. Abkürzungsverzeichnis

3+3	Kooperation zwischen den baltischen und den südkaukasischen Staaten
ALTHEA	Nachfolgemission der NATO-Mission SFOR in Bosnien-Herzegowina
AU	Afrikanische Union
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSEC	Black Sea Economic Cooperation (Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Serbien, Türkei, Ukraine)
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CEI	Central European Initiative (Initiative Zentraleuropa) mit den Mitgliedern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Italien, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Österreich, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn und Weißrussland
ders.	Derselbe
E3	Verhandlungsformat mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EAM	Erweiterte Assoziierte Mitgliedschaft
EFTA	European Free Trading Association
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ER	Europäischer Rat
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU-V	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung von Nizza vom 26.02.2001
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
G5	Gruppe der fünf großen EU-Staaten: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland)
LPR	Liga der Polnischen Familien
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Staaten (hier: die 2004 und 2007 der EU beigetretenen Staaten Mittel- und Osteuropas)
Montanunion	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
MPFSEE	Military Peace Force of South-Eastern Europe
MWV	Massenvernichtungswaffen
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Nichtregierungsorganisation
NSS	National Security Strategy
o.S.	ohne Seitenangabe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PPP	Public Private Partnership
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
Visegradgruppe	Kooperation zwischen Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn
VL	Vertrag von Lissabon
VN	Vereinte Nationen
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
Weimarer Dreieck	Konsultationsforum zwischen Deutschland, Frankreich und Polen

14.3. Onlineressourcen

14.3.1. staatliche Organe und Politiker

Außenministerium der Vereinigten Staaten

<http://www.usinfo.state.gov>

Außenministerium Frankreich

<http://www.diplomatie.gouv.fr>

Außenministerium Litauen

<http://www.urm.lt/>

Außenministerium Polen

<http://www.msz.gov.pl>

Auswärtiges Amt

<http://www.auswaertiges-amt.de>

Bundesministerium für Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland

<http://www.bmvg.de>

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

<http://www.bmz.de>

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

<http://www.bundesregierung.de>

Litauen in der Europäischen Union

<http://www.euro.lt>

Ministerium für Landesverteidigung der Republik Österreich

<http://www.bmlv.gv.at>

Präsident der Russischen Föderation

<http://www.kremlin.ru>

Präsident der Vereinigten Staaten

<http://www.whitehouse.gov>

Premierminister Großbritannien

<http://www.number-10.gov.uk>

Staatspräsident Frankreich

<http://www.elysee.fr>

Václav Klaus

<http://www.vaclavklaus.cz>

Visegradgruppe

<http://www.visegradgroup.eu>

14.3.2. internationale Organisationen

Europäische Union

<http://www.europa.eu>

NATO

<http://www.nato.int>

United Nations Regional Information Centre

<http://www.unric.org>

Vereinte Nationen

<http://www.un.org/>

14.3.3. wissenschaftliche Einrichtungen

Archive of European Integration

<http://aei.pitt.edu/>

Berlin-Center for Transatlantic Security

<http://www.bits.de>

British-American Security Information Council

<http://www.basicint.org>

Bundesakademie für Sicherheitspolitik

<http://www.baks.de>

Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen

<http://www.sicherheitspolitik.de>

Center for European Security Studies

<http://www.european-security.info>

Center for Security Studies Zürich

<http://www.css.ethz.ch>

Center for Strategic and International Studies

<http://www.csis.org>

Centre for European Policy Studies

<http://www.ceps.be>

Centrum für angewandte Politikforschung

<http://cap-lmu.de>

Centrum für Europäische Politik

<http://www.cep-online.de>

Cicero Foundation

<http://www.cicerofoundation.org>

Danish Institute for International Studies

<http://www.diis.dk>

Deutsche Aussenpolitik

<http://www.deutsche-aussenpolitik.de>

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

<http://www.dias-online.org>

Europa Digital

<http://www.europa-digital.de>

Europainstitut der Wirtschaftsuniversität Wien

<http://www.wu-wien.at>

Europäisches Zentrum für Sicherheitsstudien

<http://www.marshallcenter.org>

European Foreign Policy Bulletin

<http://www.iue.it/EFPB>

European Policy Centre

<http://www.theepc.be>

Geneva Centre for Security Policy

<http://www.gsp.ch>

German Marshall Fund of the United States

<http://www.gmfus.org>

Global Agenda

<http://global-agenda.org>

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung e.V.

<http://www.hiik.de>

Hoover Institution – Policy Review

<http://www.hoover.org>

In the national interest

<http://www.inthenationalinterest.com>

Informationsdienst für Politik

<http://www.polixea-portal.de>

Institut für Europäische Politik

<http://www.iep-berlin.de>

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik

<http://www.isfh.de>

Institut für Völker- und Europarecht der Universität Göttingen

<http://www.europarecht.uni-goettingen.de>

Institute for Security Studies

<http://www.iss.europa.eu>

International Relations and Security Network

<http://www.isn.ethz.ch>

Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik

<http://www.securityconference.de>

National Defense University

<http://www.ndu.edu>

National Europe Centre Australia

<http://www.anu.edu.au>

Policy Documentation Center

<http://pdc.ceu.hu>

Policy Library

<http://www.policylibrary.com>

Stiftung Wissenschaft und Politik

<http://www.swp-berlin.org>

Stockholm International Research Institute

<http://www.sipri.org>

The East West Institute

<http://www.ewi.info>

Virtuelle Fachbibliothek Politikwissenschaft

<http://vifapol.de>

Welt in Zahlen

<http://www.welt-in-zahlen.de>

Zentrum für angewandte Integrationsforschung

<http://www.zei.de>

15. Lebenslauf

Ich wurde am 4. Februar 1978 als Sohn von Christoph und Gunda Meyer, geb. Hildebrandt in Nienburg/Weser geboren. Von 1984 bis Oktober 1987 besuchte ich die Grundschule Husum und im Anschluss bis zum Sommer 1988 die Grundschule am Grafel in Rotenburg/Wümme. 1988 bis 1990 besuchte ich die Orientierungsstufe der Theodor-Heuß-Schule am gleichen Ort und im Anschluss daran bis 1997 das Ratsgymnasium Rotenburg, wo ich im gleichen Jahr mein Abitur ablegte. Meinen Zivildienst leistete ich von 1997 bis 1998 im Evangelischen Jugendhof Sachsenhain in Verden/Aller und im Heilpädagogischen Kindergarten der Lebenshilfe Rotenburg-Verden in Ahausen ab. Im Wintersemester 1998/1999 nahm ich das Studium der Mittleren und Neueren Geschichte und der Philosophie an der Universität Göttingen auf. Im Wintersemester 1999 wechselte ich von Philosophie nach Politikwissenschaft und beendete im Januar 2005 mein Studium in beiden Fächern mit dem Magister Artium. Seit dem Sommersemester 2005 bin ich Doktorand an der Georg-August-Universität im Fach Politikwissenschaft.

16. Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die eingereichte Dissertation „Planung und Begrenzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nach der Osterweiterung der Europäischen Union – Die Europäische Sicherheitsstrategie und Flexibilisierungsmöglichkeiten in den Verträgen von Nizza und Lissabon“ selbstständig und ohne unerlaubte Hilfsmittel verfasst habe. Anderer als der von mir angegebenen Hilfsmittel und Schriften habe ich mich nicht bedient. Alle wörtlich oder sinngemäß den Schriften anderer Autoren entnommenen Stellen habe ich kenntlich gemacht.

Eike-Christian Meyer